



# HESSISCHER LANDTAG

17. 09. 2009

## 21. Sitzung

Wiesbaden, den 17. September 2009

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	1391	<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> . . . . .	1401
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	1391	Staatssekretär Steffen Saebisch . . . . .	1401
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	1391	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	1401
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1479		
8. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Hessisches Hochschulgesetz und Gesetz zur Änderung des TUD-Gesetzes sowie weiterer Rechtsvorschriften</b>		13. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Aufhebung von Rechtsvorschriften aus den Geschäftsbereichen des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung und des Ministeriums für Arbeit, Familie und Gesundheit</b>	
– Drucks. 18/1044 – . . . . .	1392	– Drucks. 18/1051 – . . . . .	1401
<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst überwiesen</i> . . . . .	1400	<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> . . . . .	1402
Ministerin Eva Kühne-Hörmann . . . . .	1392	Staatssekretär Steffen Saebisch . . . . .	1401
Gernot Grumbach . . . . .	1393	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	1402
Dr. Matthias Bürger . . . . .	1394, 1397		
Dr. Thomas Spies . . . . .	1396		
Janine Wissler . . . . .	1397		
Sarah Sorge . . . . .	1398		
Rafael Reißer . . . . .	1399		
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	1400		
9. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung</b>		14. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Achtes Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz</b>	
– Drucks. 18/1045 – . . . . .	1400	– Drucks. 18/1052 – . . . . .	1402
<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst überwiesen</i> . . . . .	1401	<i>Nach erster Lesung dem Rechts- und Integrationsausschuss überwiesen</i> . . . . .	1406
Ministerin Eva Kühne-Hörmann . . . . .	1400	Minister Jörg-Uwe Hahn . . . . .	1402, 1405
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	1401	Heike Hofmann . . . . .	1402
 		Dr. Andreas Jürgens . . . . .	1403
11. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz über die Erstattung der Börsenaufsichtskosten und die Vollstreckung von Verfügungen der Börsenaufsichtsbehörde (Börs AKVG)</b>		Hugo Klein (Freigericht) . . . . .	1403
– Drucks. 18/1049 – . . . . .	1401	Stefan Müller (Heidenrod) . . . . .	1404
<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> . . . . .	1401	Dr. Ulrich Wilken . . . . .	1405
Staatssekretär Steffen Saebisch . . . . .	1401	Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	1405
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	1401		
12. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Hessisches Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt und zur Änderung von Rechtsvorschriften</b>		15. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Neuordnung der Aufgaben des Landrats sowie des Oberbürgermeisters als Behörden der Landesverwaltung</b>	
– Drucks. 18/1050 – . . . . .	1401	– Drucks. 18/1053 – . . . . .	1406
		<i>Nach erster Lesung dem Innenausschuss überwiesen</i> . . . . .	1406
		Minister Volker Bouffier . . . . .	1406
		Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	1406

Seite	Seite
16. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen</b>	Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 1418, 1420
– Drucks. 18/1054 – . . . . . 1406	Thorsten Schäfer-Gümbel . . . . . 1424, 1436
<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> . . . . . 1411	Clemens Reif . . . . . 1425, 1440
Staatssekretär Steffen Saebisch . . . . . 1407	Jürgen Lenders . . . . . 1427
Karin Müller (Kassel) . . . . . 1407	Tarek Al-Wazir . . . . . 1428, 1438
Uwe Frankenberger . . . . . 1408	Janine Wissler . . . . . 1429, 1437
Stefan Müller (Heidenrod) . . . . . 1409	Ministerpräsident Roland Koch . . . . . 1431
Ulrich Caspar . . . . . 1410	Minister Dieter Posch . . . . . 1433
Janine Wissler . . . . . 1410	Florian Rentsch . . . . . 1435
Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 1411	Hermann Schaus . . . . . 1441
	Axel Wintermeyer . . . . . 1441
	Mathias Wagner (Taunus) . . . . . 1441, 1442
	Vizepräsident Frank Lortz . . . . . 1435, 1442
38. Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>soziale Marktwirtschaft garantiert Freiheit, Wohlstand und soziale Sicherheit</b>	64. Antrag der Fraktion der FDP betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Demokratiefeinde stoppen, anstatt soziale Unruhen zu fordern)</b>
– Drucks. 18/1066 – . . . . . 1411	– Drucks. 18/1098 – . . . . . 1442
<i>Angenommen</i> . . . . . 1423	<i>Abgehalten</i> . . . . . 1452
74. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>aus der globalen Krise die richtigen Konsequenzen ziehen – die Marktwirtschaft braucht einen sozialen und ökologischen Rahmen</b>	66. Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Rot-Rot-Grün war schlecht für Hessen, ist schlecht für Deutschland – soziale Brandstifter der Linkspartei dürfen keine Regierungsverantwortung bekommen)</b>
– Drucks. 18/1102 – . . . . . 1411	– Drucks. 18/1100 – . . . . . 1442
<i>Abgelehnt</i> . . . . . 1423	<i>Abgehalten</i> . . . . . 1452
78. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Neustart der sozialen Marktwirtschaft – Wirtschafts- und Sozialordnung braucht klare Regeln und handlungsfähige Akteure</b>	Wolfgang Greilich . . . . . 1442
– Drucks. 18/1109 – . . . . . 1411	Kordula Schulz-Asche . . . . . 1444
<i>Abgelehnt</i> . . . . . 1424	Dr. Christean Wagner . . . . . 1445
Vizepräsident Frank Lortz . . . . . 1401	Ernst-Ewald Roth . . . . . 1447
Dr. Walter Arnold . . . . . 1411	Dr. Ulrich Wilken . . . . . 1449
Uwe Frankenberger . . . . . 1413	Minister Volker Bouffier . . . . . 1450
Frank-Peter Kaufmann . . . . . 1415	Vizepräsident Heinrich Heidel . . . . . 1452
Dr. Ulrich Wilken . . . . . 1417, 1420	
Florian Rentsch . . . . . 1418, 1421	65. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Hessen setzt sich für friedliche Konfliktlösung ein – keine Kriegsübungen auf dem Truppenübungsplatz Wildflecken)</b>
Gernot Grumbach . . . . . 1421	– Drucks. 18/1099 – . . . . . 1452
Minister Dieter Posch . . . . . 1421	<i>Abgehalten</i> . . . . . 1457
Hermann Schaus . . . . . 1423	Willi van Ooyen . . . . . 1452
Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 1423	Günter Schork . . . . . 1453
	Manfred Görig . . . . . 1454
	Daniel May . . . . . 1455
	Leif Blum . . . . . 1456
	Minister Volker Bouffier . . . . . 1457
	Vizepräsident Heinrich Heidel . . . . . 1457
62. Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Gute Chancen für Opel – Schluss mit dem Sperrfeuer)</b>	37. Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Lissabon-Vertrag</b>
– Drucks. 18/1096 – . . . . . 1424	– Drucks. 18/1065 – . . . . . 1457
<i>Abgehalten</i> . . . . . 1442	<i>Dem Europaausschuss überwiesen</i> . . . . . 1466
63. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine <b>Aktuelle Stunde (Opel eine Zukunft geben – grüner Blitz statt gelber Pfeil)</b>	Leif Blum . . . . . 1458
– Drucks. 18/1097 – . . . . . 1424	Gudrun Osterburg . . . . . 1459
<i>Abgehalten</i> . . . . . 1442	Sigrid Erfurth . . . . . 1460
79. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Neuanfang für Opel – Grundstein für eine hessische Traditions-marke gelegt</b>	Willi van Ooyen . . . . . 1461
– Drucks. 18/1110 – . . . . . 1424	Lothar Quanz . . . . . 1463
<i>Angenommen</i> . . . . . 1442	Minister Jörg-Uwe Hahn . . . . . 1465
hierzu:	Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1466
Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	17. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein <b>Viertes Hessisches Zukunftenergie- und Klimaschutzgesetz zur Änderung des Hessischen Landesplanungsgesetzes</b>
– Drucks. 18/1111 – . . . . . 1424	– Drucks. 18/1056 – . . . . . 1466
<i>Abgelehnt</i> . . . . . 1442	

	Seite		Seite
<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, federführend, und dem Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, beteiligt, überwiesen</i> . . . . .	1472	<i>Abgelehnt</i> . . . . .	1490
Ursula Hammann . . . . .	1466	Jürgen Frömmrich . . . . .	1486, 1489
Manfred Görig . . . . .	1468	Hermann Schaus . . . . .	1487
Günter Schork . . . . .	1469	Holger Bellino . . . . .	1488
René Rock . . . . .	1470	Helmut von Zech . . . . .	1488
Minister Dieter Posch . . . . .	1471	Günter Rudolph . . . . .	1490
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1472	Minister Volker Bouffier . . . . .	1490
28. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU und der FDP für ein <b>Gesetz zur Änderung des Hessischen Feiertagsgesetzes und des Hessischen Ladenöffnungsgesetzes</b>		Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1490
– Drucks. 18/1063 – . . . . .	1472	28. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Quecksilberbelastung reduzieren – Staudinger Block 6 verhindern</b>	
<i>Nach erster Lesung dem Innenausschuss, federführend, und dem Ausschuss für Arbeit, Familie und Gesundheit, beteiligt, überwiesen</i> . . . . .	1479	– Drucks. 18/1017 – . . . . .	1490
Wolfgang Greilich . . . . .	1472, 1477	<i>Dem Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	1490
Günter Rudolph . . . . .	1473, 1479	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1490
Frank-Peter Kaufmann . . . . .	1475	23. Große Anfrage der Abg. Schäfer-Gümbel, Siebel, Frankenberger, Görig, Dr. Pauly-Bender, Quanz, Ypsilanti (SPD) und Fraktion betreffend <b>Breitband, Internet- und Medienaktivitäten der Landesregierung</b>	
Holger Bellino . . . . .	1476	– Drucks. 18/981 zu Drucks. 18/436 – . . . . .	1490
Hermann Schaus . . . . .	1477	<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	1490
Minister Volker Bouffier . . . . .	1477	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1490
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1479	24. Große Anfrage der Abg. Faeser, Franz, Rudolph (SPD) und Fraktion betreffend <b>Stellenwegfall bei den Polizeipräsidien</b>	
19. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion DIE LINKE für ein <b>Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Hessisches Vergabegesetz – HVgG) vom 17. Dezember 2007 (GVBl. I S. 922)</b>		– Drucks. 18/1002 zu Drucks. 18/269 – . . . . .	1490
– Drucks. 18/1075 – . . . . .	1480	<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	1490
<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Arbeit, Familie und Gesundheit, federführend, und dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, beteiligt, überwiesen</i> . . . . .	1486	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1490
Janine Wissler . . . . .	1480, 1484	25. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte</b>	
Jürgen Frömmrich . . . . .	1481	– Drucks. 18/992 – . . . . .	1490
Hermann Schaus . . . . .	1482	<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	1490
Hans-Christian Mick . . . . .	1483	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1490
Patrick Burghardt . . . . .	1484	32. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Hessen braucht endlich ein Konzept für die Schulsozialarbeit</b>	
Dr. Thomas Spies . . . . .	1485	– Drucks. 18/1059 – . . . . .	1490
Minister Jürgen Banzer . . . . .	1485, 1491	<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	1490
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1485	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1490
20. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Änderung der Hessischen Berufsordnung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure</b>		34. Antrag der Abg. Dr. Spies, Fuhrmann, Merz, Müller (Schwalmstadt), Roth (SPD) und Fraktion betreffend <b>Korruption im Gesundheitswesen – Aufsicht ist gefordert</b>	
– Drucks. 18/1030 zu Drucks. 18/858 – . . . . .	1486	– Drucks. 18/1061 – . . . . .	1490
<i>In zweiter Lesung angenommen:</i>		<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	1490
<i>Gesetz beschlossen</i> . . . . .	1486	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1490
Jürgen Frömmrich . . . . .	1486	35. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>fehlende Entschuldigung des Ministerpräsidenten zum Eklat um die Verleihung des Hessischen Kulturpreises</b>	
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1486	– Drucks. 18/1062 – . . . . .	1490
21. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion DIE LINKE für ein <b>Gesetz zur Änderung des Hessischen Glücksspielgesetzes</b>		<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	1490
– Drucks. 18/1036 zu Drucks. 18/752 – . . . . .	1486	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1490
<i>In zweiter Lesung abgelehnt</i> . . . . .	1490	36. Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Hessen vorn im Kampf gegen Lebensmittelimitate</b>	
22. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP für ein <b>Gesetz zur Änderung des Hessischen Glücksspielgesetzes</b>		– Drucks. 18/1064 – . . . . .	1490
– Drucks. 18/1037 zu Drucks. 18/772 – . . . . .	1486		
<i>In zweiter Lesung angenommen:</i>			
<i>Gesetz beschlossen</i> . . . . .	1490		
hierzu:			
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE			
– Drucks. 18/1078 – . . . . .	1486		

	Seite		Seite
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	1490	der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>strategische Neuausrichtung der globalen Abrüstungs- und Sicherheitspolitik im Rahmen der Vereinten Nationen vorantreiben</b>	
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1490	– Drucks. 18/1024 zu Drucks. 18/311 – . . . . .	1490
40. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Mobilität für alle – Verkehrsoptionen im ländlichen Raum unter den Bedingungen des demografischen Wandels sichern</b>		<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	1490
– Drucks. 18/1069 – . . . . .	1490	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1490
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	1490	47. Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Bedeutung und die Erfolge der NATO mit einem Konzept der vernetzten Sicherheit für das 21. Jahrhundert</b>	
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1490	– Drucks. 18/1025 zu Drucks. 18/322 – . . . . .	1490
41. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>Finanz- und Wirtschaftskrise bekämpfen – Reichtum solidarisch umverteilen</b>		<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	1490
– Drucks. 18/1070 – . . . . .	1490	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1490
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	1490	48. Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Bundeswehr und NATO stehen für Frieden und Freiheit</b>	
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1490	– Drucks. 18/1026 zu Drucks. 18/363 – . . . . .	1490
42. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>Studie und Maßnahmen gegen Jugendgewalt in Hessen</b>		<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	1490
– Drucks. 18/1071 – . . . . .	1490	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1490
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	1490	44. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>Steuererfalle für Kurzarbeiter abschaffen – Progressionsvorbehalt für Kurzarbeitergeld streichen</b>	
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1490	– Drucks. 18/1073 – . . . . .	1490
44. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>Steuererfalle für Kurzarbeiter abschaffen – Progressionsvorbehalt für Kurzarbeitergeld streichen</b>		<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	1490
– Drucks. 18/1073 – . . . . .	1490	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1490
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	1490	45. Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Einsetzung einer Enquetekommission „Migration und Integration in Hessen“</b>	
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1490	– Drucks. 18/1074 – . . . . .	1490
45. Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Einsetzung einer Enquetekommission „Migration und Integration in Hessen“</b>		<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	1490
– Drucks. 18/1074 – . . . . .	1490	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1490
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	1490	46. Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses zu dem Dringlichen Entschließungsantrag	
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1490	der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>strategische Neuausrichtung der globalen Abrüstungs- und Sicherheitspolitik im Rahmen der Vereinten Nationen vorantreiben</b>	
46. Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses zu dem Dringlichen Entschließungsantrag		– Drucks. 18/1024 zu Drucks. 18/311 – . . . . .	1490
		<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	1490
		Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1490
		47. Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Bedeutung und die Erfolge der NATO mit einem Konzept der vernetzten Sicherheit für das 21. Jahrhundert</b>	
		– Drucks. 18/1025 zu Drucks. 18/322 – . . . . .	1490
		<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	1490
		Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1490
		48. Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Bundeswehr und NATO stehen für Frieden und Freiheit</b>	
		– Drucks. 18/1026 zu Drucks. 18/363 – . . . . .	1490
		<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	1490
		Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1490
		67. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>studentischen Wohnraum sanieren</b>	
		– Drucks. 18/1087 zu Drucks. 18/727 – . . . . .	1490
		<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	1490
		Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1490
		68. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>innovatives Hessen: Filmförderung ausbauen</b>	
		– Drucks. 18/1088 zu Drucks. 18/728 – . . . . .	1490
		<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	1490
		Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1490

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
Vizepräsident Frank Lortz  
Vizepräsident Heinrich Heidel  
Vizepräsidentin Sarah Sorge

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
Minister der Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn  
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch  
Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Silke Lautenschläger  
Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit Jürgen Banzer  
Kultusministerin Dorothea Henzler  
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann  
Staatssekretär Dirk Metz  
Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit  
Staatssekretärin Nicola Beer  
Staatssekretär Horst Westerfeld  
Staatssekretär Steffen Saebisch  
Staatssekretär Mark Weinmeister  
Staatssekretärin Petra Müller-Klepper  
LtdMinR Wolfgang Kreher

Abwesende Abgeordnete:

Michael Boddenberg  
Lisa Gnadl  
Margaretha Hölldobler-Heumüller  
Reinhard Kahl  
Kai Klose





(Beginn: 9:03 Uhr)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung, heiße Sie alle willkommen. – Ein Schriftführer fehlt.

(Staatssekretär Dirk Metz: Alfons! – Heiterkeit)

Wer ist zuständig? Wer muss das sein?

(Zuruf: Ein CDU-Mann! – Heiterkeit)

– Ein CDU-Mann?

(Abg. Alexander Bauer (CDU) nimmt den Schriftführerplatz ein.)

– Die Bergstraße rettet wieder alles hier.

(Alexander Bauer (CDU): Herr Präsident, ich bitte um Entschuldigung!)

Ich stelle die Beschlussfähigkeit fest, nachdem auch der Alterspräsident eingetroffen ist, und sage zur Tagesordnung: Offen sind noch die Punkte 8 und 9, 11 bis 25, 28, 32, 34 bis 38, wie donnerstags üblich, 40 bis 42, 44 bis 48, 62 bis 66 und 74.

Eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist noch ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Neustart der sozialen Marktwirtschaft – Wirtschafts- und Sozialordnung braucht klare Regeln und handlungsfähige Akteure, Drucks. 18/1109. Die Dringlichkeit wird im Hause bejaht? – Das ist der Fall. Dann ist dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 78. Wir können ihn mit Tagesordnungspunkt 38 aufrufen.

(Günter Rudolph (SPD): Wir bitten darum!)

– „Wir bitten darum“, die Umgangsformen verändern sich in diesem Hause. – Wir rufen ihn also mit Tagesordnungspunkt 38 auf, vielen Dank.

Zum Ablauf der Sitzung. Wir tagen heute bis zur Erledigung der Gesetzeslesungen ohne Mittagspause. Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 8, erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Hessisches Hochschulgesetz und Gesetz zur Änderung des TUD-Gesetzes sowie weiterer Rechtsvorschriften, Drucks. 18/1044. Wie vereinbart werden wir um ca. 12 Uhr

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

die Anträge für eine Aktuelle Stunde, die Tagesordnungspunkte 62 bis 66, aufrufen. Nach § 32 Abs. 6 beträgt die Aussprache für jeden zulässigen Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde fünf Minuten, bei gemeinsamem Aufruf verlängert sich diese Redezeit um die Hälfte usw. Das wissen wir ja. Die Tagesordnungspunkte 62 und 63 sowie 64 und 66 werden jeweils gemeinsam aufgerufen.

Entschuldigt fehlen heute Herr Ministerpräsident Koch am Vormittag, Herr Staatsminister Posch ebenfalls am Vormittag, dann Herr Staatsminister Boddenberg, Frau Staatsministerin Lautenschläger und der Abg. Klose von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Wen haben wir noch?

(Günter Rudolph (SPD): Der Kollege Kahl ist heute Morgen krank!)

– Der Kollege Kahl ist ebenfalls entschuldigt. Ich bitte, das für das Protokoll festzuhalten.

An Ihren Plätzen wurde das neue Schülerarbeitsheft „Politik für uns“ ausgelegt.

Meine Damen und Herren, zum Sportbericht. Nachdem in dieser Woche die Elite begonnen hatte zu gewinnen – die Bayern hatten in Israel gewonnen, die Offenbacher Kickers haben in Bremen gewonnen –, hat unsere Landtagself gestern Abend 2 : 2 gegen das Team der Stadt Wiesbaden gewonnen.

(Allgemeiner Beifall)

Das erste Tor für die Landtagself erzielte Reinhard Derix in der 20. Minute zum 1 : 1 Halbzeitstand, und den Siegtreffer zum verdienten Ausgleich erzielte Christian Losch. Damit ist unsere Mannschaft nach wie vor ungeschlagen und auf ihrem Siegeszug nicht aufzuhalten.

(Allgemeine Heiterkeit)

Im Anschluss an das Spiel wurde ein Spendenscheck des Landtagspräsidenten an „Mobilis – Unbehindert durch Sport e. V.“ überreicht, die sich ehrenamtlich für den Behinderten- und Rehabilitationssport in Hessen einsetzen.

Bereits am kommenden Dienstag um 17 Uhr ist die nächste Begegnung unserer Landtagself gegen die American Eagles aus Anlass der Gründung des Staates Hessen durch General Eisenhower auf dem U.S. Army Airfield in Wiesbaden-Erbenheim. Es werden auch einige Gründungsmitglieder noch dabei sein.

(Allgemeine Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich muss jetzt etwas bekannt geben. Ich bin hier sehr neutral, das wissen Sie, seit eh und je. Es hat sich heute Morgen – das soll ich parteiübergreifend bekannt geben – ein Fanclub im Hessischen Landtag gegründet, ein Fanclub Eintracht Frankfurt.

(Zurufe und allgemeiner Beifall)

Er hat 22 Gründungsmitglieder, und die Viererspitze bilden Nancy Faeser, Jörg-Uwe Hahn, Norbert Kartmann und Sarah Sorge.

(Zurufe: Ah!)

Das ist schon sehr viel, was einem heute Morgen – –

(Heiterkeit und allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, es bestreitet keiner die Neutralität des Präsidiums. Deshalb gehe ich schnell weiter zum nächsten Punkt. Heute Abend, im Anschluss an das Plenum, trifft sich der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst im Sitzungsraum 510 W.

Es gibt auch eine erfreuliche Meldung heute. Ihren Geburtstag begeht heute unsere Kollegin Gudrun Osterburg.

(Allgemeiner Beifall)

Herzlichen Glückwunsch, Gudrun, Glück auf, Gottes Segen.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Kollege Bauer, ein junger Mann,

(Heiterkeit)

überreicht den Blumenstrauß.

(Schriftführer Abg. Alexander Bauer überreicht mit Wangenkuss den Blumenstrauß. – Zurufe von der CDU: Oh! – Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, so weit die Vorbemerkungen.

Ich rufe dann **Punkt 8** unserer Tagesordnung auf:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Hessisches Hochschulgesetz und Gesetz zur Änderung des TUD-Gesetzes sowie weiterer Rechtsvorschriften – Drucks. 18/1044 –**

Vereinbarte Redezeit: sieben Minuten 30. Das Gesetz wird eingebracht von Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann.

**Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen zu den trockeneren Themen. Ich bringe heute Morgen den Gesetzentwurf der Landesregierung für das Hessische Hochschulgesetz und das Gesetz zur Änderung des TUD-Gesetzes sowie weiterer Vorschriften ein. Mit dieser Novelle wird der erfolgreiche Weg der Hochschulpolitik fortgesetzt.

Der Gesetzentwurf befasst sich in der Hauptsache mit der Autonomie von Universitäten, Fach- und Kunsthochschulen. Die werden damit in ihrer Freiheit weiter gestärkt. Es geht um den Prozess der Modernisierung und Qualitätssteigerung der Hochschulen, der in den Neunzigerjahren konsequent begonnen wurde und jetzt fortgeführt wird.

Richtschnur ist dabei, nur das zu regeln, was einer Entscheidung durch den Gesetzgeber bedarf. Insofern wird künftig die Grundordnung der jeweiligen Hochschule das maßgebliche Regelwerk darstellen.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Die Grundordnung unterliegt, wenn sie nicht von den prinzipiellen Vorgaben des Gesetzes abweicht, nicht mehr der Genehmigungspflicht des Ministeriums.

Der weitgehende Abbau der ministeriellen Genehmigungs- und Entscheidungsvorbehalte wird dort umgesetzt und z. B. das Berufungsrecht auf die Hochschulen übertragen sowie die Beteiligung der Hochschulen an Gesellschaften nach dem Vorbild der TUD.

Finanzmittel für die bauliche Instandhaltung sollen in die Eigenverantwortung der Hochschulen gelegt werden. Der Hochschulrat soll künftig bei der Wahl des Präsidiums mitwirken und seine Zustimmung zur Struktur- und Entwicklungsplanung erteilen.

Diese Reform des Hochschulrechts geht mit den Bemühungen des Landes einher, die Ausbildungskapazitäten zu erhöhen und die Qualität der Lehre und Forschung weiter zu verbessern.

Dazu muss auch die Infrastruktur der Hochschulen kontinuierlich ausgebaut werden – durch das Investitionsprogramm HEUREKA und durch den Hochschulpakt, nicht zu vergessen das LOEWE-Programm, die Exzellenzinitiative des Bundes und den Hochschulpakt 2020.

Im Vergleich zu anderen Gesetzentwürfen hat dieser eine etwas ungewöhnliche Vorgeschichte: Seit eineinhalb Jahren tauschen sich die Hochschulen mit Mitarbeitern meines Hauses in regelmäßigen Abständen über diesen Gesetzentwurf aus und reden miteinander. Daher ist dieser Gesetzentwurf unter Mitwirkung vieler in den Hochschulen in Hessen entstanden und hat in einer frühen Phase alle Fachleute einbezogen.

Von Anfang an habe ich dafür gesorgt, dass dieser Entwurf in einer ganz frühen Phase, nämlich nach dem ersten

Kabinettsdurchgang, den Fraktionen zur Verfügung gestellt wurde. Dann fand eine interne Anhörung mit über 50 Beteiligten statt.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist aber bei einem solchen Gesetzentwurf eigentlich normal!)

Man kann sehen, dass Vorschläge – es wurden über 70 gemacht – im zweiten Kabinettsdurchgang in den Gesetzentwurf eingearbeitet worden sind. An dieser Stelle will ich beispielhaft drei Änderungen nennen.

Auf Anregung des VdK wurde in § 3 Abs. 4 Satz 3 der in der gesetzgeberischen Terminologie gängige Begriff der Barrierefreiheit eingeführt.

Auf Anregung der VhU wurde in § 4 Abs. 1 wegen der berufspraktischen Ausrichtung der Bachelorstudiengänge auch bei den Aufgaben der Universitäten der Berufszug der Ausbildung aufgenommen.

Letzter Punkt: Dem vor allem von Fachhochschulen und Gewerkschaften vorgebrachten Anliegen der Stärkung kooperativer Promotionsverfahren von Fachhochschulen und Universitäten wurde über die Änderung in § 24 hinaus durch eine Ergänzung von § 4 Abs. 3 – und damit bereits im Aufgabenkatalog – Rechnung getragen.

Das sind nur drei Beispiele für die Änderungen, die auf Vorschlag der Angehörten eingearbeitet worden sind. Auch diese Papiere der Anhörung habe ich den Fraktionen zur Verfügung gestellt, sodass alle Unterlagen, die dazu gedient haben, diese Änderungen vorzunehmen, dem Parlament zur Verfügung gestellt worden sind.

Wir haben uns dazu entschlossen, das TUD-Gesetz als Extratratbestand zu novellieren.

Im TUD-Gesetz sind die wichtigsten Punkte die Übertragung der Dienstherrnfähigkeit auf die TU Darmstadt; es wird die Möglichkeit vorgesehen, der TU Darmstadt durch Rechtsverordnung des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst im Einvernehmen mit dem Finanzministerium Grundstücke des Landes zu übertragen; und es sind einige Vorschriften übernommen worden, die bereits für die Stiftungsuniversität Frankfurt gelten und die jetzt auch der Universität Darmstadt gegeben werden sollen. Dazu gehört die Möglichkeit der Regelung des Berufungsverfahrens in Abweichung von den Vorschriften des Hessischen Hochschulgesetzes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Transparenz, die Beteiligung und die Beschleunigung des Verfahrens sind aus meiner Sicht durch diesen langen Weg gegeben. Alle Partner aus den Hochschulen haben ein Interesse daran, mehr Freiheiten, wie sie sich in der Novelle des Gesetzes befinden, zu erhalten. Diese Novelle des Gesetzes ist ein wichtiges Gesetz für die Universitäten, Fach- und Kunsthochschulen. Sie erhalten noch mehr Autonomie.

Ich setze auf eine konstruktive Beratung im Parlament und im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Matthias Büger (FDP))

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Staatsministerin, vielen Dank. – Das Wort hat jetzt der Abg. Grumbach, SPD-Fraktion.



**Gernot Grumbach (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss sagen, ich habe etwas vermisst. Was im Gesetz steht, wurde vorgetragen. Aber warum das Gesetz so gemacht worden ist, dazu hätte ich gerne das eine oder andere erfahren. Ich habe nämlich den Eindruck, ein paar Dinge sind hier nicht zu Ende gedacht.

Das fängt mit dem Gesetzgebungsverfahren selbst an. Vielleicht erinnern sich diejenigen, die schon ein bisschen länger in diesem Landtag sind, an die Verabschiedung des TUD-Gesetzes. Wenn man in den damaligen Protokollen nachliest, so kann man bei allen Fraktionen lesen: Ja, wir werden hier ein beispielhaftes Verfahren einleiten – wir werden ein Gesetz für eine Universität machen, nach ein paar Jahren werden wir das evaluieren, und dann werden wir schauen, was wir auf alle Universitäten übertragen können.

Ein rationales Gesetzgebungsverfahren wäre ein Fortschritt im Hessischen Landtag gewesen. Dieses Gesetz schreibt jetzt das TUD-Gesetz fort – obwohl die Debatte über die vorliegende Kurzevaluation überhaupt noch nicht geführt worden ist, obwohl die Konsequenzen nicht zu Ende debattiert worden sind. Stattdessen – statt sich an das eigene Verfahren zu halten – wird einfach gesagt: Wir machen jetzt ein Gesetz, wie es uns passt.

Ich glaube, wir würden uns einen Gefallen tun, wenn wir uns statt an der Befristung am Verfahren festhielten. Das Verfahren ist: Wir schauen, wie es läuft. Wir debattieren, was besser gemacht werden kann und was nicht. – Ich glaube, schon das ist ein Fehler. Den werden wir nicht korrigieren können, weil das die Landesregierung nicht zulassen wird, aber ich halte es für einen Fehler.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Punkt. Das Spektrum zwischen Autonomie und Staat wird aufgelöst, aber nicht in letzter Konsequenz. Ich sage das immer wieder sehr pointiert: Wer Autonomie der Hochschule will, der muss die Demokratie an den Hochschulen stärken und darf nicht hierarchische Strukturen fördern.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Das Faszinierende ist: Ich rede nicht nur über parlamentarische Demokratie. Ich rede über ganz simple Dinge, die heute in jedem modernen Unternehmen üblich sind.

Wenn wir in einer Gesellschaft leben, in der Wissensarbeiter, hoch qualifizierte Menschen, zusammenarbeiten, in der das, was sie erzeugen – Wissen –, nur in einem komplexen, sehr kooperativen Prozess organisiert werden kann, dann ist es genau falsch, dort Strukturen einzuführen, die straffe Hierarchien von oben nach unten nachbilden. Vielmehr muss man dann kooperative Strukturen einführen. Denn dann wird die Wissenschaft produktiver. Dann werden Hochschulen produktiver.

Das heißt, bei allem Verständnis dafür, dass es schwierig ist, mit einem Hochschulapparat umzugehen, ist die Stärkung der Präsidenten auf jeden Fall keine Stärkung vernünftiger Wissenschaftsstrukturen. An dieser Stelle irrt das Gesetz. Ich glaube, das muss man hier auch so grundsätzlich debattieren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Auch der dritte Punkt gehört in diesen Zusammenhang, nämlich der Umgang mit den Studierenden.

Wenn ich die Texte lese, habe ich den Eindruck, die neue Universität ist ein Dienstleistungsunternehmen, das Angebote für Studierende bereitstellt, und die Studierenden sind die Kunden. Das ist, mit Verlaub, völliger Quatsch.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Ich habe es einmal auf den Punkt gebracht: Wenn wir über Lernen und Lehren, wenn wir über Forschung reden, dann reden wir nicht nur über einen Kooperationsprozess derer, die Professoren sind, sondern Beteiligte – und zwar auch an der Hervorbringung der Ergebnisse Beteiligte – sind die Studierenden in ihrer Gesamtheit. Das heißt, wer dort einen ordentlichen Wissenschaftsprozess organisieren will, der muss dafür sorgen, dass auch die Studierenden eine klar definierte und auch eine mitbestimmende Rolle haben; denn sie sind an dem Prozess, um den es nachher geht, selbst in hohem Maße beteiligt. Über Zahlen will ich gar nicht reden.

Auch hier irrt das Gesetz, weil es die Studierenden immer weiter in ein Getto der Spielwiese drängt. Nein, sie müssen ernsthaft an den Entscheidungen der Hochschulen beteiligt werden. Hier besteht Nachbesserungsbedarf. Darauf kommen wir in der Ausschussberatung zurück.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU))

Der vierte Punkt betrifft die Studierenden. Ich finde das faszinierend. Wir haben das bei den letzten Novellen schon einmal diskutiert. Ich weiß nicht, welche Vorstellungen Sie haben, wie man die Wahlpflicht oder Ähnliches durchsetzen soll. Wir haben die Debatte hier doch schon geführt, und sie wird nicht besser. Wer glaubt, dass der Entzug finanzieller Mittel eine Stärkung der Demokratie ist, dem rate ich, die Hessische Gemeindeordnung zu ändern und zu sagen: Wenn weniger als 25 % zur Wahl gehen, dann wird der Zuschuss an die Gemeinde gekürzt. – Ich halte dieses Konstrukt noch immer für absurd, und ich finde es bedauerlich, dass Sie es hier vorgelegt haben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Der nächste Punkt ist auch einer, von dem ich glaube, dass er nicht zukunftsgerichtet ist. Wer sich die Debatten genau anschaut, die wir über Hochschulzugänge oder Gebühren an Hochschulen geführt haben, der wird feststellen: Wir haben in der letzten Legislaturperiode durchgekämpft, dass es keine allgemeinen Studiengebühren gibt. Wer genau hinschaut, wird aber auch feststellen, dass die Debatten über Studiengebühren für diejenigen, die im späteren Leben an die Hochschulen kommen – als Gasthörer oder im Rahmen einer Weiterbildung –, sehr viel massiver aufgefahren werden. Das ist in der derzeitigen Situation völliger Unsinn.

Wenn wir in einer Krise leben und aus dieser gut herauskommen wollen, dann hilft uns nicht nur beispielsweise ein Mechatroniker, der irgendwie vom Arbeitsamt vermittelt wird. Wir brauchen, wenn wir aus dieser Krise ökonomisch und politisch gut herauskommen wollen, auch Leute, die an die Hochschulen zurückgehen und ihre Ausbildung verbessern. Wir dürfen die Türen für die Weiterbildung nicht enger machen, sondern wir müssen sie im Gegenteil weiter machen. Die Hochschulen brauchen einen expliziten Weiterbildungsauftrag. Auch da ist das Gesetz schwach.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube alles in allem, dass dieses Gesetz verbesserungsbedürftig ist. Ich glaube auch, dass es klug gewesen wäre, nicht dieses Eilverfahren zu wählen, aber wenn man nicht fertig wird, dann wird man nicht fertig. Das hat nicht das Parlament zu verantworten, sondern die Regierung.

Es gibt einen letzten Punkt. Dieser ist in der letzten Gesetzgebungsdebatte lange diskutiert worden: die Rolle der Hochschulräte. Es ist eine Institution, die mit niemandem etwas zu tun hat, weder mit der Hochschule noch mit den parlamentarischen demokratischen Gremien, und in die sozusagen Seiteneinsteiger gewählt wurden. Ihr Entscheidungsrechte zu geben ist strukturell fremd. Das ist etwas, was auch nicht zur Demokratie passt. Wer Hochschulen demokratisieren will, der muss sagen: Okay, wir haben nichts dagegen, dass es Menschen gibt, die aus ihrer Weltansicht und der Vielfalt ihrer Weltansichten Zukunftsentwürfe für die Hochschule diskutieren können. Es kann aber nicht sein, dass Menschen, die weder durch ein Parlament noch durch eine Wahl an der Hochschule gewählt worden sind, aufgrund ihrer Entscheidungsfunktionen zentrale Universitätsentscheidungen treffen wie bei der Wahl des Präsidenten oder in Satzungsfragen. – Das ist völlig systemfremd. Das ist ein Freibrief für Menschen, die sich für nichts verantworten müssen. Verantwortung gehört dazu, wenn man entscheiden kann. Auch da ist das Gesetz veränderungswürdig.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Sie sehen, das war das Versprechen nach einer intensiven Debatte. Es war das Versprechen, dafür zu sorgen, dass die Hochschulen demokratischer werden, und es war das Versprechen, dass wir hier noch einmal darüber debattieren, ob wir Hochschulen so steuern wollen wie eine hierarchische Behörde oder einen Industriebetrieb, ohne dass es das Ministerium macht. Es ist völlig verrückt, dass wir zwar die Hierarchie des Ministeriums rauslassen, aber versuchen, die Präsidenten zur neuen Hierarchiespitze zu machen. Das ist nicht zu Ende gedacht, und ich glaube, wir haben im Interesse der Studierenden noch Debattenbedarf. Der wichtigste Punkt lautet – wie gesagt –: Die Türen der Hochschulen müssen weiter aufgemacht werden, nicht nur für die Studienanfänger, sondern auch für die, die sich weiterbilden wollen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Büger, FDP-Fraktion.

#### **Dr. Matthias Büger (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Politik wird oft vorgeworfen, in Sonntagsreden Bürokratieabbau und Vereinfachungen zu fordern, werktags aber immer neue Regeln zu schaffen. Meine Damen und Herren, heute ist kein Sonntag, aber ein Feiertag für all diejenigen, die sich wenige, einfache und klare Gesetze wünschen. Wir reden nicht nur vom schlanken Staat; wir setzen ihn auch um.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb bescheiden wir uns im Hochschulgesetz darauf, das absolut Notwendige vorzugeben, und lassen den

Hochschulen eine nie dagewesene Freiheit. Das tun wir, weil wir überzeugt sind, dass sich Hochschulen, die in Freiheit forschen und lehren, auch am besten in Freiheit und Eigenverantwortung selbst organisieren können.

(Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Wir erinnern uns: In den Neunzigerjahren unter Rot-Grün gab es zwar viele Gremien, doch am Ende lag jede relevante Entscheidung beim Ministerium. Erst 1999 wurde unter Ruth Wagner ein neuer Weg eingeleitet. Auf diesem Weg gehen wir heute einen weiteren Schritt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wer selbstständige Hochschulen will, muss bereit sein, auf direkte Einflussnahme weitgehend zu verzichten und Aufgaben auf Organe der Hochschulen zu übertragen. Genau dies ist der Geist der Novelle, mit der wir den Einfluss des Ministeriums weiter zurücknehmen und im Wesentlichen auf die Steuerung durch Zielvereinbarungen beschränken. Diese Autonomie ist die Voraussetzung dafür, dass sich unsere Hochschulen im bundesweiten, ja im internationalen Wettbewerb um die beste Forschung und Lehre frei bewegen, eigene Profile ausbilden und die besten Köpfe gewinnen können.

Meine Damen und Herren, am Markt des Wissens besteht man nicht mit zentral gelenkter Planwirtschaft. Deshalb ist es so wichtig, Entscheidungsbefugnisse an die Hochschulen abzugeben.

(Beifall bei der FDP)

Wie muss eine Hochschule daher aufgestellt sein? Sie braucht zunächst ein Gremium, den Senat, um die Regeln für die internen Abläufe festzulegen, wie Prüfungsordnungen oder Satzungen. Sie braucht ein handlungsfähiges Präsidium, das die operativen Entscheidungen eigenverantwortlich trifft.

Sie braucht auch ein Gremium, das die Erwartungen von außen an die Hochschule widerspiegelt und damit eine Aufgabe abdeckt, die früher das Ministerium wahrgenommen hat, und dies ist der Hochschulrat. Die Rolle des Hochschulrats gehört zu den wenigen – wir haben es gerade in der Rede gehört – kontrovers diskutierten Teilen dieser Reform. Es sollte aber jedem klar sein: Wer den Hochschulrat nur als beratendes Gremium will, der belässt wichtige Aufgaben im Ministerium. Dass mancher mit dem Status quo ganz zufrieden war, ist durchaus ein Lob für die beteiligten Ministeriumsmitarbeiter. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir die Hochschulen nicht in die Autonomie entlassen können, wenn wir sie aus dem Ministerium herausführen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der SPD)

Der Hochschulrat soll die Erwartungen der Gesellschaft an die Hochschule widerspiegeln.

(Lachen bei der SPD)

Er muss deshalb eine gewisse Distanz zur Hochschule haben, er darf also nicht mit aktiven Angehörigen der jeweiligen Hochschule besetzt sein, und er muss die Hochschule wie ein kritischer Freund begleiten.

Meine Damen und Herren, es wird viel davon abhängen, Persönlichkeiten zu finden, die sich mit Engagement und Motivation dieser Aufgabe widmen. Im Vorfeld Hochschulräten pauschal zu unterstellen – ich habe das an meh-

renen Stellen gehört –, sie seien ungeeignet, da sie nicht ausreichend qualifiziert seien, entbehrt jedweder Grundlage und wird auch durch viele erfolgreiche Beispiele im In- und Ausland widerlegt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Senate und Präsidien sollen in der Zusammenarbeit mit dem Hochschulrat eine Chance sehen. Nur in gegenseitigem Vertrauen und Respekt kann die Hochschule vorangebracht werden. Deshalb war es uns als FDP sehr wichtig, dass die Hälfte der Hochschulratsmitglieder, die vom Ministerium vorgeschlagen wird – eine Hälfte wird ohnehin von der Hochschule selbst vorgeschlagen –, im Benehmen mit der Hochschule bestellt wird. Ein solcher Hochschulrat ist demokratisch legitimiert, zumal er auch vom Ministerium abberufen werden kann.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Lassen Sie mich noch einmal kurz auf die Aufgaben des Hochschulrats eingehen. Der Hochschulrat kann zwar zu vielen Vorgängen Stellung nehmen, aber seine Entscheidungskompetenz beschränkt sich im Wesentlichen auf drei Felder:

Erstens die Aufstellung des Entwicklungsplans, bei dem es um die strategische Ausrichtung der Hochschulen geht. Meine Damen und Herren, gerade hier ist es wichtig, dass die von der Berufswelt an die Hochschule gestellten Erwartungen ausreichend artikuliert werden.

Zweitens die Einbeziehung bei den Wahlen zum Präsidium, insbesondere das Vorschlagsrecht bei der Präsidentenwahl. Die wichtige Stellung des Präsidenten macht es notwendig, dass hier Kandidaten gefunden werden, die von allen Organen getragen werden können.

(Zuruf des Abg. Michael Siebel (SPD))

Da die Findungskommission – auch dies ist ein wichtiger Punkt – paritätisch vom Hochschulrat und Senat besetzt ist, die Vorschlagsliste des Hochschulrats mehrere Namen enthalten soll und die eigentliche Wahl weiterhin Aufgabe des Senats ist, ist ein ausgewogenes Verhältnis der Organe gegeben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Drittens die Zustimmung, wenn über das Vermögen der Hochschule verfügt oder im Einzelfall bei Berufungen von gesetzlichen Regelungen abgewichen wird, also nicht im Regelfall. Dies sind eher seltene Vorgänge. Für das operative Tagesgeschäft der normalen Berufung ist der Hochschulrat nicht zuständig, übrigens auch nicht mehr bei der TUD. Betrachtet man das Zusammenspiel der Organe, so zeigt sich, dass alle Befürchtungen, die Wirtschaft würde in unangebrachter Weise Einfluss nehmen, jeder Grundlage entbehren.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die guten Erfahrungen der Stiftungsuniversität Frankfurt sowie der TUD, die bereits ähnliche Strukturen besitzen, zeigen dies. Der Hochschulrat hat sich als kritischer Freund der Hochschule bewährt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU – Michael Siebel (SPD): Als kritischer Freund! – Janine Wissler (DIE LINKE): Wer solche Freunde hat!)

Ein großer Vertrauensvorschuss ist der vorliegende Gesetzentwurf auch gegenüber der Studentenschaft. Der

Entwurf stärkt ihre Rechte zur eigenen Organisation. Nicht mehr der Landesgesetzgeber schreibt vor, wie sich die Studentenschaft im Detail zu organisieren hat. Dies kann das Studierendenparlament nun weitgehend autonom festlegen.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja super!)

Wir haben das Vertrauen, und ich habe das Vertrauen, dass dieses Parlament seine neuen Befugnisse mit Augenmaß einsetzen wird.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Dass dies die SPD – Herr Grumbach hat das gerade gemacht – und auch die Jusos in einer Pressemeldung kritisieren, kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, in den Siebzigerjahren hat die SPD einmal mit dem Slogan „Mehr Demokratie wagen“ geworben. Heute hat man offensichtlich Angst vor zu viel studentischer Eigenverantwortung.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Gernot Grumbach (SPD) – Janine Wissler (DIE LINKE): Da müssen Sie selber lachen!)

Ferner kommen wir einer Forderung der Studentenschaft nach, indem wir den Hochschulen erlauben, über die Abweichungsbefugnis die Mittelkürzung bei Wahlbeteiligungen unter 25 % – auch dies wurde gerade angesprochen – auszusetzen. Dabei ist uns eines klar, nämlich dass immer stärker sinkende Wahlbeteiligungen auf Dauer die demokratische Legitimation des Studierendenparlaments infrage stellen werden.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ach was? Das ist auf Landesebene genauso! Was ist mit Bürgermeisterwahlen? – Heike Habermann (SPD): Dann schaffen wir die Direktwahl ab!)

Ich vertraue jedoch darauf, dass dies die Fraktionen des Studierendenparlaments ähnlich sehen und aus sich heraus alles in ihrer Kraft Stehende unternehmen werden, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen, auch wenn eine Hochschule die Regelung zur Mittelkürzung aussetzt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen. Die HHG-Novelle ist ein weiterer Schritt zu mehr Freiheit und Autonomie unserer Hochschulen. Sie schafft die Basis, damit unsere Hochschulen im internationalen Wettbewerb erfolgreich bestehen können. Sie folgt dem Geist der Eigenverantwortung und der Partnerschaft und bringt unser Vertrauen in die Fähigkeiten und die guten Absichten aller Beteiligten zum Ausdruck.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Sie geht einen weiteren Schritt auf dem erfolgreichen Weg, der 1999 von Ruth Wagner eingeschlagen worden ist. Mit der Novelle werden unsere Hochschulen hervorragend für die Zukunft aufgestellt. Meine Damen und Herren, heute ist ein guter Tag für Hessens Hochschulen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)



**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Es gibt eine Kurzintervention. Herr Dr. Spies, bitte.

**Dr. Thomas Spies (SPD):**

Herr Kollege Bürger, ich habe mit großem Interesse Ihre Drohung mit dem schlanken Staat gehört und frage mich, ob das heißt, dass in Zukunft auch die Gemeindeparlamente die Bürgermeister abschaffen können sollen

(Zuruf des Abg. Michael Siebel (SPD))

und der Kommunale Finanzausgleich nach Wahlbeteiligung ausgeschüttet werden soll. Aber darum habe ich mich nicht gemeldet, sondern ich habe mich aus einem anderen Grund gemeldet.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Ich habe mich zu Ihrem grundsätzlichen Verständnis der Hochschulbildung gemeldet. In „Phaidros“, einem sokratischen Dialog von Platon, wird das Bild, das meines Erachtens auch heute noch für das europäische Bild der Hochschule prägend ist, geschaffen, nämlich das des Lehrers und Schülers im dialogischen Prozess, der beide bereichert.

Wenn Sie mehr Selbstständigkeit der Hochschulen wollen, worüber man reden kann, und anschließend die Hochschule, die selbstständig sein soll, auf das Präsidium und einen vom Ministerium eingesetzten Hochschulrat reduzieren, dann werfen Sie zweieinhalbtausend Jahre europäischer Geistesgeschichte mit einem Federstrich über Bord.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

Ich würde noch einmal einen Moment innehalten und darüber nachdenken, ob denn nicht vielleicht der Prozess der Bildung an einer Hochschule etwas anderes ist, als Waren zu kaufen, und eines anderen Zugangs bedarf.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN – Zuruf des Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU))

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Kollege Bürger, Sie sind gefordert: Platon.

**Dr. Matthias Bürger (FDP):**

Lieber Herr Dr. Spies, offensichtlich kennen Sie mich noch nicht, aber vielleicht werden Sie mich kennenlernen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe: Ui!)

Zu dem Punkt Lehrer und Schüler im Dialog. Selbstverständlich. Ich habe diesen Dialog selbst in studentischen Gremien erlebt. Wir haben früher bei uns Berufungslisten unter Mitwirkung aller Beteiligten erstellt. Die Folge war, dass wir eine Liste ausgearbeitet haben. Diese Liste ging an das Ministerium. Dem Ministerium war es völlig egal, wer an welcher Stelle stand. Man konnte die dritte Stelle berufen, die zweite Stelle – völlig egal.

Was wir nun tun, ist, all diese Aufgaben, insbesondere die Aufgabe der Berufung, an die Hochschulen zu geben.

(Zurufe der Abg. Dr. Thomas Spies (SPD) und Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Wir nehmen das Ministerium zurück. Früher hat diese Aufgaben zu 100 % das Ministerium durchgeführt. Jetzt ist es ein Hochschulrat, bei dem die Hälfte der Mitglieder ausschließlich von der Universität vorgeschlagen wird, die andere Hälfte sogar im Benehmen mit der Universität. Weiter kann man sich an dieser Stelle gar nicht zurücknehmen. Ich halte das für sinnvoll. Das ist gelebte Autonomie. Deswegen gehen Ihre Vorwürfe völlig ins Leere. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Kollege Bürger. – Das Wort hat Frau Abg. Wissler, Fraktion DIE LINKE.

**Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Hochschullandschaft ist im Umbruch, allerdings in die falsche Richtung. Die aktuellen Debatten handeln ausschließlich von Wettbewerb, Standortsicherung und Exzellenzförderung. Die Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes muss sich aber am Leitbild einer sozialen und demokratischen Hochschule mit guten Lehr-, Lern-, Forschungs- und Arbeitsbedingungen orientieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu müssen die Verschlechterungen aus zehn Jahren Koch-Regierung zurückgenommen werden, was der vorliegende Gesetzentwurf natürlich nicht tut. Das Hessische Hochschulgesetz wurde entschlackt, mit der Tendenz, mehr über Erlasse und Verordnungen zu regeln und damit den Ermessensspielraum des Ministeriums an einigen Stellen zu erweitern. Das halten wir für falsch. Wir wollen klare gesetzliche Regelungen, die den Hochschulen Planungssicherheit geben.

Herr Bürger, so viel sei gesagt: Nur weil der Gesetzentwurf fünf Seiten kürzer ist als das bisherige Gesetz, ist das noch lange kein Bürokratieabbau.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will mich heute auf ein paar wenige zentrale Punkte zum Hessischen Hochschulgesetz beschränken. Das heißt nicht, dass ich mit den anderen einverstanden bin. Mit dem TUD-Gesetz bin ich auch nicht einverstanden.

Als LINKE wenden wir uns gegen die Entdemokratisierung und Kommerzialisierung der Hochschulen. Die CDU-Landesregierung hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Regelungen eingeführt, die das Engagement von Studierenden an den Hochschulen erschwert und die Rechte der verfassten Studierendenschaft geschwächt haben. Sie marschieren weiter mit Sieben-Meilen-Stiefeln in die falsche Richtung. Der Gesetzentwurf schwächt die rechtliche Verankerung der Studierendenvertretung. Sie wollen die ASten langfristig aushebeln und damit den Studierenden die Strukturen nehmen, die sie brauchen, um sich zu organisieren und gemeinsam zu handeln, beispielsweise gegen Studiengebühren.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist Ihre Lehre, die Sie aus der breiten Bewegung gegen Studiengebühren gezogen haben, nämlich ein konservatives Rollback an den Hochschulen.

Ein Irrsinn bleibt die sogenannte 25-%-Hürde, die das Budget der ASten an die Wahlbeteiligung koppelt. Man stelle sich das einmal für die Haushalte von Land und Kommunen vor. Die Beiträge sind natürlich nach der Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben zu bemessen und nicht nach der Wahlbeteiligung. Die studentischen Vertreter fordern deshalb völlig zu Recht die vollständige Abschaffung dieses Paragraphen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Auch der sogenannte Ordnungsparagraph muss weg, der politisch aktive Studierende einschüchtern soll. Der verwendete Gewaltbegriff ist höchst fraglich. Danach kann nämlich exmatrikuliert werden, wer den Hochschulbetrieb oder eine Hochschulveranstaltung stört. Das heißt, dass jeder, der sich an einem Universitätsstreik beteiligt, deshalb exmatrikuliert werden könnte.

Das Präsidium ist sogar befugt, nicht näher definierte Ordnungsmaßnahmen anzuordnen. Meines Wissens hat davon bisher keine hessische Hochschule Gebrauch gemacht. Ich frage mich auch, was zum Teufel das für Ordnungsmaßnahmen sein sollen. Ist das dann Campuskehren oder Tafelwischen? Oder was bitte soll das sein?

Es gibt ein Hausrecht, und es gibt ein Strafrecht. Das ist ausreichend. Weitere Sanktionsmöglichkeiten gegen Studierende lehnen wir ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen die Rechte der verfassten Studierendenschaft um ein politisches Mandat erweitern und die Mitbestimmung an den Hochschulen ausbauen. Bei allen Fragen, die sich nicht unmittelbar auf Forschung und Lehre beziehen, ist eine paritätische Besetzung der Gremien rechtlich möglich und politisch notwendig. Es hilft aber wenig, wenn die Gremien immer weniger zu sagen haben, weil eine Kompetenzverlagerung hin zu den Präsidien und Hochschulräten stattfindet.

Die Mitglieder der Hochschulräte gehören nicht der Universität an. Sie müssen keine Wissenschaftler sein. Und vor allem sind sie nicht demokratisch legitimiert. Bei der Besetzung überwiegt in der Praxis eine einseitige wirtschaftsorientierte Besetzung. Durch die Novelle des HHG sollen die Entscheidungsbefugnisse des Hochschulrates auf die Entwicklungsplanung, auf Berufungsverfahren und auch auf interne Abläufe, wie z. B. die Wahl und die Abwahl des Präsidenten, ausgeweitet werden. Es macht wenig Sinn, wenn sich Präsidium und Hochschulrat zukünftig gegenseitig einsetzen.

Ihr Gesetzentwurf sieht auch vor, dass die Mitglieder des Hochschulrates nicht mehr ausdrücklich ehrenamtlich tätig sind und dass die Legislaturperiode aller Hochschulräte Ende 2010 endet. Da liegt der Verdacht natürlich nahe, dass hier womöglich gut dotierte Posten geschaffen werden sollen. Ich sage Ihnen: Wenn die Hochschulen in Hessen eines nicht brauchen, dann sind das bezahlte Hochschulräte.

(Beifall bei der LINKEN)

Hochschulräte sollen eine beratende Funktion haben. Die Entscheidungskompetenz muss bei den demokratisch legitimierten Gremien, in erster Linie beim Senat, bleiben. Die Entscheidungsspielräume, die sich durch die Erweite-

rung der Hochschulautonomie ergeben, müssen der akademischen Selbstverwaltung übertragen werden. Grundsätzlich sind wir aber der Meinung, dass Rahmenbedingungen landesweit einheitlich über das Hochschulgesetz geregelt werden müssen und nicht dem Belieben der einzelnen Satzungen der Hochschulen überlassen werden dürfen. Herr Bürger, ich empfehle einen Blick in die Hessische Verfassung, Art. 60.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Der freie Hochschulzugang ist eine soziale Errungenschaft. Deshalb war die Abschaffung der Studiengebühren in Hessen so wichtig. Aber auch der Verwaltungskostenbeitrag, der im Rahmen der „Operation düstere Zukunft“ eingeführt wurde, ist nichts anderes als eine Studiengebühr, und zwar ohne Darlehensmöglichkeit. Nach Art. 59 der Hessischen Verfassung und auch nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs ist diese Gebühr nicht zulässig und muss abgeschafft werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wenden uns gegen alle Formen der schleichenden Privatisierung im Hochschulbereich. Als einzige Fraktion dieses Hauses lehnen wir die Stiftungsuniversität ab und sprechen uns dafür aus, die Umwandlung rückgängig zu machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir lehnen auch Teilprivatisierungen in Form von Ausgliederungen ab, wie Ihr Gesetzentwurf es in § 3 möglich machen will. Sie führen einen Drittmittelzwang ein und verpflichten die Hochschulen, Drittmittel einzuwerben. Aber die Hochschulfinanzierung ist eine öffentliche Aufgabe. Wir wollen nicht, dass Sponsoren Einfluss auf Lehre und Forschung bekommen; denn Bildung ist keine Ware, und die Hochschulen sind kein Markt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir setzen uns auch für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen ein. Denn gerade an den Hochschulen arbeiten immer mehr junge Wissenschaftler in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Reguläre unbefristete Vollzeitstellen sind an den Universitäten eine Ausnahme. Die Entwicklung ist fatal, denn Lehre und Forschung brauchen Kontinuität. Das heißt auch, dass der Anteil der Dauerstellen erhöht werden muss.

Das sind einige Kritikpunkte am Gesetzentwurf. Das Hessische Hochschulgesetz muss gemeinsam mit den Betroffenen, nämlich den Studierenden als größte Statusgruppe an den Hochschulen, aber auch mit den Gewerkschaften entwickelt werden und nicht gegen sie. Wir wollen keine Hochschulen, an denen Eliten stromlinienförmig und eindimensional ausgebildet werden. Im Gegenteil: Die kritischen Wissenschaften müssen an den hessischen Universitäten und Hochschulen gestärkt werden, damit die gute Tradition beispielsweise Wolfgang Abendroths oder der Frankfurter Schule in Hessen auch fortgesetzt wird. In diesem Sinne: für Solidarität, für freie Bildung und für offene und demokratische Hochschulen.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Wissler. – Das Wort hat Frau Abg. Sarah Sorge, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.



**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Lieber Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der vorgelegte Entwurf des Hessischen Hochschulgesetzes zeigt, dass die Landesregierung überhaupt kein Konzept hat, wohin sich die Hochschulen entwickeln sollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Gesetzentwurf blendet einen Großteil der Entwicklungen aus, die zurzeit im Wissenschaftssystem ohnehin passieren, aber durch ein Gesetz, mindestens aber durch ein schlüssiges Konzept gestaltet werden müssten. Die Ministerin redet – das hat sie hier eben auch getan – immer wieder von Autonomie. Sie behauptet, die Entlassung der Hochschulen in Freiheit sei ihr Konzept. Aber, Frau Ministerin, in Wirklichkeit machen Sie sich keinerlei Gedanken, was nötig ist, damit Autonomie an den Hochschulen dann auch wirklich funktioniert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Gegenteil: Frau Kühne-Hörmann, Sie legen den Hochschulen mit der hier vorgelegten Gesetzesnovelle sogar Steine bei der Bemühung in den Weg, in der Hochschule gemeinsam auszuhandeln, wo die Entwicklung hingehen soll. Denn Ihr Gesetzentwurf ist allein ein Angriff auf die akademische Selbstverwaltung und damit auf das System, wie Hochschule bei uns seit Jahrzehnten funktioniert. Natürlich, Herr Dr. Büger, auch an Sie: Wir müssen das, was nicht funktioniert, verbessern. Was Sie hier aber machen, ist, das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Ich will Ihnen das hier einmal am Beispiel der Rolle des Hochschulrats verdeutlichen. Der Hochschulrat ist bislang ein aus externen Vertreterinnen und Vertretern besetztes Gremium, das die Hochschulen in ihrer Entwicklung berät. Sinn ist, die Sicht von außen – das ist im schwarz-gelben Sinne im Wesentlichen die Wirtschaft – in die Hochschule hineinzutragen.

Wir GRÜNE haben hier schon immer eine breitere Aufstellung der Hochschulräte gefordert, finden aber die Hochschulräte in ihrer beratenden Funktion als Bindeglied zwischen Hochschulen und der Gesellschaft durchaus eine sinnvolle Erfindung. Das war nicht von Anfang an so. Hier haben wir GRÜNE unsere Meinung geändert. Das nur einmal am Rande und als Ermutigung für Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, über das, was ich sage, einfach einmal nachzudenken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn nun haben Sie etwas vor, was wirklich kontraproduktiv ist und in den Hochschulen so nicht funktionieren wird. Sie wollen den Hochschulrat zu einem Entscheidungsgremium ausbauen, das wesentliche Belange der Hochschulen bestimmen kann. Der Hochschulrat soll bei der Mittelverteilung mitwirken. Er soll bei Berufungsverfahren mitwirken. Die Entwicklungsplanung der Hochschule soll in Zukunft die Zustimmung des Hochschulrates erfordern, und zudem soll der Hochschulrat zusätzliche Kompetenzen bei der Auswahl des Präsidiums der Hochschule bekommen. Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU und meine Herren von der FDP, schwebt ein Modell von autonomen Hochschulen vor, dass Hochschulen wie Unternehmen geführt werden sollen. Der Hochschulrat soll dabei die Rolle des Aufsichtsrats einnehmen. Hochschulen funktionieren aber nicht wie Unternehmen, und das ist auch gut so.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

Eine Hochschule ist ein Ort, an dem alle – Herr Kollege Grumbach hat das hier schön beschrieben – an Wissenschaft und Forschung Beteiligten ein Mitspracherecht haben sollten. Das genau ist es, was Wissenschaft braucht, um nach vorne und sicher gern auch einmal um die Ecke denken zu können.

Eine Hochschule, deren Entwicklung allein von einer Handvoll Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, nämlich zurzeit vier bis fünf, dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten, geleitet wird und dann von im Wesentlichen wirtschaftlich orientierten Menschen kontrolliert wird, verliert an Ideen, Neugier und Kreativität.

Daher ist es nicht nur aus demokratietheoretischen Gründen, sondern weit darüber hinaus wichtig, dass die verschiedenen Interessen in einer Hochschule gemeinsam austariert werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Deshalb sagen wir GRÜNE seit Jahren Ja zur Autonomie, aber nur im Einklang mit mehr Demokratie und mehr hochschulinterner Demokratie.

(Beifall des Abg. Michael Siebel (SPD))

– Danke, Michael. – Ein Hochschulrat ist nicht demokratisch legitimiert. Das sage nicht nur ich, sondern das sehen im Wesentlichen auch die Hochschulen so – und sogar auch die Hochschulleitungen. Frau Kühne-Hörmann, wenn Sie hier sagen, Sie hätten die Fachleute einbezogen, dann heißt das, dass Sie sich mit ihnen getroffen und sie angehört haben. Aber das, was sie gesagt haben, haben Sie offensichtlich nicht gehört.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Sonst wäre Ihnen aufgefallen, dass alle Hochschulen außer der TU Darmstadt und der Stiftungsuni Frankfurt genau das gesagt haben, was auch vom Kollegen Grumbach eingefordert wurde: erst einmal abzuwarten, zu schauen, was die Evaluation ergibt, erst einmal das Tempo herunterzufahren, gerade bei der Funktion der Hochschulräte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Gernot Grumbach (SPD))

Externe Berater, die sich zwei- bis viermal, bei der Stiftungsuni von mir aus auch achtmal im Jahr treffen, sind sicher in der Lage, Anstöße und wichtige Impulse von außen zu geben. Sie haben aber nicht die Legitimation, über wichtige Fragen wie beispielsweise über Berufungen zu entscheiden. Das ist doch kein ausgereiftes Konzept für die Zukunft unserer Hochschulen.

Meine Damen und Herren, Herr Breuer, der Vorsitzende des Hochschulrats der Uni Frankfurt, sagt es auch selbst. Herr Kollege Büger, Sie sagen, wir würden den Leuten die Kompetenz absprechen. Das stimmt nicht. Da sitzen durchaus kompetente Leute. Die haben nur, wie man am Beispiel Breuer sieht, nebenbei noch einen anderen Job. Es geht darum, ob die Leute überhaupt in der Lage sind, in diesen kurzen Treffen mit dieser intensiven Vorbereitung über so wichtige Dinge entscheiden zu können. Ich sage dazu eindeutig: Nein, das ist nicht der Fall. Deswegen ist diese Entscheidung fahrlässig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Michael Siebel (SPD))

Der Kollege Breuer, der Vorsitzende des Hochschulrates der Uni Frankfurt – wieso eigentlich Kollege? –, Herr Breuer

(Heiterkeit)

sagt selbst zu seiner Aufgabe als Hochschulrat, was er gerade macht, ist Learning by Doing. – Entschuldigung, Herr Kollege Dr. Müller, er hat es so gesagt, es ist ein Zitat.

Meine Damen und Herren, ich sage dazu: Es ist verantwortungslos.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Falsch und verantwortungslos ist auch die weitere Schwächung des Senats. Diese Regelung belastet im Senat die Zusammenarbeit zwischen der Hochschulleitung und den restlichen Senatsmitgliedern. Sie schürt Misstrauen und wird daher nicht dazu führen, dass die Entscheidungen besser getroffen werden. Sie werden allenfalls schneller getroffen.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Sorge, Sie müssen zum Schluss kommen.

(Michael Siebel (SPD): Schade eigentlich!)

#### **Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, ich habe mir schon gedacht, dass die Zeit nicht ausreicht, um zu diesen vielfältigen Dingen im Hochschulgesetz Stellung zu nehmen.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Deshalb ist das Verfahren viel zu schnell! Die Zeit reicht nicht aus!)

Glücklicherweise ist es erst die erste Lesung. Das heißt, wir haben noch eine ganze Reihe von Gelegenheiten, um hier beraten zu können.

Zur Mitbestimmung will ich ganz kurz sagen, dass das, was Sie hier vorschlagen, lächerlich ist. Sie schlagen vor, dass die Studierenden ihre Organe in Zukunft selbst benennen dürfen. Das machen wir bei den Ortsbeiräten beispielsweise auch nicht. Die dürfen sich auch nicht Dorfkönig oder was weiß ich nennen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Deswegen ist hier ganz klar das Ziel zu benennen, das dahinter steht: Sie wollen die einheitliche Vertretung der Studierenden zerschlagen. Dafür kriegen Sie unsere Stimmen auf keinen Fall.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Vielmehr ist ein Ausbau der Rechte der Studierenden nötig.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Sarah Sorge, bist du jetzt so lieb?

#### **Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich höre jetzt auf, aber es gibt noch genug Weiteres zu sagen. Es war nur ein ganz kleiner Anteil von dem, was am Hochschulgesetz zu kritisieren ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Reißer, CDU-Fraktion.

#### **Rafael Reißer (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion begrüßt ausdrücklich die Einbringung des Gesetzentwurfs der Hessischen Landesregierung zum Hessischen Hochschulgesetz und zum TUD-Gesetz.

Herr Kollege Grumbach, wer sich hier irrt, das werden wir feststellen müssen. Aber das, was Sie in Ihrer Pressekonferenz gemacht haben, war schon abenteuerlich. Sich in der Pressekonferenz mit Behauptungen hinzustellen, wir würden die ASten abschaffen wollen mit dem Gesetz – –

(Dr. Thomas Spies (SPD): Das wollt ihr doch! Das wollt ihr schon seit 20 Jahren! Tut doch nicht so!)

Es ist völlig klar, dass wir das mit erhöhten Selbstorganisationsbefugnissen gerade in der Richtung stärken. Das hat etwas mit Autonomie zu tun. Sie sollten das genauer durchstudieren und nicht in Pressekonferenzen so einen Unsinn erzählen und damit die Bürger in diesem Lande verunsichern.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das Zweite ist die Behauptung der Beteiligungsklausel. Frau Kollegin Sarah Sorge hat das eben auch in dieser Richtung gesagt. Damit ist auch ganz klar, dass wir gesagt haben: Auch die Studentenvertretungen können selbst entscheiden, wie sie das in Zukunft haben wollen – analog der Stiftungsuniversität in Frankfurt. Das ist eine ganz klare Verbesserung in diesem Bereich.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist daran eine Verbesserung?)

– Das ist eine klare Verbesserung. Sie sehen, wie das in Frankfurt gemacht worden ist. Das ist dort hervorragend angekommen.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da heißt es immer noch AStA!)

Deswegen ist es schlecht, wenn Sie, Herr Grumbach, ganz bewusst Falschmeldungen unterbringen, die nicht der Realität entsprechen und die einen Schaden darstellen; denn so geht man mit diesem Bereich nicht um.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir wollen unseren Hochschulen eine größere Freiheit geben, ihre Entscheidungen für die Zukunft treffen zu können. Nach fünf Jahren erfolgreicher Arbeit werden wir dieses Gesetz der Autonomie weiter stärken und ausbauen. Das ist das beste Mittel, die Hochschulen in unserem Land im Wettbewerb der besten Ideen voranzubringen.

Erlauben Sie mir noch ein paar Blicke zurück. Der Hochschuletat 1998 belief sich auf 963 Millionen €. 2008 ist er

auf 1,3 Milliarden € angestiegen. Das ist eine hervorragende Leistung, und die gilt es an dieser Stelle zu unterstreichen.

(Beifall bei der CDU)

Die Programme HEUREKA und LOEWE sind zusätzliche Programme. Der Etat des Konjunkturprogramms, das wir in Hessen aufgelegt haben, beläuft sich auf insgesamt 1,7 Milliarden €. Das ist eine ganz hervorragende Leistung. Dazu kommt noch der Hochschulpakt. Wir sind auf dem richtigen Weg,

(Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

indem wir hergehen, die Hochschulautonomie mit verlässlicher Finanzierung zu bündeln. Das ist ein hessisches Bildungsmarkenzeichen, das ist an dieser Stelle wichtig.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Grundlegend zielen das Hessische Hochschulgesetz und das TUD-Gesetz auf eine stärkere Eigenverantwortung der Hochschulen ab. Das finden wir als CDU und als FDP richtig. Es ist bereits als Trend festzustellen, und wir wollen es weiter unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich nenne einige Kernpunkte. Die Gestaltungsfreiheit der Hochschulen wird erweitert. Das Personalrecht wird weiter flexibilisiert und ergibt für die Hochschulen größere Handlungsspielräume. Die Budgetautonomie der Hochschulen wird erhöht. Die Hochschulen erhalten langfristige Planungssicherheit – ein wichtiges Instrument, bei dem das nicht nur jährlich gesehen wird, sondern man eine Sichtweise über die Jahre erhält.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Das ist in diesem Bereich Voraussetzung, um dieses Land nach vorne zu bringen.

Betrachten wir an dieser Stelle das TUD-Gesetz. Sowohl eine interne als auch eine externe Analyse haben gezeigt, dass wir mit dem TUD-Gesetz auf dem richtigen Weg sind. Es ist in vielen Ländern als vorbildlich angebracht worden und in anderen Bundesländern beispielgebend herangezogen worden. Dadurch verbessern sich die Chancen, die guten Ideen in unserem Land weiter voranzubringen, die sonst verloren gingen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Oder was Sie dafür halten!)

Auch an diesem Punkt möchte ich eindeutig die Ausgründungen erwähnen: dass es Möglichkeiten gibt, Ausgründungen aus Hochschulen zu machen. Das gibt große Chancen für Ideen, die in der Hochschule kreiert worden sind, damit sie nicht verloren gehen, sondern dass sie realisiert werden. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, den unser Land nach vorne bringen muss.

Kommen wir zu dem, was Sie auch gesagt haben, zur akademischen Selbstverwaltung. Hier werden neue Möglichkeiten eröffnet, Frau Sorge. Kritik an der Kompetenz der Hochschulräte in Sachen Entscheidungsbefugnis und bei der Entwicklungsplanung oder bei der Präsidentenwahl ist unserer Meinung nach unbegründet; denn die Mitglieder des Hochschulrates werden zur einen Hälfte vom Präsidium im Benehmen mit dem Senat und zur anderen Hälfte vom Wissenschaftsministerium im Benehmen mit der Hochschule benannt. Das ist die Legitimation, und

das halten wir für richtig. Deswegen ist das eine richtige Entscheidung in der Richtung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Mitglieder des Hochschulrates sollen ihre Erfahrung und Kontakte in den Dienst der Hochschule stellen und verstehen sich dann auch als Ratgeber und Wegbereiter. Das neue Hochschulgesetz setzt darauf, dass dieses Wissen noch besser als bisher in den Hochschulen einzubinden ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Wir möchten, dass unsere Hochschulen auch in Zukunft richtungweisend sind. Sie brauchen ihre Selbstständigkeit und keine staatliche Bevormundung, Herr Kollege. Da entsteht Kreativität und nicht andersherum. Das ist der Punkt.

(Beifall der Abg. Judith Lannert (CDU))

Selbstbestimmung ist unsere Kernbotschaft für die Arbeit der hessischen Hochschulen. In Hessen entstehen die Hochschulen der Zukunft.

Ich freue mich auf eine weitere Beratung in dem Ausschuss und in der Anhörung. Aber wir sind auf einem guten Weg. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Reißer. – Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die erste Lesung abgehalten.

Vereinbarungsgemäß überweisen wir den Gesetzentwurf zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Fachausschuss. – Keine Bedenken, dann wird das so gemacht.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

#### **Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung – Drucks. 18/1045 –**

Der Gesetzentwurf wird von Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann eingebracht.

#### **Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bringe den Gesetzentwurf der Landesregierung zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung ein.

Die Regierungschefs der Länder haben zwischen dem 8. März 2008 und dem 5. Juni 2008 einen neuen Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung unterzeichnet. Durch die heutige erste Lesung wird das Ratifizierungsverfahren des Staatsvertrags in Hessen eingeleitet.

(Beifall bei der CDU)



**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Es ist keine Aussprache vorgesehen.

Der Gesetzentwurf wird zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Fachausschuss überwiesen. – Kein Widerspruch, dann ist dies der Fall.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Erstattung der Börsenaufsichtskosten und die Vollstreckung von Verfügungen der Börsenaufsichtsbehörde (BörsAKVG) – Drucks. 18/1049 –**

Der Gesetzentwurf wird von Herrn Staatssekretär Saebisch eingebracht.

**Steffen Saebisch, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Geltung des Börsenaufsichtskostengesetzes ist bis zum 31. Dezember 2009 befristet. Gleiches gilt für die auf ihm gründende Verordnung.

Die Landesregierung legt Ihnen deswegen heute einen Gesetzentwurf vor, der die entsprechende Verlängerung der Geltungsdauer dieses Gesetzes vorsieht. Zusätzlich schafft der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf eine Vollstreckungsregel für die Börsenaufsichtsbehörde. Dies ist notwendig, da nach dem Hessischen Verwaltungsvollstreckungsgesetz die Vollstreckung von Verwaltungsakten gegen Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts nur zulässig ist, wenn dies aufgrund einer Rechtsvorschrift ausdrücklich zugelassen ist. Eine solche Regelung existiert für den Börsenbereich gegenwärtig nicht.

Die Neufassung des Börsenaufsichtskostengesetzes ist erforderlich, damit die hessische Börsenaufsicht ihre Aufgaben auch zukünftig in bewährter Weise erfüllen kann. Dies ist im Interesse des Finanzplatzes, der Finanzplatzakteure und der Anleger. Ich bitte Sie deswegen um eine positive und konstruktive Beratung. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herzlichen Dank, Herr Staatssekretär. – Damit ist der Gesetzentwurf eingebracht. Es ist keine Aussprache vorgesehen.

Der Gesetzentwurf wird zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den zuständigen Fachausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, überwiesen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Hessisches Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt und zur Änderung von Rechtsvorschriften – Drucks. 18/1050 –**

Der Gesetzentwurf wird von Herrn Staatssekretär Saebisch eingebracht.

**Steffen Saebisch, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich, Ihnen heute den Gesetzentwurf zur Umsetzung der EG-Dienstleistungsrichtlinie präsentieren zu können. Die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie ist ein wichtiger Schritt, um den einheitlichen Binnenmarkt im Bereich der Dienstleistungswirtschaft weiter zu stärken.

Uns geht es insbesondere darum, die Einsetzung eines einheitlichen Ansprechpartners, die Möglichkeit zur elektronischen Verfahrensabwicklung, die Überprüfung und, soweit erforderlich, auch die Anpassung der Rechtsvorschriften aller rechtsetzungsbefugten Körperschaften in Hessen, aber vor allem auch die Einführung einer Genehmigungsfiktion und die Anordnung einer Entscheidungsfrist gesetzlich zu verankern. Für dieses sehr ambitionierte Umsetzungsprojekt läuft am Jahresende die Frist aus.

Wenn Sie sich die Möglichkeiten anschauen, die wir mit dem Gesetz über einheitliche Ansprechpartner und die Möglichkeiten zur Online-Umsetzung von Genehmigungsprozessen schaffen, dann zeigt dies, dass Hessen seiner Vorreiterrolle beim E-Government gerecht wird. Ich freue mich besonders, dass unsere sehr umfangreiche, sehr schwierige, aber in der Anwendung sehr leicht verständliche Lösung bundesweit nicht nur große Akzeptanz gefunden, sondern auch eine Auszeichnung im Rahmen des 9. E-Government-Wettbewerbs unter der Schirmherrschaft des Bundesinnenministers bekommen hat. Da hat Hessen mit seiner Lösung den ersten Preis gewonnen. Das ist eine Auszeichnung für die Bemühungen der Landesregierung, hier eine Vorreiterrolle einzunehmen. Ich darf an dieser Stelle allen beteiligten Mitarbeitern für ihre gute Arbeitsleistung danken, auch dem Kollege Horst Westersfeld, der mit mir dieses Projekt begleitet und geleitet hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Florian Rentsch (FDP): Großartig!)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herzlichen Dank, Herr Staatssekretär. – Damit ist der Gesetzentwurf eingebracht. Es ist keine Aussprache vorgesehen.

Zur Vorbereitung der zweiten Lesung wird der Gesetzentwurf an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen. – Kein Widerspruch.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Aufhebung von Rechtsvorschriften aus den Geschäftsbereichen des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung und des Ministeriums für Arbeit, Familie und Gesundheit – Drucks. 18/1051 –**

Auch hier bringt der Herr Staatssekretär den Gesetzentwurf ein.

**Steffen Saebisch, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit 1999 verfolgt die Landesregierung konsequent das Ziel, die ausufernde Normenflut einzudämmen. Dazu gehört auch, obsolet gewordene Vorschriften und Regelungen zu gleichen oder ähnlichen Sachverhalten möglichst

in einer Vorschrift zu bündeln. Genau das soll mit dem Gesetzentwurf erreicht werden. Mit diesem Gesetzentwurf sollen sechs überholte Rechtsverordnungen aus meinem Geschäftsbereich und aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Familie und Gesundheit aufgehoben werden. Fünf davon können nur per Gesetz aufgehoben werden, weil die Ermächtigungsgrundlage weggefallen ist.

Ich bitte um eine positive Behandlung dieses Gesetzesvorschlages der Landesregierung in den Ausschüssen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Damit ist auch dieser Gesetzentwurf eingebracht.

Der Gesetzentwurf wird zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen. – Kein Widerspruch, dann ist so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

#### **Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Achstes Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz – Drucks. 18/1052 –**

Den Gesetzentwurf bringt der Herr Justizminister ein.

#### **Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte – fast ebenso kurz, wie es Herr Staatssekretär Saebisch gemacht hat – einen in meinen Augen relativ unstrittigen Gesetzentwurf einbringen.

Wir haben eine Novellierung in der Sozialgerichtsbarkeit vorzunehmen. Sie wissen, dass die Hartz-Reformen durch erheblich gestiegene Verfahrenszahlen große Belastungen für die Sozialgerichte mit sich gebracht haben. Ich möchte an dieser Stelle den ausdrücklichen Dank der Landesregierung und von mir persönlich an alle in der Sozialgerichtsbarkeit tätigen Richterinnen und Richter, an die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter sowie die Beschäftigten aussprechen. Sie haben einen enormen zusätzlichen Druck auf die Sozialgerichtsbarkeit durch die Änderungen in der Hartz-IV-Zuständigkeit erfahren müssen. Auf der anderen Seite hat die Landesregierung durch eine Erhöhung der Zahl der Stellen von 88 auf 107 – das ist immerhin eine Steigerung um 21,5 % – in den letzten zwei bis drei Jahren für eine personelle Verstärkung gesorgt.

Der Gesetzentwurf ist relativ einfach. Die örtliche Zuständigkeit der Sozialgerichte hat sich bisher sehr an den Zuständigkeitsregelungen der Amtsgerichte orientiert und war deshalb mit den kommunalen Grenzen in unserem Lande nicht in Einklang zu bringen. Aufgrund der Hartz-IV-Gesetzgebung und der Bildung von Optionskommunen auf der einen Seite und von Arbeitsgemeinschaften auf der anderen Seite sind die Abgrenzungen innerhalb der klassischen Kreisgrenzen örtlich sehr stark verändert worden. Deshalb macht es keinen Sinn, dass sich eine Arge oder eine Optionsgemeinde mit zwei verschiedenen Sozialgerichten auseinandersetzen muss oder, andersherum, dass sich ein Sozialgericht mit verschiedenen Argen oder Optionskommunen beschäftigen muss.

Das Ziel des Gesetzentwurfs ist deshalb, dass nunmehr für jede Gebietskörperschaft nur ein Sozialgericht zuständig ist und dass ein Sozialgericht immer nur für eine Gebietskörperschaft zuständig ist. Das schafft die Grundlage für ein einheitliches und effektives Verwaltungshandeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das bedeutet, dass wir keine anderen Veränderungen vornehmen. Die Sozialgerichte in Marburg und Fulda bleiben erhalten. Es wird eine Verkleinerung des Sozialgerichts in Frankfurt am Main und eine Vergrößerung des Sozialgerichts in Darmstadt geben, sodass wir etwa gleich große Gerichte haben.

Natürlich wird das auch für das Personal Folgen haben. Das werden wir aber schrittweise und in Übereinstimmung mit den Richter- und den Personalräten organisieren.

Ich glaube, der Gesetzentwurf ist dazu angetan, dass man im Rahmen der fachlichen Diskussion im Rechtsausschuss noch einmal intensiv darüber spricht. Eine politische Diskussion im Plenum ist meiner Meinung nach relativ entbehrlich. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Staatsminister Hahn. – Ich eröffne die Aussprache. Zuerst hat sich Frau Kollegin Hofmann, SPD-Fraktion, gemeldet.

#### **Heike Hofmann (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Intention des Gesetzentwurfs hat der Herr Justizminister eben erläutert: Die örtlichen Zuständigkeiten der hessischen Sozialgerichte sollen neu geregelt werden. Bisher waren ihre Zuständigkeitsbereiche im Prinzip an die Amtsgerichtsbezirke geknüpft. Nun sollen ihre Zuständigkeitsbereiche an den politischen Grenzen der Landkreise bzw. der kreisfreien Städte ausgerichtet werden.

In der Tat hat die Sozialgerichtsbarkeit in Gänze in den letzten Jahren einen großen Wandel erfahren, im Wesentlichen dadurch, dass sie die Zuständigkeit für die Angelegenheiten des SGB-II-Verfahrens und des Asylbewerberleistungsgesetzes erhalten hat. Das hat auch zu einer immensen Mehrbelastung an den Sozialgerichten geführt, mit den entsprechenden Folgen für die Personalausstattung.

Die Intention des Gesetzentwurfs ist richtig, nämlich dass es im Prinzip das Ziel sein sollte – das haben wir in anderen Gerichtsbarkeiten auch –, dass der Verwaltungs- und der Gerichtsbezirk nicht weit auseinanderfallen.

In der Begründung des Gesetzentwurfs wird angedeutet, dass es auch Probleme bei dem Vorschlagsrecht der Kreise und kreisfreien Städte für die Berufung von ehrenamtlichen Richtern gibt. Das ist etwa in einem Landkreis der Fall, wenn die Frage gestellt wird: An welchem Sozialgericht soll der Betreffende als ehrenamtlich tätiger Richter vorgeschlagen werden?

Aber für die SPD-Fraktion ist es die oberste Priorität, dass man bei jeder Gebietsreform und bei jeder neuen Strukturreform die Frage beantwortet, ob bei dieser Veränderung auch die Bürgernähe gewahrt wird. Für uns hat die Bürgernähe, auch die der Justiz, oberste Priorität.



(Beifall bei der SPD)

Das betrifft zum einen das rechtsuchende Publikum, zum anderen aber auch die von der Sozialgerichtsbarkeit betroffenen Institutionen, also die Sozialverbände und die Versorgungsämter, die im ländlichen Raum eine gute Anbindung an die Justiz brauchen.

Ohne eine entsprechende Aufgabenkritik brauchen wir nicht ohne Not bestehende und gut funktionierende Strukturen zu verändern. Geografische und historische Gegebenheiten sind aus unserer Sicht ebenfalls zu berücksichtigen. Deswegen müssen wir uns auch in der Anhörung, die der Ausschuss durchführen wird, damit beschäftigen, welche Gebiete den entsprechenden Gerichtsbarkeiten zugeordnet werden sollen und ob dann die geografisch und historisch gewachsenen Strukturen dennoch gewahrt bleiben.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

In der Anhörung und in der Ausschussberatung werden wir auch genau hinterfragen – was Sie selbst gesagt haben –, wie die Personalverschiebungen ausfallen werden. Dazu müssen wir uns noch einmal ganz genau die Fallzahlen anschauen, weil das im Einzelfall massive Veränderungen mit sich bringen kann.

Aus diesem Grund wird die SPD-Fraktion dieses Gesetzgebungsverfahren sehr kritisch begleiten. Wir freuen uns auf die Anregungen durch die schriftliche, gegebenenfalls auch durch die mündliche Anhörung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Hofmann. – Das Wort hat Herr Abg. Dr. Jürgens, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Grundanliegen des Gesetzentwurfs der Landesregierung ist durchaus vernünftig. Es ist aus den Gründen, die der Herr Minister vorgetragen hat und die in der Drucksache ausführlich dargestellt sind, sinnvoll, wenn künftig für eine Gebietskörperschaft nur noch ein Sozialgericht zuständig ist. Es ist sinnvoll, wenn künftig nicht mehr zwei oder drei Sozialgerichte für eine Gebietskörperschaft zuständig sind, sondern nur noch eines infrage kommt.

Ich habe mich in den grünen Kreisen bei den zuständigen Abgeordneten und den Kreisverbänden etwas kundig gemacht. Die meisten haben mit der künftigen Zuordnung keine größeren Probleme. Es gibt immer ein paar Einwohner, die künftig längere Wege zum Gericht in Kauf nehmen müssen. Dafür gibt es aber auch ein paar, die kürzere Wege haben. Das gleicht sich in den meisten Fällen aus, sodass die Zuordnung im Ergebnis wahrscheinlich nicht zu beanstanden sein wird.

Es gibt allerdings eine, wie ich finde, gravierende Ausnahme. Im Übrigen möchte ich eine Vorbemerkung dazu machen: Sie haben uns – auch in der Drucksache – sehr ausführlich die Verschiebungen geschildert, die sich bei den Aufgabenbereichen der einzelnen Sozialgerichte ergeben: welche Sozialgerichte in ihrem künftigen Bezirk mehr Einwohner betreuen und welche weniger.

Das ist bei der Einschätzung der konkreten Arbeitsbelastung aber nur ein Teil der Wahrheit. Wir wissen selbstverständlich, dass die Stadt Offenbach aufgrund ihrer bekannten Sozialstruktur einen höheren prozentualen Anteil an Sozialleistungsbeziehern und damit wahrscheinlich auch an sozialgerichtlichen Verfahren hat als z. B. der Hochtaunuskreis. Das liegt in der Natur der Sache. Daher ist die Anzahl der Einwohner in der jeweiligen Gebietskörperschaft nur bedingt dazu geeignet, um die künftige Arbeitsbelastung der Sozialgerichte abzubilden.

Für die Stadt Offenbach kommt Folgendes hinzu – deswegen melde ich in diesem Fall einen konkreten Widerspruch an –: Sie schlagen vor, dass die Stadt Offenbach künftig nicht mehr zum Zuständigkeitsbereich des Sozialgerichts Frankfurt, sondern zum Zuständigkeitsbereich des Sozialgerichts Darmstadt gehört. Dabei könnte man die Zuständigkeit für Offenbach ohne Not, und ohne an dem Prinzip zu rütteln, beim Sozialgericht Frankfurt belassen.

Hierbei ist zu berücksichtigen – wir haben es schon gehört –, dass die meisten, die sich an das Sozialgericht wenden, Verfahren nach dem Sozialgesetzbuch II führen. Das sind die sogenannten Hartz-IV-Empfänger, die in der Regel kein Auto haben, ja von Rechts wegen noch nicht einmal eines haben dürfen. Die sind auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesen. Jeder, der mit dem ÖPNV von Offenbach nach Darmstadt will, fährt über Frankfurt.

(Zuruf des Ministers Jörg-Uwe Hahn)

– Das ist die andere Frage. – Wir werden sicherlich in der Anhörung erörtern müssen, ob die Offenbacher künftig lieber nach Frankfurt oder lieber nach Darmstadt zum Sozialgericht fahren. Das wird mindestens ein Aspekt sein, über den wir uns noch unterhalten müssen.

Ich kündige schon jetzt an – ich wäre froh, wenn Sie das für die Ausschusssitzung vorbereiten könnten –, dass wir darauf schauen werden, wie sich die vorgesehenen Änderungen nicht nur auf die Gerichtsunterworfenen, sondern auch auf die Belastung der Gerichte auswirken. Aber ich denke, wir werden zu einer Lösung kommen. – Schönen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Schönen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Hugo Klein, CDU-Fraktion.

#### **Hugo Klein (Freigericht) (CDU):**

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit Blick auf die umfangreiche Tagesordnung des heutigen Tages werde ich nur einige wenige Ausführungen zu dem vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung machen. Die Zuständigkeitsbereiche der Sozialgerichtsbarkeit haben sich mit Wirkung vom 1. Januar 2005 deutlich verändert. Sowohl die Angelegenheiten der Sozialhilfe und der Grundsicherung der Arbeitsuchenden als auch die Angelegenheiten des Asylbewerberleistungsgesetzes wurden von der Verwaltungs- auf die Sozialgerichtsbarkeit übertragen. Frau Kollegin Hofmann hat bereits darauf hingewiesen.

Da in diesen Rechtsgebieten die Verwaltungstätigkeiten ausschließlich bzw. zu einem bedeutsamen Teil von den Kreisen oder den kreisfreien Städten wahrgenommen

werden, beinhaltet der vorgelegte Gesetzentwurf die Umgestaltung der örtlichen Zuständigkeit der Sozialgerichte auf die politischen Grenzen der Landkreise und der kreisfreien Städte. Sie soll sich nicht mehr, wie es bisher der Fall war, an den Amtsgerichtsbezirken orientieren.

Zukünftig wird für jede Gebietskörperschaft nur ein Sozialgericht zuständig sein, was angesichts des Gebots übereinstimmender Verwaltungs- und Gerichtsbezirke erstrebenswert ist. Damit wird die Basis für ein einheitliches und effektives Verwaltungshandeln geschaffen werden.

Durch die vorgesehene Umgestaltung wird auch die derzeit vorhandene Problematik beseitigt, dass bei einzelnen Landkreisen, wie z. B. dem Main-Kinzig-Kreis, die Zuständigkeit auf zwei Sozialgerichtsbezirke verteilt ist. Im Main-Kinzig-Kreis gehört der Amtsgerichtsbezirk Hanau zum Sozialgericht Frankfurt. Die beiden Amtsgerichtsbezirke Gelnhausen und Schlüchtern gehören zu dem Sozialgericht Fulda.

Die Zugehörigkeit zu zwei Sozialgerichtsbezirken hat auch auf das Vorschlagsrecht des Kreises für die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für die jeweiligen Fachkammern an den Sozialgerichten Auswirkungen. So beschränkt sich beispielsweise das Vorschlagsrecht des Main-Kinzig-Kreises ausschließlich auf die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das Sozialgericht Fulda. Beim Sozialgericht Frankfurt sind wir außen vor. Da nach der Neufassung des Gesetzes für jeden Landkreis nur noch ein Sozialgericht zuständig sein wird, wird mit der Umstellung der gerichtlichen Zuständigkeiten auch dieses Vorschlagsrecht der Landkreise und der kreisfreien Städte klar geregelt werden.

Im Gegensatz zu der bisherigen Regelung werden dann alle Kreise und kreisfreien Städte aus der gesamten Bevölkerung ihrer Gebietskörperschaft Vorschläge für die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für die jeweiligen Fachkammern der Sozialgerichte machen können.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die mit dem vorgelegten Gesetzentwurf verbundenen Änderungen finden sich inhaltlich auch als Aussage in dem Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP wieder. Dies wird zu einer erkennbaren Verbesserung der derzeitigen gesetzlichen Regelung und zu einem effektiven und wirtschaftlichen Arbeiten der sieben Sozialgerichte in Hessen führen.

Verehrte Frau Kollegin Hofmann, ich möchte einige wenige Sätze zu Ihren Ausführungen sagen. Sie haben gesagt, Bürgernähe müsse für uns oberste Priorität haben. Ich gehe davon aus, dass Bürgernähe eigentlich für alle Fraktionen, die im Hessischen Landtag vertreten sind, bei ihren Entscheidungen oberste Priorität besitzen sollte. Sie haben darauf hingewiesen, dass durch die Strukturveränderungen – –

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Wir sollten einmal diskutieren, bei wem das der Fall ist!)

– Herr Schaus, zumindest wir schreiben Bürgernähe ganz groß.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Herr Schaus, wie groß die Bürgernähe bei der CDU und der FDP geschrieben wird, können Sie am Wahlergebnis sehen. Denn da haben uns die Bürgerinnen und Bürger einen klaren Handlungsauftrag für dieses Land gegeben.

Liebe Frau Kollegin Hofmann, einige wenige letzte Sätze zu Ihrer Rede. Wir sind uns darüber im Klaren, dass immer, wenn alte Strukturen, wenn liebgekommene und ge-

wohnte Strukturen aufgebrochen werden – man ist gewohnt, bestimmte Verkehrswege zu benutzen, um von X nach Y zu fahren –, das zunächst erst einmal auf Misstrauen stößt. Das stößt zunächst immer auf Skepsis. Aber ich denke, das werden wir ausräumen können.

Ich gehe davon aus, dass wir die Gelegenheit haben werden, im Rechts- und Integrationsausschuss die dargestellten Punkte noch einmal ausführlich zu diskutieren. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Klein, vielen Dank. – Das Wort hat nun Herr Abg. Müller für die FDP-Fraktion.

#### Stefan Müller (Heidenrod) (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schön, dass weitgehende Übereinstimmung darüber besteht, dass der Gesetzentwurf genau in die richtige Richtung zeigt. Es war sehr interessant, zu erfahren, dass Herr Dr. Jürgens mit seinem Vorschlag bezüglich der Zuständigkeit für Offenbach bei den GRÜNEN kontroverse Diskussionen hinsichtlich der Frage ausgelöst hat, wie das werden soll, ob die Frankfurter die Offenbacher bei sich im Sozialgericht haben wollen oder ob die Offenbacher doch lieber nach Darmstadt gehen sollen. Ich denke, bis zur Beratung im Ausschuss werden Sie das fraktionsintern geklärt haben. Wir werden das dann sachlich behandeln können.

Die Schlagrichtung des Gesetzentwurfs ist klar: Es geht um eine Anpassung an die Grenzen der Gebietskörperschaften. – Ich habe die Rede von Frau Hofmann nicht so verstanden, dass es ernsthafte Zweifel daran gibt, dass man in diese Richtung gehen sollte. Das ist inhaltlich einfach sinnvoll. Da die Landkreise die Hartz-IV-Anträge bearbeiten, sollten dann auch immer die gleichen Richter dafür zuständig sein. Das ist im Endeffekt das ausschlaggebende Argument dafür, dass wir diesen Gesetzentwurf heute hier vorliegen haben.

Ich denke, wir sollten auch schauen, dass wir effiziente und wirtschaftlich arbeitende Gerichte mittlerer Größe haben. Das wird sicherlich noch einmal zum Thema werden, wenn es um die Frage geht, ob Offenbach dem Sozialgericht Frankfurt oder Darmstadt zugeteilt werden soll. Ich denke, insgesamt ist es nicht – –

(Leif Blum (FDP): Nicht zu uns! – Minister Jörg-Uwe Hahn: Jetzt rufen die Darmstädter!)

– Jetzt kommt auch bei uns eine kontroverse Diskussion auf. Ich sollte dazu jetzt nichts mehr sagen. Wir sollten das alle einmal fraktionsintern klären. Das zeigt, wie schwierig die Verhältnisse hinsichtlich der einzelnen Regionen des Landes sind.

Ich denke, der Gesetzentwurf zeigt in die richtige Richtung. Ich freue mich auf die sachliche Diskussion im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Den Zwischenruf des Herr Kollegen Blum streichen wir aus dem Protokoll.

Als Nächster hat sich der Kollege Herr Dr. Wilken zu Wort gemeldet.

(Leif Blum (FDP): Herr Präsident, das war aber ernst gemeint!)

– Ab und zu sind wir überparteilich gemein. – Das Wort hat Herr Kollege Dr. Wilken.

**Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wir sehen durchaus das Problem, dass durch die Orientierung der Zuständigkeiten der Sozialgerichte an den Amtsgerichtsbezirken die Zuständigkeit bei einzelnen Landkreisen auf zwei Sozialgerichtsbezirke verteilt ist. Wir würden es von daher begrüßen, wenn es zu einer Umstellung der örtlichen Zuständigkeiten käme.

So weit, so gut. Aber wir müssen doch noch einmal ein paar Jahre zurückschauen, um dieses Problem genauer beleuchten und einordnen zu können. Denn das Zweite Gesetz zur Verwaltungsstrukturreform, auf das der vorliegende Gesetzentwurf Bezug nimmt, ist und war Bestandteil der „Operation sichere Zukunft“. Diese strukturellen Maßnahmen tragen nun einmal einseitig dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit und nicht dem der Bürgernähe, wie wir es eben hören durften, Rechnung.

Wir erinnern uns: Zur Verwirklichung dieser Ziele wurden sämtliche Einsparpotenziale, ob vertretbar oder nicht, angegangen. Vor allem ging es um eine Straffung der Behördenstruktur und eine Verringerung der Standortdichte. Für die Justiz beinhaltet das Gesetz eine Reduzierung der Anzahl der Amtsgerichte zur Steigerung der Effizienz der Rechtspflege.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, wir sind uns nach wie vor einig: Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf effektiven Rechtsschutz. Die Gewährung dieses Rechtsschutzes muss effektiv sein. Das ist nach dem Verfassungsrecht geboten. Soweit es um die Sicherstellung des Justizgewährungsanspruchs geht, können wir auch diesem Gesetzentwurf folgen.

Doch der Gesetzentwurf setzt eben die Maßnahmen der „Operation sichere Zukunft“ fort. Das ist abzulehnen. Er stellt ausdrücklich ausschließlich auf wirtschaftlich-monetäre Erwägungen und Einsparungen ab.

(Leif Blum (FDP): Reden Sie zum richtigen Gesetzentwurf?)

– Herr Kollege, ich rede zum richtigen Gesetzentwurf. – Wir haben gerade den Versuch erlebt, dieses Problem auf eines zwischen den Städten Offenbach und Frankfurt zu reduzieren. Das geht vollkommen an der Problematik der Thematik vorbei.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Bürgernähe und die Sicherstellung des nach dem Verfassungsrecht garantierten Justizgewährungsanspruchs muss oberstes Prinzip sein, Wirtschaftlichkeit und monetäre Aspekte dürfen dies nicht sein. Die Bürgernähe der Justiz darf nicht infrage gestellt werden. Der Abschaffung bürgerfreundlicher und kleinerer Dienstleistungseinheiten steht das Errichten unpersönlicher Rechtsprechungszentren ohne Bürgernähe gegenüber. Bürgerferne

Rechtspflege verstärkt den Vertrauensverlust. Das stärkt nicht den sozialen Rechtsstaat.

(Beifall bei der LINKEN)

Vor dem Hintergrund dieser Problematik werden wir uns den Gesetzentwurf genauer anschauen müssen. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Herr Staatsminister Hahn hat noch einmal das Wort.

**Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte vielmals um Entschuldigung. Aber ich habe mich noch einmal für einen kurzen Redebeitrag zu Wort gemeldet, weil ich das Gefühl habe, dass Herr Dr. Wilken zwei Dinge miteinander verwechselt hat. Ich will darauf hinweisen –

(Zuruf: Was?)

– Das ist nichts Schlimmes. Aber ich kann das doch noch einmal darstellen.

(Zuruf: Das ist menschlich!)

Es ist vollkommen richtig: Wir hatte in der 16. Legislaturperiode im Hessischen Landtag eine Diskussion über die Umstrukturierung der Amtsgerichtsbezirke geführt und dazu eine Entscheidung getroffen.

Es ist eine Entscheidung dieses Hauses – wie, weiß ich nicht mehr, jedenfalls mit Mehrheit – getroffen worden, woraufhin die Amtsgerichtsbezirke umorganisiert wurden. Lieber Herr Dr. Wilken, das hatte überhaupt keinen Einfluss auf die Sozialgerichtsbarkeit – nicht einen einzigen Einfluss hatte dieses Gesetz. Deshalb verwechseln Sie gerade Birnen mit Äpfeln. Sie haben darauf hingewiesen, dass mit diesem Gesetz bei der Sozialgerichtsbarkeit die Bürgernähe eingeschränkt worden wäre. Das kann nicht sein, weil es keine Veränderung bei der Sozialgerichtsbarkeit in der 16. Legislaturperiode gegeben hat.

Zum Zweiten will ich gern den Vorschlag aufnehmen. Wir müssen ihn aber wirklich von den emotionalen Bindungen entkrampfen, die ganz offensichtlich Offenbacher sowohl im Hinblick auf die Frankfurter als jetzt auch im Hinblick auf die Darmstädter auslösen, dass wir die Frage klären, Herr Kollege Dr. Jürgens, ob wir tatsächlich die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Offenbach – um die geht es Ihnen offensichtlich und nicht um den Landkreis Offenbach – weiterhin nach Frankfurt oder nach Darmstadt schicken. Das will ich gern aufnehmen. Sie merken, das ist eine hoch emotionale Sache. Wir haben es eben schon bei dem Fanclub Eintracht Frankfurt gemerkt: Wir sind gewaltlos als Frankfurter, aber gegenüber Offenbach ... – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zurufe von der SPD und der LINKEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Minister, da kann ich nur sagen: Na, na, na!

Meine Damen und Herren, das war die letzte Wortmeldung zu dem Punkt. Die erste Lesung hat stattgefunden.



Der Gesetzentwurf wird zur Vorbereitung der zweiten Lesung dem Rechtsausschuss überwiesen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 15** auf:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Neuordnung der Aufgaben des Landrats sowie des Oberbürgermeisters als Behörden der Landesverwaltung – Drucks. 18/1053 –**

Vereinbart ist: ohne Aussprache. Der Gesetzentwurf wird von Herrn Innenminister Bouffier eingebracht.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich bringe für die Landesregierung das eben vom Präsidenten zitierte Gesetz ein. Wir haben vor fünf Jahren eine der größten Veränderungen in der Landesverwaltung vorgenommen, die es bis dahin gegeben hat. Es ging um die Frage: Können wir eine jahrzehntelange Forderung der kommunalen Spitzenverbände, der kommunalen Familie mit den Interessen des Landes übereinbringen, indem wir die Teilung von staatlichen Bediensteten und kommunalen Bediensteten – in der Regel beim Kreis und bei den kreisfreien Städten – aufgeben? Die entsprechenden Mitarbeiter – immerhin auf einen Schlag 1.700 – in die kommunale Verantwortung zu übergeben, war das Ziel der ganzen Angelegenheit, um so eine Effizienzsteigerung dadurch zu erreichen, dass die Kreise und kreisfreien Städte nicht mehr in staatliche und kommunale Verwaltung geteilt sind.

Seinerzeit wurde das engagiert diskutiert. Es ist im Ergebnis mit breiter Mehrheit beschlossen worden. Dieses Gesetz steht jetzt durch Fristablauf zur Novellierung an.

Ich kann Ihnen die erfreuliche Mitteilung machen, dass es im Vorfeld gelungen ist, mit der gesamten kommunalen Familie Einvernehmen zu erzielen. Bei der notwendigen Prüfung, ob sich das Gesetz bewährt hat, hat z. B. der Landkreistag in seiner Stellungnahme mitgeteilt, das Gesetz habe sich außerordentlich bewährt – auch die Städte, was nicht unwichtig ist, Herr Kollege.

(Lachen des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was sollen die anderen sagen?)

Es ist nicht schlecht, wenn man ein Gesetz macht und die Betroffenen anschließend mitteilen: Ja, es hat sich bewährt.

(Günter Rudolph (SPD): Was? Ich kann mir das gar nicht vorstellen!)

Das gilt für alle Seiten. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie sich einmal in der Bundesrepublik umschauen, sehen sie, es gibt ungefähr ein Dutzend Organisationsmodelle, wie Landes- und Kommunalverwaltung in irgendeiner Weise zusammenwirken. Entscheidend ist nicht die Theorie. Entscheidend ist, ob das in der Praxis klappt.

Wenn man sich das anschaut – mittlerweile über fünf Jahre –, muss man sagen, dass sich das in der Praxis sowohl aus der Sicht des Landes als auch aus der Sicht der Kommunen bewährt hat. Es ist durch eine gewisse Dynamisierung der Personalkostenentgelte, die das Land an die Kommunen bezahlt, auch gelungen, bestimmte Unebenheiten zwischen verschiedenen Kreisen bzw. Kommunen auszugleichen.

In dem von mir jetzt eingebrachten Gesetzentwurf werden Sie sehen, dass wir für die Landkreise 1,6 Millionen € sozusagen als Spitzenabdeckungsbeitrag zusätzlich haben, der den Sinn verfolgt, eine auffällige Ungleichverteilung der staatlichen Verwaltung abzufangen, wie sie sich in Hessen 55 Jahre lang nämlich mit der Folge ergeben hat, dass in Nordhessen mit wenigen Einwohnern in der Regel die staatliche Verwaltung breit aufgestellt war, im Rhein-Main-Gebiet und Südhessen mit vielen Einwohnern eher schmal.

Es ist nicht gelungen, das in den zurückliegenden Jahren unter den Kommunen auszugleichen. Mit diesem Mechanismus, den wir seinerzeit gefunden haben, sind wir ein gutes Stück weitergekommen. Wenn Sie schauen, werden Sie weder öffentlich noch in der Verbandsdiskussion große Unebenheiten festgestellt haben.

Das gilt für die Kreise. Ein ähnliches System haben wir jetzt mit etwas erhöhten Beträgen auch für die Städte fortgeschrieben, sodass man unter dem Strich sagen kann, diese Reform hat sich in der Sache bewährt.

Uns war insbesondere auch sehr wichtig, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die früher im Landesdienst waren, auch in ihrer persönlichen Entwicklung nicht aufgehalten wurden, sondern dass sie mit den ursprünglichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kreises in einem vernünftigen Wettbewerb stehen und dort auch ihre Chancen finden. Das hat sich nach allem, was ich Ihnen berichten kann, erfüllt.

Unter dem Strich: Das Gesetz hat sich bewährt. Die Anpassungen reduzieren sich auf notwendige Veränderungen. Ich bitte das Haus um Zustimmung.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Staatsminister Bouffier. – Damit ist das Gesetz eingebracht. Es gibt keine Aussprache.

Wir überweisen den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung und Vorbereitung der zweiten Lesung dem Innenausschuss. – Keine Bedenken, dann machen wir das so.

Auf den Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Neuanfang für Opel – Grundstein für eine hessische Traditionsmarke gelegt, Drucks. 18/1110. – Die Dringlichkeit wird bejaht. Der Dringliche Entschließungsantrag unter Tagesordnungspunkt 79 kann, wenn dem keiner widerspricht, nach der Aktuellen Stunde zu dem Thema der Tagesordnungspunkte 62 und 63 aufgerufen und ohne Aussprache abgestimmt werden. Können wir das so machen? – Altes Verfahren, jawohl, dann ist das so beschlossen.

Dann rufe ich **Punkt 16** auf:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen – Drucks. 18/1054 –**

Aussprache: fünf Minuten je Fraktion. Eingebracht wird von Herrn Staatssekretär Saebisch.

**Steffen Saebisch, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bringe heute für die Landesregierung die Verlängerung der Geltungsdauer des ÖPNV-Gesetzes ein. Diese Verlängerung ist notwendig, weil das ÖPNV-Gesetz zum Ende dieses Jahres ausläuft. Wir schlagen Ihnen vor, die Geltungsdauer dieses Gesetzes erst einmal um zwei Jahre zu verlängern, ohne dass wir tief gehende verkehrspolitische Weichenstellungen vornehmen wollen. Wir wollen dies deswegen tun, weil wir die zweijährige Übergangszeit nutzen wollen, um mit allen Interessierten und Beteiligten die bestehenden Regelungen sachgerecht zu bewerten und die daraus resultierenden Änderungsvorschläge angemessen zu berücksichtigen.

Es ist auch deswegen notwendig, weil die Bundesregierung bisher leider nicht in der Lage war, die ihr obliegende Novellierung des Bundes-Personenbeförderungsgesetzes vorzunehmen. Diese ist aber dringend notwendig, da am 3. Dezember dieses Jahres die neue EG-Verordnung in Kraft tritt und wir somit in Hessen in einer Situation sind, dass wir beihilferechtlich keine konformen Regelungen ohne die entsprechende Gesetzesänderung auf Landesebene hätten.

Die Länder, die auch für die Zeit nach dem 03.12. unmittelbar das Bundesrecht oder andere Regelungen außerhalb der Verordnung anwenden wollen, sind daher darauf angewiesen, dass diese Regelung rechtzeitig und auflagenfrei von der EU-Kommission notifiziert wird. Ansonsten besteht für solche Ausgleichsleistungen – hierauf hat die Bundesregierung bereits ausdrücklich hingewiesen – ein konkretes Auszahlungsverbot.

Damit ist klar, alle jene, die behaupten, dass sich durch das neue Europarecht die Rahmenbedingungen im ÖPNV nicht änderten, irren. Ich sage aber ausdrücklich für die Landesregierung: Wir fühlen uns durch das, was die Kommission vorgelegt und in Kraft gesetzt hat, ausdrücklich in unserer Strategie des hessischen Weges bestätigt.

So verzichten die Verkehrsunternehmen in Hessen in der Praxis bereits heute zum größten Teil auf freiwilliger Basis auf besondere Ausgleichsleistungen, weil sie einen angemessenen Ausgleich von den ÖPNV-Aufgabenträgern erhalten. In der Anhörung zum Kabinettsentwurf im Rahmen der Beratungen der Landesregierung haben die hessischen Unternehmensverbände darauf hingewiesen, dass sich dieses Modell in Hessen bewährt hat, da sich die meisten Verkehrsunternehmen bereits in der Vergangenheit für einen freiwilligen Vertragsabschluss entschieden haben.

Um diese Ausgleichspraxis beihilfsrechtskonform fortführen zu können, wurde im vorliegenden Gesetzentwurf eine entsprechende landesrechtliche Ausgleichsregelung getroffen. Als gemeinwirtschaftliche Verpflichtung haben wir die verbindliche Anwendung des Verbundtarifs benannt.

Im Respekt vor der Zuständigkeit der Kommunen für den ÖPNV haben wir aber als Landesregierung darauf verzichtet, die Höhe eines landeseinheitlichen Ausbildungstarifs gesetzlich zu regeln. Daher haben die Kommunen ausreichend Spielraum, Ermäßigungen für Auszubildende so zu gestalten, dass eine Finanzierung über die pauschalierten Landesmittel weiterhin möglich ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen kurz die Schwerpunkte dieses Gesetzentwurfs dargestellt.

Dieser Entwurf ist sorgfältig vorbereitet worden. In der schon erwähnten Kabinettsanhörung haben die Aufgabenträger, die Kommunalen Spitzenverbände, die Verkehrsverbände, die lokalen Nahverkehrsorganisationen, die Verbände des Verkehrsgewerbes und weitere Institutionen umfangreiche Stellungnahmen abgegeben. Deswegen freue ich mich sehr auf die sachliche Debatte mit Ihnen im Ausschuss und danke ganz herzlich für Ihr Interesse.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Ich eröffne die Aussprache. Zuerst hat sich Frau Abg. Karin Müller (Kassel) für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet.

**Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Uns wird heute ein ÖPNV-Gesetz vorgelegt, das Rechtssicherheit – Herr Saebisch hat es gerade gesagt – im Hinblick auf die Verordnung (EG) 1370/2007 schaffen soll. Damit wurde aber aus unserer Sicht wieder einmal eine Chance vertan, den hessischen ÖPNV nach vorne zu bringen. Zum anderen wird die Rechtssicherheit, die Sie hier einklagen, noch nicht einmal durch diese Vorlage geschaffen.

Ich nenne hier nur zwei Beispiele – es ist die erste Lesung, und wir können im Ausschuss nochmals darüber reden.

Bei den Möglichkeiten der Direktvergabe wird jetzt die Aufgabenträgerorganisation und nicht mehr der Aufgabenträger als zuständige Behörde benannt. Das kann im Hinblick auf die Kontrollfunktion zu Irritationen und Rechtsunsicherheit führen.

Des Weiteren haben Sie eben auch die Ausgleichszahlungen für die Ausbildungstarife genannt. Auch hier sehen wir eine ganz klare Rechtsunsicherheit, da nicht mehr die gesetzliche Grundlage für diese Ausgleichszahlungen besteht – das Personenbeförderungsgesetz –, sondern dies nur aufgrund von Verträgen mit den Aufgabenträgern ausgehandelt wird, der Verbundtarif jedoch angewendet werden muss.

Das sind Details. Unsere grundsätzliche Kritik jedoch bezieht sich auf den Umgang mit diesem Gesetz und damit auf die Steuerungsmöglichkeiten durch Landesregierung und Gesetzgeber.

Das bisherige Gesetz wurde nicht evaluiert. Sonst hätten Sie wahrscheinlich gemerkt, dass das Gesetz nicht zu mehr Wettbewerb geführt hat – was Sie eigentlich wollten, als Sie bei der Veränderung 2005 den ganzen „grünen Schnickschnack“, wie Herr Posch und Herr Lübcke das damals genannt haben, rausgeworfen haben –, sondern eher dazu geführt hat, dass weniger Wettbewerb stattfindet und viele kleine und mittlere Unternehmen dem Wettbewerb nicht mehr standhalten konnten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wird auch durch ein Gutachten belegt, das die Busunternehmer in Auftrag gegeben haben. Keine Spur von klaren Rahmenbedingungen und fairem Wettbewerb. Der Billigste gewinnt, aber das ist niemals der Kunde. Die Sicherheit der Arbeitnehmer, jene Unternehmer, die noch aus Überzeugung und mit Werten ihr Geschäft betreiben, oder gar die Umwelt – das alles gehört bei Ihnen zu dem „grünen Schnickschnack“.



Jetzt, da die Welt davon redet, der Klimaschutz sei der Weg aus der Krise – ich zitiere hier Claudia Kempfert; und selbst Siemens hat erkannt, dass sich mit intelligenten und umweltfreundlichen Verkehrssystemen Geld verdienen lässt –, in Zeiten, in denen es für die großen Ballungsräume zwingend notwendig ist, einen zukunftsfähigen ÖPNV zur Verfügung zu stellen, da hätte man hoffen können, dass auch die Hessische Landesregierung aufwacht. Aber nichts. Es wird weiter investiert in Luftverkehr und Straßenbau, und was in der Welt passiert, wird ignoriert.

Über den Klimaschutz redet man zwar, wirklich passiert ist nichts. Wir hören auch immer von Frau Lautenschläger: Der Verkehr gehört nicht zu Ihrem Klimaschutzprogramm – obwohl auch dazu jeder sagt, gerade im Verkehrsbereich nimmt der CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu, in Hessen noch einmal mehr als im Bundesdurchschnitt, selbst wenn man den Flugverkehr außen vor lässt.

Wenn man also wirksam etwas tun will, muss man im Verkehrsbereich ansetzen und seine Steuerungsinstrumente nutzen. Das tun Sie nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Sie investieren lieber in diverse Projekte: staufreies Hessen; Verkehrsmanagement, ohne dadurch den ÖPNV zu stärken,

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wenn ich nicht im Stau stehe, freue ich mich!)

HoLM; Straßenbau und Flugverkehr habe ich schon genannt. Da wird viel Geld für null Effekt beim Klimaschutz verpulvert. Hinterher aber wird viel Geld für Klimaanpassungsmaßnahmen ausgegeben. Oder Sie freuen sich über die neuen Elektroautos und fühlen sich noch gut dabei. Das nenne ich ein Zusammenspiel zwischen Verkehrs- und Umweltministerium: Die eine versucht, in homöopathischen Dosen etwas zu tun, und der Verkehrsminister schafft die Voraussetzungen dafür, dass sie auch etwas zu tun hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Arbeitsteilung!)

– Genau, das ist Arbeitsteilung.

Er ruft eine Taskforce zum Bau der A 44 ins Leben, oder er stellt Bauschilder an der A 49 auf, oder er ermöglicht eine Transitstrecke für Lkw durch das Biosphärenreservat Rhön.

Wenn es aber um den Schienenverkehr geht, so weiß er noch nicht einmal, wo die Kurhessenbahn oder die Vogelsbergbahn verläuft. Ich hätte ihm das heute gerne gezeigt, aber leider ist er nicht da. Aber Herr Saebisch kann es ihm einmal erklären:

(Die Rednerin hält eine Karte hoch.)

Für alle: Das hier ist die Kurhessenbahn, und das ist die Strecke der Vogelsbergbahn.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Damit Sie jetzt nicht fragen: „Was hat das alles mit dem ÖPNV-Gesetz zu tun?“, will ich es Ihnen nochmals erklären. Das ÖPNV-Gesetz ist das entscheidende landespoli-

tische Instrument, dem Umweltverbund und hier speziell dem ÖPNV Vorrang zu geben und seine Attraktivität zu steigern.

Hier könnten anspruchsvolle Ziele für eine umweltfreundliche Verkehrserschließung des gesamten Landes formuliert werden. Es könnten Vorgaben gemacht werden zu Komfort, Sicherheit der Fahrzeuge – gerade hatten wir in Kassel den Fall, wo die Sicherheit nicht oberste Priorität hatte; bis jetzt läuft das auf freiwilliger Basis. Sie können Vorgaben zur Barrierefreiheit oder zu einer Vernetzung mit anderen Elementen eines klimafreundlichen Verkehrssystems treffen.

Hier könnte der Landtag gemeinsam mit der Landesregierung formulieren, was er unter einem kundenfreundlichen Verkehrssystem versteht, das nicht in Beförderungsfällen, sondern in Kunden denkt. Hier könnten Ziele wie schnelle Anschlüsse mit einem integralen Taktfahrplan verankert und Aussagen dazu getroffen werden, welche Schienenstrecken reaktiviert und welche mit Hochdruck neu geplant und gebaut werden sollen.

Hier könnten Mindeststandards für ein Tarifniveau festgelegt werden. Mittelstandsfeindliche Strukturen könnten aufgebrochen werden – das fordern die Busunternehmen schon lange ein. Siedlungsplanungen der kurzen Wege könnten verankert werden. Zertifikate für die Bus-sicherheit könnten verankert werden.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Müller, Sie müssen dann zum Schluss kommen. – Den Plan zeigen Sie uns auch einmal, den Sie da hochgehalten haben.

(Die Rednerin zeigt den Plan dem Präsidium.)

– Gut.

(Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das geht aber nicht von meiner Zeit ab?)

– Nein, nein, Ihre Zeit ist sowieso herum. Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Gut, ich komme zum Schluss.

All das, was ich aufgezählt habe, findet nicht statt – Fehl-anzeige.

Der Gesetzentwurf ist eine Eilausfertigung im wahrsten Sinne des Wortes. Aber grün ist ja die Hoffnung, und deswegen geben wir auch die Hoffnung nicht auf, dass im weiteren Gesetzgebungsverfahren noch Korrekturen stattfinden werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Frankenberger, SPD-Fraktion.

#### **Uwe Frankenberger (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Geltungsdauer des derzeit gültigen ÖPNV-Gesetzes läuft am 31. Dezember dieses Jahres aus. Da liegt es in der

Natur der Sache, dass wir spätestens jetzt über einen neuen Entwurf reden müssen.

Meine Damen und Herren, wer sich aber bei der Vorlage eines ÖPNV-Gesetzes Signalwirkungen für einen leistungsfähigen ÖPNV in Hessen erwartet hat, der wird bei Vorlage dieses Gesetzentwurfs bitter enttäuscht.

Es ist schon bezeichnend, dass hier ein Gesetzentwurf für den ÖPNV vorgelegt wird, in dem der Kunde überhaupt keine Rolle spielt. Vielmehr ist mit diesem Gesetzentwurf die Absicht verbunden, eine rechtliche Grundlage im Hinblick auf das Inkrafttreten der EU-Verordnung zu schaffen.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Meine Damen und Herren, diese Absicht begrüßen wir. Aber nach einer ersten Beurteilung dieses Entwurfs sind erhebliche Zweifel angebracht, ob diese Absicht auch gelungen ist.

Es ist schon bezeichnend – oder auch nicht, sondern eigentlich üblich –, dass wir uns hier mit einem Gesetzentwurf befassen, dessen Gültigkeitsdauer von vornherein auf zwei Jahre befristet ist.

Wenn man in die Begründung hineinschaut, dann liest man dort: Es ist eine Verlängerung unter Berücksichtigung des bis dahin evidenten Anpassungsbedarfs vorgesehen.

Meine Damen und Herren, das zeigt aber: So ganz überzeugt davon, dass dieser Entwurf ein großer Wurf ist, scheint man bei der Landesregierung nicht zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweifel haben wir auch daran, ob einige Regelungen, die im Gesetzentwurf vorgenommen werden, zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt vorgenommen werden müssen. Bei diesen Fragen, ob in diesen Punkten überhaupt Handlungsbedarf besteht und ob die Rechtsauffassung der Landesregierung so trägt, gibt es erhebliche Zweifel. Das sind Fragen, die wir im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens miteinander zu klären haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, aber bereits mit Vorlage dieses Gesetzentwurfs ist klar, dass der Ausschreibungswettbewerb, der in Hessen eben nicht zu mehr Wettbewerb geführt hat – damit ist Hessen an der Spitze der Bundesländer –, weitergeht. Das bedeutet weiteren Preisverfall und insbesondere die Vernichtung von Existenzen mittelständischer Unternehmen, die Leistungen im ÖPNV-Bereich erbringen. Diese sind gefährdet.

Meine Damen und Herren, schon jetzt sind viele mittelständische Unternehmen vom Markt verschwunden – das hat auch das BSL-Gutachten ergeben –, gerade wegen des rigiden Ausschreibungswettbewerbs in Hessen. Sonntags vom Mittelstand reden und montags den Mittelstand kaputt machen, das ist hier die Politik.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen eben nicht, dass der Markt in Zukunft von großen Verkehrskonzernen aufgeteilt wird. Wir sind überzeugt, dass die Teilnahme mittelständischer Verkehrsunternehmen am Markt – gerade angesichts der demografischen Entwicklung – für einen leistungsfähigen ÖPNV in der Fläche unerlässlich ist.

Meine Damen und Herren, die mittelständischen Verkehrsunternehmen fühlen sich von dieser Landesregie-

rung eben nicht gut behandelt. Wer jetzt eine Kurskorrektur erwartet hätte, stellt fest: Fehlanzeige.

Ich möchte noch auf einige Punkte eingehen, die für uns auf alle Fälle noch klärungsbedürftig sind. Die im Gesetzentwurf vorgesehene Regelung, zukünftig die Ausgleichszahlungen für Ausbildungsverkehre durch einen öffentlichen Dienstleistungsvertrag zu ersetzen, schafft bei den betroffenen Unternehmen nur Unsicherheiten. Es ist überhaupt nicht nachvollziehbar, warum eine bisher bewährte Praxis zukünftig nicht mehr möglich sein soll.

Es ist auch nicht geklärt, wie mit bestehenden Konzessionen umgegangen wird. Hier bestehen bei den beteiligten Unternehmen zum einen erhebliche Unsicherheiten, zum anderen berechtigte Zweifel, ob dies überhaupt mit der EG-Verordnung in Einklang zu bringen ist. Unklar geregelt ist auch, unter welchen Bedingungen zukünftig eine sogenannte Direktvergabe möglich sein soll.

Meine Damen und Herren, dieser Gesetzentwurf schafft keine Rechtssicherheiten, er schafft Rechtsunsicherheiten. Wir sind gespannt, ob die Landesregierung bereit sein wird, im Laufe dieses Gesetzgebungsverfahrens mit CDU und FDP Korrekturen vorzunehmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Frankenberger. – Das Wort hat Herr Abg. Müller, FDP-Fraktion.

#### **Stefan Müller (Heidenrod) (FDP):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die letzten beiden Beiträge gingen ziemlich an dem Ziel des Gesetzes vorbei.

(Widerspruch bei der SPD)

Für eine Grundsatzrede ist das gar nicht beabsichtigt. Es geht um eine Verlängerung um zwei Jahre. Herr Frankenberger, ich kann Ihnen hierfür den Grund nennen: Ihr Bundesverkehrsminister hat es bis heute nicht geschafft, eine Novelle des Personenbeförderungsgesetzes vorzulegen.

(Zuruf von der SPD: Das darf doch wohl nicht wahr sein!)

Diese brauchen wir, um auch auf Landesebene nach der EU-Verordnung 1370/07 Recht setzen zu können. Da liegt der Fehler, und deswegen sind wir heute leider nicht in der Lage, weiter zu gehen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Frankenberger, dann ist es falsch, wenn Sie dies der Landesregierung zuschreiben, nachdem Ihr eigener Minister auf Bundesebene versagt hat.

(Beifall bei der FDP – Wolfgang Greilich (FDP): Ach!)

Meine Damen und Herren, alle Punkte, die eben angesprochen wurden, wie Wettbewerb im Busverkehr, Ausschreibungen usw., müssen geklärt werden. Die Thematik ist extrem kompliziert. Ich habe eines vermisst, und das waren Lösungsvorschläge. Sie haben gesagt, dies sei alles schlimm, und da würden Existenzen gefährdet.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das sind Tatsachen!)

Es sind einige Betriebe in die Insolvenz gegangen, das ist unbestritten. Das ist aber im Wettbewerb nun mal so üblich.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?)

Das ist sicherlich nicht gut. Es ist klar, dass bei diesem Gesetz, dem Ausschreibungswettbewerb das eine oder andere nicht optimal gelaufen ist. Das bestreitet auch niemand.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Es haben übrigens alle Fraktionen bestätigt – Herr Frankenberger, das wissen Sie, denn wir waren doch alle bei der Diskussionsveranstaltung mit dem LHO in Langenselbold dabei –, dass geschaut werden muss, wie man künftig damit umgeht. Genau das wird auch passieren. Genau deswegen ist das Gesetz – darüber haben Sie sich gewundert – auch auf zwei Jahre befristet. Wir müssen zum einen die nächsten zwei Jahre dazu nutzen, darauf zu warten, dass auf Bundesebene die Novelle des Personenbeförderungsgesetzes kommt. Zum anderen müssen wir intensive fachliche, inhaltliche Gespräche mit den entsprechenden Verbänden und Organisationen darüber führen, wie wir den ÖPNV in Hessen künftig nutzerorientiert und umweltfreundlich ausgestalten können.

Meine Damen und Herren, genau das werden wir in den nächsten beiden Jahren auch tun. In zwei Jahren, wenn eine große Novelle des ÖPNV-Gesetzes kommt, können wir diese Grundsatzreden, die Sie hier heute schon geführt haben, tatsächlich führen. Dann können wir uns über die wirklichen Inhalte auseinandersetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Abg. Caspar, CDU-Fraktion.

#### **Ulrich Caspar (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon erwähnt worden: Der Grund, weshalb dieses Gesetz auf den Weg gebracht werden muss, ist die Verordnung 1370/2007 der Europäischen Union. Die notwendige Anpassung, die seitens des Bundesverkehrsministers hätte vorgelegt werden müssen, ist leider nicht vorgelegt worden, sodass wir jetzt gezwungen sind, zu handeln. Wenn die Regierung in dieser Phase nicht entschlossen handeln würde, dann wäre ab dem 03.12. dieses Jahres die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs nicht mehr gesichert. Ich möchte dem Minister und seinem Staatssekretär hierfür danken, dass sie diese Initiative ergriffen haben, denn der öffentliche Personennahverkehr ist für uns eines der zentralen Dinge, die wir in unserem Lande haben.

Frau Müller, es ist schön, dass Sie ein Kärtchen bekommen haben, auf dem Sie sehen können, wo die Kurhessenbahn und eine weitere Bahnstrecke durch die Mitte Hessens entlanglaufen. Vielleicht haben Sie diese selbst gebastelt – herzlichen Glückwunsch dazu. Nur, die Masse des öffentlichen Personennahverkehrs hat mit diesen Strecken nun überhaupt nichts zu tun. Vielleicht wollte man Ihnen das zu einem anderen Thema geben. Des-

wegen die Information von meiner Seite: Denken Sie daran, dass die Masse des öffentlichen Personennahverkehrs in Hessen durch den RMV abgewickelt wird, in einer Größenordnung von annähernd 700 Millionen Passagierbeförderungen pro Jahr, und dort haben wir wiederum einen Schwerpunkt auf dem Frankfurter Stadtgebiet. Sie könnten sich darüber einmal bei dem Frankfurter Verkehrsdezernenten, Herrn Sikorski, schlau machen. Er ist bei den GRÜNEN, und er ist übrigens mit dem Öffentlichen-Personennahverkehrs-Gesetz, wie wir es in Hessen haben, sehr zufrieden.

(Zurufe von den LINKEN)

Da hätten Sie eigentlich einen kürzeren Weg, um sich auf dem Laufenden zu halten und wirklich zu wissen, wie öffentlicher Personennahverkehr in Hessen funktioniert.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, dass die Vogelsbergbahn zum RMV gehört?)

Er funktioniert jedenfalls sehr gut; und auch die Zufriedenheit der Fahrgäste – das zeigen alle Umfragen – ist außerordentlich gut. Das heißt aber nicht, dass wir die Dinge nicht laufend verbessern müssten. Da sind wir auch einer Meinung. Wir müssen insbesondere immer daran denken, dass die öffentlichen Mittel, die hierfür eingesetzt werden – das Land Hessen setzt erhebliche Mittel für die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs ein –, möglichst effizient eingesetzt werden.

In diesem Zusammenhang sind natürlich Wettbewerbsstrukturen zu optimieren, insbesondere unter Einbeziehung von kleinen und mittelständischen Unternehmen, die flexibel arbeiten und ihre Dienstleistungen flexibel anbieten können. Deswegen ist es völlig richtig, dass die Landesregierung nicht einen Schnellschuss gemacht und alles auf den Kopf gestellt hat. Sie hat erst einmal zwei Jahre Frist gegeben, um in dieser Zeit Optimierungsprozesse durchzuführen und das Gesetz hinsichtlich des öffentlichen Personennahverkehrs dann anpassen zu können.

Alles in allem ist die jetzige Vorlage eine richtige und gute Entscheidung. Die große Beratung steht noch aus. Diese werden wir dann gemeinsam in den Ausschüssen im Hinblick auf die zukünftige Gesetzesnovelle zu führen haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Caspar. – Das Wort hat Frau Abg. Wissler, Fraktion DIE LINKE.

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr und Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist selten, aber es kommt vor, dass die Landesregierung etwas tut, was wir nicht vollständig ablehnen. Die Übernahme der EG-Verordnung 1370/2007 in das hessische ÖPNV-Gesetz ist so ein Fall. Die schmerzliche Erfahrung mit der Privatisierung öffentlicher Verkehrsmittel hat nämlich in vielen Fällen gezeigt, dass dieses vermeintliche Allheilmittel zwar den Betreibern zum Teil erhebliche Profite bringt, den Nutzern und der öffentlichen Hand aber nichts als Ärger und astronomische Kosten.

(Beifall bei der LINKEN)



In Berlin sehen wir, wie die Umwandlung der Bahn in eine auf Shareholder-Value ausgerichtete Aktiengesellschaft dazu geführt hat, dass seit Monaten ein Verkehrschaos herrscht. Denn dort hat die Bahn Kosten einsparen wollen, die Reparaturintervalle ausgedehnt. Das Ergebnis ist, dass die Räder von S-Bahnen Haarrisse haben können. Es hat sich nun herausgestellt, dass auch die Bremsanlagen jederzeit zusammenzuberechnen drohen. – Für die S-Bahn in Berlin ist übrigens der Bund zuständig, Herr Kollege Döweling, wenn ich Ihren Zwischenruf richtig verstanden habe. Darauf sei nur hingewiesen.

(Günter Rudolph (SPD): Das kann der noch nicht wissen! Der ist noch jung!)

Der Europäische Rat hat in der Richtlinie 1370/2007 eingeräumt, dass Privatisierung nicht immer der Weg zum Erfolg ist. Die Europäische Union hat das Thema aufgegriffen, weil öffentlicher Verkehr von allgemeinem Interesse ist. Die EU nennt es wirtschaftliches Interesse. Wenn etwas also wirklich funktionieren muss, überlässt man es doch besser nicht privaten Investoren.

(Beifall bei der LINKEN)

Die In-House-Vergabe bleibt also möglich. Für die hessischen Gemeinden und Verkehrsverbände ist das eine gute Nachricht. Nicht alles muss europaweit ausgeschrieben werden. Aber mit dem hessischen Weg in der Verkehrspolitik hat die Hessische Landesregierung verschiedenen Studien zufolge das Gegenteil von dem erreicht, was sie angeblich erreichen wollte. Denn statt zu Bürokratieabbau und Effizienzsteigerung hat die vermehrte Privatisierung des Verkehrswesens zu neuen Bürokratien geführt.

Die Regiekosten laufen aus dem Ruder. Allein die Frankfurter traffiQ hat ihre Regiekosten von 2002 bis 2007 mehr als verdoppelt und verschlingt jedes Jahr 9 Millionen €. Der Pro-Kopf-Aufwand an Regiekosten in Frankfurt liegt bei 23 € pro Jahr nur für die Verwaltung der Ausschreibungen und der Koordination der unterschiedlichen Auftraggeber. Das ist Bürokratieabbau nach dem Konzept der hessischen CDU.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Minister Posch stellte damals als Abgeordneter anlässlich der Verabschiedung des jetzigen ÖPNV-Gesetzes noch klipp und klar fest, es gebe zu viel Regie. Ich bin zuversichtlich, dass er sich dem Gesetz erneut zuwenden und den Privatisierungswahn wieder eindämmen wird. Dazu werden wir in den kommenden Jahren sicher noch einige Debatten zu führen haben.

Auch der Mittelstand – das wurde schon gesagt – hat vom hessischen Weg nicht profitiert. Es sollte darum gehen, die öffentlichen Monopole zu knacken und so den neuen Wettbewerbern eine Chance zu geben. Der Marktanteil der Mittelständler im hessischen ÖPNV ist aber rückläufig. Das mittelständische Verkehrsgewerbe hat gut ein Drittel seines Marktanteils eingebüßt. Die großen Gewinner der Privatisierung sind die agierenden Großkonzerne gewesen. Wer nicht gewonnen hat, liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind die Mitarbeiter, auf deren Rücken der Wettbewerb ausgetragen wird, nämlich durch Lohndumping und Tariffucht.

Zu den Gewinnern zählen auch nicht die Fahrgäste, ganz besonders nicht diejenigen, die kein oder noch kein eigenes Geld verdienen. Ich bin wie Sie auch von einem Vater aus Karben angeschrieben worden, der jährlich 1.450 € für die Nahverkehrstickets seiner beiden schulpflichtigen Kinder ausgibt. Wenn sie in das Alter kommen und eine

Ausbildung beginnen – man kann ihnen in Hessen nur viel Glück wünschen, dass sie eine finden –, dann steht es den Verkehrsverbänden frei, ihnen ein Azubi-Ticket anzubieten. Wenigstens ist es nicht verboten. Das ist immerhin etwas. Ich denke, der Weg zu einer zukunftsgerichteten Verkehrspolitik führt nicht über die Straßen und schon gar nicht über die Autobahnen. Er führt über die Schienen. Die wollen wir stärken, wenn dieses ÖPNV-Gesetz auch wirklich novelliert wird.

(Beifall bei der LINKEN und der Abg. Heike Habermann (SPD))

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Wissler. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Daher sind wir jetzt am Ende der Aussprache in der ersten Lesung.

Der Gesetzentwurf wird zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen.

Wir kommen zu dem **Tagesordnungspunkt 38:**

#### **Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend soziale Marktwirtschaft garantiert Freiheit, Wohlstand und soziale Sicherheit – Drucks. 18/1066 –**

Er wird gemeinsam behandelt mit dem **Tagesordnungspunkt 74:**

#### **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend aus der globalen Krise die richtigen Konsequenzen ziehen – die Marktwirtschaft braucht einen sozialen und ökologischen Rahmen – Drucks. 18/1102 –**

und mit dem **Tagesordnungspunkt 78:**

#### **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Neustart der sozialen Marktwirtschaft – Wirtschafts- und Sozialordnung braucht klare Regeln und handlungsfähige Akteure – Drucks. 18/1109 –**

Die vereinbarte Redezeit beträgt zehn Minuten. Die erste Wortmeldung kommt von dem Kollegen Dr. Arnold für die CDU-Fraktion.

(Günter Rudolph (SPD): Für einen Setzpunkt ist aber die Übersichtlichkeit bei der CDU gegeben! – Hartmut Honka (CDU): Herr Kollege Rudolph!)

#### **Dr. Walter Arnold (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die soziale Marktwirtschaft war nicht nur die Grundlage des deutschen Wirtschaftswunders in den Fünfzigerjahren. Sie war und ist auch heute das wirtschaftliche Kernelement unserer demokratischen Grundordnung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Keine andere Wirtschaftsordnung in der Welt hat den Menschen mehr Wohlstand auf breiter Grundlage gebracht. Die soziale Marktwirtschaft ist auch heute, und das mehr denn je, ein wesentlicher Garant für Freiheit und Wohlstand. Die CDU-Fraktion hat diesen Punkt zum Setzpunkt gemacht, um noch einmal die Bedeutung dieser Wirtschaftsordnung für unser Gemeinwesen hervorzuheben.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Günter Rudolph (SPD): Das sieht man!)

Um die Zielsetzung und auch die Dynamik dieser Wirtschaftsordnung zu verdeutlichen, macht es Sinn, einen Blick auf ihre Entstehungsgeschichte zu werfen. Es war Alfred Müller-Armack, Ökonom, Politiker und Professor, der 1946 erstmals den Begriff soziale Marktwirtschaft schriftlich publizierte. Für Müller-Armack war die soziale Marktwirtschaft nicht bloß eine Wirtschaftsordnung, sondern sie war für ihn auch ein gesellschaftspolitisches Leitbild. Neben Müller-Armack zählen sicherlich auch die Vertreter der sogenannten Freiburger Schule zu den geistigen Vätern der sozialen Marktwirtschaft: Franz Böhm, Walter Eucken, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow, Friedrich Hayek und andere lieferten wichtige ordnungstheoretische Entwürfe. Ihnen allen war gemeinsam:

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

erstens die strikte Ablehnung des sogenannten Laissez-faire-Kapitalismus der Zwanzigerjahre mit seinen schwierigen und katastrophalen politischen und wirtschaftlichen Folgen, zweitens die ebenso strikte Ablehnung des totalitären Sozialismus mit der Planwirtschaft und drittens ein entschiedenes Eintreten für eine auf sozialen Ausgleich eingestellte Gesellschaftsordnung, die teilweise durch eine durchaus konservative Gesellschaftspolitik geprägt war und – das möchte ich auch hervorheben – ein klares Bekenntnis zum Menschenbild der christlichen Soziallehre, zu den Idealen der menschlichen Freiheit und der persönlichen Würde zeigte.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Vor allem zeichnete sie der unerschütterliche Glaube an die Vorzugswürdigkeit einer marktwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung aus, die zwar aus Gründen des sozialen Ausgleichs in die richtigen Bahnen zu lenken sei, deren segensreiche Wirkungen aber für Volkswohlstand, Freiheit und Fortschritt außer Zweifel stehen.

Die Bewährungsprobe für diesen sogenannten dritten Weg zwischen Laissez-faire-Kapitalismus und sozialistischer Planwirtschaft sollte bald kommen. Lassen Sie uns deswegen kurz in das Jahr 1949 blicken. Nach den ersten Jahren des Wiederaufbaus eines zerbombten Nachkriegsdeutschlands steht das politische Deutschland vor der Wahl des ersten Deutschen Bundestages am 14. August 1949. Die Architekten des neuen Deutschlands sind damals Konrad Adenauer, CDU, und Kurt Schumacher, SPD.

Meilensteine dieser bisherigen Entwicklung sind die Währungsreform vom 21. Juni 1948 und das Inkrafttreten des Grundgesetzes am 23. Mai 1949. Was war die damalige politische Situation?

(Günter Rudolph (SPD): Kommen Sie auch noch einmal zu dem Antrag?)

In der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte sich in den wesentlichen Besatzungszonen trotz westlicher Besatzungsmächte eine breite sozialistische Strömung artikuliert und ließ für kurze Zeit eine Abkehr vom Kapitalismus als möglich erscheinen. CDU, CSU, FDP, Deutsche Partei, SPD und – Herr Rudolph, jetzt sollten Sie zuhören – KPD rangen um die Stimmen der Wähler. Die soziale Marktwirtschaft wurde auf Betreiben von Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack in den Düsseldorfer Leitsätzen der CDU/CSU vom 15. Juli 1949 offiziell zum wirtschaftlichen Kernprogramm für die erste Bundestagswahl benannt.

Die Kurzformel von Müller-Armack für den Sinn der sozialen Marktwirtschaft lautet: Verbindung von Marktfreiheit und sozialem Ausgleich. Das bedeutete eindeutig auch in den Beiträgen der anderen genannten wissenschaftlichen Forscher, dass die Grundwerte Freiheit, Verantwortung, Gleichheit und Gerechtigkeit dabei sowohl in ihrer marktwirtschaftlichen als auch in ihrer sozialen Ausprägung gleichberechtigt anerkannt wurden. Mit dem Sozialen in dieser Marktwirtschaft war nicht primär die wohlfahrtsstaatliche Sozialpolitik gemeint, sondern die Setzung von Schranken, die den Markt begrenzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das heißt, es geht um einen festen Ordnungsrahmen, der außerhalb der Marktkräfte steht. Das bedeutet einen starken Staat, und das muss damit Gegenstand der demokratischen Kontrolle sein. Ziel ist die Herstellung der Balance zwischen Einzelinteresse und öffentlichem Interesse. Die Geschichte dieser ersten Bundestagswahl spricht für sich. – Herr Kollege Rudolph, jetzt sollten Sie zuhören.

(Günter Rudolph (SPD): Ihnen höre ich gern zu! Nicht allen, aber Ihnen höre ich gern zu!)

Der designierte Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard – damals übrigens noch parteilos – wird zum zentralen Träger des Wahlkampfes von CDU, CSU und FDP, die die soziale Marktwirtschaft zum Hauptthema dieser ersten Auseinandersetzung machen. Die SPD unter Kurt Schumacher setzt in ihrem Wahlkampf auf Planwirtschaft und Klassenkampf, wobei die Kirchenschelte von Kurt Schumacher zum Ergebnis beiträgt. Die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler der damaligen ersten Bundestagswahl ist eindeutig eine Mehrheit von CDU, CSU und FDP mit dem Grundprinzip der sozialen Marktwirtschaft, und sie bekommen eindeutig den Regierungsauftrag. Konrad Adenauer wird der erste Bundeskanzler und führt in einer Koalition von CDU, CSU, FDP und der Deutschen Partei das Nachkriegsdeutschland mit der sozialen Marktwirtschaft zu einem deutschen Wirtschaftswunder, das seinesgleichen in der Welt sucht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Zu Ihrer Beruhigung, Herr Kollege Rudolph: 1960 schließt auch die SPD ihren Frieden mit der sozialen Marktwirtschaft. Im Godesberger Programm wird dies aufgenommen. Mit Karl Schiller haben Sie einen glühenden Vertreter.

(Günter Rudolph (SPD): Ich bin Ihnen für die Geschichtsstunde dankbar! Kommen Sie einmal zum Antrag!)

Warum habe ich hier diesen Ausflug in die Geschichte gemacht? – Es gibt heute viele, die diese soziale Marktwirtschaft für sich reklamieren. Ich bin sehr froh, dass zumindest für unsere freiheitliche Grundordnung CDU, FDP und auch die SPD keinen Zweifel daran lassen, dass diese wirtschaftliche Grundordnung verkettet mit unserem Grundgesetz und den Grundsätzen unserer Gesellschaftsordnung und unseres Gemeinwesens keinen Zweifel an sich zieht. Freiheit, Marktwirtschaft und Verantwortung stehen in einem krassen Gegensatz zum Staatsdirigismus der Planwirtschaft, zu Gängelung und Unfreiheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das genau ist die Lehre der Geschichte, die wir in diesem Hohen Haus gemeinsam ziehen sollten und die ich auch der Fraktion der LINKEN ins Stammbuch schreiben



möchte. Die wirtschaftspolitische Entwicklung im freien Teil Deutschlands und in dem anderen, östlichen Teil Deutschlands zeigt, dass der totale Bankrott der sozialistischen Planwirtschaft die Überlegenheit der sozialen Marktwirtschaft sehr deutlich gemacht hat und dass die Menschen keine kommunistische Gängelung und Bevormundung wollen, sondern Freiheit und Eigenverantwortung. Das gibt die soziale Marktwirtschaft.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ein Blick in das Wahlprogramm der LINKEN zeigt, dass sie überhaupt nichts gelernt haben: Banken vergesellschaften. Im Kernbereich soll die Wirtschaft auf öffentlichem Eigentum und Belegschaftseigentum aufgebaut werden. Keine Marktsteuerung der Produktion und Verteilung, sondern überdemokratische Institutionen, Einstieg in eine andere Gesellschaft. Auch hier hilft wiederum durchaus ein Blick auf die deutsch-deutsche Geschichte. Den tatsächlichen Zustand der Wirtschaft im östlichen Teil Deutschlands am Vorabend der Wiedervereinigung bezeugt eine Untersuchung, die das Zentralkomitee der SED nach dem Sturz von Erich Honecker Ende 1989 in Auftrag gab. Sie kommt zu dem Schluss, dass das Land nur dann überleben wird, wenn entweder der Lebensstandard der DDR-Bürger dramatisch gesenkt, der Export ins westliche Ausland vervielfacht oder das bestehende Wirtschaftssystem aufgegeben wird. Sie kennen die Entscheidung: die Selbstaufgabe. Diese prekäre Wirtschaftslage führte zum ersten politischen Systemwechsel und zur ersten demokratischen und freien Volkskammerwahl im Frühjahr 1990. Sie, meine Damen und Herren von der LINKEN, haben aus diesem gescheiterten Realexperiment der ehemaligen DDR überhaupt nichts gelernt. Unfreiheit im Wirtschaftsgebaren führt zu Unfreiheit der Menschen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich hoffe sehr mit den demokratischen Parteien in diesem Haus, dass den Menschen in unserem Land – gerade mit Blick auf den 27. September – bald die Augen aufgehen und sie nicht länger auf Ihre politischen Seifenblasen hereinfliegen. Dies gilt aber auch – und das sage ich ganz deutlich; Herr Rudolph, bitte hören Sie zu, das ist auch für Sie gedacht – für andere Fraktionen, die bereit sind, mit den LINKEN eine Koalition einzugehen,

(Zurufe von der SPD: Eieiei!)

die bereit sind, die LINKEN in eine Regierungsverantwortung hineinzunehmen, und die meinen, soziale Marktwirtschaft und die Vorstellungen von der Partei der LINKEN würden sich miteinander vertragen. Das will ich noch einmal deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Dr. Arnold, Sie müssten zum Schluss Ihrer Rede kommen. Die Redezeit ist abgelaufen.

#### **Dr. Walter Arnold (CDU):**

Ich möchte mit einem Zitat von Bundeskanzler Ludwig Erhard schließen. Es stammt aus seiner Regierungserklärung vom 18. Oktober 1963. Herr Rudolph, all das, was ich gesagt habe, begleitet und unterstützt unseren Antrag und verdeutlicht ihn. Ludwig Erhard sagte:

Die Freiheit ist ein so hoher und absoluter Wert, dass sich ein Volk selbst preisgibt, wenn es auf sie verzichtet.

Dem ist nichts hinzuzufügen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE) und Günter Rudolph (SPD))

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Arnold. – Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion Herr Kollege Frankenberger.

(Günter Rudolph (SPD): Reden Sie bitte auch einmal zu den Anträgen! Das ist eben vergessen worden!)

#### **Uwe Frankenberger (SPD):**

Ich werde mir Mühe geben. – Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Arnold, das waren zweifelsohne sehr interessante Ausführungen, die Sie hier gemacht haben, aber sie haben herzlich wenig mit dem hier vorliegenden Antrag zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Den vorliegenden Entschließungsantrag von CDU und FDP könnte man einfach als Bekenntnisantrag abtun, der eigentlich nichts anderem als der uns bevorstehenden Bundestagswahl geschuldet ist.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ganz genau!)

Aber hinter Ihren politischen Bekenntnissen findet sich konkretes politisches Handeln, und da ist es gut, dass Sie diesen Tagesordnungspunkt gesetzt haben; denn das gibt uns Gelegenheit, doch einmal darüber zu reden, worin eigentlich die Unterschiede in den politischen Entwürfen bestehen. Es ist auch gut, dass wir darüber reden können, was CDU und FDP mit diesem Land vorhaben und was das für Auswirkungen auf die Lebenssituation der Menschen hat.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der FDP: Großer Gott!)

Ich denke, auch eine Motivation für diesen Antrag wird gewesen sein, dass Sie wahrgenommen haben, dass die Menschen das Vertrauen in staatliche Institutionen, in die Politik und in die Wirtschaft verloren haben. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, mit Bekenntnisentwürfen und weißer Salbe, die Ihren Antrag durchzieht, werden Sie dieses Vertrauen nicht wieder zurückgewinnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Fakt ist doch, dass sich Ludwig Erhard vermutlich im Grab umdrehen würde, wenn er wüsste, was die selbst ernannten Hüter der sozialen Marktwirtschaft von CDU und FDP aus dem Leitbild der sozialen Marktwirtschaft gemacht haben und – noch viel schlimmer – was sie mit der sozialen Marktwirtschaft vorhaben, wenn sie denn die Gelegenheit bekommen würden, gemeinsam Verantwortung zu tragen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Das ist eben auch der Unterschied. Für Sozialdemokraten gehört beides zusammen. Das Soziale in der Marktwirt-

schaft hat für uns einen hohen Stellenwert, weil wir davon überzeugt sind, dass Demokratie nur dann funktionieren kann, wenn der soziale Zusammenhalt und Ausgleich in der Gesellschaft gewährleistet ist.

Eine Marktwirtschaft ohne Regeln, in der nur die freien Kräfte des Marktes regieren, gefährdet den Zusammenhalt in der Gesellschaft, weil dies die Menschen ausgrenzt und an den Rand drückt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Leif Blum (FDP): Wer macht denn das?)

Das ist der Punkt: Reden und Handeln klaffen insbesondere bei der CDU weit auseinander.

(Beifall des Abg. Manfred Görig (SPD))

Am Sonntag sagt Frau Merkel: Wenn man sechs Monate arbeitet und für fünf Jahre Geld kassiert, dann ist das unanständig. – Doch dieser Empörung folgen keine Konsequenzen, weil am Montag Herr zu Guttenberg fordert, dass sich der Staat gefälligst aus wirtschaftlichem Handeln herauszuhalten habe. Das ist der Fakt, und das merken die Menschen in unserem Land. Sie sind verbittert, und dies führt dann zu Vertrauensverlust.

Meine Damen und Herren, damit sich diese Unanständigkeiten, auf die die Bundeskanzlerin zu Recht hingewiesen hat, nicht wiederholen, brauchen wir eine Politik, die nicht den Rückzug des Staates fordert, sondern die deutlich macht: Wir werden ein solches Fehlverhalten nicht dulden, nicht nur, weil es nicht anständig ist, sondern weil es Vertrauen in staatliches Handeln erschüttert.

Daher wollen und müssen wir durchsetzen, dass Regeln eingehalten werden. Dafür steht die Sozialdemokratie.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, dass die Menschen Vertrauen in die Gesellschaft und die politische Handlungsfähigkeit haben. Wir wollen Vertrauen wiederherstellen, das durch die Finanz- und Wirtschaftskrise zerstört worden ist.

Meine Damen und Herren, Deutschland braucht eine handlungsfähige Politik, die in der Lage ist, die Einhaltung von Regeln durchzusetzen. Herr Kollege Dr. Arnold, Sie haben nichts zu dem Antrag gesagt, der den Duktus hat, alles sei gut, schuld an der Wirtschafts- und Finanzkrise sei das Fehlverhalten von einigen Menschen, die den Hals nicht haben voll genug kriegen können. – Das ist zu kurz gegriffen, und so einfach funktioniert die Welt nicht. Es war nicht das Fehlverhalten Einzelner, der Fehler lag und liegt im System.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Axel Wintermeyer (CDU): Beifall von den Kommunisten!)

– Herr Kollege Schaus, jetzt muss ich nachdenken, warum Sie gerade Beifall gespendet haben. Ich glaube, wir haben über Unterschiedliches geredet.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Das mag sein!)

Der kurzfristigen Rendite wurde Vorrang eingeräumt. Verantwortungsvolles Handeln, das auf den nachhaltigen Erfolg setzt und auch die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer berücksichtigt, war bei diesem Fehlverhalten eher die Ausnahme als die Regel. CDU und FDP erheben in ihrem Antrag den Vorwurf, die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise sei für viele ein Vorwand, um sich von der sozialen Marktwirtschaft als dem Leitbild unserer Wirtschaftsordnung abzuwenden.

(Zuruf des Abg. Leif Blum (FDP))

In Teilen der CDU war man schon weiter. Es schien auch so, als wäre die CDU unter dem Eindruck der Wirtschafts- und Finanzkrise endlich in der Lage, den ideologischen Ballast ihres Leipziger Programms über Bord zu werfen.

Meine Damen und Herren, dieses Aufflackern war leider nur von kurzer Dauer. Die Marktradikalen in der CDU haben wieder Oberwasser, und die Sozialpolitiker in der CDU sind zu schwach, um sich durchzusetzen. Da gibt es zwar den selbst ernannten Arbeiterführer Rüttgers, der, wenn überhaupt, als Feigenblatt zu gebrauchen ist. Aber um aus der CDU eine Partei der sozialen Marktwirtschaft zu machen, wie das Ludwig Erhard gefordert hat – auf den haben Sie sich berufen, Herr Dr. Arnold –, reicht das nicht aus. Es sind immer mehr die Marktradikalen um Herrn zu Guttenberg, die in der Union den Taktstock schwingen.

(Beifall bei der SPD)

Nach der Bundestagswahl besteht die Gefahr, dass solche Ministerpräsidenten wie Herr Rüttgers, die bei Opel noch Flagge gezeigt und gesagt haben, der Staat muss korrigierend eingreifen, innerhalb der Union immer mehr an den Rand gedrängt werden.

Meine Damen und Herren, immer mehr Menschen in unserem Land begreifen: Wenn Schwarz-Gelb kommt, bekommt man bei der heutigen CDU die FDP mit Herrn Westerwelle dazu.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Was spricht dagegen? – Zurufe von der FDP)

Herr Wagner, Herr Kollege Blum, es ist Wahlkampf.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Immer noch besser als die Linkspartei!)

Wenn man mit den Menschen auf der Straße redet und sie sagen, sie könnten sich vorstellen, FDP zu wählen – das gibt es auch in Kassel –, dann schaut man diesen Menschen tief in die Augen und fragt sie: Wollen Sie wirklich Herrn Westerwelle dieses Land anvertrauen?

(Lachen bei der FDP)

Ich kann Ihnen sagen, die Menschen werden dann sehr nachdenklich.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Menschen sind zunehmend in Sorge, dass aus der Finanzkrise keine Konsequenzen gezogen werden und die Akteure, die für die Krise verantwortlich sind, so weitermachen können wie bisher.

Meine Damen und Herren, das ist auch der Unterschied. Sie sagen in Ihrem Antrag, staatliches Handeln soll Ausnahme bleiben. Sozialdemokraten sagen, ein starker Staat, der handlungsfähig ist, ist Voraussetzung für nachhaltiges wirtschaftliches Handeln, das sich am Wohl der Menschen in diesem Land orientiert.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Soziale Marktwirtschaft bedeutet im Klartext, dort einzugreifen, wo es notwendig ist. Man kann sich bei der sozialen Marktwirtschaft eben nicht nur das herausuchen, was einem passt. Die Marktradikalen in der CDU, in der FDP sowieso, schreiben den Markt groß und das Soziale ganz klein. Dabei ist für uns der soziale Frieden, der für ein vernünftiges Miteinander unerlässlich ist, Garant unseres erfolgreichen Wirtschaftssystems. Denn nur in einer Gesellschaft, die als sozial gerecht empfunden wird, fühlen sich alle gut aufgehoben.

(Leif Blum (FDP): Habt ihr alle denselben Text gelesen?)

Dieses vernünftige Miteinander – davon sind wir überzeugt, und das wissen mittlerweile immer mehr Menschen in unserem Land – wird durch Schwarz-Gelb gefährdet, weil dann der unregulierte Markt die Oberhand gewinnt. Der Staat muss aber nicht nur handeln, weil wir eine Finanz- und Wirtschaftskrise haben. Der Staat muss auch deswegen handeln, weil es noch zu viele in Deutschland gibt, die von dem, was sie für ihre Arbeit bekommen, nicht leben können. Hier verlangt die Idee der sozialen Marktwirtschaft geradezu nach staatlichem Handeln.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Einer der führenden Theoretiker der sozialen Marktwirtschaft, Walter Eucken – Herr Kollege Dr. Arnold hat ihn erwähnt –, hat gerade darauf hingewiesen, dass der Arbeitsmarkt kein Markt wie jeder andere ist und die menschliche Arbeitskraft keine Ware darstellt. Deswegen brauchen wir in Deutschland einen Mindestlohn, damit Arbeit wieder einen Wert hat.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN – Zurufe von der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Frankenberger, die Redezeit ist abgelaufen. Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

#### **Uwe Frankenberger (SPD):**

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. – Es ist wichtig für das Selbstwertgefühl der Menschen, dass sie von ihrer Arbeit leben können und nicht auf staatliche Zuwendungen angewiesen sind.

Meine Damen und Herren, Sozialdemokraten sind der Garant dafür, dass mit Schwarz-Gelb die soziale Kälte in diesem Land nicht einzieht. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Frankenberger. – Bevor ich Herrn Kollegen Kaufmann das Wort gebe, begrüße ich auf der Besuchertribüne ganz herzlich unsere ehemalige Kollegin Frau Rothhoff. Herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Nun hat Herr Kollege Kaufmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Drei Anträge stehen zur Debatte. Die CDU hat ihren zum Setzpunkt gemacht. Insbesondere nach der Rede des Kollegen Dr. Arnold fragt man sich, warum. Sie haben uns den Versuch einer historischen Stunde in sozialer Marktwirtschaft abgeliefert, zehn Tage vor der Bundestagswahl, und haben in diesem Zusammenhang auch noch die Bundestagswahl von 1949 ausdrücklich erwähnt, Herr Dr. Arnold. Hatten Sie nicht im Auge, wie die damals ausgegangen ist?

(Dr. Walter Arnold (CDU): Wie denn?)

Mit 31 % für die CDU ist das ein Wahlergebnis, das man in zehn Tagen durchaus auch akzeptieren könnte, nur als Hinweis.

(Volker Hoff (CDU): Was hatten die GRÜNEN damals?)

– Die GRÜNEN gab es, wie Sie wissen, damals noch nicht. Insofern konnten wir daran auch nicht teilnehmen.

(Leif Blum (FDP): Das waren noch Zeiten!)

Meine Damen und Herren, was soll dieser Antrag, insbesondere dieser Setzpunkt? Das habe ich mich gefragt. Heute habe ich die Zeitung aufgeschlagen. Im „Wiesbadener Kurier“ steht auf der ersten Seite – das haben Sie bestimmt auch alle gesehen –: „Rumoren in Union und SPD“, mit der Unterzeile: „CSU fordert mehr wirtschaftliches Profil“. Von wem? Von der CDU.

Was wir gerade erlebt haben, war eine Darstellung des wirtschaftlichen Profils der CDU, vorgetragen von Herrn Dr. Arnold und bezogen auf eine Vergangenheit, die rund 60 Jahre zurückliegt. Wir können also feststellen –

(Dr. Walter Arnold (CDU): Heute so aktuell wie damals!)

– Wenn das, was Sie vorgetragen haben, ein Vortrag in einem VWL-Proseminar wäre, Herr Dr. Arnold, dann hätten Sie dafür keinen Schein bekommen. Das ist sicher.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Es ist ja relativ einfach. Wir haben seit einigen Jahren die Initiative Neue soziale Marktwirtschaft, die den GRÜNEN weniger nahesteht als z. B. Ihnen. Da heißt es ausdrücklich – das haben Sie völlig übersehen –:

Die soziale Marktwirtschaft ist kein abgeschlossenes, sondern ein offenes System. Sie kann und muss bei neuen Wertvorstellungen und Erkenntnissen überprüft und verbessert werden.

Der Kollege Milde zuckt mit den Schultern. Warum schreiben Sie denn dann einen Antrag wie den, den Sie uns vorgelegt haben, wenn das, was ich gerade zitiert habe, Ihrer Meinung nach richtig ist? In Ihrem Antrag bejubeln Sie nämlich die soziale Marktwirtschaft als das Modell, dem weltweit alle folgen sollten. Sie vergessen dabei, über die Weiterentwicklung nachzudenken oder überhaupt nur einen Satz dazu anzumerken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bedauerlicherweise sind Sie in der Vergangenheit festgenagelt. Die SPD-Fraktion hat einen Gegenantrag gestellt. Wir haben die Darlegung des Kollegen Frankenberger gerade gehört. Der Gegenantrag ist nicht in der Vergangenheit verankert, Herr Kollege Frankenberger, aber er schafft es gerade so in die Gegenwart. Sie nehmen die aktuellen Probleme durchaus auf und beschreiben sie, aber auch Ihrem Antrag fehlt jeder Aspekt der Zukunftsentwicklung. Insofern ist das kein Ausdruck dessen, was die SPD im derzeitigen Wahlkampf versucht, nämlich sich gerade auf dem Feld der Ökologie einen grünen Anstrich zu geben. Dazu muss ich anmerken: Die Mischung der Farben Rot und Grün ergibt ein sehr scheußliches Bild, insofern sollte man bei reinem Grün bleiben.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Keine Schärfe!)



Aber dass die soziale Marktwirtschaft ökologisch weiterentwickelt werden muss, wenn sie uns erstens aus der Krise herausführen und zweitens nachhaltig erfolgreich sein will, wird bei der SPD genauso wenig erwähnt wie bei der CDU.

Herr Dr. Arnold, bei der CDU gibt es doch auch Leute wie Geißler oder Töpfer, die schon vor Jahren – um nicht zu sagen, vor Jahrzehnten – weiter gedacht haben, als Sie es heute hier bei Ihrem aktuellen Setzpunkt tun, zu dem Sie vortragen, wie toll die soziale Marktwirtschaft ist. Deswegen kann man nur sagen: Das, was Sie hier in knapper Zeit vor der Wahl zu tun versucht haben, ist eigentlich ein Armutszeugnis. Da es ein gemeinsamer Antrag der CDU und der FDP ist, habe ich ein bisschen den Eindruck, er enthält den kleinsten gemeinsamen Nenner, auf den Sie sich einigen konnten, nämlich das Motto: Gucken wir nach hinten, da war doch alles so schön. – Das passt ein Stück weit zu dem aktuellen Wohlfühlwahlkampf, in dem man sich möglichst wenig angreift.

Meine Damen und Herren, um es noch einmal deutlich zu machen: Auf die soziale Marktwirtschaft gibt es kein Copyright und erst recht keine Interpretationsherrschaft. Wir alle sind aufgerufen, an der Weiterentwicklung teilzunehmen, auch diejenigen, die sich in der Verantwortung für dieses Land befinden. Der der Marktwirtschaft von den genannten Personen damals beigelegte Aspekt des Sozialen ist ja völlig richtig – was Sie erzählt haben, war ja nicht falsch, Herr Dr. Arnold, aber es war, wie gesagt, damals – und muss auch weiterhin im Auge behalten werden. Das reicht aber nicht aus, wie wir aktuell an vielen Dingen sehen. Wir würden doch auch unter der sozialen Marktwirtschaft weltweit in einer ökologischen Katastrophe und damit am Ende auch in einer ökonomischen Katastrophe landen, wenn man nicht den Aspekt der ökologischen Verantwortung schrittweise mit hineinnimmt. Das haben doch auch Sie ein Stück weit schon getan. Aber warum fehlt das in Ihrem Antrag völlig? Das ist doch die Frage. Anscheinend gab es dabei keine Einigung mit der FDP.

Meine Damen und Herren, merken Sie sich Folgendes. Sie brauchen nicht zu versuchen, hier den wenigen Freunden von den LINKEN auf die Füße zu treten. Die größte Gefahr für die Marktwirtschaft geht längst nicht mehr vom Roten Platz in Moskau, sondern von der Wall Street in New York aus. Das haben wir aktuell feststellen können. Deswegen bringt uns die Beschwörung, die der Kollege Dr. Arnold hier wieder vorgenommen hat, in der Sache überhaupt nicht weiter.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich will die Zeit nutzen, Ihnen ein paar Hinweise zu geben, welcher Weg der richtige ist. Es ist wie bei der Ampel: Wenn man davor steht, muss man warten, bis es grün wird, dann geht es weiter. Das gilt sogar für Sie, Herr Dr. Wagner.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die Märkte gehen mit Knappheiten oft nicht wirklich rational um. Deswegen muss man auch in diesen Bereich eingreifen. Beispiel: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das von Rot-Grün auf Initiative der GRÜNEN geschaffen wurde, ist ein Schritt zu einer ökologischen Weiterentwicklung. Das wird von anderen zwar bekämpft, und es wird immer wieder versucht, es madig zu machen, aber es ist ein eindeutiger Erfolg.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Am besten mit der Linkspartei!)

Ein ökologischer und nachhaltiger Politikansatz bedeutet, man denkt ein Stückchen weiter. Man verharrt nicht im heutigen Wohlfühlen – dazu neigen die Freunde von der Sozialdemokratie –, und man ist erst recht nicht dabei, nach dem Motto zu verfahren wie die CDU: Schauen wir nach hinten, da war es doch so schön, da wollen wir wieder hin. – Genau das bringt uns nicht voran, und das bringt auch die Marktwirtschaft nicht voran.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sie wollen mit der Linkspartei nach vorn!)

Insofern wollen wir zu einer ökologischen Weiterentwicklung kommen. – Herr Kollege Dr. Wagner, Sie brauchen keine Sorge zu haben. Mir ist kein Fünfjahresplan, weder der KPdSU noch der SED, noch von sonst jemandem bekannt, der je irgendeine positive ökologische Entwicklung beinhaltete. Das heißt, der planwirtschaftliche Ansatz zeigt von vornherein, dass das nicht klappt.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Der marktwirtschaftliche klappt so gut auch nicht!)

Insofern haben wir überhaupt keine Affinität zu den LINKEN. Deshalb trifft mich Ihr Vorwurf auch gar nicht.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sie koalieren gern mit den LINKEN!)

– Herr Dr. Wagner, wer an welchen Stellen in dieser Republik mit den LINKEN koalitiert, da sollten Sie einmal nachzählen. Sie kommen auf sehr viel mehr gemeinsame Punkte mit der CDU, als es mit den GRÜNEN je geben könnte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich habe ein bisschen wenig über die FDP geredet. Das lohnt sich in dem Zusammenhang nicht, obwohl die FDP die soziale Marktwirtschaft eigentlich immer für sich reklamiert. Meine Herren von der FDP, das ist aber in dieser Frage wie bei vielen anderen Fragen: Das, was Sie hier sagen, ist das Gegenteil von dem, was Sie mitmachen, wenn es ernst wird. Eine dieser Fragen – ich erinnere daran, es ist schon länger her, auch damals hatten wir eine schwarz-gelbe Koalition hier in Hessen – war die Höchster Porzellanmanufaktur, ein Lieblingsthema von mir; denn da ging es um einen Eingriff, der das Gegenteil dessen war, was ein Marktwirtschaftler akzeptiert. Der damalige und heutige Wirtschaftsminister Posch hat das damals durchaus so formuliert. Die FDP hat aber mitgemacht, weil am Ende der Ministersessel wichtiger war als die Grundhaltung.

(Lachen bei der FDP)

Genauso ist es – wir werden darüber heute noch diskutieren – aktuell bei Opel. Das Schwankespiel, das Sie hier aufführen, zeigt am Ende nur, dass bei der sozialen Marktwirtschaft auf eine politische Gruppierung auf jeden Fall überhaupt kein Verlass ist, nämlich die FDP in diesem Haus und bundesweit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir wirklich eine nachhaltige Entwicklung zum Positiven haben wollen, dann gilt das, was die GRÜNEN relativ bescheiden plakatieren – Sie sehen nur relativ wenige Plakate, wir sparen da ein bisschen an der Verschandelung der Umwelt –: „Aus der Krise hilft nur Grün“, weil nur die ökolo-



gische Weiterentwicklung sowohl der Marktwirtschaft als auch unseres Systems im Hinblick auf die Nachhaltigkeit uns wirklich positiv weiterbringen wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Kaufmann. – Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Wilken für die Fraktion DIE LINKE.

**Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe es gestern schon einmal angedeutet: So mancher Antrag, den wir heute behandeln, erklärt sich wirklich nur aus der Tatsache, dass wir uns im Bundestagswahlkampf befinden. Sie haben das bei der Einbringung Ihres Antrags sehr deutlich gemacht. Ansonsten wäre wirklich nicht verständlich, was Sie dort zusammengeschrieben haben.

Meine Damen und Herren, auch wenn der rechte Teil des Hauses mir mit Sicherheit nicht glauben wird, ich möchte es trotzdem an den Anfang meiner Rede stellen: Niemand von uns, insbesondere niemand aus unserer Fraktion, will die DDR zurückhaben.

(Florian Rentsch (FDP): Das hat Walter Ulbricht auch gesagt! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

– Ich kann Sie bei der Akustik leider nicht verstehen, sonst würde ich gerne darauf reagieren.

(Lebhafte Zurufe von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, die Geschichtsstunde, mit der Herr Dr. Arnold eben begonnen hat,

(Dr. Walter Arnold (CDU): Hat Sie getroffen!)

hat offensichtlich einen Teil der deutschen Geschichte und des Grundgesetzes, auf die Sie sich berufen, ganz bewusst ausgelassen. In der Aufzählung der vielen Begriffe, die Sie in ihrem Antrag verwenden – freiheitliche Wirtschaftsordnung, grundlegende Wirtschaftsordnung, Leitbild usw. –, kommt das Sozialstaatsgebot nicht vor. In Ihrer Geschichtsstunde haben Sie auch nicht erwähnt, dass die wirtschaftspolitische Neutralität des Grundgesetzes bereits 1954 vom Bundesverfassungsgericht festgehalten worden ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Bundesverfassungsgericht hat erklärt, der Verfassungsgeber habe sich nicht ausdrücklich für ein bestimmtes Wirtschaftssystem entschieden. Deswegen spricht das Bundesverfassungsgericht von der „wirtschaftspolitischen Neutralität“ des Grundgesetzes. Konkret heißt das, dass das Grundgesetz einen sehr weiten Spielraum für eine prononcierte Sozial- und Beschäftigungspolitik zulässt. Dagegen sind eine virulent unsoziale Politik und die deutliche Vernachlässigung des Ziels der Vollbeschäftigung – eben die Duldung einer hohen Arbeitslosigkeit – als Widerspruch zum Sozialstaatsgebot, zur Gemeinwohl-idee und zur Menschenwürde bzw. den sozialen Menschenrechten einzustufen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Entwicklung, die unsere Wirtschaft und unser Gemeinwesen genommen haben, war lange vorbereitet: von

Papieren des Herrn Lambsdorff über die Wisconsin-Strategie der Hessischen Landesregierung bis zu einer rot-grünen Bundesregierung, die dem Ganzen mit der Agenda 2010 die Krone aufgesetzt hat.

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN und von der SPD, wir sind bereit, den Intentionen der Anträge, die Sie heute hier vorgelegt haben, zu folgen. Nur haben Sie vergessen, dort hineinzuschreiben, dass Sie einen Großteil der Verantwortung für diese Entwicklung im Bund mit übernehmen müssen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da klatschen nicht einmal die Eigenen!)

– Das wundert mich gerade auch.

(Beifall bei der LINKEN – Heiterkeit bei der CDU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, unter Punkt 5 des Antrags von CDU und FDP sind die fünf Säulen aufgeführt, auf denen unser Sozialwesen, unsere Ökonomie und unser Staat ruhen. Ich lese sie Ihnen vor: Privateigentum, Freiheit, Verantwortung, Wettbewerb und Solidarität.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Sehr gut!)

Ich vermute einmal, dass sich hinter dem Begriff „Solidarität“ all das verbirgt, was wir mit Sozialversicherung und Sozialstaatsgebot meinen. Das nennen Sie aber nicht. Ich denke, Sie machen das aus einem guten Grund nicht.

Deswegen seien Sie daran erinnert, dass, entgegen der Offenheit der Wirtschaftsverfassung, das Sozialstaatsgebot ausbuchstabiert Bestandteil des Grundgesetzes, unserer Verfassung, ist. Wenn Sie diese vernachlässigen, bekommen wir eine solche Schiefelage wie die, über die wir im Moment diskutieren und in der Unmengen von Menschen in diesem Land nicht mehr gut leben können. Sie müssen in Armut leben.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Sie haben den Begriff „sozialer Ausgleich“ nicht gehört!)

– Ja, ich habe mir bei Ihrer Rede zwischenzeitlich überlegt, ob Sie sich auf den Antrag berufen, den Sie hier eingebracht haben; denn dort sind Dinge genannt worden, die Sie diesmal wohl bewusst nicht aufschreiben wollten.

Ich möchte aber noch einmal auf das eingehen, was der Kollege Frankenberger eben gesagt hat. Sie haben von ungezügelter Kapitalismus, vom Fehlverhalten Einzelner – menschliches Fehlverhalten – und dem Missbrauch der Freiheit gesprochen. Herr Frankenberger hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es hier nicht um das Fehlverhalten Einzelner, sondern um einen Systemfehler geht. Es geht um den Systemfehler, den wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten in der Bundespolitik und leider auch in der Landespolitik zugelassen haben: Es ist der Blick darauf verloren gegangen, dass der Markt nicht dafür sorgt, dass das Sozialstaatsgebot eingehalten wird.

Ich kann wirklich nicht nachvollziehen, dass Sie weiterhin die Zurücknahme des staatlichen Handelns verfolgen, wenn wir doch deutlich sehen müssen, dass uns das Sozialstaatsgebot vorschreibt – ich verwende jetzt nicht unseren Plakatslogan,

(Axel Wintermeyer (CDU): Das reicht auch nicht!)

sondern beziehe mich bewusst auf ein Wort des Vordenkers und früheren Bundeswirtschaftsministers Erhard –,

dass der Wohlstand für alle aktiv verteilt wird. Wir alle haben also die Aufgabe, aktiv dafür zu sorgen, dass das, was in unserem Land erwirtschaftet wird, allen Menschen gleichermaßen zur Verfügung gestellt wird, um allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen. Das ist der Kern des Sozialstaatsgebotes unserer Verfassung.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Walter Arnold (CDU): Überhaupt nicht! Das ist der Umverteilungsstaat!)

Es bedarf dazu unserer Meinung nach echter sozialer Grundrechte. Dazu gehören das Grundrecht auf Arbeit, das Recht auf soziale Sicherung, das Recht auf bezahlbaren Wohnraum, das Recht auf gesundheitliche Daseinsvorsorge sowie sicherlich auch ein Recht auf Migration.

Wir wünschen uns, dass diese Rechte gegenüber dem Staat einklagbar sind, damit wir eine solche Diskussion nicht mehr erleben müssen: ein Zurückziehen des Staates in einer Situation, in der uns das Zurückziehen staatlicher Regelungen in die größte Krise des neuen Jahrtausends geführt hat. Aber Sie vertreten weiterhin die Auffassung, der Markt regelt das schon – abgesehen von dem kleinen Anteil menschlichen Fehlverhaltens. Dem können wir nicht folgen.

(Florian Rentsch (FDP): Das ist ein schöner Satz!)

Ich schließe mit einem Zitat, das ich im Zusammenhang mit einem weiteren Antrag, der von Ihren Fraktionen eingebracht wird, in der „HNA“ gelesen habe. Diesem Zitat kann ich mich voll und ganz anschließen. Dort steht:

Es geht um die grundsätzliche Frage, wie diese Gesellschaft leben will. Darüber sollte nicht allein der Markt entscheiden.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Dr. Wilken.

Noch eingegangen und an Sie verteilt worden ist ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 18/1111, zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Neuanfang für Opel – Grundstein für eine hessische Traditionsmarke gelegt, Drucksache 18/1110. – Herr Kollege Wintermeyer.

#### **Axel Wintermeyer (CDU):**

Frau Präsidentin, der Antrag liegt noch nicht vor.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Gut, dann wird er verteilt. Ich rufe ihn gleich nach der Rede von Herrn Rentsch noch einmal auf.

Nächster Redner ist Herr Kollege Rentsch für die FDP-Fraktion.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Wilken, ich möchte zunächst mit Ihrem Redebeitrag anfangen; denn das war wieder einmal herrlich. Der Kollege Wagner hat Sie entlarvt. Ich finde es

schön, dass die GRÜNEN mittlerweile die LINKEN entlarven. Sie haben „Niemand hat die Absicht, ...“ gesagt. Herr Kollege Wilken, wenn Menschen wie Sie diesen Satz verwenden, wissen wir, es steckt das Gegenteil dahinter. „Niemand hat die Absicht, ...“ – da läuft es mir wirklich kalt den Rücken herunter.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich glaube, wir dürfen Sie jetzt als den Walter Ulbricht der hessischen LINKEN bezeichnen. Das ist wunderbar; das ist auch eine Auszeichnung.

Ansonsten nur noch ein Satz zu den Kollegen von der LINKEN und zu ihrem Wahlkampf: Sie haben in Deutschland Plakate mit dem Slogan „Reichtum für alle“ geklebt. Die Übereinstimmungen mit der Horst-Schlämmer-Partei, die auch überall mehr will, sind auffällig. Ernsthafter kann man Ihre Plakate wirklich nicht behandeln; denn all das, was Sie plakatieren, stimmt in keiner Weise mit dem überein, worüber wir heute hier reden.

Das ist auch der Grund, warum CDU und FDP diesen Antrag gestellt haben. Der Begriff „soziale Marktwirtschaft“ wird von den Mitgliedern vieler Parteien im Munde geführt. In den letzten Monaten haben, auch aufgrund der Wirtschaftskrise, gerade die LINKEN, aber auch Teile der Sozialdemokraten und der GRÜNEN die Worte „soziale Marktwirtschaft“ verwendet, aber durch ihr Handeln bewiesen, dass sie das Gegenteil wollen. Das wollen wir von der CDU und der FDP nicht. Das wollen wir verhindern.

(Beifall bei der FDP – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Wir wollen etwas anderes als Sie!)

Herr Kollege Arnold hat die Geschichte der sozialen Marktwirtschaft heute hier dargestellt. An einer Stelle will ich etwas ergänzen, denn das ist mir wirklich wichtig.

Herr Kollege van Ooyen, die Persönlichkeiten, die die soziale Marktwirtschaft konzipiert haben – das waren Ordoliberaler und Neoliberaler –, haben mit diesem System eine Antwort auf die Wirtschaftsordnung der Nazis gegeben. Herr van Ooyen, ich muss wirklich sagen: Die Diskriminierung der Ordoliberalen und der Neoliberalen, die Sie immer wieder vornehmen, zeigt, welches Geistes Kind Sie sind.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Jemand, der das diskreditiert, zeigt damit, dass er mit unserer demokratischen Grundordnung ein Problem hat. Darüber kann ich nur den Kopf schütteln.

Die Wirtschaftsordnung in Form der sozialen Marktwirtschaft ist eine der größten Errungenschaften, die unser Land hat. Ich gebe zu, dass ich verwundert bin, dass es neben unserem Entschließungsantrag noch zwei weitere Dringliche Entschließungsanträge gibt. Denn ich hatte eigentlich gehofft, dass sich zumindest die Sozialdemokraten und auch die GRÜNEN mit diesen Grundsätzen einverstanden erklären können.

(Lachen des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Das, was wir dort formuliert haben, sollte eigentlich für jeden Demokraten, der diese Wirtschaftsordnung trägt, in Ordnung sein.

Herr Kollege Al-Wazir, es ist nicht so, dass die soziale Marktwirtschaft einen bestimmten Fokus hat. Die soziale Marktwirtschaft stellt den Ausgleich zwischen der Marktwirtschaft auf der einen Seite und einer Sozialordnung auf der anderen Seite dar. Es gibt keinen Schwerpunkt bei der

Ökologie oder in anderen Bereichen. Herr Kollege Al-Wazir, deshalb sollten Sie nicht versuchen, die soziale Marktwirtschaft in die ökologische Marktwirtschaft zu transformieren. Da gehört sie nicht hin. Nur die soziale Marktwirtschaft ist das Erfolgsmodell – kein anderes.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich will den Satz wiederholen, den ich schon vor einigen Monaten gesagt habe: Ich bin der festen Überzeugung, dass die soziale Marktwirtschaft und die Demokratie die zwei Seiten der gleichen Medaille sind. – Schauen Sie sich die Länder an, in denen es keine soziale Marktwirtschaft und keine freie Wirtschaftsordnung gibt. Herr van Ooyen, was sind denn das für Länder?

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Zum Beispiel die Arabischen Emirate!)

Das sind Länder wie China. Dazu gehört z. B. auch das Land, von dem Sie gelegentlich träumen, die ehemalige DDR.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Kuba!)

Das waren Länder, in denen die Menschen keine Freiheit hatten, in denen die Menschen vom Staat unterdrückt und gegängelt wurden.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Jeder, der die soziale Marktwirtschaft bekämpft, stellt sich auch gegen die freiheitliche Ordnung unseres Landes.

(Günter Rudolph (SPD): Herr Posch fliegt nach Kuba! Warum macht er das?)

– Dazu sage ich Ihnen gerne etwas. Wenn Herr Posch es schafft, nach Kuba mehr Demokratie und soziale Marktwirtschaft zu bringen, hat sich das doch gelohnt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU – Lachen bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich gebe zu, da habe ich ein gutes Gewissen. Herr Kollege, solange Herr Posch die Reisegruppe anführt und nicht Herr van Ooyen, ist doch alles in Ordnung.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben in Deutschland eine besondere Geschichte. Das betrifft nicht nur den Nationalsozialismus. Wir haben hier auch die Menschen, die die Schaffer und Kreativeure der sozialen Marktwirtschaft sind. Das sind die Ordoliberalen. Sie haben ein Gegenmodell zur Wirtschaftsordnung der Nazis geschaffen.

Auf der anderen Seite hatten wir die DDR. Ich sagte es bereits: Dieses Land hat die Menschen nun wirklich unterdrückt. Mit seiner Wirtschaftsordnung hat es die Probleme aufgezeigt. Ich will Ihnen deshalb einfach nur einmal eine Summe nennen. Herr Kollege van Ooyen, denn die LINKEN sind immer dabei, die Verstaatlichung des kompletten Bankenwesens zu fordern.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Ja, das wäre es doch!)

Wissen Sie eigentlich, was die deutsche Einheit bis heute gekostet hat? Wissen Sie, was die Komplettanierung des Landes gekostet hat, das Sie mit Ihrem System komplett in den Ruin getrieben haben?

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wissen Sie, was das gekostet hat? Das ist nur die offizielle Zahl, die ich hier vorliegen habe. Das waren 1,7 Billionen €.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Das ist unterstes Niveau!)

Das waren 1,7 Billionen €. Dabei sind nicht die Schicksale der Menschen berücksichtigt, die in diesem Land unterdrückt wurden.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Die ermordet wurden!)

Wer heute wie Sie die Verstaatlichung des Bankensystems fordert, der will wieder zurück zu einem System wie dem der DDR, der will zurück zur Unterdrückung der Menschen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Natürlich geht es darum. Das kann man kritisieren. Das können Sie gerne kritisieren. Natürlich geht es um das, was Herr Kollege Arnold gesagt hat. Es geht am 27. September 2009 um eine Richtungsentscheidung.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

Es geht nämlich um die Frage, mit welcher Wirtschaftsordnung in Deutschland Politik gemacht werden kann.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD und der GRÜNEN, sehen Sie es uns nach, aber Ihnen glaubt keiner mehr, dass Sie das nicht zusammen mit den LINKEN machen würden.

Frau Kollegin Ypsilanti hat letztes Jahr im Landtag vollkommen ausgeschlossen, dass sie mit den LINKEN zusammengeht. Nach der Wahl hat sie das relativiert und anders gesehen.

Wer sagt uns denn, dass Herr Steinmeier die Situation dann nicht auch anders bewertet? Wer sagt uns denn, dass Herr Steinmeier nicht abgelöst wird? Wer sagt uns denn, dass Frau Nahles nicht die Führung in der SPD übernimmt? Vielleicht wird Frau Ypsilanti noch Vizekanzlerin. Wer sagt uns das denn?

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich muss Ihnen sagen, da ist mir nicht zum Lachen zumute. Da läuft es mir kalt den Rücken hinunter.

(Lachen bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir wollen nicht, dass Menschen, die der LINKEN angehören, in diesem Land Verantwortung übernehmen, denn deren Wirtschaftsordnung wollen wir in Deutschland nicht haben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Herr Kollege Dr. Arnold sagte es bereits: Die soziale Marktwirtschaft schafft den Ausgleich zwischen einer Marktwirtschaft und einer starken Sozialordnung. – Sie gleicht aus. Menschen, die in diesem System sozusagen nicht mitkommen, werden vom Staat unterstützt. Das wird unter einer Regierung der CDU und der FDP genau so bleiben. Wir wollen aber die Wachstumskräfte in diesem Land stärken. Es ist doch abenteuerlich, dass wir in



einem Land leben, das erleben musste, dass uns der Nachbar Österreich in den letzten zehn Jahren hinsichtlich des Wirtschaftswachstums überholt hat. Wir haben uns jahrelang über das kaputtgelacht, was dort passiert ist.

Was haben sie denn gemacht? Sie haben die Steuern gesenkt. Sie haben den Haushalt konsolidiert. Sie haben Wachstum generiert. Den Leuten geht es dort besser als in vielen anderen Ländern.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb sage ich: Wir sind felsenfest davon überzeugt, dass eine Regierung der CDU und der FDP für die Menschen in Deutschland mehr Wohlstand bedeuten würde. Wir sind felsenfest davon überzeugt, dass die Rückbesinnung auf die soziale Marktwirtschaft dazu führen wird, dass in Deutschland mehr Arbeitsplätze entstehen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das erzählen Sie einmal den Arbeitslosen in der Bundesrepublik!)

Das ist auch für die Sozialkassen gut. Ich will Ihnen das noch einmal erklären. Die Sozialkassen leben nicht davon, dass die Leute nicht arbeiten. Sie leben davon, dass es Menschen gibt, die Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Deshalb muss es Arbeitsplätze geben.

Aus Ihrer Überlegung wird andersherum ein Schuh daraus. Sie sagen: Wir brauchen einen starken Sozialstaat. Wenn es dann noch geht, brauchen wir auch Arbeitsplätze. – Herr Kollege van Ooyen, das ist die falsche Gleichung. Wir müssen das andersherum organisieren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb sage ich: Das, was wir heute vorgelegt haben, beschäftigt sich aus meiner Sicht wirklich mit einer grundlegenden Frage. Es geht darum, ob sich das Land am 27. September 2009 auf diese Grundwerte besinnt. Meine Damen und Herren, deshalb stellt sich auch die Frage, ob Sie diesem Entschließungsantrag zustimmen können, ob auch Sie der Auffassung sind, dass in Deutschland ab dem 28. September 2009 wieder mehr Arbeit für alle da sein soll.

(Lachen des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Das ist schon interessant: Herr Steinmeier sagt in Wahlkampfveranstaltungen, er würde 4 Millionen Arbeitsplätze schaffen. – Der Staat schafft keine Arbeitsplätze. Ich weiß nicht, ob der Sozialdemokratie das mittlerweile nicht mehr bekannt ist. Der Staat wird in Deutschland keine Arbeitsplätze schaffen. Nur eine klare Wirtschaftsordnung, die klare Grundregeln hat, kann es schaffen, dass die Menschen bereit sind, Arbeitsplätze zu schaffen.

Es gibt Menschen, die eine Idee haben. Sie haben diese Idee und wollen für den Markt etwas produzieren. Vielleicht wollen sie auch eine Dienstleistung anbieten. Möglicherweise nehmen sie ein Darlehen auf, verschulden sich also.

Diesen Menschen müssen wir einen Rahmen bieten. Wir müssen nicht dem Staat einen Rahmen bieten, damit er Banken betreiben kann. Wir müssen den Menschen einen Rahmen bieten, durch den sie in Deutschland erfolgreich sein können. Nur so kann man Innovation erreichen.

Deshalb will ich abschließend noch etwas sagen. Ich will das gerade deshalb noch einmal sagen, weil die DDR in den letzten Monaten immer mehr eine Renaissance erlebt hat.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei wem denn? Bei euch vielleicht?)

Die DDR schaffte es, die Innovationskraft im Osten komplett auszubremsen. Sie hat es geschafft, dass Menschen in Unterdrückung lebten.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Rentsch, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Ich bitte Sie, zum Schluss Ihrer Rede zu kommen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bravo!)

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Frau Präsidentin, vielen Dank. – Ich darf Ihnen das sagen. Es gibt im Internet eine Seite, auf der Sie sich die Produkte anschauen können, die es in der DDR gab. Da gab es Autos aus Plastilin und den sogenannten Colormat, einen Farbfernseher. Das waren alles Sachen, die, technisch gesehen, 30 Jahre hinter denen lagen, die es in der Bundesrepublik gab.

Ich sage Ihnen ganz offen: Wir wollen, dass Deutschland weiterhin an der Spitze der Industrienationen steht. Es soll große Innovationskraft und einen starken Sozialstaat haben. Das wird es nur geben, wenn wir eine starke soziale Marktwirtschaft haben. Darum geht es in der Diskussion heute. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Rentsch.

Ich habe gehört – ich hoffe, das stimmt –, dass der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 18/1111, inzwischen verteilt ist. Dann reihen wir ihn zu Tagesordnungspunkt 79 ein.

Wir haben jetzt zwei Kurzinterventionen zur Rede des Kollegen Rentsch. Das ist zunächst Herr Kollege Dr. Wilken, dann Herr Kollege Grumbach. Dann hat Herr Kollege Rentsch noch einmal Gelegenheit zur Antwort.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Das passt ja!)

#### **Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Rentsch, noch einmal für Sie zur Kenntnis: Wir wollen keine DDR zurück, wir wollen keinen Stacheldraht, wir wollen keine Mauer. Unsere Abscheu dagegen ist genauso groß wie Ihre. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

(Clemens Reif (CDU): Was wollen Sie denn? – Holger Bellino (CDU): PDS-Geld! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

Aber deswegen habe ich mich nicht gemeldet. Herr Rentsch, Sie haben zum „Wachstum stärken“ durch Ihre Politik etwas gesagt. Sie haben sich gegen die Verstaatlichung der Banken gewandt. Ja, was passiert denn im Moment? Die Bundesregierung kauft zum vierfachen Nennwert ein Viertel der seitdem sogenannten Commerzbank. Das ist genau das Gegenteil von Verstaatlichung,



sondern das ist die Sozialisierung der Verluste. Dann nennen Sie das auch noch „Wachstum stärken“.

(Beifall bei der LINKEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie wollen das Gleiche wie die NPD!)

Meine Damen und Herren, auch Sie werden sicherlich nicht bestreiten, dass wir in einem sehr reichen Land leben. Wir stellen fest, dass der Reichtum in diesem Land äußerst ungerecht verteilt ist. Es ist unsere Aufgabe in der Politik, das wieder umzudrehen, damit – jetzt sage ich unseren Slogan –

(Zurufe von der CDU: Reichtum für alle!)

Reichtum für alle da ist. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank. – Nun Herr Kollege Grumbach.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Das kann nur noch besser werden!)

#### **Gernot Grumbach (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Rentsch hat ein kluges Bewertungssystem für politische Systeme gefunden. Er hat nämlich den Schaden beschrieben, der in der früheren DDR angerichtet worden ist, mit etwa 1,7 Billionen €. Das finde ich einen klugen Maßstab. Die DDR hat dafür 40 Jahre gebraucht. Wenn man sich die jetzige Wirtschaftskrise anschaut, wird man feststellen können, dass es Vertreter Ihrer politischen Position in zehn Jahren geschafft haben, den gleichen Schaden im Westen Deutschlands anzurichten.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Rentsch hat Gelegenheit zur Antwort.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Wilken, zur Frage der LINKEN ganz ernsthaft: Wir haben uns im letzten Jahr sehr viel mit Ihnen auseinandergesetzt.

(Günter Rudolph (SPD): Sie haben es hin und wieder erwähnt, ja!)

Wir haben jetzt festgestellt, eigentlich lohnt es sich gar nicht, sich mit Ihnen auseinanderzusetzen. Denn das, was Sie in Deutschland plakatieren, was Sie auf Wahlkampfveranstaltungen sagen, was Ihre Spitzenkandidatin in Hessen fordert – dazu werden wir gleich noch kommen: soziale Unruhen –, hat so wenig mit Demokratie zu tun, dass es sich wirklich nicht lohnt, sich mit Ihnen auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Selbst die Französische Revolution war demokratisch!)

Jetzt komme ich zu Herrn Kollegen Grumbach. Herr Kollege Grumbach, ich glaube nicht, dass Sie den Vergleich

ernst gemeint haben, weil ich Sie besser kenne und schon hoffe, dass Sie die Probleme der DDR nicht nur auf die große finanzielle Verschuldung beziehen, sondern auch darauf, wie Menschen unterdrückt worden sind und in Unfreiheit leben mussten.

(Helmut Peuser (CDU): Hohenschönhausen! – Minister Jörg-Uwe Hahn: Schiffersgrund!)

Deshalb brauchen wir nicht in einen Wettbewerb einzutreten, welche Probleme größer waren. Denn die stehen fest, darüber müssen wir uns nicht auseinandersetzen. Aber eines ist doch vom Grund her klar: lieber eine Marktwirtschaft mit Fehlern als eine Planwirtschaft mit System. Herr Kollege Grumbach, das ist doch der Unterschied.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Minister Jörg-Uwe Hahn, an die SPD gewandt: Da klatscht niemand von euch!)

Ich bin immer wieder überrascht, wie Sie doch versuchen, es zu relativieren, weil es ein bisschen zeigt, warum sich die hessischen Sozialdemokraten im letzten Jahr für diese Richtung entschieden haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Rentsch. – Nun hat für die Landesregierung Herr Wirtschaftsminister Posch das Wort.

#### **Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der Fraktionen – –

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir sind doch im Hessischen Landtag! – Gegenrufe von der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Posch, entschuldigen Sie ganz kurz. – Ich habe gerade Herrn Posch das Wort gegeben, und ich bitte, dem Minister bei seinen Ausführungen zuzuhören.

(Günter Rudolph (SPD): Das waren die eigenen Leute!)

#### **Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Vielen Dank. Ich glaube, das wird uns schon gelingen. – Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Titel des Antrags von CDU und FDP lautet: „Soziale Marktwirtschaft garantiert Freiheit, Wohlstand und soziale Sicherheit“. Das ist so, und daran ändert auch die gegenwärtige Wirtschaftskrise nichts. Denn es ist ein Erkenntnis zu einem erfolgreichen System der letzten 60 Jahre.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Kollege Wilken, Sie versuchen das immer sehr grundsätzlich zu machen. Eben haben Sie versucht darzustellen, dass unsere Verfassung kein Wirtschaftssystem vorherbestimmt bzw. impliziert. Ich teile diese Auffassung

nicht. Ich will Ihnen sehr deutlich sagen: Aus dem Grundrecht katalog, insbesondere Art. 2, nämlich der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Rechtsstaats- und dem Sozialstaatsprinzip, ergibt sich für uns, dass soziale Marktwirtschaft und Demokratie unmittelbar zusammengehören.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Alle Menschen sind gleich! – Gegenrufe von der CDU: Nur manche sind gleicher!)

Wir haben dieses Jahr wichtige 60-Jahr-Gedenktage. Ich glaube, diese Gedenktage sind Anlass, deutlich zu machen, welchen erfolgreichen Weg Deutschland in den letzten Jahrzehnten genommen hat, von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu einer Republik, die fest auf dem Leitbild einer freiheitlichen und demokratischen Grund- und Werteordnung steht.

Meine Damen und Herren, Deutschland und den Deutschen geht es heute so gut wie noch niemals zuvor in der Geschichte. Ich komme auf die Probleme, die wir haben, gleich noch zu sprechen. Ein wesentlicher Baustein dafür, dass es uns so gut geht, ist die soziale Marktwirtschaft. Deswegen erlauben Sie mir, nur einige Fakten zu nennen.

Das verfügbare Jahreseinkommen der Haushalte hat sich von 1950 bis heute preisbereinigt mehr als verfünffacht. Die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer sank von jährlich 2.400 Stunden im Jahr 1950 auf 1.350 Stunden im Jahr 2008. Der Warenkorb, für den man 1950 noch eine volle Stunde arbeiten musste, war 2008 bereits nach elf Minuten verdient.

Unter Bezugnahme auf die Entwicklung im anderen Teil Deutschlands will ich auf Folgendes hinweisen. 1950 musste man für ein Pfund Kaffee noch über 26 Stunden arbeiten, heute sind es gerade noch einmal 20 Minuten. In der DDR musste man für Kaffee wochenlang anstehen. Das ist die Realität.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP)

Vor diesem Hintergrund ist es geradezu grotesk, ein Erfolgsmodell infrage zu stellen. Wenn von den LINKEN immer wieder diskutiert wird, das kapitalistische System habe versagt, und es müsse überwunden werden, dann ist es das, was in der DDR praktiziert worden ist. Ich kann Ihnen sagen, ich habe meine Großeltern in der DDR öfter besucht. Ich musste immer Kitt mitnehmen, damit die Fenster nicht herausfielen. Das war die Realität in der DDR. Aber das verleugnen Sie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Konjunkturelle Schwankungen sind einer sozialen Marktwirtschaft immanent, und sie sind auch völlig normal. Gleichwohl wissen wir, dass wir konjunkturellen Schwankungen entgegenwirken müssen. Damit kommt die Rolle des Staates ins Spiel. Unsere sozialen Sicherungssysteme haben genau diese Aufgabe, nicht nur in strukturellen Krisen, wie wir sie jetzt haben, sondern auch in konjunkturellen Krisen denjenigen zu helfen, die unverschuldet in Not geraten sind bzw. nicht zu den Siegern dieses Gesellschaftssystems im konkreten Fall gehören.

Meine Damen und Herren, außergewöhnlich ist im Moment in der Tat die Tiefe des Konjunkturtals. Allerdings hat die Finanzkrise bestimmte Ursachen, die wir nicht vergessen sollten. Ich weiß nicht, wer von Ihnen vor Kurzem die Sendung über den Ausgang der Immobilienkrise

in Amerika gesehen hat. Der Beginn der Krise war nicht marktwirtschaftliches Handeln, sondern die politische Idee, Menschen Wohnungseigentum zu vermitteln, ohne einen Pfennig Geld in der Hand zu haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es war ein politischer Traum, den ich nachvollziehen kann.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat ihn enttäuscht?)

Aber es war ein Unding, dass daraus eine Immobilienblase entstanden ist, die darauf basierte, dass man, ohne einen eigenen Pfennig Geld in der Tasche zu haben, meinte, Wohnungseigentum entstehen lassen zu können. Wir alle wissen, wie sich das entwickelt hat. Ich will überhaupt nicht das ansprechen, was an Angeboten in der Finanzwirtschaft dann dazu geführt hat, dass sich diese Krise weiterentwickelt hat. Doch diese außergewöhnliche Lage ist kein Grund, das Erfolgsmodell soziale Marktwirtschaft an den Nagel zu hängen.

Meine Damen und Herren, deswegen komme ich zu dem Antrag der Sozialdemokraten. In Ziffer 3 sagen Sie im zweiten Satz – diese Frage müssen wir sehr intensiv diskutieren –: „Grundlage von sozialer Marktwirtschaft ist das produktive Zusammenspiel von Staat, Markt und Gesellschaft.“ Dann muss man fragen: Was verstehen Sie unter „Zusammenspiel“? Wir haben ein anderes Verständnis. Die Politik hat die Aufgabe, den Ordnungsrahmen für wirtschaftliches Handeln zu setzen. Aber Politik hat nicht die Aufgabe, selbst unternehmerisch tätig zu werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir werden das in einem anderen Zusammenhang nachher noch einmal diskutieren. Aber die Krise darf kein Vorwand dafür sein, dass der Staat über seine Kernaufgaben hinaus zum Mitspieler im Wirtschaftsleben wird. Ich sage sehr deutlich: Der Staat ist weder der bessere Banker, noch ist er der bessere Unternehmer.

Meine Damen und Herren, im Zeichen der Krise haben alle gesagt – wir haben diese Frage schon häufig diskutiert, insbesondere wenn es um die Stabilisierung des Finanzsystems geht; dann soll man auch ehrlich genug sein, es einzugestehen –, das ist etwas, was systemrelevant ist. Wir haben uns darüber gestritten, ob es so weit gehen muss, dass die Enteignung als Mittel bei den Banken eingesetzt wird. Aber wir waren uns darüber einig, dass die Finanzwirtschaft als systemrelevant zu stützen ist. Denn wenn Kredite nicht mehr gegeben werden können, kann die Marktwirtschaft, insbesondere der Mittelstand, nicht existieren und nicht investieren. Jawohl, wir haben uns dazu bekannt. Aber ich sage auch: Dies bedeutet, dass wir den vorübergehenden Einstieg des Staates nur als zeitlich befristetes Engagement verstehen können und dass er, wenn sich die Situation normalisiert, wieder aus diesen Institutionen heraus muss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Hilfe ja, aber nur auf Zeit, und nicht Hilfe, die so entwickelt wird, dass sich das System verändert.

Meine Damen und Herren, ich bin sehr viel unterwegs, und ich bin überrascht, von wie viel Optimismus sich insbesondere mittelständische Unternehmen tragen lassen und bereit sind, zu investieren. 80 % unserer Unternehmen gehören dem Mittelstand an, und sie sind diejenigen, die dafür sorgen, dass Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies gilt auch in Zeiten der

Krise. Deswegen sollten wir mit der Diskussion aufhören, ob ein Systemwandel notwendig ist. Soziale Marktwirtschaft ist neben der freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung der wesentliche Garant für Frieden und Wohlstand in unserem Land.

Meine Damen, meine Herren, ich füge hinzu: Wenn wir dies so sehen, dann ist es auch sinnvoll, dieses Erfolgsmodell in alle anderen Länder, wo es angenommen wird, zu transportieren.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr richtig!)

Wir haben eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Wir haben eine völlig neue Situation im Vergleich zu früheren Krisen. Wie sahen die früheren Krisen aus? Die früheren Krisen sahen so aus, dass das Land darniederlag, in aller Regel infolge kriegerischer Auseinandersetzungen. Diesmal haben wir es mit einer Krise zu tun, wo wir bemüht sind, den hohen Standard zu erhalten. Das macht es so schwierig, die richtigen Mittel und Wege zu finden.

Die Krise darf jedoch kein Vorwand dafür sein, dass der Staat selbst unternehmerisch tätig wird. Dies ist die Kernbotschaft, wobei wir wissen, dass wir Hilfestellung geben müssen. Ich glaube, da können wir sogar weit über den Kreis der Koalitionsfraktionen hinaus Einigkeit erzielen. Wir haben uns häufig darüber unterhalten, in welchem Umfang wir gerade kleinen und mittleren Unternehmen helfen wollen, wenn sie vorübergehend in Schwierigkeiten kommen. Wir sind gemeinsam stolz darauf, wenn wir über Bürgerschaftsprogramme helfen können und dabei eine geringe Ausfallquote haben, die geringste in ganz Deutschland mit unter 3 %. Ja, wir bekennen uns dazu, aber das kann nicht zu einer Veränderung des Systems führen. Wenn wir dies beherzigen, werden wir diese Krise überwinden – im Interesse der gesamten Gesellschaft, der Arbeitnehmer und der Unternehmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Wortmeldung des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Posch. – Ein bisschen spät, Herr Al-Wazir.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich winke mit dem gelben Zettel!)

Es ist jetzt ein bisschen spät, wir liegen auch schon in der Tagesordnung zurück und wollten eigentlich um 12 Uhr mit den Aktuellen Stunden beginnen. Deswegen kommen wir jetzt zur Abstimmung.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist Führung!)

Tagesordnungspunkt 38: Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend soziale Marktwirtschaft garantiert Freiheit, Wohlstand und soziale Sicherheit. – Zur Geschäftsordnung.

### **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin, wir beantragen zu dem Entschließungsantrag der SPD eine abschnittsweise Abstimmung.

(Zurufe von der CDU: Satzweise! – Gegenruf: Damit ist die CDU wieder überfordert!)

### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Wenn nichts dagegen spricht, wenn es keine Widerrede gibt, stimmen wir nach den Ziffern ab. Müssen wir alle einzeln abstimmen, oder können wir vielleicht eine herausnehmen? – Dann stimmen wir so ab, es macht ja Spaß.

Wir sind erst einmal bei Tagesordnungspunkt 38: Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend soziale Marktwirtschaft garantiert Freiheit, Wohlstand und soziale Sicherheit, Drucks. 18/1066. Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist dieser Entschließungsantrag angenommen.

Jetzt kommen wir zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend aus der globalen Krise die richtigen Konsequenzen ziehen – die Marktwirtschaft braucht einen sozialen und ökologischen Rahmen, Drucks. 18/1102. Wer diesem Entschließungsantrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gegenstimmen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – SPD. Damit ist dieser Entschließungsantrag abgelehnt.

Nun kommen wir zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Neustart der sozialen Marktwirtschaft – Wirtschafts- und Sozialordnung braucht klare Regeln und handlungsfähige Akteure, Drucks. 18/1109. Diesen stimmen wir einzeln nach Ziffern ab.

Wer Ziffer 1 die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gegenstimmen? – CDU und FDP. Damit ist diese Ziffer abgelehnt.

Wer Ziffer 2 die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD. Gegenstimmen? – CDU und FDP.

(Günter Rudolph (SPD): Es ist unglaublich!)

Enthaltungen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist auch diese Ziffer abgelehnt.

Jetzt kommen wir zu Ziffer 3. Wer dieser die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gegenstimmen? – CDU und FDP. Damit ist auch diese abgelehnt.

Wer Ziffer 4 die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gegenstimmen? – CDU und FDP. Damit ist auch diese Ziffer abgelehnt.

Wer Ziffer 5 die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gegenstimmen? – CDU und FDP. Damit ist auch Ziffer 5 abgelehnt.

Wer Ziffer 6 die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gegenstimmen? – CDU und FDP. Ebenfalls abgelehnt.

Wer Ziffer 7 die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gegenstimmen? – CDU und FDP. Damit ist sie auch abgelehnt.



Wir kommen zu Ziffer 8. Wer dieser die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – DIE LINKE. Damit ist auch diese Ziffer abgelehnt.

Jetzt kommen wir zu Ziffer 9. Wer dieser die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gegenstimmen? – CDU und FDP. Damit ist auch diese Ziffer abgelehnt und der Entschließungsantrag in seiner Gänze abgelehnt.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wenn wir das jetzt regelmäßig machen, brauche ich kein Sportstudio!)

Damit sind wir am Ende und kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Das ist **Tagesordnungspunkt 62:**

**Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine Aktuelle Stunde (Gute Chancen für Opel – Schluss mit dem Sperrfeuer) – Drucks. 18/1096 –**

Dieser wird gemeinsam behandelt mit **Tagesordnungspunkt 63:**

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine Aktuelle Stunde (Opel eine Zukunft geben – grüner Blitz statt gelber Pfeil) – Drucks. 18/1097 –**

und mit **Tagesordnungspunkt 79:**

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Neuanfang für Opel – Grundstein für eine hessische Traditionsmarke gelegt – Drucks. 18/1110 –**

und dies mit dem Änderungsantrag, den wir eben noch in die Tagesordnung aufgenommen haben:

**Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucks. 18/1111 –**

Die vereinbarte Redezeit beträgt 7,5 Minuten. Erster Redner ist für die SPD-Fraktion der Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel.

**Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Nach der Entscheidung von General Motors in Abstimmung mit der Bundesregierung und den Landesregierungen ist eine gute Chance für die Traditionsmarke Opel als eigenständiges europäisches Unternehmen entstanden. Das ist eine wichtige Zwischentappe für die Beschäftigten, für das Unternehmen selbst und für den Technologiestandort. Diese Entscheidung ist ganz sicher, zumindest aus der Perspektive der Bundesrepublik Deutschland und auch von Opel selbst, ein Ausdruck industriepolitischer Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen möchte ich an dieser Stelle ganz herzlich Frank-Walter Steinmeier danken.

(Lachen bei der CDU – Zuruf: Dem Vizekanzlerkandidaten!)

– Herr Wagner, ich würde nicht zu früh lachen. Es könnte sein, dass die Aufzählung noch nicht zu Ende ist.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Aber die Reihenfolge reicht schon! – Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Deswegen gilt unser Dank Frank-Walter Steinmeier, der überhaupt die Grundlage dafür gelegt hat, dass Magna ins Spiel gekommen ist,

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU – Minister Jörg-Uwe Hahn: Das war Gerhard Schröder!)

nachdem Herr zu Guttenberg und andere permanent über Insolvenz im Falle Opels fabuliert haben.

(Beifall bei der SPD)

In diesen Dank will ich ausdrücklich, weil es eine gemeinsame Aktion des Bundes und der Länder war, den Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch einbeziehen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe: Ah!)

Ich will mich an dieser Stelle ausdrücklich für die gute Zusammenarbeit in einer auch für Hessen sehr schwierigen Phase bedanken. Sie war vertrauensvoll, sie war ordentlich, und sie war vor allem auch im Detail von großer Offenheit geprägt. Ich habe das an anderer Stelle schon einmal gesagt: Diesen Dank sage ich auch deswegen besonders gern, weil ich weiß, dass es erhebliche Widerstände insbesondere der FDP gab.

Des Weiteren will ich in diesen Dank Klaus Franz, die IG Metall und die Betriebsräte einbeziehen.

(Beifall bei der SPD)

Denn das Ergebnis, das wir bei Opel erzielt haben, ist ganz ausdrücklich auch das Ergebnis einer verantwortungsvollen Arbeit der Betriebsräte und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Opel. Wir mussten häufig den Eindruck gewinnen, dass der Betriebsratsvorsitzende Klaus Franz mehr vom Unternehmen versteht als weite Teile des Führungsmanagements.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe es zumindest bisher so verstanden, Herr Wagner, Herr Koch, dass Sie das teilen, dass Klaus Franz und die Beschäftigten bei Opel einen ganz erheblichen Anteil an dem hatten, was passiert ist.

Aber – jetzt komme ich zum zweiten Teil der Geschichte – was wir in Hessen gerade in der letzten Woche erlebt haben, das ist nur schwer nachzuvollziehen. Eigentlich hat das auch mit gerader Linie wenig bis gar nichts zu tun gehabt. Was ist passiert? Zwei Tage vor den entscheidenden Gesprächen, bevor die Entscheidungen im Verwaltungsrat von General Motors gefallen sind, kommt der stellvertretende Ministerpräsident Jörg-Uwe Hahn – es tut mir leid, dass ich mich in dieser Woche häufiger mit Ihnen beschäftigen muss, Herr Hahn – und versucht sich wieder einmal freizuschwimmen und besonders klug zu sein, nach dem Motto: Ich sage jetzt einmal: „Die Magna-Festlegung war falsch, der ganze Weg war falsch“, damit ich, wenn es schiefgeht, nichts damit zu tun hatte. – Diese Form, sich in die Büsche zu machen und möglichst nichts damit zu tun gehabt zu haben, ist nicht in Ordnung, Herr Hahn.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt insbesondere dann, wenn sich zeitgleich der Hessische Ministerpräsident Roland Koch dafür feiern lässt. Deswegen ist die entscheidende Frage: Findet hier gerade Arbeitsteilung statt, oder sind Sie sich nicht einig? Der Antrag, den Sie eben eingebracht haben – ich verrate Ih-



nen schon einmal: wir werden den Ziffern 1 bis 4 ausdrücklich zustimmen –, ist eine Ohrfeige für das Verhalten von Herrn Hahn.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jedenfalls sieht eine gerade Linie in einer zentralen industriepolitischen Entscheidung völlig anders aus.

Die Spitze des Zickzackkurses in der letzten Woche und eigentlich auch in den letzten Wochen bei der Frage, ob wir Verantwortung übernehmen oder nicht, ist Herr Pfeil. Herr Pfeil bewegt sich nicht im luftleeren Raum, sondern er ist der Ländervertreter in der Treuhand. Ich will ausdrücklich sagen, dass Herr Pfeil eine außerordentlich reputierliche Person ist und hohe Anerkennung genießt und sich im Bereich von Insolvenzen einen guten Namen erarbeitet hat. Aber ob es richtig ist, Herr Wagner, einen anerkannten Insolvenzverwalter zum Interessenvertreter zu machen, der uns anschließend bei dem Auftrag, den wir ihm gegeben haben, in den Rücken fällt, wage ich zu bezweifeln.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage das auch deswegen so klar, weil wir – anders als Frau Merkel, die am Sonntag und offensichtlich heute erneut bei der Eröffnung der IAA den Treuhänder des Bundes sehr deutlich für seine Positionierung kritisiert hat – auf dieses klare Signal seitens der Landesregierung bisher warten.

(Leif Blum (FDP): Er ist keine Marionette!)

– Wer ist jetzt die Marionette, Herr Blum? Herr Hahn, Herr Koch, Herr Pfeil, Herr Wennemer, wer ist die Marionette?

(Leif Blum (FDP): Eben nicht!)

Die Antwort hätte ich gern von Ihnen gehabt. Das gäbe nämlich einen klaren Aufschluss, wes Geistes Kind Sie in dieser Frage sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Industriepolitische Verantwortung haben wir übernommen, und jetzt entstehen für Opel Chancen. Aber der Weg ist noch weit. Das wussten wir alle vorher. Das ist auch in der entsprechenden Haushaltsausschusssitzung diskutiert worden, gerade auf der Grundlage des Gutachtens, das Sie noch eingefordert haben.

Weil die Arbeit jetzt anfängt, müssen die Stänkereien aus der zweiten und dritten Reihe endlich aufhören. Wir brauchen Ruhe, damit Opel eine Chance hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen wird es Sie nicht wundern, dass wir gemeinsam mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Änderungsantrag zu Ihrem Punkt 5 eingebracht haben.

Lassen Sie mich abschließend eine Warnung aussprechen. Ich habe etwas zu Dank und Vertrauen gesagt, und ich meine das sehr ernst, weil ich weiß, dass das nicht einfach war. Es ist auch nicht das erste Mal gewesen, dass wir als Oppositionsfraktion Dank, Anerkennung und Vertrauen in Richtung der Regierung gegeben haben. Das gilt insbesondere für den Ministerpräsidenten.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Schäfer-Gümbel, Sie müssen zum Schluss Ihrer Rede kommen.

#### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Meine letzten zwei Sätze. – Dieses Vertrauen haben wir Ihnen auch beim Frankfurter Flughafen gegeben. Dieses Vertrauen ist gebrochen worden, wie wir gestern erlebt haben. Ich sage Ihnen: Wir und die Region hoffen, dass Sie uns bei Opel nicht das Gleiche antun. Opel hat eine Chance. Lassen Sie die Menschen nicht im Stich. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Schäfer-Gümbel. – Nächster Redner ist für die CDU-Fraktion Herr Kollege Reif. – Wollen Sie reden oder nicht reden? Sie sind der nächste Redner.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wir haben so lange geklatscht, damit Herr Reif den Weg findet!)

#### **Clemens Reif (CDU):**

Ich wollte den GRÜNEN den Vortritt lassen, weil sie auch eine Aktuelle Stunde beantragt haben.

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Lobeshymne an den Ministerpräsidenten. Man hatte mitunter ein schlechtes Gewissen, wenn man Sie hörte. Manchmal hatte man den Eindruck, der Beifall kam von der falschen Seite. Dennoch nehmen wir einmal an, dass Sie das bis auf den letzten Satz sehr ernst gemeint haben.

(Petra Fuhrmann (SPD): Wir haben das im Interesse des Landes und nicht im Parteiinteresse gesagt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was Opel zurzeit benötigt, sind Käufer, Käufer und nichts als Käufer.

(Beifall bei der CDU)

Ohne neue begeisterte und junge Kunden kann heute kein Automobilunternehmen auf der Welt überleben, auch Opel nicht. Was Opel zurzeit wirklich am wenigsten benötigt, sind ständig öffentlich ausgetragene Kontroversen von Politikern

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut!)

über ein Unternehmen, das sich zweifellos – Herr Al-Wazir – in einer ausgesprochen schwierigen Lage befindet. Die brauchen keine rotzfrechen Presseerklärungen Ihres parlamentarischen Geschäftsführers, der damit wenig hilft, aber Arbeitnehmer verunsichert und der Sache einen schlechten Beigeschmack liefert.

(Beifall des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU) – Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Opel hat nur dann eine gute Zukunft, wenn sie sich endlich dem widmen können, was sie am besten können, nämlich Autos

bauen und solche verkaufen. Das ist doch sicherlich unbestritten.

(Zurufe von der SPD)

Wer glaubt, dass ständig öffentlich ausgetragene Kontroversen dabei helfen, der irrt gewaltig. Wer in diesem Raum würde ein Auto kaufen von einem Unternehmen, das sich ständig durch politische Auseinandersetzung in der Kritik befindet und über das seit Monaten in der Öffentlichkeit geredet wird, mitunter nicht zum Besten?

(Zurufe von der LINKEN und des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Also lassen Sie das – das sage ich in Richtung GRÜNE –, solche effektheisenden Anträge zu stellen. Sie schaden dem Unternehmen, und sie schaden vor allem den Arbeitnehmern.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was macht denn den erfolgreichen Autobauer heute aus? Heute, am Beginn der 63. IAA, kann man das überall lesen: Erstens ein gefälliges Design. Es führt dazu, dass potenzielle Käufer in die Verkaufsräume von Händlern kommen.

(Zurufe von der SPD)

Optimaler Preis – hören Sie mir zu –, möglichst geringer Kraftstoffverbrauch und möglichst geringe Nebenkosten, schnelle Verfügbarkeit, absolut hohe Qualität und ein hoher Wiederverkaufswert sind das, was einen Autobauer ausmacht. Dazu muss Opel wieder kommen. Das gefällige Design, das sich in den letzten Monaten entwickelt hat, reicht sicherlich nicht aus. Es muss noch einiges dazukommen.

Nun zur Sache, die Sie interessiert. Dirk Pfeil und Manfred Wennemer sind als unabhängige Experten mit langjähriger Lebens-, Berufs- und auch Branchenerfahrung in diesen Treuhandberufen berufen worden. Aus unserer Sicht war das auch gut so.

Beide haben beeindruckende Netzwerke – der eine in der Automobilindustrie. Er ist übrigens Mathematiker und kann offenbar rechnen. Er hat als Vorstandsvorsitzender ein Netzwerk, das zweifelsohne in der Automobil- und Zuliefererindustrie seinesgleichen sucht, dessen Expertise man nicht einfach wegwischen kann.

Ebenso Dirk Pfeil, der als Diplomkaufmann eine besondere Biografie hat, der in diesem Land eine Fülle von Unternehmen als Insolvenzverwalter nicht nur in Insolvenz vertreten hat – ich kann das persönlich sagen, weil ich aus einem Wahlkreis komme, in dem erheblich große Insolvenzen von ihm nicht abgewickelt, sondern positiv in die Zukunft geführt wurden – und der auch ein politisches Netzwerk hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Schäfer-Gümbel, Skepsis und Widerspruch waren noch nie schlechte Ratgeber. Beides schärft die Geister und macht Laien auf Sachverhalte aufmerksam, auf die sie vielleicht intensiver schauen sollten. Wir als Politiker sind sicherlich keine Experten im Automobilbau und im Vertrieb von Automobilen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was glauben Sie denn? Wir können uns doch nicht die professionelle Expertise von Fachleuten ins Haus holen und anschließend den gleichen Experten und Branchenkennern vor-

schreiben, wie sie sich öffentlich zu verhalten und was sie im Grunde genommen zu sagen haben. Das ist vielleicht in der Politik möglich, aber nicht, wenn man sich unabhängige Leute holt. Dann muss man damit rechnen, dass Widerspruch kommt, und muss mit diesem Widerspruch auch leben. Das gilt für beide.

Hätte Dirk Pfeil wie Herr Wennemer mit Nein gestimmt, wäre der Deal geplatzt und unnötig kostbare Zeit vergeudet worden. Das wollte er nicht. Also hat er sich in unserem Sinne höchst korrekt verhalten. Er hat den Deal passieren lassen, sodass die Sachen weiter entwickelt werden können. Ich sage: Das war in Ordnung. Er hat sein Wissen und seine Skepsis hinterlegt. Das ist für einen unabhängigen Mann doch wohl erlaubt.

Lassen Sie mich aber noch kurz sagen, wie die Sache anfing. Vor noch nicht einmal einem Jahr hatten wir keinen Investor weit und breit und Nervosität allerorten. Wäre es nach der linken Seite dieses Hauses gegangen, hätten wir heute sicherlich ein verstaatlichtes Unternehmen

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): So ein Quatsch! Das ist doch unter Ihrem Niveau!)

und, in Anführungsstrichen – Herr Schäfer-Gümbel –, VEB Opel oder Ähnliches. Das ist uns erspart geblieben. Das ist mit dem Ergebnis des Ministerpräsidenten Roland Koch, seines Stellvertreters Jörg-Uwe Hahn,

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD und der LINKEN)

unseres Wirtschaftsministers Dieter Posch und auch des Staatssekretärs Thomas Schäfer. Das wollen wir doch einmal sagen. Wir lassen uns hier nicht auseinanderdividieren. Eine Koalition ist eine Einheit, zu der wir als CDU stehen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Es bleibt Ihnen doch gar nichts anderes übrig!)

Dies ist ein Gemeinschaftswerk von CDU und FDP, von Roland Koch und Jörg-Uwe Hahn gemeinsam. Die Irritationen, die Sie streuen wollen, schaden allenfalls. Sie nutzen auf jeden Fall nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich will auch sagen, es ist der Klugheit und der Geduld unserer Landesregierung zu verdanken, dass wir zwischenzeitlich vier Interessenten haben, nämlich Magna, neben Ripplewood, neben einem chinesischen Interessenten zum Schluss auch General Motors. Hätten wir nicht vier Interessenten, dann wären die Bedingungen, die ausgehandelt worden sind, für den Staat, für den Steuerzahler wesentlich schlechter geworden, als sie im Grunde genommen sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Reif, das wollte ich Ihnen auch gerade empfehlen. Die Redezeit ist abgelaufen.

#### **Clemens Reif (CDU):**

Ja, ja. – Die 63. IAA wird offiziell eröffnet. Deutsche Zeitungen sprechen von einem Festival der Premieren. Opel gehört mit dem Astra dazu. Ich sage nur, insbesondere an die GRÜNEN gerichtet: Verderben Sie bitte New Opel

nicht den Start in ein so wichtiges Heimspiel. Die Mitarbeiter und die Millionen Kunden hätten dafür keinerlei Verständnis.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Reif. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion Herr Kollege Lenders.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Jetzt kommen Freiheit und Kapitalismus pur!)

### **Jürgen Lenders (FDP):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, man kann sicherlich sagen, auch nach den Pressemitteilungen der letzten Wochen: Opel ist noch nicht über den Berg. – Aber mit Magna hat Opel einen Partner an der Seite, der es auf den richtigen Weg bringt, der dieses Unternehmen in eine Zukunft bringt, die für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine gesicherte Zukunft darstellen kann.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Magna ist ein Unternehmen, das von seiner Unternehmensphilosophie her mittelständisch ist. Von seiner Managerebene her denken die Manager mittelständisch. Was uns, den Arbeitskreis von CDU und FDP, der in Graz war und der sich bei dem Unternehmen umgeschaut hat, besonders begeistert hat: Das ist ein Unternehmen, das weiß, wie man Autos baut, das weiß, wie man Autos entwickelt, das weiß, wie der Markt funktioniert, und das hat eine Zukunftsperspektive. Das heißt, das weiß, wo neue Marktchancen für eine Marke Opel liegen.

Die Bedenken, die jetzt vonseiten der Gewerkschaften wegen des Arbeitsplatzabbaus geäußert werden, kann man durchaus nachvollziehen. Man muss aber wissen: Will man das Gesamtkonzept retten, dann wird man um einen Arbeitsplatzabbau nicht herumkommen. Das haben alle Beteiligten vorher gewusst.

Meine Damen und Herren, jetzt treten Wettbewerber auf und kritisieren die Staatshilfen – gerade eine Firma wie VW, ein Unternehmen, dem seit Jahrzehnten Staatshilfen quasi per Landesgesetz gesichert werden. Das finde ich bemerkenswert, aber auch das war vorauszusehen, weil dort ein neuer starker Wettbewerber am Markt entsteht.

(Beifall bei der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Habe ich das richtig verstanden? Wollen Sie aus dem VW-Gesetz in Niedersachsen aussteigen?)

Meine Damen und Herren, an der Kritik der mittelständischen Unternehmen an den Staatsbeteiligungen kann man nicht ganz vorbeischaun. Natürlich ist es schwierig. Aber da halte ich es doch mit dem Staatssekretär im Wirtschaftsministerium – der sagt dann immer: Es darf kein großes Unternehmen nur deswegen eine Landesbürgerschaft bekommen, weil es ein großes Unternehmen ist. Aber es gibt auch keinen Grund, nur weil ein Unternehmen groß ist, ihm eine Landesbürgerschaft zu verweigern.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Meine Damen und Herren, Opel ist nicht über den Berg. Ausdrücklich begrüßen wir die Grundsatzentscheidung

von General Motors für den Investor Magna in dieser Konzeption.

Meine Damen und Herren, wir haben eben viel zu diesem Antrag gehört. Auf den Änderungsantrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der uns gerade hereingeflattert ist, möchte ich kurz eingehen.

In Punkt 5 möchten Sie quasi denjenigen herausnehmen, den der Fraktionsvorsitzende der SPD – er ist da – eben so groß gelobt hat. Sie möchten Roland Koch ausdrücklich herausnehmen. Ebenso möchten Sie den Wirtschaftsminister herausnehmen.

In der Tat: Wir möchten diese beiden Personen ausdrücklich genannt haben, denn die haben sich wirklich um die Firma Opel und ihre Rettung verdient gemacht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deswegen wird es von uns keine Zustimmung zu diesem Absatz geben.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, dann gehen Sie auf Punkt 6 ein, an dem sich ein Thorsten Schäfer-Gümbel eben abzuarbeiten versucht hat. Für den Jubel der Bundesregierung: „Opel ist gerettet!“, ist es zu früh. Das muss man einfach sehen.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Nichts anderes kommt mit den Äußerungen von Jörg-Uwe Hahn und Dirk Pfeil zum Ausdruck.

(Lachen und Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja nicht zum Aushalten!)

Meine Damen und Herren, es liegt in der Natur der Sache: Spätestens, als zwei Investoren dort aufgetreten sind, hat man sich vonseiten der Bundesregierung relativ früh auf einen davon eingestellt. Es liegt in der Natur der Sache: Bei Verhandlungen schwächt man seine eigene Position, wenn man sich öffentlich so stark für einen möglichen Investor ausspricht. Nichts anderes hat Jörg-Uwe Hahn gesagt. Ich glaube, er hat es zu Recht gesagt.

Clemens Reif hat eben darauf hingewiesen: Dirk Pfeil ist kein betriebswirtschaftlicher Eunuch.

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Der weiß, wovon er redet.

Meine Damen und Herren, wenn wir hier gemeinschaftlich das Modell der Treuhandgesellschaft gewählt haben, um nicht eine direkte Staatsbeteiligung einzuführen, und einen unabhängigen Betriebswirtschaftler hineinschicken, dann muss ich erwarten, dass der auch eine unabhängige Meinung äußert.

(Beifall bei der FDP)

Dennoch ist es immer noch unsere Entscheidung, und diese Entscheidung steht ohne Wenn und Aber. Lieber Herr Kaufmann, Sie fragen uns immer: Was gilt denn noch ihr Wort?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nichts, Herr Kollege!)

Herr Kaufmann, was gilt Ihr Wort? Diese Prüfung ist uns Gott sei Dank erspart geblieben.



(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich kann nur sagen: Die FDP-Fraktion steht zu den Vereinbarungen, zu den Verträgen, die wir geschlossen haben. Meine Damen und Herren, unser Wort gilt nach wie vor.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Lenders. – Das Wort hat Herr Kollege Al-Wazir, Fraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die beiden Redebeiträge, die wir gerade von den Vertretern der Koalition gehört haben, waren – wenn man die Vorgeschichte kennt – an Absurdität eigentlich kaum zu überbieten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Lenders, Sie sagen, die FDP findet die Magna-Lösung gut. Dann frage ich Sie: Haben Sie das auch einmal Herrn Westerwelle oder Herrn Pfeil gesagt?

(Clemens Reif (CDU): Sprechen Sie doch einmal mit Ihrem Herrn Trittin!)

Zum Zweiten sagen Sie, der Herr Pfeil hat so unglaublich viel Ahnung. Dann frage ich Sie: Ist es denn richtig, dass er äußert – Überschrift der „FAZ“ –: „Staatskredit dient der russischen Autoindustrie“? Entweder hat der Mann so viel Ahnung – dann müssten wir eigentlich alles noch einmal aufrollen –,

(Clemens Reif (CDU): Was sagt Herr Trittin dazu?)

oder er irrt – dann dürften Sie aber nicht sagen, der Mann ist so super und so toll.

Herr Kollege Reif, zur Einigkeit von CDU und FDP und zur Bewertung der Äußerungen des stellvertretenden Ministerpräsidenten hat der Sprecher der CDU-Fraktion am Samstag in der „FAZ“ alles gesagt – nämlich: „Die CDU versteht Herrn Hahn auch nicht.“ Mehr muss man dazu nicht sagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen: Im November 2008 haben wir in der letzten Sitzung der letzten Legislaturperiode alle gemeinsam den Bürgschaftsrahmen erhöht, denn wir wussten, dass da etwas passieren kann. Gerade wir GRÜNEN haben schon sehr früh gesagt: Wir müssen eine Eigenständigkeit von Opel erreichen, eine Unabhängigkeit von GM.

Wir sind froh darüber, dass sich GM jetzt dafür entschieden hat, die Mehrheit an Opel abzugeben.

Ausdrücklich füge ich hinzu: Wir sind auch froh, dass es uns gelungen ist, Opel aus der Insolvenz von GM herauszuhalten; denn angesichts der schwierigen rechtlichen Konstruktion unterschiedlichster internationaler Gesellschaften hätte die Insolvenz dazu geführt, dass es Opel jetzt wahrscheinlich schon gar nicht mehr gäbe.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage ausdrücklich: Ich bin froh, dass nicht Herr Westerwelle und Herr zu Guttenberg in einer Bundesregierung gesessen haben – denn dann gäbe es Opel jetzt wahrscheinlich auch nicht mehr. Auch das gehört zur Wahrheit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Ich stimme dem ausdrücklich zu: Opel ist nicht über den Berg. Opel muss Autos bauen, die auch von den Menschen gekauft werden. Aus unserer Sicht kann das nur funktionieren, wenn Opel andere Autos baut, auf dem Weg zu sparsameren und effizienteren Autos, kurz gesagt, ein grüner Hersteller wird.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Wenn Sie jetzt sagen, der GRÜNE redet so viel von grünen Herstellern: Herr Zetsche – Herr Rentsch, der ist von der Daimler AG, wenn Sie das nicht wissen – hat in der letzten Woche gesagt: Langfristig werden wir nur erfolgreich sein, wenn wir grüne Autos bauen. – Mehr ist dem nicht hinzuzufügen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Florian Rentsch (FDP): Gehen Sie doch zu Opel!)

Opel hat die Chance. Die Kompetenz bei Opel ist da. In Rüsselsheim arbeiten mehr Personen in Forschung und Entwicklung, als am Band stehen. Das wissen viele Menschen nicht. Die Tatsache, dass sich GM in den Wochen vor der Entscheidung so geziert hat, diese Kompetenz abzugeben, zeigt, dass die wissen, dass da wirklich die Kompetenz vorhanden ist, genau auf diesem Weg jetzt voranzuschreiten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kollegen von der FDP, ich will aber noch einmal sagen: Was Sie hier in den letzten Monaten aufgeführt haben, gerade Sie als FDP, das ist ein Zickzackkurs, der nicht mehr zu überbieten ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Clemens Reif (CDU): Und Sie?)

Der Oberste ist Ihr Landesvorsitzender und stellvertretender Ministerpräsident, der sogenannte Hü-und-Hott-Hahn.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Ich will Ihnen das nochmals in Erinnerung rufen. Sie haben sich im Vorfeld der Entscheidung im Haushaltsausschuss am Pfingstsonntag hingestellt und gesagt: So kann man nicht entscheiden. – Sie haben ausdrücklich verlangt, McKinsey solle eine Bewertung des Magna-Konzeptes abgeben. – Des Magna-Konzeptes, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Als es dann ein bisschen schwierig wird, kommt Ihr Herr Hahn und sagt im Sommerinterview des hr, es sei viel zu früh gewesen, sich auf Magna festzulegen.

(Zuruf des Abg. Leif Blum (FDP))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war am 8. September – obwohl sich die FDP-Fraktion am 31. Mai auf Magna festgelegt hatte. Und wer war in der Aus-



schusssitzung anwesend? Jörg-Uwe Hahn, und er hat sich damals dafür feiern lassen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zwei Tage später, nachdem Magna dann geklappt hat, kommt die Presseerklärung von Jörg-Uwe Hahn und Florian Rentsch

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Dazwischen ist nichts passiert?)

– das war am 10. September –:

Die mehrheitliche Übernahme der Opel-Anteile durch den Autozulieferer Magna ... bietet die Chance, aus Opel eine zukunftsweisende Marke zu machen, ...

Und dann kommt wiederum Herr Pfeil und macht genau das Gegenteil von dem, wofür er eigentlich von der Landesregierung in diesen Beirat der Opel-Treuhand entsandt worden war.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Als was?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, Herr Hahn, ich wünsche Ihnen etwas. Zu Weihnachten haben Sie ein bisschen Zeit – kaufen Sie sich einen Bestseller von Richard David Precht: „Wer bin ich – und wenn ja wie viele?“

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Ministers Jörg-Uwe Hahn)

Das hat nichts mit Frustration zu tun, sondern damit – genau deswegen haben wir unseren Änderungsantrag eingebracht –, dass wir eine verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik betreiben müssen, die keine unververtretbaren Risiken für den Staat eingeht und gleichzeitig die Chancen, die wir haben, wirklich nutzt. Lieber Herr Hahn, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, dazu gehört, dass man nicht jeden Tag eine andere Meinung vertritt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Florian Rentsch (FDP): Sie haben keine Ahnung!)

Herr Ministerpräsident, ich glaube, dass wir diese Debatte auch dazu nutzen sollten, dass von Ihnen einmal ein klares Wort dazu gesagt wird, was Herr Pfeil eigentlich in dem Beirat der Opel-Treuhand gemacht hat. Ich sage es noch einmal: Entweder stimmt es, was Herr Pfeil jetzt erzählt, dann hätten wir wirklich ein Problem; oder es stimmt nicht, dann ist in dieser Frage ein klares Wort des Ministerpräsidenten gefragt. Angela Merkel hat dieses klare Wort gegenüber Herrn Wennemer gesprochen – ich zitiere wortwörtlich –:

Herr Wennemer hat seinen Auftrag offenbar falsch verstanden.

Ich warte immer noch auf ein klares Wort des Hessischen Ministerpräsidenten. Herr Ministerpräsident, wenn das nicht kommt, liegt der Verdacht nahe, dass es Ihnen offensichtlich nur darum geht, irgendetwas über den 27. September hinauszutragen. Wir wollen von Ihnen hier und jetzt ein klares Wort zu dieser Frage hören. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

### Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Kollege Al-Wazir, vielen Dank. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Wissler für die Fraktion DIE LINKE.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Die Rote Faust!)

### Janine Wissler (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Ankündigung von GM, mit Magna verhandeln zu wollen, sichert noch keinen einzigen Arbeitsplatz, um das einmal sehr klar zu sagen. Noch ist nichts entschieden, und GM stellt in diesen Verhandlungen Bedingungen, die einigen Zündstoff bergen und die Verhandlungen durchaus scheitern lassen können. Darüber ist heute gar nichts gesagt worden.

Klar ist aber, dass Tausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Opel ihren Arbeitsplatz verlieren werden. Daher halte ich diesen Jubel für völlig unangebracht; und ich halte es auch für verfrüht, in große Danksagungen zu verfallen. Viele Beschäftigte haben mit Magna die Hoffnung auf den Erhalt ihrer Arbeitsplätze verbunden – leider in vielen Fällen zu Unrecht, denn Magna will europaweit ein Fünftel der 50.000 Stellen abbauen, allein in Deutschland 4.300, und damit mehr als bisher angekündigt.

Ich hätte mir gewünscht, dass die SPD etwas zu der Äußerung von Ludwig Stiegler gesagt hätte, dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD im Bundestag, dass er den Stellenabbau bei Opel Deutschland – über die angekündigten 3.000 Jobs hinaus – für unumgänglich halte. Das klingt mir nicht so, als würde die SPD nach der Bundestagswahl bei Opel um jeden Arbeitsplatz kämpfen. Stiegler hat offensichtlich immer noch nicht verstanden, dass Arbeitsplatzabbau keine Arbeitsplätze sichert.

Magna ist nicht die Caritas, auch wenn der Magna-Gründer, Frank Stronach, immer wieder sagt, man wolle Opel helfen. Magna ist vor allem an den Staatshilfen und am technischen Know-how interessiert, denn Magna steckt selbst in Schwierigkeiten. Im ersten Quartal 2009 hat sich der Umsatz fast halbiert. Der Nettoverlust betrug 150 Millionen €. Zeitarbeiter wurden entlassen, und die Angestellten wurden gedrängt, auf einen Teil ihres Gehalts zu verzichten. Magna will die Mehrheit bei Opel zusammen mit der staatlich kontrollierten Sberbank übernehmen,

(René Rock (FDP): Staatsbank, super!)

die derzeit unter hohen Kreditausfällen leidet. Das ist eigentlich ein schlechter Zeitpunkt, um bei Opel einzusteigen und Kapital zu binden.

Aber die russische Regierung will sich dadurch Zugang zu dem technischen Know-how von Opel verschaffen, und deshalb hat sie an der Allianz mitgewirkt. Industrieller Partner des Konsortiums ist der russische Automobilhersteller GAZ, der ebenfalls hoch verschuldet ist, der im laufenden Jahr einen Absatzrückgang von 60 % hinnehmen musste und dessen Mitarbeiter massive Lohnkürzungen erfahren haben. Schon jetzt stützt die russische Regierung dieses Unternehmen mit Staatshilfen. Die „FAZ“ kommt zu dem Schluss – ich darf zitieren –:

GAZ rettet nicht Opel. Opel, so angeschlagen die Firma selbst ist, hilft bei der Rettung von GAZ.

Ich fasse zusammen: Ein angeschlagener Zulieferer und eine angeschlagene Bank übernehmen einen angeschla-

genen Autohersteller. Warum sich dieser jetzt über eine große Zukunft freuen soll, kann ich nicht nachvollziehen. Ich halte dieses ganze Konstrukt für nicht tragbar. Es wird nicht standhalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch die Beschäftigten sollen zu 10 % an Opel beteiligt werden. Im Gegenzug erwartet Magna 1,5 Milliarden € Lohnverzicht in den nächsten fünf Jahren. Die Beschäftigten können mit einem Anteil von 10 % wenig Einfluss nehmen. Sie tragen aber das Risiko des Verlusts, denn bei einer Insolvenz kann sich ihre Beteiligung in Luft auflösen.

Für dieses Jahr werden bei Opel Verluste in Höhe von 2,4 Milliarden € erwartet, aber schon im Jahr 2014 will Magna mit Opel einen Gewinn in Höhe von 1,2 Milliarden € machen, unter anderem durch erhebliche Kosteneinsparungen beim Personal. Die Pläne sind mehr als ambitioniert, gerade angesichts der Tatsache, dass durch die Beteiligung von GM die Absatzmärkte von Opel beschränkt sind. Der wachsende asiatische und der nordamerikanische Markt sind für Opel tabu. Warum ist Opel für Magna attraktiv? – Die Antwort hierauf gibt nicht Magna, sondern Ripplewood, ein anderer Investor, der ebenfalls im Gespräch war. Ich möchte zitieren, und zwar schreibt die „FAZ“:

In den harten Nachtverhandlungen für die Opel-Rettung ist ein Satz gefallen, der entlarvenden Charakter hat. Er gibt eine Antwort auf die Frage, wer eigentlich das Risiko der Opel-Rettung trägt. Der Finanzinvestor Ripplewood wurde gefragt, warum er trotz geringer Erfahrungen mit dem Autobau an Opel Interesse habe. Der ehrliche Satz: „Wir haben uns die asymmetrische Risikoverteilung angesehen und dann entschieden, auf diese Wette können wir eingehen.“

Opel ist für Magna ein Schnäppchen; die Risiken trägt der Steuerzahler in Form von Staatsgarantien über 4,5 Milliarden €. Magna ist kein Käufer im eigentlichen Sinne des Wortes, denn sie wollen mehr Geld, als sie selbst investieren.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Was ist eigentlich Ihr Vorschlag, Frau Wissler?)

Die Bundesregierung und die Länder einigten sich auf Staatsgarantien für den zukünftigen Investor – ohne Bedingungen, weder für die Standorte noch für eine bestimmte Anzahl von Arbeitsplätzen. Die Große Koalition hat erklärt, sie habe keine verbindlichen Garantien verlangen können, weil es dem EU-Wettbewerbsrecht widersprochen hätte. Das ist meiner Meinung nach ein völlig unzulässiger Versuch der Bundesregierung, ihre Verantwortung nach Brüssel abzuschieben; denn das Beihilfeverbot schließt nur staatliche Beihilfen aus, die den Wettbewerb verfälschen, soweit sie den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Alle anderen sind wohl blöd! So klingt das!)

Aber hätte es denn den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigt, wenn man im Gegenzug für die Staatshilfen eine Beschäftigungs- und Standortgarantie für alle europäischen Standorte verlangt hätte, anstatt nur national zu denken?

(Beifall bei der LINKEN)

Während vom vereinigten Europa gesprochen wird, wird hier reinster Standortnationalismus betrieben. Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften sind sicherlich gut beraten, wenn sie über die Grenzen und Standorte hinweg gemeinsam Druck machen, wenn sie an die Öffentlichkeit und auf die Straßen gehen und wenn sie sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. „Kampf um jeden Arbeitsplatz“, das kann jetzt nur das Motto sein.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Es hätte eine Alternative gegeben. Die Regierung ermöglicht, dass mithilfe des Steuerzahlers Tausende Arbeitsplätze zerstört werden, statt ihre Hilfe an klare Bedingungen zu knüpfen, nämlich an den Erhalt aller Arbeitsplätze und Standorte und an eine Lohngarantie. Und: Keine öffentlichen Mittel ohne öffentliche Kontrolle, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Als Gegenleistung für Steuergelder müssen Bund und Länder reale Einflussmöglichkeiten erhalten, und zudem müssen die Beschäftigten beteiligt werden.

(Zuruf des Abg. Leif Blum (FDP))

Das VW-Gesetz zeigt, dass eine staatliche Beteiligung an Automobilherstellern möglich ist und dass ein Unternehmen erfolgreich sein kann. Auch der Betriebsrat von Opel hatte zunächst gefordert, dass es einen Staatseinstieg bei Opel gibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen ein Zukunftskonzept für Opel, hin zu umweltfreundlichen Verkehrsmitteln im Rahmen einer zukunftsgerichteten Verkehrspolitik. Da gilt der alte Satz: Wer die Produktionsmittel besitzt, bestimmt auch, was damit produziert wird, z. B. umweltfreundlichere Autos oder eben eine Alternative zum Auto.

(Beifall bei der LINKEN)

Opel könnte so der Vorreiter für den sozial-ökologischen Umbau der gesamten Automobilbranche werden. Diese Chance will die Bundesregierung nicht nutzen.

DIE LINKE hat als einzige Fraktion im Hessischen Landtag der vermeintlichen Opel-Rettung nicht zugestimmt, weil wir nicht wollen, dass der Abbau von Arbeitsplätzen auch noch mit Steuergeldern subventioniert wird.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der CDU: Sie hätten lieber in Arbeitslose investiert!)

Ich komme zum Schluss. Ich denke, dass diese Krise die Notwendigkeit einer grundsätzlich anderen demokratischen Wirtschaftsordnung aufzeigt. Es ist nicht allein das Versagen einzelner Manager oder Aufsichtsräte, welches diese Krise ausgelöst hat. Es ist ein Fehler, der im System angelegt ist. Deshalb finde ich, dass Opel ein Schritt wäre, wo man an die Eigentumsverhältnisse herangehen könnte, um die Arbeitsplätze und Standorte zu sichern und dann auch den Umbau ermöglichen zu können.

(Beifall bei der LINKEN)

STATIONIERTEN

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Wissler. – Ich begrüße nun auf der Besuchertribüne die Mitglieder der U.S. Army, die

heute an einem Hessen-Seminar im Landtag teilnehmen. Ganz besonders herzlich begrüßen wir den Generalmajor Terry A. Wolff, der neue Kommandeur der in Wiesbaden stationierten 1st Armored Division, und seine Ehefrau Martha Winkler – herzlich willkommen –

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und den Brigadegeneral Kenneth Tovo, den neuen stellvertretenden Kommandeur, und seine Ehefrau Suzanne Tovo. Herzlich willkommen auch Ihnen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun hat für die Landesregierung Herr Ministerpräsident Koch das Wort.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU), an die LINKEN gewandt: Ihr habt keinen Anstand! – Minister Stefan Grüttner: Das ist Höflichkeit!)

### **Roland Koch, Ministerpräsident:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Wissler, ich bin Ihnen zunächst einmal dankbar, dass Sie die vorangegangene Debatte über die Bedeutung der sozialen Marktwirtschaft für die kommende Bundestagswahl noch einmal so nett illustriert haben, weil nun jeder eine Vorstellung davon hat, was es bedeuten würde, wenn Sie Regierungsverantwortung hätten.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Die Frage, die alle vier übrigen Fraktionen

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Die demokratischen!)

heute in der Diskussion in ihrer Grundlage gemeinsam sehen, ist in der Tat für unser Bundesland in der Auswirkung auf die Menschen und ihre Beschäftigung erheblich, weit über den unmittelbaren Standort Rüsselsheim hinaus. Es ist zugleich für uns alle erheblich. Denn wir sollten nicht unterschlagen, dass dabei am Ende eine Bürgerschaftsverpflichtung entsteht, die die Dimensionen überschreitet, über die wir bisher in diesem Hause entschieden haben. Deshalb geht die Verantwortung, die man dabei trägt, eine Prognose zu treffen, am Ende nicht am Parlament und nicht an der Regierung vorbei, egal wen es sonst noch trifft. Denn wir müssen prognostizieren, ob wir glauben, dass es verantwortbar ist.

Ich finde, wenn man sich diese Diskussion anschaut, dass es sich in der Abwägung lohnt, darauf hinzuweisen, wo wir vor einem halben Jahr gewesen sind. Immerhin eine so bedeutende Zeitung wie die „Zeit“ schrieb am 5. März: „Opel ist nicht zu retten.“

(Der Redner hält einen Zeitungsausschnitt hoch.)

„Experten befürworten Insolvenz von Opel.“

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Das war keineswegs nur eine politische Diskussion. Es ist schon gut, festzustellen, dass diese Debatte vorbei ist. Wenn ich mir die Meldungen von Montag, Dienstag und Mittwoch vor der Entscheidung des Verwaltungsrats anschau: Zwischen „Hobbymanager blamieren sich“ bis „Jetzt droht ein Scherbenhaufen“ haben wir am Ende vielleicht auch das notwendige Quäntchen Glück bei ei-

ner sehr komplizierten Entscheidung gehabt, die wir nicht beeinflussen konnten, die durch ein Board aus 13 Mitgliedern getroffen wurde, von denen vor dem Juli des Jahres 2009 sieben noch nie mit der Automobilindustrie zu tun gehabt haben. Dies alles so zu fügen, dass es am Ende gelungen ist, ist möglicherweise ein Stück Arbeit und Können und auch ein Stück Glück gewesen. Aus meiner Sicht ist es aber eben ein Stück Glück, dass es so gelungen ist.

Deshalb will ich von meiner Seite sagen: Ich bedanke mich bei allen, die an der Arbeit mitgewirkt haben. Das gilt für meinen Kollegen Dieter Posch natürlich in einer besonderen Weise. Denn ohne seine Mitwirkung – so ist dies in Koalitionen, und so ist Politik – und ohne unser gemeinsames Wirken, zu einem erheblichen Teil durch den Einsatz von Nachtstunden, wäre es zu den Entscheidungen, über die wir hier sprechen, nicht gekommen. Ohne die Arbeit von Staatssekretär Dr. Schäfer, sehr oft in gemeinsamer Arbeit mit Herrn Staatssekretär Saebisch, in den Wochen darauf, dies alles zu begleiten, wäre dies handwerklich noch so aktiven Politikern nicht gelungen. Insofern denke ich, dass wir mit dem, was die hessische Regierungskoalition gemeinsam in Verhandlungen erreicht hat – in denen wir nicht nur für unser Land, sondern für die vier Bundesländer gesprochen haben –, zufrieden sein können.

Es ist auch keineswegs selbstverständlich, vier Bundesländer – eine CDU/FDP-Koalition, eine sozialdemokratische Regierung, eine CDU-Alleinregierung mit logischerweise unterschiedlichen regionalen Interessen; Hauptverwaltung und Produktionsbetrieb – immer auf einem gemeinsamen Weg zu halten. Ich denke, all das, jedes einzelne Element, ist eine Voraussetzung dafür gewesen, dass wir den heutigen Stand erreicht haben.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Ich will aber auch ein Zweites sagen. Ich gehöre ganz ausdrücklich zu denen, die der Meinung sind, dass das, was wir gemacht haben, eine Ausnahme sein muss. Ich glaube, wenn man Argumente finden will, warum es eine Ausnahme sein muss, ist es nicht nur, wie man an diesem Beispiel sieht, das Geld, sondern es ist ein Stück weit auch der politische Mechanismus, der wirtschaftliche Entscheidungen sehr, sehr schwer diskutierbar macht. Es wird nämlich nicht nur eine wirtschaftlich rationale Debatte geführt. Es werden nicht nur Argumente ausgetauscht, die man in einem ökonomischen Prozess erträgt, sondern es werden auch Argumente vorgebracht nach dem Motto: „Wem nützt es, wem schadet es?“ – damit mache ich niemandem einen Vorwurf; das beschreibe ich für uns alle –, die in der aktuellen politischen Debatte permanent so oder so genutzt werden.

Es besteht die massive Gefahr, dass ein Unternehmen deshalb sehr viel mehr Schlagzeilen bekommt, als es eigentlich verdient hat, selbst in einer Krise. Wir müssen aufpassen, dass diese Schlagzeilen – denn wir in der Politik sind die Einzigen, die die Rettung bewirken können –, die durch uns in der Politik mit unseren Mechanismen des gegenseitigen Streitens verursacht werden, dem zu rettenden Unternehmen nicht den schlechtesten Dienst tun, den man ihm tun kann, nämlich seine Zukunftsperspektiven wieder zu zerreden, weil man möglicherweise immer noch ein klammheimliches politisches Interesse am Scheitern des Projekts haben kann. Das sage ich wechselseitig über alle Grenzen hinweg. Das ist die Herausforderung, wenn sich Politik damit beschäftigt. Diese müssen wir bei Opel meistern. Gleichzeitig müssen wir lernen, dass es nicht so



wahnsinnig spannend ist, das in vielen Fällen in der deutschen Politik zu machen. Wenn man dafür eine Begründung und Erklärung haben will, gilt das auch dafür.

Was die konkrete Arbeit in der Treuhand angeht: Da passiert ein solches Stellungsspiel. Dirk Pfeil ist nicht nur ein ausgewiesener Wirtschaftsfachmann, sondern eben auch Mitglied einer politischen Partei. Es stellt sich ganz automatisch die Frage, wie man zu welcher Position kommt. Alle wissen genau: Die hessische Regierungskoalition hat gemeinsam eine Position. Die ist ersichtlich. Sie haben sie gerade durch den Vortrag der Kollegen der FDP gehört. Sie ist nicht mit der von Dirk Pfeil identisch. Die spannende Frage, die dahinter steht und die man weiter diskutieren muss, ist: Wen beauftragt man an welcher Stelle? – Wir haben uns – die Bundesregierung und die Regierungen der Länder – sehr bewusst entschieden, dort zu sagen: Wir nehmen als Vertreter keine Staatssekretäre, sondern wir nutzen die Chance einer rationalen Diskussion. – Das hat auch Risiken. Die Diskussion mit Dirk Pfeil und mit Herrn Wennemer ist extrem rational. Herr Wennemer – deshalb lässt sich die Bundesregierung übrigens auch anders ein – hat zu einem bestimmten Zeitpunkt für sich die Entscheidung getroffen, dass er auf jeden Fall für Konkurs plädiert. Das war nicht die Aufgabe der Mitglieder der Treuhand.

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig!)

Dirk Pfeil hat die Entscheidung mit seinem Verhalten, obwohl er einen anderen Bewerber befürwortet hat, am Ende möglich gemacht.

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig!)

Ich erwarte jedenfalls von mir, dass ich das unterschiedlich behandle. Ich teile die Argumente von Dirk Pfeil, jedenfalls die, die er öffentlich vorgetragen hat, weitestgehend nicht. Ich bin sachlich anderer Meinung. Das haben wir ausgetragen und ausdiskutiert. Das wird uns auch noch in Zukunft beschäftigen. Aber ich respektiere ihn und stelle fest, dass er es war, der am Ende gesagt hat: „Ich respektiere als Treuhänder die politische Entscheidung, die getroffen worden ist, die Auffassung der Bundes- und der Landesregierungen, und stelle mich ihr nicht in den Weg.“ Das respektiere ich an dieser Stelle ausdrücklich auch.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ist genau das, was ich bei der zweiten Stufe sage. Natürlich kann daraus ein politisches Spiel werden.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weiter Interviews geben!)

– Herr Al-Wazir, geschenkt. – Ich bin auch der Meinung, dass es gut ist, wenn das jetzt zur Ruhe kommt. Es kommt im Augenblick zur Ruhe. Denn es hilft nicht, wenn wir das dauernd machen. Aber jeder hat eine Chance, in einem rationalen Diskurs etwas zu sagen. Wir halten das aus. Ich weiß nicht, ob Sie das immer aushalten würden. Das glaube ich vielleicht. Aber jedenfalls ich sage: Ich halte es aus, eine so wichtige Entscheidung im Angesicht von Menschen zu treffen, die anderer Meinung sind. Ich stelle mich dann vor Sie im Parlament und sage: Ja, das sind fast 1,5 Milliarden € Bürgschaft. Darüber muss man nachdenken. Darüber kann man anderer Meinung sein. Ich habe es mir wohl überlegt und bin aus Gründen, die ich jetzt ausführlich darlegen könnte – was ich in einer Aktuellen Stunde natürlich nicht mache –, der festen Überzeugung, dass das für den Steuerzahler die beste Entscheidung ist. Deshalb präsentiere ich sie Ihnen. – Es ist dann auch eine

politische Entscheidung – das räume ich ein –, wenn ein Ministerpräsident für eine Regierung spricht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Letzte Bemerkung. Wir müssen jetzt versuchen, einen Schlusstrich zu ziehen. Wir müssen auch versuchen, die Disziplin zu haben, noch die nächsten Wochen zu überstehen. Denn machen wir uns nichts vor: Die deutschen Regierungen haben es jetzt geschafft, Opel zu retten. Die Bundeskanzlerin hat vorhin, zwar nicht zu Herrn Wennemer, aber zu dem Punkt, den ich jetzt nenne, noch einmal sehr deutlich gesagt, sie wäre dankbar, wenn jetzt akzeptiert wird, dass die Werke in Saragossa, Antwerpen und Luton, und wo sie sonst sind, nur deshalb noch produzieren, weil unter anderem dieser Hessische Landtag und der Deutsche Bundestag das Risiko für alle europäischen Werke in der Brückenfinanzierung übernommen haben. Wir lassen uns deswegen nicht vorwerfen, wir seien die reinen Protektionisten in diesem Spiel.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage auch: Als hessische Regierung haben wir immer klar gesagt, dass das auch Opfer in Rüsselsheim bedeuten wird – nicht irgendwo anders. Wir vertreten nicht die These, Frau Kollegin Wissler, dass man das neue Buch mit dem Titel schreiben kann „Wir bauen kein Auto, egal, mit wie vielen“, sondern wir sind nach wie vor der Meinung, dass Autos, die gebaut werden sollen, erst einmal verkauft werden müssen. Dann haben die Arbeitnehmer auch Arbeit. Man kann nicht gesellschaftlich bestimmen, wie viele Arbeitnehmer ein Auto bauen, sondern man kann sich nur im Wettbewerb darum kümmern, wie viele Autos verkauft werden. Das ist immer noch die ökonomische Regel, die auch für Opel in Zukunft gelten muss.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Jantine Wissler (DIE LINKE))

Deshalb ist diese Frage natürlich diejenige, die alle betrifft. Da geht es nicht ohne. Wenn es 4.000 von 10.500 Arbeitsplätzen sind, die an den deutschen Standorten abgebaut werden, ist das unser Beitrag. Das ist auch kein Grund zum Protektionismus. Aber ich respektiere eine Europäische Kommission in ihrer Stärke. Ich habe EU-Verfahren von kleinen Weingütern bis zu großen Unternehmen mitgemacht. Ich habe eine grobe Vorstellung davon, was das bedeutet. Sie werden sehr detailliert fragen. Sie haben wiederum ein Recht, detailliert zu fragen. Wir haben ein gutes Gewissen. Wir sind fest davon überzeugt, nach den Regeln der Europäischen Kommission gearbeitet zu haben. Wir werden das in den nächsten Wochen darlegen. Ich hoffe, dass alle Beteiligten in Deutschland begreifen, dass es keinen großen Sinn macht, damit eine neue parteipolitische Diskussion auszulösen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weiß das auch die FDP, Herr Koch?)

Die Debatte wird schwierig genug werden – mit solchen Regierungen wie der von Belgien, bei der es in Antwerpen sehr viel komplizierter aussieht und die natürlich unter ihrem politischen Druck steht, jetzt kämpfen zu müssen –, was auch immer dabei herauskommt.

Wenn es im Augenblick deutsche Interessen wahrzunehmen gilt, dann bedeutet das, nachdem wir die Dinge entschieden haben, zu schauen, dass wir möglichst schnell die europäischen Genehmigungen dafür bekommen. Je ge-



meinsamer wir das tun, umso besser ist das an dieser Stelle auch.

(Beifall bei der CDU)

Dann gibt es nämlich eine Chance. Ich bedanke mich bei allen Parlamentsfraktionen, dass Sie zugestimmt haben, dass Dieter Posch und ich die Gelegenheit hatten, heute Morgen zunächst bei der Internationalen Automobilausstellung zu sein. Ich denke, dass diese Ausstellung für Hessen sehr wichtig ist und dass wir dort deshalb zu Recht repräsentiert waren. Da kann man das sehen. Jetzt geht es um Folgendes: Wenn sie das neue Auto vorstellen, neue Betriebskonzepte entwickeln, neue Antriebstechniken einbringen, die wir in Mainz-Kastel von General Motors mehr als an vielen anderen Stellen auf der Welt haben, und wenn möglicherweise mit dem Ampera das erste serienmäßige Hybridfahrzeug dieser Klasse in Europa mit dem Wissen der Ingenieure entwickelt und zu einem großen Teil in der Bundesrepublik Deutschland produziert wird,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Elektrohybrid!)

dann ist das das, was wir Schritt für Schritt weiter erwarten. Dafür wollen wir dem Unternehmen wieder Freiraum geben. Wir haben ihm einen Freiraum geschaffen, den es nie zuvor hatte. Sie haben eine Arbeitnehmervertretung, die das aus meiner Sicht prima gemacht hat. Das sage ich auch. Das ist völlig klar.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU)

Herr Schäfer-Gümbel, ich kenne eine Menge Leute im Management in Rüsselsheim, die klasse Sachen gemacht haben.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Ohne das hätten wir den jetzigen Stand nicht erreicht. Lasst uns also am Ende der Debatte vielleicht den vorsichtigen Versuch machen, nach der Ausarbeitung aller Möglichkeiten der gegenseitigen Profilierung uns auch noch ein klein wenig zu freuen. Denn das, was ich in den Medien in Deutschland sehe, ist ein Problem. Wenn alle geschrieben haben, dass das Projekt scheitert, ist es wahn-sinnig schwer, in der Berichterstattung umzuschalten. Ich habe in den Wirtschaftsteilen der Zeitungen manche Kommentierungen von Leuten gelesen, die auch ein Stück klammheimliche Freude gehabt hätten – nach dem Motto: wenn doch die Politiker endlich einmal auf die Schnauze fliegen und ein Exempel statuiert wird, dass sie so etwas nicht machen dürfen. Das mag im Spiel zwischen Journalisten und Politikern fast legitim sein. Aber das bedeutet in einem Land wie Hessen weit mehr als 20.000 oder vielleicht 30.000 Familien in ganzen Straßenzügen, bei denen das Licht im Sinne von Chancen für Beschäftigungen und Existenzen ausgegangen wäre. Es spricht nun wirklich alles dafür, dass wir im Augenblick einen Punkt erreicht haben, an dem Opel eine neue Startchance hat. Kein Mensch garantiert, dass sie in zehn Jahren erfolgreich sind. Denn, wenn sie wieder schlechte Autos bauen, haben sie ein Problem. Aber vor sieben Monaten hatten sie nur noch eine Chance zum Absturz. Jetzt haben sie eine Chance zum Start.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): So ist es!)

Da sind wir als Bundesrepublik Deutschland und als Land Hessen jeder an seiner Stelle ein Stück mitbeteiligt gewesen. Deshalb müssen wir – das sage ich hier selten – drau-

ßen in der Öffentlichkeit wenigstens gelegentlich noch den Eindruck vermitteln, dass wir auch zu Erfolgen fähig sind und nicht nur dazu, uns gegenseitig um die Ohren zu schlagen, was wir gemacht haben. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Günter Rudolph (SPD): Herr Hahn sieht das doch anders!)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Das Wort hat Herr Staatsminister Posch.

#### **Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! ich glaube, das, was der Ministerpräsident am Anfang und eben am Schluss gesagt hat, hat einiges an Nachdenklichkeit ausgelöst, und es macht Sinn, darüber auch in Zukunft weiter nachzudenken. Deswegen möchte ich einen Gedanken an das anknüpfen, was der Ministerpräsident zu Beginn und zum Schluss seiner Rede gesagt hat.

Dieser Diskussionsprozess hat im November vergangenen Jahres angefangen, und er ist noch nicht beendet. Das alles wissen wir. Ich kann nur eine Feststellung treffen: Für mich ist dabei eines klar geworden, und zwar, dass es Grenzen der politischen Bewältigung eines ökonomischen Problems gibt. Das hat insbesondere die öffentliche Debatte im letzten halben Jahr gezeigt. Wir sind nicht Unternehmer, wenn wir politisch tätig sind. Lassen Sie einmal Revue passieren, wie viele Diskussionen geführt worden sind, wo wir keine Chance ausgelassen haben, irgendetwas zu kommentieren, was eigentlich Teil eines betriebswirtschaftlichen und ökonomischen Prozesses ist. Es hat eine permanente Diskussion über die Details stattgefunden – das werfe ich niemandem vor –, die nicht zu allen möglichen Zeitpunkten zielführend war, sondern manchmal zur Verwirrung beigetragen hat. Es hat ein öffentlicher Diskussionsprozess stattgefunden. Wenn Politiker sich daran beteiligen, dann ist das Ego des Politikers häufiger die Ursache dafür, dass der ökonomische Prozess nicht zu einem positiven Ende gebracht wird.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schwere Kritik an Jörg-Uwe Hahn!)

Das sage ich selbstkritisch an meine Adresse. Wenn Sie selbst einmal darüber nachdenken, könnte das für Sie, Herr Tarek Al-Wazir, und andere hier im Raum ganz genauso gelten. Insofern ist diese Diskussion über Opel für mich ein Lehrstück für die Frage, ob es Sinn macht, solche Probleme auf diese Art und Weise zu lösen. Ich erlaube mir, für mich in Anspruch zu nehmen, darüber in Zukunft sehr gründlich nachzudenken.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt das denn jetzt?)

Weil in der Debatte doch einiges schiefgegangen ist, erlauben Sie mir, noch einmal einiges klarzustellen. – Warum haben wir seinerzeit – Hessen und die anderen Länder mit liberaler Regierungsbeteiligung – eine Zwischenfinanzierung akzeptiert? Ich habe als Verwaltungsratsvorsitzender der Förderbank selbst die Diskussion dort geführt. Wir haben diese Diskussion deswegen geführt, weil im politischen Raum etwas stattfand, was ich und die Li-

beralen nicht wollten, nämlich die Diskussion um eine staatliche Beteiligung. Daran möchte ich einmal erinnern. Am Beginn der Diskussion stand die Bereitschaft des Freistaats Thüringen und von Rheinland-Pfalz, eine staatliche Beteiligung sofort anzubieten.

(Florian Rentsch (FDP): Genau das ist der Unterschied!)

Diesen Weg wollten wir gemeinsam nicht gehen.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen haben wir damals dieser Maßnahme zugestimmt.

Zweitens. Ich muss noch einmal in Erinnerung rufen, was wir damals beschlossen haben. Wir haben ein MoU, ein Memorandum of Understanding, beschlossen bzw. politisch akzeptiert. Dieses Memorandum of Understanding war keine verbindliche Festlegung, sondern es war nach Lage der Dinge zum damaligen Zeitpunkt eine Vereinbarung zugunsten eines Bewerbers, weil zum damaligen Zeitpunkt ausschließlich ein Bewerber tatsächlich auf dem Markt vorhanden war.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Es war eine Präferenzierung. Ich weiß das deswegen in besonderer Weise – der Ministerpräsident hat das angesprochen –, weil ich in jener Entscheidungsnacht dabei war. Deswegen hat es auch im politischen Raum unterschiedliche Interpretationen gegeben, als der politische Druck, von dem ich eben gesprochen habe, zugenommen hat.

Es gab natürlich den Einfluss, weil wir das zu einer politischen Entscheidung gemacht haben. Aber, Herr Kollege Al-Wazir, es trifft nicht zu, wie Sie in einer Presseerklärung vor Kurzem gesagt haben, dass es sich bei der einstimmigen Entscheidung des hessischen Haushaltsausschusses um eine Festlegung handle.

Es war eine einstimmige Abstimmung zugunsten dieser Maßnahme, aber der Gegenstand dieser Maßnahme war ein MoU, und es war zum damaligen Zeitpunkt nicht die hundertprozentige Festlegung auf einen Investor. Das widerspricht völlig dem Charakter eines Letter of Intent oder eines MoU. – Das gehört zur Redlichkeit, wenn man die Geschichte darstellt.

Meine Damen und Herren, es ist so, und deswegen ist es völlig falsch, Herr Kollege Al-Wazir, hier von einem Hü und Hott oder von Widersprüchlichkeit zu sprechen. Für uns war Grundlage immer der Beschluss vom 31. Mai.

Ich will an das erinnern, was wir am 31. Mai diskutiert haben. Ich will auch an das erinnern, was wir im November vergangenen Jahres hier diskutiert haben. Wir haben übereinstimmend gesagt, es muss sichergestellt werden, dass staatliche Hilfestellung unseren Standorten in Deutschland zugutekommt. Wir haben damals die Frage gestellt und positiv beantwortet, indem wir gesagt haben – ich sage es einmal salopp –: Das Geld darf nicht nach Amerika abfließen. – Das haben wir damals gesagt. Wir wollten eine rechtliche Verselbstständigung, ein europäisches Opel-Unternehmen, weil wir als Treuhänder von Steuergeldern immer wollten, dass dieses Geld dort eingesetzt wird, wo es darum geht, in Deutschland Arbeitsplätze zu sichern.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Jetzt sage ich einmal, auch wenn es problematisch ist: Es ist doch berechtigt, zu fragen, wie die Investitionschancen

und die Absatzchancen mit einem Partner in Russland bewertet werden. Es ist doch nicht grob fahrlässig, diese Frage zu diskutieren. Die Frage des Technologietransfers ist hier doch zu Recht diskutiert worden. Sie ist jetzt zu einer Entscheidung gekommen, und wir werden abwarten, was die nächsten Wochen bringen. Ich hoffe, dass das positiv abgewickelt wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eines ärgert mich ein wenig. Es ist legitim, politische Äußerungen im Vorfeld einer Plenarsitzung zum Gegenstand einer solchen Diskussion zu machen. Aber, lieber Tarek Al-Wazir, wenn Sie in diesem Zusammenhang in den letzten Tagen insbesondere im Rahmen der Diskussion über Dirk Pfeil sagen, wir hätten Horrorszenarien an die Wand gemalt, dann ist das abwegig. Die GRÜNEN im Deutschen Bundestag haben eine Sondersitzung des dortigen Wirtschaftsausschusses beantragt. In der Begründung heißt es, es werde jeden Tag deutlicher, dass viele Fragen nicht geklärt sind. Das hat der Fraktionsgeschäftsführer der GRÜNEN, Volker Beck, gesagt.

(Florian Rentsch (FDP): Guter Mann!)

Das alleine reicht nicht aus. Frau Renate Künast hat am 10. September bei Maybrit Illner gesagt, sie hat erhebliche Zweifel, ob es das schon war. So wird sie von der Nachrichtenagentur zitiert: Niemand wisse, ob die Verkaufsbotschaft nur heiße Luft war, oder ob wir nicht nach dem 27. September unser blaues Wunder erleben.

Wer macht hier denn Zickzack? Grün in Hessen und Grün in Berlin. Werfen Sie das also bitte nicht in einen Topf, wenn wir uns darüber Gedanken machen, inwieweit mit dem Beschluss vom 31. Mai tatsächlich redlich umgegangen wird.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch eine letzte Bemerkung. Ich bin mit Dirk Pfeil lange befreundet. Wir haben gemeinsam im Hessischen Landtag gesessen und diskutiert. Ich habe mit ihm viele Diskussionen geführt. Ich respektiere und finde es in Ordnung, dass er seinen Sachverstand einbringt. Aber einseitig diese Diskussion zu führen, das geht an der Sache vorbei. Er hat es mit seiner Stimmenthaltung ermöglicht – darauf hat der Ministerpräsident hingewiesen –, dass diese Maßnahme realisiert werden konnte.

Meine Damen und Herren, Herr Wennemer ist von der Großen Koalition und damit auch von Herrn Steinmeier benannt worden. Er hat sich nicht enthalten, und das unterschlagen Sie bei dieser Debatte. Das ist unredlich.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich meine, wir haben es uns jetzt gesagt, und die Diskussion sollte abgeschlossen sein. Ich kann nur sagen, wir werden den weitergehenden Prozess sorgfältig begleiten. Ich hoffe, dass alle offenen oder partiell offenen Fragen – z. B. zum Thema europäisches Beihilferecht – tatsächlich gelöst werden können, um das zu realisieren, was mit einer Beschlussfassung im November vergangenen Jahres und im Mai dieses Jahres begonnen worden ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Staatsminister Posch. – Meine Damen und Herren, nur kurz zur Geschäftslage. Die Landesregierung hat jetzt 15:30 Minuten über die vereinbarte Zeit hinaus gesprochen. Das heißt nach unserer Geschäftsordnung – Sie wissen es –: Wenn es gewünscht wird, kann jede Fraktion die Dauer der Überschreitung für sich in Anspruch nehmen. Ich nehme nicht an, dass dies gewünscht wird.

Ich habe jetzt noch die Wortmeldungen des Kollegen Rentsch und des Kollegen Schäfer-Gümbel. Hierzu weise ich darauf hin, dass es in § 32 Abs. 8 der Geschäftsordnung heißt, dass ein Mitglied des Landtags in der Aktuellen Stunde nur einmal das Wort erhalten kann. Es gab hier eine Vereinbarung zwischen den Geschäftsführern, dass wir abweichend von der Geschäftsordnung bei dieser wichtigen Debatte die Möglichkeit eröffnen, dass ein Redner auch ein zweites Mal das Wort ergreifen kann. – Es besteht allgemeine Einigkeit.

Dann darf ich jetzt Herrn Kollegen Rentsch das Wort erteilen.

**Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es ist in diesem Haus unstrittig, dass die Firma Opel mit all ihren Zulieferern für unser Bundesland eine besondere Bedeutung hat. Das, was wir seit November letzten Jahres im Hessischen Landtag diskutieren, hatte zum Ziel, Rahmenbedingungen zu schaffen, dieses in einer wirklich schwierigen Situation befindliche Unternehmen in eine bessere zu bringen. Denn wir sind der festen Überzeugung, dass dieser große Autobauer eine Zukunft hat.

Aber, meine Damen und Herren, wir Liberalen haben Bauchschmerzen bei diesem Verfahren. Das ist so. Wir hatten von Anfang an Bauchschmerzen. Sie waren dadurch gekennzeichnet, Herr Kollege Schäfer-Gümbel, dass wir im Vergleich zu den Sozialdemokraten nicht vor den Opel-Toren hoch- und runtergelaufen sind und den Leuten versprochen haben, dass im Zweifel der Staat bei Opel eintritt. CDU und FDP haben sich gemeinsam dafür entschieden, dass nur ein privater Investor diesen Weg gehen kann. Das ist ein grundlegender Unterschied zwischen uns. Wir beide hatten das Ziel, dass Opel eine Rettung erfährt. Aber der Staat kann Opel in dieser Frage nicht retten. Das kann nur ein privater Investor tun. Deshalb bin ich froh, dass Magna jetzt möglicherweise diesen Schritt tut, Opel in eine bessere Zukunft zu bringen.

Zweitens. Wir hatten beim ganzen Verfahren Bauchschmerzen.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Der Kollege Al-Wazir hat meinen Landesvorsitzenden kritisiert. Herr Al-Wazir, ich weiß nicht, ob es nicht richtig ist, Bauchschmerzen zu haben, wenn es um 4,5 Milliarden € Steuergelder geht,

(Beifall bei der FDP)

statt lustig und putzmunter wie Sie von hier vorne aus zu sagen, das machen wir einfach so. Sogar in Ihrer Berliner Spitze scheinen mehr Sachverstand und Vernunft vorzuherrschen als hier im Hessischen Landtag bei den GRÜNEN.

(Wolfgang Greilich (FDP): Das ist nicht sonderlich schwer!)

Frau Künast, Herr Trittin, Herr Beck – Herr Kollege Posch hat es gesagt – haben diese Bedenken gehabt. Sie haben sie immer noch. Ich glaube, es ist auch gut und richtig, dass sie diese Bedenken haben, weil das kein Fall ist, den wir einfach so zwischen Tür und Angel beschließen können. 4,5 Milliarden €, darüber kann man nicht so einfach hinweggehen.

Deshalb hoffe ich für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Opel, für das Management und für den deutschen Steuerzahler, dass das, was wir hier machen, richtig ist. Aber wir können nicht vom Rednerpult des Hessischen Landtags aus beschließen, dass das richtig ist. Dieser Sachverhalt ist so vielschichtig. Er hat eine europäische Dimension. Er hat eine unternehmerische Dimension. Es ist die Frage aufgeworfen, wie sich die bisherigen Kunden von Magna – einem Automobilzulieferer – verhalten werden.

Ich finde es schön, dass der Kollege Al-Wazir hier so froh und lustig sagt, das sei alles kein Problem. Herr Al-Wazir, das wird alles noch ein Problem. Wir sind der Hoffnung, dass es gut ausgeht. Aber so zu tun, als ob das alles unkompliziert sei, damit machen Sie es sich zu einfach.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb glaube ich, es ist richtig, dass wir diese Bauchschmerzen haben. Es ist auch richtig, dass wir weiterhin Bauchschmerzen in diesem Verfahren haben werden. Wir müssen mit höchster Sorgfalt und Sensibilität weiter vorgehen, weil es nicht sein kann, dass wir nur einen Blick haben. Natürlich ist es richtig, wenn möglich, die Arbeitsplätze zu retten. Aber es ist genauso richtig, die 4,5 Milliarden € Steuergelder zu retten, damit die nicht gezogen werden, gerade was die Bürgschaften angeht.

Deshalb noch ein Punkt zum Verfahren. Wir haben in der Sitzung am Pfingstsonntag nicht über die Frage abgestimmt, welcher Investor es nun wird. Der Haushaltsausschuss des Hessischen Landtags hat den Weg für eine Brückenfinanzierung frei gemacht. Hätte es diese nicht gegeben, hätte es überhaupt kein Investorenverfahren geben können.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir als Liberale haben uns gemeinsam mit der Union darauf verständigt, dass es zunächst einmal eine Begutachtung gibt, ob das, was Magna vorschlägt, überhaupt möglich ist. All diese Wege, diese Sicherheitsstrukturen haben wir eingezogen, weil wir eben nicht blindlings in dieses Verfahren gehen und sagen wollten, uns sei das egal.

Ich weiß nicht, was Ihr Vorwurf ist. Wie lautet denn Ihr Vorwurf? Dass wir Liberale beim Thema Steuergeld höchste Sensibilität an den Tag legen? Das erwarte ich eigentlich auch von den GRÜNEN.

(Beifall bei der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zum letzten Punkt. Frau Kollegin Wissler, Sie haben sich schon sehr früh für den Staatseinstieg bei Opel ausgesprochen. Wenn es nach den LINKEN ginge, hätten wir neben 30 Banken mittlerweile auch mehrere Automobilunternehmen, die der Bundesrepublik Deutschland gehören.



(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Die USA haben 70 % von GM übernommen!)

Erstens. Der Staat ist nicht der bessere Autobauer. Es gibt kein Beispiel dafür, dass der Staat bessere Autos baut. Es gab einmal Autos aus Plastik. Die nannte man Trabant. Das hat nicht funktioniert.

Zweitens. Natürlich wird es auch bei Opel um den Abbau von Arbeitsplätzen gehen. Das ist bedauerlich. Aber ich sage Ihnen: Lieber eine kleine Zahl von Arbeitsplätzen abbauen, wenn eine große Zahl von Arbeitsplätzen gerettet werden kann. Das ist die Abwägung.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Janine Wissler (DIE LINKE): „Kleine Zahl von Arbeitsplätzen“? Das ist zynisch, was Sie hier sagen!)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Kollege Rentsch. – Das Wort hat der Kollege Schäfer-Gümbel von der SPD-Fraktion.

#### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal herzlichen Dank dafür, dass ich in dieser Aktuellen Stunde ein zweites Mal reden kann. Das ist in der Tat ungewöhnlich, wie diese Debatte insgesamt sehr ungewöhnlich ist. Sie ist erstens ungewöhnlich, weil ich den Eindruck habe, dass wir uns überwiegend zuhören. Das ist in diesem Hause nicht oft der Fall. Sie ist zweitens ungewöhnlich, weil, nachdem der Ministerpräsident für die Regierung gesprochen hat, der Wirtschaftsminister seine Sicht der Dinge erklärt hat.

(Zurufe von der SPD)

Ich sage das ohne jede Spannung. Ich finde, dass das eine Chance ist, weil wir in der Tat in einer Ausnahmesituation sind. In dieser Frage stimme ich dem Herrn Ministerpräsidenten abermals zu. Das, was hier passiert, auch über das Bürgschaftsrecht, ist nicht die Standardlösung in der Bundesrepublik Deutschland – und auch nicht in Hessen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Reif, deshalb ist Ihr Hinweis auf die Verstaatlichungslösung, die unsererseits angeblich vorgeschlagen werden müsste, völlig absurd. Wir haben an einer Stelle gefragt – das ist hinter den Kulissen nicht nur bei uns diskutiert worden –, ob die Übernahme der GM-Anteile in der schwierigen, sehr konkreten Phase im März/April 2009, als die Frage der Insolvenz unmittelbar auf dem Tisch lag und wir über Stunden und nicht über Wochen und Monate redeten, also eine Treuhandlösung in öffentlicher Verantwortung, unseren Druck auf die Konzernzentrale in den USA erhöhen könnte. Daraus eine VEB-Variante zu machen, das ist ein unredlicher Teil der Debatte, Herr Reif.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage das hier deshalb, weil der Beitrag des Herrn Ministerpräsidenten die Möglichkeit gegeben hat, noch einmal über die grundsätzlichen Fragen zu reden, die mit dieser Entscheidung zusammenhängen. Einer der wesentlichen Gründe, warum wir uns auf den Weg gemacht haben – ungeachtet dessen, dass jedes Unternehmen in Hessen, ob groß, ob klein, ob mittel, das Recht hat, Bürgschaften zu beantragen, somit gilt dieses Recht natürlich

auch für Opel –, war die Frage: Wie sieht ein zukunftsfähiges Konzept aus? Da will ich ein paar Bilder brechen, z. B. dass Opel schlechte Autos gebaut habe. Das war nicht das zentrale Problem. Es gab in der Tat einen Konflikt zwischen den Europäern, die eine andere Modellpolitik betreiben wollten, als das in den USA in der Konzernzentrale gewollt wurde. Da haben sich die Europäer jetzt Gott sei Dank durchsetzen können, weil sie technologisch weiter sind. Das ist doch das dicke Pfund von Opel Europa, dass das Technologiezentrum, das Entwicklungszentrum der neuen Fahrzeuge hier – das ist sozusagen unser Superbenefit – in Hessen steht. Das hat auch etwas mit Elektromobilität zu tun, das hat etwas mit kleineren Fahrzeugen zu tun, das hat mit besserer Fahrzeugtechnik, mit höherer Fahrzeugsicherheit zu tun.

Diesen technologischen Vorsprung wollten wir sichern – in dem Wissen, dass das alles schwierig ist, weil die Bürgschaftslösung, die wir gewählt haben, im Kontext der Situation zu sehen ist, dass die Automobilindustrie insgesamt – nicht Opel allein – vor einer unglaublich großen Herausforderung steht, wenn es zutrifft, dass wir Überkapazitäten in der Automobilproduktion von bis zu 20 % haben. Das wird enorme Auswirkungen auf die Produktion und Entwicklung im Automobilbereich in den nächsten Jahren haben. So verstehe ich im Übrigen auch die eine oder andere Einlassung, sowohl von VW als auch von BMW in den letzten 48 Stunden. Sicherlich hätte es der eine oder andere gerne gesehen, einen Konkurrenten auf dem Markt auf diesem Weg loszuwerden. Da haben wir aber gesagt: So spielen wir das Spiel nicht.

Damit komme ich zur Frage der Überbrückungsfinanzierung, Herr Rentsch, denn die von Ihnen betriebene Geschichtsklitterung lasse ich nicht zu. Das ist auch der Punkt, wo ich mich, zumindest bis vor zwei Minuten, mit dem Ministerpräsidenten in den letzten Monaten einig sah. Wir haben eine Drucksituation aufgebaut, indem wir gesagt haben, die Geschäftsgrundlage für die Bürgschaftsentscheidung, für den Überbrückungskredit und das, was danach folgen kann, ist das Magna-Konzept, ist die Entscheidung für einen Industriepartner. Sie haben ja mit einem Gutachten prüfen lassen, ob das plausibel ist, was Magna angeboten hat. Die Bürgschaftsentscheidung stand nicht im luftleeren Raum, sondern sie war sehr konkret, weil wir gesagt haben, das ist ein Partner, mit dem wir arbeiten können. Deshalb waren Ihre beiden Arbeitskreise im Sommer bei Magna.

Natürlich gab es Begleitmomente, die ebenfalls dazu beigetragen haben, die Situation zu stabilisieren. Ich weiß, dass die Umweltprämie bei der FDP kritisch diskutiert wird, aber die Große Koalition hat sie beschlossen. Die Prämie hat Opel ein Plus von etwa 40 bis 45 % gebracht. Natürlich hat auch das eine Stabilisierung bewirkt. Lassen Sie uns deswegen keine Spielchen spielen, die unwürdig sind und auch nicht weiterhelfen.

Damit komme ich in der Tat zu den politischen Bewertungen, zum Spiele spielen. Es sind verschiedene Spiele gespielt worden. Ich rede jetzt nicht über das Spiel zwischen Opposition und Regierung. Wir haben uns sehr bewusst an ganz vielen Stellen öffentlich nicht geäußert. Dieses Parlament kann sich doch ans Revers heften, dass wir in hoher Verantwortung gegenüber der Problemlage gemeinsam versucht haben, das hier sehr ordentlich zu handhaben, auch in den letzten Monaten. Die Spiele sind an anderer Stelle gespielt worden. Die haben natürlich etwas mit der Bundestagswahl zu tun, mit personellen Besetzungen. Bei dem Spiel zwischen Herrn zu Guttenberg



und Herrn Koch sind meine Sympathien ziemlich klar verteilt gewesen.

(Florian Rentsch (FDP): Und was ist mit Herrn Franz?)

– Ich komme gleich dazu. Herr Franz wird im Zusammenhang mit Herrn Hahn gleich eine Rolle spielen. – Aber das Spiel, das Herr zu Guttenberg gespielt hat, gehört in der Tat zur Wahrheit. Er hat im Prinzip versucht – vielleicht aufgrund regionaler Interessen oder Personenkonstellationen, die etwas mit Fiat und Co. zu tun hatten, weniger aus politischer Überzeugung –, eine Insolvenz herbeizuführen, während wir versucht haben, eine Stabilisierung zu erreichen. Dieses Spiel ist hinter den Kulissen geführt worden. Ich habe, zumindest dort, wo ich das tun konnte, gesagt, dass meine Sortierung bei dem Spiel – auch wenn sich ansonsten meine politische Sympathie für Roland Koch in Grenzen hält, wie jeder weiß – sehr klar war, weil es um die industriepolitische Gesamtverantwortung ging, die Herrn zu Guttenberg ziemlich egal war.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der Punkt, wo Sie, Herr Hahn, zu einem Teil des Ärgerlichen in dieser Situation werden. Es ist nicht so, dass Sie eine andere Position haben; aber ich verstehe nicht, wieso Sie zwei Tage, bevor die wirklich schwierigen Entscheidungen gefallen sind, sich in der Weise geäußert haben. Ich teile abermals die Einschätzung von Herrn Koch, dass viele nur darauf gewartet haben, dass wir als Dummköpfe dastehen, weil wir versucht haben, etwas zu gestalten, und damit gegen die Wand gefahren sind, und dass es vielen völlig egal war und ist, was mit den Beschäftigten bei Opel passiert. Es war der blanke Zynismus, der in der Debatte eine Rolle gespielt hat, aber dieser Zynismus findet seine Spitze darin, dass der stellvertretende Ministerpräsident, der zuvor an den Entscheidungen beteiligt war, zwei Tage vor der Entscheidung erklärt: Das war – so ist Ihre Standardformulierung in solchen Fällen – „nicht klug“, sich für Magna zu entscheiden. – Ich bleibe dabei: Wenn wir es Ihnen, der FDP und vor allem Herrn zu Guttenberg überlassen hätten, dann würde es Opel heute nicht mehr geben. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Rentsch?

#### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Nein. – Ich muss den Herrn Ministerpräsidenten heute ständig loben. Ich verspreche Ihnen, das ist ein Sammelpaket, das wird in Zukunft nicht mehr so oft passieren.

(Heiterkeit)

Ich muss den Ministerpräsidenten nochmals loben, denn ich teile auch seine Ausführungen, mit denen er, aus meiner Sicht zutreffend, den Beitrag der Gewerkschaften und von Klaus Franz beschreibt.

Was ist die Antwort der hessischen FDP, besser gesagt: ihres Landesvorsitzenden? Sie haben Herrn Klaus Franz gesagt – ich erkläre noch einmal, ohne den wären wir gar nicht so weit gekommen –, auch sein Verhalten sei nicht klug gewesen.

Herr Hahn, ich sage Ihnen in aller Offenheit: Wir haben in dieser Phase nicht die Problemsucher und Rechthaber gebraucht, sondern wir haben die Problembewussten und die Gestalter gesucht. Deswegen waren Sie nicht Teil der Lösung.

(Beifall bei der SPD)

Damit will ich zum Abschluss kommen. In der Tat ist das eine Ausnahmesituation; darin stimme ich mit allen Zwischenrufen überein, auch mit denen von Herrn Posch. Das ist nicht die Standardlösung, die wir auf alles anwenden. Aber wenn Sie fordern, dass man die Spiele lässt, bitte ich Sie wiederum – denn ich bin sehr dafür, dass wir hier Ruhe einkehren und die Leute ihre Arbeit machen lassen –, dass die Stänkereien aus der zweiten Reihe aufhören. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Kollegin Wissler, Fraktion DIE LINKE.

(Peter Beuth (CDU): Rosa Wissler!)

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal einige Punkte klarstellen.

Erstens. Es ist nichts unter Dach und Fach. Die Situation hat sich seit Ende Mai nicht grundlegend geändert. Das Einzige, was sich geändert hat, ist, dass jetzt nur noch ein Bieter im Verfahren ist. Aber die Verhandlungen beginnen jetzt erst. Sie sind nicht abgeschlossen.

(Volker Hoff (CDU): Haben wir verstanden!)

Wenn man sich die Bedingungen anschaut, die GM stellt – die Opel gar nicht verkaufen wollen, sondern müssen, weil sie sich die Sanierung selbst nicht leisten können –, erkennt man, dass sie einigen Zündstoff enthalten. Vier von acht Vorstandsposten zu stellen, ein Rückkaufsrecht zu haben – all das sind Bedingungen, bei denen überhaupt nicht klar ist, ob Magna darauf eingehen kann. Es sind auch Bedingungen, die diese Verhandlungen zum Scheitern bringen können. Das wird dann sicherlich nach der Bundestagswahl sein. Aber ich finde es wichtig, dass wir eine Lösung haben, die länger hält als bis kurz nach der Bundestagswahl.

Zweitens. Ich frage mich immer noch: Was hat denn die Regierung davon abgehalten, im Gegenzug Bedingungen zu stellen, wenn sie Staatsgarantien in Höhe von 4,5 Milliarden € bereitstellt? Warum kann man dafür nicht die Bedingung stellen, dass die Arbeitsplätze und die Werke an allen Standorten erhalten bleiben?

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es kann doch nicht sein, dass die Arbeitnehmer immer die Zeche zahlen müssen und dass die Sanierung auch jetzt wieder auf dem Rücken der Beschäftigten vorstatten geht, die schon in den letzten Jahren enorme Einschnitte bei Opel hingenommen haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Rentsch, Sie haben gesagt, „eine kleine Zahl von Arbeitsplätzen“ werde abgebaut. Wir reden von über 11.000

Arbeitsplätzen in Europa. Davon entfallen mindestens 4.300 Arbeitsplätze auf Deutschland. Mindestens – denn es gibt keine Auskunft von Magna darüber, wie viele Arbeitsplätze sie erhalten wollen.

Herr Rentsch, das sind 11.000 Existenzen, und es ist zynisch gegenüber den Menschen. Es lässt sich sehr leicht darüber reden, wenn man von den Entscheidungen nicht selbst betroffen ist. Wo sollen denn diese Menschen mitten in der Krise unterkommen? Das, was Sie hier sagen, finde ich zynisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe vorhin die Frage gehört: Wer soll die Kosten tragen? Ich frage zurück: Wer trägt denn die Kosten, die anfallen, wenn mindestens 4.300 Menschen ihre Arbeitsplätze verlieren? Wer trägt denn die Kosten, die durch all die Folgewirkungen entstehen? Ich bin der Meinung, wir müssen diese Arbeitsplätze erhalten.

(Volker Hoff (CDU): Wo ist Ihre Alternative?)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie mit der gleichen Anzahl von Menschen weniger Autos produzieren wollen, gibt es ein einfaches Mittel: Das nennt sich Arbeitszeitverkürzung.

(Beifall bei der LINKEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Eine solche ökonomische Dummheit tut einfach nur weh! Das ist wirklich nicht mehr zu fassen! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Dann müssen Sie sagen, wer die Kosten trägt, die sonst entstehen. – Die Alternative ist, die Kosten für die Arbeitslosigkeit und für alles, was damit einhergeht, zu zahlen.

Deshalb sage ich: Die Bereitstellung von Steuergeldern muss an Bedingungen geknüpft werden. Es darf keine öffentlichen Mittel ohne öffentliche Kontrolle geben. In Niedersachsen gibt es ein VW-Gesetz, das dem Land Niedersachsen eine Sperrminorität bei VW zusichert. Das funktioniert gut, sogar mit einer schwarz-gelben Regierung. Warum sollte das in Hessen nicht funktionieren?

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe ausgeführt, dass ich das Konzept für wirtschaftlich nicht tragbar halte.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das interessiert aber keinen hier!)

Magna ist ein Zulieferer, der größte Probleme hat; das habe ich bereits erwähnt. Die Sberbank hat in Zeiten der Finanzkrise ebenfalls große Probleme. Ich kann nicht glauben, dass die Probleme gelöst sind, wenn diese beiden Opel übernehmen. Ich glaube vielmehr, dass sich die Probleme potenzieren werden und dass wir den Bestand von Opel und die Sicherheit der Arbeitsplätze dadurch nicht garantieren können, zumindest nicht über die Bundestagswahl hinaus.

Ich stelle mir auch die Frage, warum die Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht gemeinsam gehandelt haben. Der Herr Ministerpräsident sprach gerade von „deutschen Interessen“.

Ich frage mich: Wenn wir ein gemeinsames Europa haben, warum hat man dann nicht gemeinsam mit Belgien verhandelt? Warum hat man nicht gemeinsam, im Rahmen der Europäischen Union, Möglichkeiten gefunden, alle Standorte und alle Arbeitsplätze zu erhalten, statt sich von Unternehmen nach dem Motto „Wer am meisten

zahlt, wird auch die meisten Standorte behalten“ gegeneinander ausspielen zu lassen? Mir ist überhaupt nicht klar, warum man nicht europaweit zusammenarbeiten konnte, um diese Arbeitsplätze zu sichern.

(Beifall bei der LINKEN)

Das zeigt mir auch, dass das Gerede über das vereinte Europa ganz schnell an Gehalt verliert, wenn es um handfeste Interessen geht.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich komme zum Schluss. Ja, wir wollen Opel retten. Ja, wir wollen die Standorte erhalten sowie die Arbeitsplätze sichern, und wir sind auch der Meinung, dass der Staat dafür Geld bereitstellen sollte.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja, und wie? – Gegenruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU): Irgendwie!)

Aber wir brauchen ein dauerhaftes Konzept mit Maßnahmen, die nicht auf dem Rücken der Beschäftigten durchgeführt werden.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Legen Sie es doch vor!)

Herr Schäfer-Gümbel, ich bin der Meinung, dass es kein tragfähiges Konzept ist, wenn ein privater Investor bei Opel einsteigt.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Ein privater Investor! Das wäre doch Verstaatlichung!)

Ich habe ausgeführt, was eine Alternative sein könnte und was in anderen Ländern durchaus funktioniert. Das wäre ein Konzept.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wo ist denn das Konzept?)

Aber tun Sie doch nicht so, als wären Sie ernsthaft daran interessiert. Es war doch keiner ernsthaft daran interessiert, über Alternativen zu reden. Hinter dem Magna-Deal – das ist auch bekannt – stecken Schröder und Putin.

(Axel Wintermeyer (CDU): Trabi!)

Der russische Staat hat ein großes Interesse daran, seine Automobilindustrie konkurrenzfähig zu machen. Das ist das, was dahintersteckt.

Noch einmal: Wir wollen Opel retten. Aber wir wollen nicht, dass die Sanierung auf dem Rücken der Beschäftigten vonstatten geht.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Wissler. – Ich habe jetzt noch zwei Wortmeldungen vorliegen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Ach nee!)

– Ich kann es nicht ändern. Es liegen zwei Wortmeldungen vor. – Es spricht zuerst der Kollege Al-Wazir, dann der Kollege Clemens Reif.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde, diese Debatte wurde inhaltlich umso span-

ender, je länger sie dauerte: Der Herr Ministerpräsident hat das Wort ergriffen und hat von diesem Pult aus einen Appell an das gesamte Haus gerichtet. Er hat gesagt, wir sollten uns auch einmal ein wenig freuen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Sehr richtig!)

Dann setzt er sich hin, und ihm folgt der zuständige Fachminister und sagt, das Ganze sei ein Lehrstück, wenn es um die Frage gehe, ob man das in Zukunft noch einmal so machen sollte.

(Zurufe von der CDU und der SPD)

Herr Koch, ich glaube, Sie wissen, dass Sie das Problem haben, dass Ihr Fachminister ständig versucht, einen Eindruck zu erwecken, der dem widerspricht, was Sie hier seit Monaten versuchen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das ist eine verrückte Situation. Es ist Ihnen wahrscheinlich in Ihrer jetzt zehnjährigen Amtszeit noch nie so ergangen, dass SPD und GRÜNE verlässlicher an Ihrer Seite standen als Ihr eigener Koalitionspartner.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Posch, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie diese schöne Sendung vom 10. September 2009 – Maybrit Illner, Westerwelle, Künast und Gysi war, glaube ich, die Zusammensetzung – erwähnt haben. Ich sage ausdrücklich: Sie haben recht. Renate Künast hat dort die Frage gestellt, ob wir nicht nach dem 27. September 2009 bei diesem Thema unser blaues Wunder erleben. Es ist genau so, wie Sie es zitiert haben.

Ich will Ihnen jetzt auch sagen, warum diese Frage sehr berechtigt ist. Vorgestern war in der „Welt“ Folgendes zu lesen. Die Überschrift lautete:

Westerwelle stellt Opel-Verkauf an Magna infrage

Weiterhin stand da:

Das Tauziehen um Opel geht weiter: Die FDP will den Verkauf an Magna und die russische Sberbank nach der Bundestagswahl überprüfen – und möglicherweise rückgängig machen. Voraussetzung ist eine Regierungsbeteiligung der Liberalen. ...

Die FDP will im Falle einer Regierungsbeteiligung nach den Worten von Parteichef Guido Westerwelle die Vereinbarungen über den Verkauf von Opel an Magna überprüfen. „Wir werden uns das alles neu ansehen, wenn wir Regierungsverantwortung bekommen“, sagte Westerwelle. ...

Westerwelle kritisierte die von der Bundesregierung geförderte Übernahme erneut als Geldverschwendung und technische Entwicklungshilfe für Russland.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, das ist doch Ihr Problem. Das war schon am Pfingstsonntag so. Wir saßen da zusammen. Es war ein schöner Tag. Es war warm. Wir haben uns vorher vieles durchgelesen.

Ich kam in diesen Raum zur Sitzung des Haushaltsausschusses. Die erste Frage, die ich mir gestellt habe: Warum sitzt da eigentlich Jörg-Uwe Hahn? – Denn er ist fachlich nicht zuständig. Er ist auch nicht Mitglied des Ausschusses.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Europa! Das ist zu schwer für Sie!)

Er ist weder für Wirtschaft zuständig, noch ist er Ministerpräsident.

Es ist einfach so: Ihr Grundproblem ist doch das, dass Sie immer, wenn Sie denken, das sei populär, sagen: Wir waren es. – Wenn es ernst wird, sagen Sie: Wir waren es doch nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das merkt man Ihrer Politik doch an. Die FDP spricht zu dieser Frage schlichtweg mit einer gespaltenen Zunge. Wenn es klappt, werden Sie schon immer dafür gewesen sein, also von Anfang an. Wenn es nicht klappt, werden Sie sagen, Sie seien von Anfang an dagegen gewesen.

Irgendwann kommen Sie an den Punkt, an dem das Ganze nicht mehr funktioniert.

Das war auch sehr spannend: Wir haben heute erlebt, dass es zwei Positionen gibt, mit denen man Probleme hat. Da steht Frau Wissler auf der einen Seite und Herr Rentsch auf der anderen Seite. Die Marktradikalen der FDP und die Antikapitalisten der Linkspartei haben dasselbe Problem. Die Wirklichkeit passt mit den Parteiprogrammen nicht zusammen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Beide Parteien sind nicht in der Lage, ihren Anhängerinnen und Anhängern und ihren Ideologen, die ihnen anhängen, diese Wahrheit zuzumuten. Genau daraus ergibt sich das Problem in dieser Debatte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Übrigens wollte ich noch sagen: Die Überschrift Ihres Dringlichen Entschließungsantrags ist ein bisschen komisch. Denn man kann für eine Tradition keinen Grundstein legen.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Doch, das kann man!)

– Nein, man kann eine Tradition weiterführen. Das ist einfach so.

Ich will Ihnen ausdrücklich sagen: Wir hoffen, das es klappt. Wir wissen nicht, ob es klappt. Wir sehen, dass es eine Chance gibt.

Dazu gehört dann aber auch, dass man sich einmal mit den Fragen beschäftigt, wie die Bedingungen aussehen, was für Autos gebaut werden müssen und was für Autos die Leute wollen. Wir müssen uns Gedanken hinsichtlich der Frage machen, welche Kompetenzen vorhanden sind. Wir müssen uns Gedanken über die Frage machen, wie man das fördern kann. Wir müssen uns auch Gedanken über die Frage machen, wie die Konjunkturbeihilfen aussehen sollen. Ich bin nämlich von der Abwrackprämie, auch wenn Opel, glaube ich, einen Zuwachs um 30 % hatte, nicht so überzeugt. Denn ich glaube – –

(Zuruf)

– Hyundai hatte einen Zuwachs um 212 %. Fiat hatte einen Zuwachs um 100 %, Skoda um 170 %. Daran ersehen Sie das Problem.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Nenne einmal die absoluten Zahlen, dann siehst du die Unterschiede!)



– Das war jetzt die prozentuale Steigerung. Die Hersteller mit großen Volumina haben natürlich, gemessen in Stückzahlen, mehr profitiert. Ich kann rechnen. Insofern ist das völlig klar.

Aber an den Zahlen sieht man, dass die Menschen andere Autos wollen, als die deutschen Hersteller bisher auf die Straße gebracht haben. Das sollte einem zu denken geben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es sollte einem auch insofern zu denken geben, als dass man daraus lernen sollte.

Zu Beginn dieser Woche habe ich eine Presseerklärung von Jörg-Uwe Hahn und Dieter Posch gesehen. Sie haben ausdrücklich gesagt, sie seien dagegen, dass die Europäische Union schärfere CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Kleintransporter einführt. Daran haben wir gemerkt: Sie haben immer noch nicht verstanden, worin das Problem besteht. Sie haben es immer noch nicht verstanden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich wünsche mir, dass es funktioniert. Ich wünsche mir, dass es klappt. Ich hoffe, dass Sie irgendwann auch einmal nicht nur in der Öffentlichkeit erklären, was nötig ist, sondern dass Sie einmal im Kabinett Ihren Marktradikalen erklären, was sie zu machen und was sie zu lassen haben. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der CDU: Das war reine Polemik!)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Al-Wazir, vielen Dank. – Die letzte Wortmeldung dazu stammt von Herrn Kollegen Clemens Reif.

#### **Clemens Reif (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, der Debatte hätte es gutgetan, wenn wir sie nach der Rede des Ministerpräsidenten beendet hätten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Al-Wazir, lassen Sie mich gleich auf Ihre Ausführungen zu sprechen kommen. Sie sprachen eben davon, welches grundsätzliche Problem der Kollege Jörg-Uwe Hahn hat. Herr Al-Wazir, ich sage Ihnen: Ihr grundsätzliches Problem besteht in Ihrer Rechthaberei und darin, dass Sie Ihren Zeigefinger immer erheben, wenn Sie hier vorne stehen. Sie meinen, Sie müssten aufgrund Ihrer Lebenserfahrung, die auf Erfahrungen aus dem Hessischen Landtag und auf ein bisschen etwas davor beschränkt ist, anderen Leuten sagen, wie die Welt aussieht.

Sie ist nicht so, wie Sie das meinen. Sie ist viel komplexer. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt andere Lebens-, Berufs- und Branchenerfahrungen als die, die Sie meinen hier immer einbringen zu müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Ich rate Ihnen, bei diesem Thema nicht ständig Herrn Westerwelle zu zitieren.

(Lachen und Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich rate Ihnen: Blicken Sie in Richtung Ihrer eigenen Partei. Schauen Sie sich das Interview mit den drei Kandidaten an, das am Montagabend gesendet wurde. Schauen Sie sich dabei die Bemerkungen an, die Herr Trittin zu Opel gemacht hat. Da wird es Ihnen schaudern. Schauen Sie sich die Erklärungen von Frau Künast an. Da wird es Ihnen schaudern. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist Lichtjahre von den Positionen entfernt, die Sie hier im Hessischen Landtag vertreten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Das ist es, was Sie auszeichnet. Sie sprechen hier über Dinge, ohne dass Ihre eigenen Parteikollegen das auch wirklich mittragen. Bitte gehen Sie mit sich und Ihren eigenen Leuten ins Gericht, bevor Sie uns hier Belehrungen erteilen.

Lassen Sie mich auf etwas anderes zu sprechen kommen. Wer wirtschaftliche Entscheidungen trifft, benötigt ein hohes Maß an Optimismus. Ich sage das als jemand, der das persönlich tut. Wenn Sie nicht den Optimismus haben, in eine Sache einzusteigen, wenn Sie nicht den Optimismus haben, dass die Sache gut geht, dürfen Sie in diese Sache kein Geld stecken.

Ich glaube, alle, die guten Willens sind, zeichnet miteinander aus, dass sie den Optimismus haben, dass das, was da getan wird, auch klappt. Wir haben den Optimismus, dass der, den die Politik gemeinsam mit den Fachleuten ausgewählt hat, auch in der Lage ist, diesen Optimismus zu rechtfertigen und das Ganze in eine ordentliche Zukunft zu führen.

Magna ist unter denen der Beste, die sich als Wettbewerber gezeigt haben. Selbstverständlich musste Magna in den Verhandlungen nachlegen.

Natürlich ist das alles mit einem Risiko verbunden. Niemand aus diesem Haus kann sagen, dass das gut geht.

Magna ist einer der größten globalen Zulieferer in der Automobilindustrie. Magna hat Erfahrungen im Fahrzeugbau, aber nicht im unabhängigen Fahrzeugbau. Magna hat bislang Fahrzeuge nur für Fahrzeughersteller hergestellt. Das heißt, es hat Aufträge von Fahrzeugherstellern übernommen, die diese aufgrund ihrer eigenen Kapazitäten nicht erfüllen konnten oder wollten. Sie taten das für BMW, Porsche, Mercedes und viele andere.

Magna ist aber weltweit nie als unabhängiger Fahrzeughersteller aufgetreten. Herr Al-Wazir, darin besteht der Unterschied zu dem, was Sie meinten ansprechen zu müssen, wozu in den letzten Tagen etwas in den Zeitungen stand. Das betrifft Ferdinand Piech, BMW und Ford. Sie meinten, sie müssten einmal ein Steinchen in den See nach dem Motto werfen: Wir überlegen, ob wir dann weiterhin Aufträge erteilen können.

Ich sage Ihnen: Die Zuliefererindustrie ist etwas komplexer, als das man sofort aussteigen kann. Hier steht eine Fülle von Patenten in Rede, die eingehalten werden müssen. Es gibt Verträge, die über Jahre hinweg laufen. Das heißt also, ein Ferdinand Piëch kann nicht von heute auf morgen aussteigen, sondern das ist ein langfristiger Prozess. Ich denke, dass die Professionalität der Leute von Magna dafür sorgen wird, dass Magna langfristig als Automobilzulieferer und unter Umständen als Hersteller eine Chance in der Welt hat. Ich war am Montag – auch das zu



Ihnen, Herr Al-Wazir – bei einer Diskussion von BMW in Frankfurt.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sagt Al-Wazir und meint Minister Posch! – Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da war der Altvordere der GRÜNEN Joschka Fischer am Podium mit Herrn Reithofer, mit anderen Intellektuellen und Vorstandsmitgliedern. Er hat wahrscheinlich das meiste Geld von all denen bekommen – für 20 Minuten wahrscheinlich 60.000 € oder so in dieser Größenordnung.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin der Letzte, der neidisch ist.

(Lachen und demonstrativer Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber Joschka Fischer sprach von Schlüsselindustrie, der Automobilindustrie in Deutschland. Wir haben sicherlich eine Fülle von Schlüsselindustrien. Dazu gehören die chemische Industrie, die pharmazeutische Industrie, aber auch die Automobilindustrie. Sie gehört deshalb dazu, weil der Deutsche ein einzigartig emotionales Verhältnis zum Automobil hat.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht mehr!)

Deshalb gebe ich ihm recht. Es ist die Nummer eins der strategischen Industrien in Deutschland. Wir müssen bei all den Diskussionen, die wir führen, aufpassen, dass wir nicht zu einem Ergebnis kommen, wie es in vielen anderen Industrien gewesen ist.

(Zuruf der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Olympia stellte Schreibmaschinen her. Sie haben dann die elektronische Schreibmaschine hergestellt. Aber sie haben es nicht geschafft, den Quantensprung von der Schreibmaschine über die elektrische und elektronische Schreibmaschine zum Laptop hin zu schaffen. So ging es vielen anderen strategischen Industrien in unserem Land,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man muss grüne Autos bauen!)

auch der Consumer Electronic Industry, mit all dem, was wir in den letzten 30, 40 Jahren verloren haben. Wenn wir nicht aufpassen und nicht alle dafür sorgen, dass die Automobilindustrie mit innovativen Produkten vorankommt, mit Hybridmotoren, mit Elektromotoren, mit vielem, was jetzt auf der Automobilausstellung mit auf den Weg gebracht wird, dann werden wir nicht in der Lage sein, diese strategische Industrie auch bei uns im Lande zu halten.

Deshalb sage ich zum Schluss: Die, die den politischen Streit bei diesem Thema suchen, werden keinen Erfolg haben.

(Günter Rudolph (SPD): Das stimmt doch nicht!)

– Herr Rudolph, das haben die Europawahlen insbesondere Ihnen bewiesen.

(Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Sie haben den politischen Streit und die politische Auseinandersetzung vor den Europawahlen derart gesucht, dass Sie meinten, Sie würden Quanten an Prozenten dazugewinnen.

(Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Das Ergebnis war, Sie haben trotz dieser emotionalen Diskussion, die kein Mensch in unserem Land verstanden hat, verloren. Deshalb seien Sie gewiss, es wird niemand aus diesem Thema einen politischen Nektar saugen – im Gegenteil, die Leute wollen Ruhe. Die Leute wollen eine besonnene, eine ordentliche Entscheidung. Sie werden auch dann dahinterstehen. Das sei uns ins Stammbuch geschrieben. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Kollege Reif. – Meine Damen und Herren, es gibt keine weitere Wortmeldung zu diesem Punkt.

Wir haben einen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 18/1111, vorliegen

(Wortmeldung des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

– nur mal langsam –, und wir haben Drucks. 18/1110. – Kollege Schaus, haben wir noch etwas?

#### **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, wir bitten bei dem Änderungsantrag um getrennte Abstimmung beider Punkte 5 und 6.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Das kann ich gerade noch intellektuell verarbeiten – getrennte Abstimmung zu Punkt 5 und 6.

(Axel Wintermeyer (CDU): Nein!)

– Nein. Bitte, wir machen es wie gestern. Sie haben das Wort, Herr Kollege Wintermeyer.

#### **Axel Wintermeyer (CDU):**

Sehr vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Änderungsantrag ist ein Punkt, in dem nämlich Punkt 5 durch Daten, die darauf stehen, ersetzt werden. Das heißt, es kann keine getrennte Abstimmung über die Punkte in dem SPD-GRÜNEN-Änderungsantrag stattfinden.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das hat aber etwas gedauert! Das ist doch nicht möglich! – Wortmeldung des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Wagner, zur Geschäftsordnung.

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gemäß unserer Geschäftsordnung hat eine Fraktion dieses Hauses punktweise Abstimmung beantragt.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das ist doch ein Punkt!)

– Herr Kollege Wintermeyer, lassen Sie es mich doch ausführen. – Der Änderungsantrag, den SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellt haben, enthält zwei Punkte. Die Antragsteller wären ausdrücklich damit einverstanden, diese beiden Punkte getrennt abzustimmen. Herr Kollege Wintermeyer, ich weiß, dass sich die Mehrheit dieses Hauses in diesem Punkt durchsetzen könnte. Es wäre das zweite Mal in dieser Plenarwoche, wo Sie einem Wunsch einer Fraktion nach getrennter Abstimmung nicht entsprechen. Diesmal wäre es sogar angesichts der Tatsache, dass die antragstellenden Fraktionen auch noch damit einverstanden sind. Herr Kollege Wintermeyer, überlegen Sie sich wirklich, ob das am Ende dieser sehr, sehr guten Debatte ein vernünftiger Umgang im Parlament ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

#### Vizepräsident Frank Lortz:

Der Kollege Wintermeyer hat mir signalisiert, dass wir getrennt abstimmen können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann rufe ich den Änderungsantrag 18/1111 zur Abstimmung auf. Punkt 5. Wer ihm seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind SPD und GRÜNE. Dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – Die LINKE. Damit abgelehnt.

Punkt 6. Wer ist dafür? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Dagegen? – CDU und FDP.

(Günter Rudolph (SPD): Eieiei!)

Damit abgelehnt.

Dann rufe ich den Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktionen – –

(Wortmeldung des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Kollege Wagner, wir sind zwar in der Abstimmung, aber jetzt wollen wir einmal Ihnen das Wort erteilen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Satz war noch nicht zu Ende! – Das Tischmikrofon des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) funktioniert nicht.)

Kommen Sie einmal hier vor, Herr Wagner – junger Mann.

(Zurufe von der FDP – Heiterkeit)

#### Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, ich wollte nur den kurzen Hinweis geben – und Sie gar nicht lang unterbrechen –, dass wir bei diesem Antrag punktweise Abstimmung beantragen.

#### Vizepräsident Frank Lortz:

Hat irgendeiner Probleme damit?

(Heiterkeit)

Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung – punktweise. Wer dem Punkt 1 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dagegen?

(Die Abgeordneten der LINKEN heben die Hand. – Lachen)

– Meine Damen und Herren, zügeln Sie die Erregung. Es kann ja noch besser werden. – Also CDU, SPD, FDP und GRÜNE waren dafür. Ich frage noch einmal: Wer ist dagegen?

(Vier Abgeordnete der LINKEN heben die Hand. – Zurufe: Ah!)

Vier Kollegen der LINKEN oder alle?

(Zurufe von der LINKEN)

– Alle. Dann sagt es doch auch gleich. Also alle LINKEN sind dagegen. – Dann ist der Antrag Punkt 1 mit Mehrheit beschlossen.

Punkt 2. Wer ist dafür? – CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dagegen? – Keiner. Enthaltungen? – Die LINKE. Dann ist der Punkt 2 beschlossen.

Punkt 3. Wer ist dafür? – CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dagegen? – Keiner. Enthaltungen? – Die LINKE. Punkt 3 beschlossen.

Punkt 4. Wer ist dafür? – CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Dagegen? – Keiner. Enthaltungen? – Die LINKE. Beschlossen.

Punkt 5. Dafür? – CDU, FDP. Dagegen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die LINKE. Damit auch beschlossen.

Das waren die Einzelpositionen. Wünscht noch jemand, dass wir noch einmal insgesamt abstimmen?

(Zuruf von der SPD: Nein!)

– Nein, das ist nicht der Fall. – Dann ist der Antrag so beschlossen.

Ich rufe den nächsten Punkt der Tagesordnung auf, **Punkt 64:**

**Antrag der Fraktion der FDP betreffend eine Aktuelle Stunde (Demokratiefeinde stoppen, anstatt soziale Unruhen zu fordern) – Drucks. 18/1098 –**

mit **Tagesordnungspunkt 66:**

**Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine Aktuelle Stunde (Rot-Rot-Grün war schlecht für Hessen, ist schlecht für Deutschland – soziale Brandstifter der Linkspartei dürfen keine Regierungsverantwortung bekommen) – Drucks. 18/1100 –**

Sieben Minuten 30. Jetzt habe ich hier Wortmeldungen von den beiden. Was haben wir hier? – Aha, dann beginnt Herr Greilich von der FDP.

(Günter Rudolph (SPD): Der muss erst einmal sein Abstimmungsverhalten von eben erklären! – Gegenruf des Abg. Florian Rentsch (FDP): Nein!)

#### Wolfgang Greilich (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Rudolph, nachdem wir jetzt ein

bisschen Gelegenheit zum Lachen hatten, müssen wir uns leider sehr schnell wieder ernsteren Dingen zuwenden.

Zum wiederholten Mal haben wir Anlass, uns hier mit der Linkspartei zu beschäftigen. Diesmal ist es der Aufruf zu sozialen Unruhen, zu Straßenkämpfen – letztlich das, was wir immer wieder feststellen: die Aufforderung zur Abschaffung unseres demokratischen Rechtsstaates.

Meine Damen und Herren, Frau Sabine Leidig, bekennende Linksradikale, Altkommunistin, Mitglied der DKP von 1982 bis 1991,

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das steht alles in ihrer Biografie!)

heute Spitzenkandidatin der Linkspartei in Hessen für den Bundestag, wünscht, wie sie gesagt hat, soziale Unruhen.

Am 12.09. sagt sie in „hr info“ wörtlich:

Also ich wünsche mir auf jeden Fall, dass die Leute in Bewegung kommen. Man muss sich soziale Unruhen nicht als Straßenkampf vorstellen, aber das ist natürlich auch eine Form, ...

Meine Damen und Herren, das ist Aufruf zum Klassenkampf in seiner übelsten Form, nämlich in der Form des Straßenkampfs.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war kein Ausrutscher. Das ist nicht misszuverstehen. In dem Kontext, in dem sich Frau Leidig immer wieder äußert, hat das ganze System. Sie hat schon immer erklärt, dass sie unser demokratisches parlamentarisches System ablehnt und abschaffen will.

In der „Frankfurter Rundschau“ vom 26. April wird sie wörtlich zitiert: „Diese Parteiendemokratie kann nicht das letzte Wort sein.“

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Unglaublich!)

Meine Damen und Herren, Gutwillige könnten auf die Idee kommen, hier seien nur die Parteien und ihre Unzulänglichkeiten gemeint. Nein, nein, das erklärt sie uns dann genauer – ich zitiere wiederum wörtlich: „Die globalen Krisen des Kapitalismus sind ohne Systemwechsel nicht zu lösen.“

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Ich übersetze also: Das System soll abgeschafft werden. Das ist das Anliegen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist entlarvend! – Gegenruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE): Sie haben es schon schwer!)

Weiter wird sie zitiert, es gehe ihr darum, alle Verhältnisse infrage zu stellen.

Meine Damen und Herren, inzwischen ist Frau Leidig, die sich nach dem gleichen Artikel auch heute als Kommunistin versteht, wie sie selbst formuliert hat,

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das ist keine Beleidigung!)

in die Partei der alten und neuen Kommunisten eingetreten. Mit ihrem Parteichef Lafontaine ist sie sich einig.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Auch ein Altkommunist?)

Denn der hat schon am 25. März 2007 auf einem Parteitag erklärt: Wir sind die Kraft, die die Systemfrage stellt.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Oder nehmen wir einen anderen, Lothar Bisky – Sie erinnern sich an ihn, Salon-Kommunist aus DDR-Zeiten. Am 15. Juni 2007 hat er wörtlich gesagt: „Wir stellen die Systemfrage ... Sie, die aus der PDS kommen, aus der EX-SED, und auch die neue Partei DIE LINKE stellen die Systemfrage.“

(Florian Rentsch (FDP): Aha!)

Oder nehmen wir wieder Herrn Lafontaine, einen Tag später, am 16.06.2007 – man achte darauf, was Frau Leidig daraus gemacht hat –: „Wir müssen über unsere Kampfformen nachdenken. Ich sage deshalb: Wir müssen neue Kampfformen entwickeln.“

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): In Heiligendamm!)

Meine Damen und Herren, am 11. Februar 2008 hat Janine Wissler, Mitglied dieses Hauses, in der „Jungen Welt“ gesagt:

90 % unserer Arbeit muss außerparlamentarisch sein, 10 % kann in den Parlamenten stattfinden.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Richtig! – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Unglaublich! – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Die Praxis dazu haben wir gesehen: Eine Fraktion des Hessischen Landtags beteiligt sich am Rechtsbruch im Kelsterbacher Wald – nach dem Motto: „Auf die Bäume, ihr Linken!“

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das ist etwas ganz Neues!)

Meine Damen und Herren, das war der Vorgeschmack auf die Straßenkämpfe, die Frau Leidig heute angekündigt hat.

(Beifall und Zurufe von der FDP und der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben allen Anlass, diese mindestens tendenziell verfassungsfeindliche Partei intensiv weiter zu beobachten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Frau Leidig und ihre Genossen dürfen nicht darauf hoffen, dass dieser demokratische Staat wehrlos zusieht, wie sie ihre zerstörerischen Attacken auf unser rechtsstaatliches System fahren.

Diese Demokratie ist eine wehrhafte Demokratie. Wir sind aufmerksam gemäß Ovids Motto – ich zitiere es zuerst im Original: „Principiis obsta!“, auf Deutsch: „Wehret den Anfängen!“ Das ist unser Thema.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir hören es, wenn Herr Schaus von dieser Stelle aus Hinweise auf rechtsstaatliche Grundsätze im Rahmen von Verfahren der Verwaltung und Gerichte als „juristische Spitzfindigkeiten“ bezeichnet.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Das ist Ihre Auslegung!)

Er deutet damit nur an, was dahinter steckt: Der LINKEN ist der Rechtsstaat egal.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) und Axel Wintermeyer (CDU): Richtig!)

Er ist allenfalls Mittel zum Zweck. Das Ziel bleibt die Systemveränderung, also ein anderer Staat. Das ergibt sich aus den Zitaten, die ich eben gebracht habe. Das reiht sich in die kommunistischen Grundsätze ein, denen sich die Linkspartei und ihre Mitglieder verpflichtet sehen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Was sind denn kommunistische Grundsätze?)

So wäre die konsequente Umsetzung der leninschen Lehren, denen sie sich verpflichtet fühlen, der Untergang des Rechtsstaats. Danach gilt das Prinzip, dass die Diktatur des Proletariats – ich zitiere wörtlich – „eine unbeschränkte, sich auf Gewalt und nicht auf Gesetze stützende Macht“ bedeute.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wen zitieren Sie hier?)

– Lenin, Ihren geistigen Vater.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Den alten Lenin? – Janine Wissler (DIE LINKE): Eine Aktuelle Stunde zu Lenin?)

An anderer Stelle heißt es dann: „Das Gericht soll den Terror nicht beseitigen, sondern ihn prinzipiell, klar, ohne Falsch und ohne Schminke begründen und gesetzlich verankern.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist die Wahrheit, die Herr Schaus mit seinem Hinweis auf angebliche juristische Spitzfindigkeiten verschleiern will.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Janine Wissler (DIE LINKE): Wladimir Iljitsch Schaus? – Zurufe des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Die Linkspartei handelt auch heute noch nach dem Grundsatz Walter Ulbrichts, der da lautete: „Es muss alles demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand behalten.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesem Zusammenhang stehen die Äußerungen der Frau Leidig. Deshalb nutzen wir diese Aktuelle Stunde, um wachzurütteln.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr gut!)

Ich rufe Ihnen zu: Nie wieder dürfen Anhänger totalitärer Ideologien die Gelegenheit erhalten, die Grundlagen von Menschenwürde, Freiheit und Demokratie zu untergraben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wehret den Anfängen! Stoppt die Demokratiefeinde!

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Herr Kollege Greilich. Das Wort erhält jetzt Frau Schulz-Asche für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin mir nicht ganz sicher, ob die beiden Fraktionen, die heute zu diesem Thema Aktuelle Stunden beantragt haben, der Demokratie wirklich einen guten Dienst erweisen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU – Willi van Ooyen (DIE LINKE), an die CDU gewandt: Sie wollen doch den Spitzelstaat! – Gegenruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU): Was wollen wir? Unverschämtheit!)

Ich glaube nicht nur, sondern ich bin überzeugt davon, dass wir es dringend nötig haben, in einer solchen Krise politische Auseinandersetzungen zu führen und nicht mit gewollter Hysterie hier in dieser Art und Weise zu reagieren.

Aber lassen Sie mich auf den Anlass und das Thema, das Sie hier beantragt haben, eingehen.

Frau Leidig hat nicht sehr klug

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Nicht sehr klug? Das ist sehr zurückhaltend!)

geantwortet.

(Zurufe von der CDU)

– Entschuldigen Sie, seien Sie doch nicht so hysterisch. Hören Sie mir einfach einmal zu.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Wenn Sie sich ganz in Ruhe anhören, was Frau Leidig gesagt hat und was sie gemeint hat, dann sehen Sie: Sie ruft nicht zu sozialen Unruhen auf, sondern sie spricht von sozialer Unruhe.

Ich finde, auch das kann man kritisieren. Wenn man sich in Ruhe den Inhalt dieses Interviews anhört, dann merkt man, dass Frau Leidig erwartet, dass sich diese Krise zuspitzt, dass die Unzufriedenheit steigt, dass ihre eigene Partei davon profitiert und dass die Linkspartei keine Lösungen hat und keine Lösungen haben will. Meine Damen und Herren, das kritisiere ich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Aus den Kompetenzbefragungen wissen wir, dass auch die meisten Wählerinnen und Wähler das wissen: Der Linkspartei, gerade hier in Hessen, wird keine Kompetenz zugeschrieben, wenn es darum geht, soziale Probleme zu lösen.

Deswegen komme ich jetzt zum Antrag der CDU, aber nur ganz kurz, denn schon allein der Titel spricht für sich: „Rot-Rot-Grün war schlecht für Hessen“. Meine Damen und Herren, offensichtlich haben Sie in den letzten Jahren ein Problem mit der Wahrnehmung der Realität gehabt.

(Lachen bei der FDP)

Aber wenn man bedenkt, wie Roland Koch in zwei Wahlkämpfen in diesem Landtag wirklich für Unruhe in der Bevölkerung gesorgt hat, und wenn man dann sieht, dass er zweimal dafür von den Wählerinnen und Wählern eine Quittung bekommen hat,

(Axel Wintermeyer (CDU): So lenken Sie nicht von den neuen Kommunisten ab!)



dann habe ich großes Vertrauen in die Wählerinnen und Wähler in Hessen, dass sie vernünftig und sehr konkret sehen, was die Leute hier sagen, aus welchen Gründen sie es sagen, und dass sie es auch richtig bewerten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU))

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun zur FDP kommen. Es ist ja völlig eindeutig, was die FDP mit dieser Aktuellen Stunde beabsichtigt. Sie haben ja nur noch eine Chance, überhaupt in die Regierung in Berlin zu kommen, und die ist, dass Schwarz-Gelb eine deutliche Mehrheit erhält.

Meine Damen und Herren, ich muss Ihnen aber ehrlich sagen: Angesichts der Krise, die wir jetzt haben, bin ich heilfroh, dass wir im letzten Jahr keine Regierungsbeteiligung der FDP hatten – mit einem Programm, das in den letzten Jahrzehnten Marktradikalität bis zum Umfallen gefordert hat, die Auflösung der Bundesagentur, die Zerschlagung der gesetzlichen Krankenkassen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

In einer solchen Krise, die wir jetzt haben, bin ich heilfroh, dass die FDP nicht an der Regierung war. Und ich hoffe, dass es nach dem 27. September genauso sein wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe der Abg. Peter Beuth und Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Meine Damen und Herren, was ich aber noch perfider finde, ist

(Zurufe von der CDU: Schamlos!)

– lassen Sie mich ausreden, auch das gehört zur Demokratie dazu –, dass sich die selbst ernannte Bürgerrechtspartei FDP, in Person ihres Fraktionsvorsitzenden Herrn Rentsch, eben nicht auf die inhaltliche Debatte einlässt, sondern als Bürgerrechtspartei sofort fordert: stärkerer Verfassungsschutz.

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Meine Damen und Herren, auch die Meinungsäußerungen von Leuten, deren Meinungen ich überhaupt nicht teile, sind Teil der politischen Debatte. Wir haben uns damit politisch auseinandersetzen – nicht mit Ritualen, wie Sie sie immer wiederholen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Peter Beuth (CDU): Wollen Sie den Systemwechsel oder nicht? – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sagen Sie doch etwas zum Systemwechsel!)

Meine Damen und Herren, da der Kollege Rentsch vorhin gesagt hat, es sei ihm kalt über den Rücken gelaufen, sage ich Ihnen: Es gibt auch Sätze von Guido Westerwelle, wo es mir kalt über den Rücken gelaufen ist.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Systemwechsel, sagen Sie doch etwas dazu!)

– Herr Irmer, hören Sie mir zu. – Herr Westerwelle hat auf dem Parteitag der FDP im Mai 2009 den Satz gerufen:

Deutsche, befreit euch von dieser Regierung.

Da ist es mir auch kalt über den Rücken gelaufen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Hier ist schon viel von sozialer Unruhe geredet worden, und Sie werden darüber noch viel reden. Ich aber fordere Sie auf: Reden Sie über sozialen Frieden. Reden Sie über soziale Gerechtigkeit. Reden Sie über Schulsozialarbeit. Reden Sie darüber, wie wir es schaffen, dieser Gesellschaft den sozialen Frieden zu erhalten. Das ist die Aufgabe aller Demokraten, nicht dieser Popanz, den Sie hier aufführen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, wir befinden uns natürlich in schwierigen Zeiten. Wir befinden uns in einer Wirtschaftskrise, und wir alle suchen nach richtigen Lösungen, um diese Wirtschaftskrise zu überwinden und sozialen Frieden herzustellen. Diese Debatte müssen wir führen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sagen Sie jetzt etwas zum Systemwechsel, den die LINKEN wollen!)

– Herr Irmer, ich kann auch etwas zu den Blockparteien sagen. Ich rede aber gerade über sozialen Frieden, und ich möchte, dass Sie mir zuhören. Ich möchte, dass Sie hier vor anderen Meinungen Respekt haben und dass Sie sich diese anhören. Das gehört zur Demokratie. Herr Irmer, das sage ich gerade Ihnen besonders gern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir leben in einer schwierigen Zeit. Das wissen wir alle. Wir haben eine Wirtschaftskrise. Wir haben Herausforderungen, die mit der Globalisierung zu tun haben, und wir müssen alle nach Lösungen suchen, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. Deswegen glaube ich, dass wir wirklich einen neuen Gesellschaftsvertrag brauchen. Wir brauchen ein Nebeneinander von sozialer Gerechtigkeit auf der einen Seite und einer Idee von Jobs für die Zukunft, von Wirtschaften in der Zukunft auf der anderen Seite.

Meine Damen und Herren, deswegen sage ich: Mein Ziel ist der soziale Friede. Ich möchte hier über sozialen Frieden reden. Diese Gelegenheit haben Sie in dieser Debatte bisher versäumt. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Zurufe von der CDU)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Frau Kollegin Schulz-Asche. – Das Wort hat jetzt Herr Dr. Wagner für die CDU-Fraktion.

#### **Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! FDP und CDU haben empörende Äußerungen der Spitzenkandidatin der LINKEN für die Bundestagswahl zum Gegenstand dieser Aktuellen Stunde gemacht. – Meine Damen und Herren, ich finde das, was Frau Schulz-Asche hier vorgeführt hat, ein schlimmes Ablenkungsmanöver.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Verehrte Frau Schulz-Asche, ich hoffe noch immer, dass uns Demokraten – die FDP, die GRÜNEN, die CDU und

die SPD – mehr verbindet als trennt. Aber das, was Sie eben vorgeführt haben, nämlich völlig von dem abzulenken, was Gegenstand dieser Aktuellen Stunde ist, lässt mich zweifeln, ob diese meine feste Vorstellung noch immer gültig ist. Das ist es, was mich im Hinblick auf Ihren eigenen Vortrag und Auftritt wirklich empört.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herr Kollege, gestatten Sie Zwischenfragen?

**Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):**

Nein. – Frau Schulz-Asche, ich will Ihnen eines sagen: Sie hätten, wenn Sie über die FDP so empört sind, auch eine Aktuelle Stunde machen können. Stattdessen versuchen Sie mit Ihrer Ablenkung, sich über die FDP zu unterhalten, statt über die verfassungswidrigen Auftritte der Linkspartei. Das nährt in mir den Verdacht – das ist auch Gegenstand unserer Vermutung und unserer Aktuellen Stunde –, dass Sie in Wirklichkeit schon längst auf dem Wege sind, mit dieser Linkspartei gemeinsame Sache zu machen, in Form von Koalitionen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich füge deshalb hinzu: Es ist wirklich beunruhigend, dass SPD und GRÜNE mittlerweile nicht nur in Hessen ganz offen, wie Sie es eben getan haben, mit der Nachfolgeorganisation der SED, der Linkspartei, zusammenarbeiten wollen, wie Sie es auch im letzten Jahr taten.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD: Sie haben SPD gesagt!)

Meine Damen und Herren, natürlich ist DIE LINKE eine Nachfolgepartei der SED.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie haben aber SPD gesagt!)

– Ich habe SED gesagt. Darüber streite ich mich mit Ihnen nicht, wenn es bei Ihnen phonetisch so angekommen ist. Ich habe SED gesagt und gemeint.

Inzwischen streben SPD und GRÜNE in westdeutschen Bundesländern unverhohlen eine Koalition mit den Neokommunisten an.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ach ja?)

Das ist der Gegenstand unserer Aktuellen Stunde. Das muss der Öffentlichkeit klar und deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es sind nicht nur Landespolitiker, die Gefallen an Bündnissen mit der Linkspartei finden. Auch die beiden Spitzenfiguren der Bundes-SPD, Müntefering und Steinmeier, setzen sich inzwischen sehr deutlich für Koalitionen mit der Linkspartei auf Landesebene ein. Müntefering befürwortet rot-rote Bündnisse im Saarland und in Thüringen mit den Worten: „Das macht mir keine Angst“. Das hätte auch Frau Schulz-Asche sagen können. Durch die Kooperation mit den LINKEN – so Müntefering – könne machtpolitisch ein Zeichen gesetzt werden. Müntefering sagt zum Thema Rot-Rot, mehr sozialdemokratische Ministerpräsidenten zu stellen, würde mehr helfen als schaden. Der Kanzlerkandidat der SPD, Herr Stein-

meier, erteilt rot-roten Koalitionen seit einiger Zeit demonstrativ einen Freibrief.

Meine Damen und Herren, ich werde nicht müde, darauf hinzuweisen, worauf sich die SPD hier einlässt. Ich finde, der Vorredner, der Vertreter der FDP, hat sehr klar und deutlich gesagt, wofür es bei der Linkspartei geht. – Sie wollen es aber nicht hören. Entweder wollen Sie es aus reiner Machtpolitik ignorieren, oder Sie sind inhaltlich bereits so nahe bei den LINKEN, dass Sie gar nicht mehr merken, wie Sie sich selbst – und damit auch unsere Demokratie – gefährden, meine Damen und Herren von der SPD.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Über die Hälfte der Mitglieder der SED-Nachfolgepartei gehörte schon zu DDR-Zeiten der SED an. In der Bundestagsfraktion sind es immerhin noch 30 %. Parteichef Lothar Bisky und Fraktionschef Gysi sind sogar schon seit Ulbrichts Zeiten dabei.

(Axel Wintermeyer (CDU): So ist es!)

Meine Damen und Herren, ich habe nicht das Gefühl, dass sie sich seitdem verändert oder Selbstkritik geübt hätten, wie es in diesem System üblich war. Organisatorisch wurde die SED nie aufgelöst, sondern lediglich viermal umbenannt. In den westdeutschen Landesverbänden tummeln sich Altlinke, Sektierer, Trotzlisten und Ex-DKP-Leute. Personell, organisatorisch und auch finanziell hat die Linkspartei das Erbe von Honecker angetreten. Das hören wir immer wieder aufs Neue.

Meine Damen und Herren, dass die LINKEN nach wie vor verfassungsfeindliche Ziele verfolgen, belegt ihr Verhalten in Hessen permanent. Ich hätte jetzt seitenlang Frau Wissler zitieren können, ihre Beiträge hier im Landtag;

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

ich erspare mir dies, weil es bereits häufig genug dokumentiert worden ist.

Frau Sabine Leidig hat ein neues Beispiel dafür gebracht, wo sie inzwischen im Hinblick auf ihr Verhältnis zu unserer Demokratie und unserer Verfassung angelangt sind.

Meine Damen und Herren, wer wie SPD und GRÜNE mit solchen Kräften zusammenarbeiten will, trägt zur Aushöhlung unserer Demokratie bei.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, inzwischen habe ich längst den Eindruck, dass Sie wissen, was Sie tun. Eigentlich müssten jetzt alle demokratischen Parteien klarstellen, ob sie zu einer Zusammenarbeit mit Frau Leidig bereit sind oder nicht. Ich will in dem Zusammenhang – ich habe das bereits vor einem Jahr getan – noch einmal ein sehr bedenkenswertes Zitat aus dem Munde der früheren sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Dr. Everts vortragen.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Dr. Everts sagte Folgendes:

Ungeachtet pragmatischer Anpassungsbemühungen weist die PDS in ihrem Programm deutlich auf den Übergangscharakter der Anerkennung des Rechtsstaats der pluralistischen Demokratie und des Marktes hin. Hierbei setzt die PDS auf eine Doppelstrategie, bei der man sowohl Druck von au-

ben auf die Parlamente ausübt, wie die eigene Präsenz in den Entscheidungsgremien erhöht.

Das ist ihr aktueller Ansatz, sich mit unserer rechtsstaatlichen Demokratie auseinanderzusetzen.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, all dies zeigt: Eine demokratische Wahl macht DIE LINKE noch nicht zu einer demokratischen Partei. Das schreibe ich insbesondere der SPD ins Stammbuch.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

DIE LINKE hat eindeutig verfassungsfeindliche Ziele. Demokratie – auch das sage ich SPD und GRÜNEN ins Stammbuch – wird nicht nur von rechts bekämpft, sondern auch von links.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich bitte Sie, dass Sie endlich ein Ende damit machen, dass Sie auf dem linken Auge blind sind.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Meine Damen und Herren, mit dieser Partei will die SPD auf Landesebene zusammenarbeiten. Auf Bundesebene soll eine Zusammenarbeit aber ausgeschlossen sein – auf Landesebene ja, auf Bundesebene nein?

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Ich glaube, dass Ihnen in der Öffentlichkeit keiner mehr diesen Betrug abnimmt. Steinmeier und Müntefering täuschen darüber hinweg, dass Landesregierungen auch Bundespolitik betreiben, über den Bundesrat. Im Bundesrat findet Bundespolitik statt, offenbar mit Ihrer Zustimmung, weil Sie auf Landesebene mit den Kommunisten gemeinsame Sache machen wollen.

(Zurufe der Abg. Jürgen Frömmrich und Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herr Dr. Wagner.

#### **Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):**

Ein weiteres Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit: Die Sozialdemokraten wollten ihre sozialdemokratische Bundespräsidentenkandidatin mithilfe der Kommunisten wählen. Sie haben aktiv um deren Stimmen geworben.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Ich sage Ihnen: Wer einen Bundespräsidenten mithilfe der Linkspartei wählt, wählt zum Schluss auch einen Bundeskanzler mithilfe der Linkspartei.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herr Dr. Wagner, Sie müssen zum Ende kommen.

#### **Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):**

Ich komme zum Ende. – Meine Damen und Herren, ich stelle zusammenfassend fest: Hier bahnt sich ein erneuter

riesiger Wählerbetrug an. Die SPD ist auf demselben Weg wie Frau Ypsilanti vor einem Jahr.

(Zuruf der Abg. Heike Habermann (SPD))

In der Öffentlichkeit zu behaupten, auf Bundesebene mit den Kommunisten nein, auf Landesebene ja: Nach der Bundestagswahl werden Sie genauso wie Frau Ypsilanti mit Herrn Steinmeier an der Spitze das Gegenteil von dem tun, was Sie den Wählern vorher gesagt haben. Meine Damen und Herren, diesen Wählerbetrug lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Wir rufen deshalb die Öffentlichkeit auf, wachsam zu bleiben, auch gegenüber den Feinden der Demokratie, zu denen eindeutig die Linkspartei gehört.

(Zuruf der Abg. Heike Habermann (SPD))

Letzter Satz. Ich finde es wirklich deprimierend, dass SPD und GRÜNE hier einen Weg gehen, der zum Schluss auch die Fundamente unseres demokratischen Systems infrage stellt.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Vielen Dank, Herr Kollege Wagner. – Das Wort hat jetzt der Kollege Roth für die SPD-Fraktion.

#### **Ernst-Ewald Roth (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben heute den einen oder anderen Ausflug in die Geschichte gehört. Darum stelle ich zu Beginn eine der ältesten Fragen der Menschheitsgeschichte. Die Frage heißt: Warum? – Die Frage nach dem Warum hat bis heute nicht ausgedient, auch bis in diese Stunde hinein nicht. Warum diese Aktuelle Stunde?

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wenn Sie es immer noch nicht begriffen haben, tut es mir leid! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 27.!)

Seien wir ehrlich – das war heute Morgen an verschiedenen Stellen schon zu hören –: Es geht nicht wirklich um die Frage, ob die Linkspartei ein sozialer Brandstifter ist. Oder geht es darum, Demokratiefeinde zu entlarven?

(Judith Lannert (CDU): Genau! – Wolfgang Greilich (FDP): Das wissen wir doch schon!)

Genauso wenig geht es Ihnen darum – das müssen Sie sich dann auch gefallen lassen –, zu zeigen, dass ein rot-rot-grünes Bündnis schlecht für Hessen war. Wo gab es das denn in Hessen? Das gab es nicht. Von daher ist schon die Überschrift falsch.

(Wolfgang Greilich (FDP): Auch das ist richtig! – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Aber es war von Anfang an gewollt! – Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU))

Dass es schlecht für Deutschland wäre, das soll im Bundestagswahlkampf geklärt werden. Dazu haben wir uns positioniert und deutlich gesagt, wie wir damit umgehen.



(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU) – Wolfgang Greilich (FDP): Herr Kollege, habe ich Sie nicht voriges Jahr auch hier gesehen?)

– Richtig. – Nicht nur, dass die Aussagen der SPD im Bund zu dieser Frage eindeutig sind.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie haben dafür gestimmt! – Hugo Klein (Freigericht) (CDU): Das haben Sie in Hessen doch auch eindeutig gesagt!)

Ich sage Ihnen das, was in dieser Partei gilt.

(Zurufe von der CDU: Oh! – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Frau Ypsilanti! – Peter Beuth (CDU): Die hessischen Sozialdemokraten sind besonders glaubhaft!)

– Herr Wagner, wir reden über die Bundestagswahl. Die Rede, die Sie eben gehalten haben, war schon einmal im Bundestag zu hören, zu einem anderen Zeitpunkt, mit dem gleichen Tenor. Redner war ebenfalls ein hessischer CDU-Politiker. Er hieß Alfred Dregger. Es ging damals um niemand anderen als um Heidemarie Wiczorek-Zeul.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Weil ich mich in dieser Frage nicht in eine ganz bestimmte Richtung festlegen lasse,

(Peter Beuth (CDU): Sagt niemals nie!)

habe ich mir das Interview noch einmal angesehen bzw. angehört. Im Gegensatz zu den Begriffen, die eben hier genannt worden sind, habe ich dort wörtlich gelesen: „Man muss sich soziale Unruhen nicht als Straßenkampf vorstellen“.

(Wolfgang Greilich (FDP): Man muss nicht, man darf schon!)

– Nein. Das ist das Originalzitat. Ich will über dieses Zitat reden und nicht über das, was man an einzelnen Begriffen dranhängen kann.

(Judith Lannert (CDU): Das ist eine Predigt! – Gegenruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das schadet dem Haus auch nicht, ehrlich gesagt! – Judith Lannert (CDU): Dass man nicht lügen soll, lernt man da! – Gegenruf des Abg. Lothar Quanz (SPD): Verleugnet nicht euer Ziel!)

– Das kann gut sein. Sie auf dieser Seite des Hauses sollen wissen, dass ich kein Anwalt der LINKEN bin, wie das auch die SPD-Fraktion in diesem Hause nicht ist. Sie sollen auch wissen, dass man soziale Unruhen nicht herbeireden kann, auch DIE LINKE nicht.

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Aber wir Politikerinnen und Politiker haben es in der Hand, den Menschen den Glauben an die Demokratie zurückzugeben.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Dann fangen Sie einmal an!)

– Ich bin dabei. Wenn Sie ruhig sind, kann ich weitermachen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wenn ich die gesellschaftliche Situation wahrnehme, dann stelle ich fest, dass wir in der Gesellschaft einen Riss haben. Ich nenne ein Beispiel, das Sie kennen. Es wird immer wieder genannt; aber es beschreibt zutreffend das Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen: auf der einen Seite die Frau mit dem Pfandbon und auf der anderen Seite hohe Boni. Dazwischen sagen die Menschen: Das ist nicht gerecht.

Um die Frage geht es, wenn es um diesen Sozialstaat geht. Wir müssen uns dieses Vertrauen zurückgewinnen durch eine vernünftige Arbeitsmarktpolitik, durch eine vernünftige Bildungspolitik, die deutlich macht, dass Menschen die Chance haben, einen Zugang zur Bildung zu haben,

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe der Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) und Peter Beuth (CDU))

durch eine vernünftige Integrationspolitik und auch durch eine vernünftige Steuerpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Gemeinsam mit der Linkspartei! – Peter Beuth (CDU): Warum sprechen Sie nicht zum Thema?)

Gute Sozialpolitik ist die Voraussetzung dafür. – Ich rede zum Thema.

(Peter Beuth (CDU): Nein!)

Sie reden von der sozialen Unruhe, und ich beschreibe sie Ihnen, und wie man da herauskommt.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) – Peter Beuth (CDU): Warum?)

Die Frage, wie man soziale Unruhen in diesem Land vermeidet, hat drei Antworten: Handlungsfähigkeit der Politik zeigen,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): SPD mit der LINKEN!)

Vertrauen schaffen und Zuversicht geben. Zur Schaffung von Vertrauen aber, Herr Beuth, ist eine Wortwahl wie „hässliche Fratze“, Herr Blum, wie „geistige Brandstifter“, Herr Wintermeyer, wie „Hetze“, und Herr Beuth noch einmal, „Demokratiefeind“ nicht geeignet.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Da greife ich Herrn Wagner gern auf, der zu Beginn seiner Rede gefragt hat: Wo ist das Verbindende, wo haben wir Gemeinsamkeiten? – Wenn wir das entdecken und das betonen, werden wir Vertrauen in die Demokratie zurückgewinnen.

(Zuruf von der CDU: Aber wir haben nichts Gemeinsames mit den LINKEN! – Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU))

Soziale Unruhen und soziale Proteste, die aus meiner Sicht an dieser Stelle wohl gemeint waren, sind schon von der Wertigkeit ein himmelweiter Unterschied.

Zurück zur Frage des Warum.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Gerade wird die Linkspartei sozialdemokratisch interpretiert!)

Machen wir uns nichts vor: Hintergrund dieser Debatte ist, dass am 27. September Bundestagswahlen stattfinden.

Wir aus dieser Fraktion – und das ist Ihnen, so glaube ich, deutlich geworden – werden uns jedenfalls an dieser Schaufensterdebatte nicht beteiligen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Lachen bei der CDU)

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Herr Kollege Roth. – Für die Fraktion der LINKEN hat Herr Wilken das Wort.

**Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die leeren Reihen auf Ihrer Seite zeigen mir, wie ernst Sie es eigentlich mit diesem Antrag meinen.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Ich bin Frau Schulz-Asche sehr dankbar, dass sie den Zusammenhang von sozialer Unruhe und sozialem Frieden hier bereits angesprochen hat. Ich bin Ihnen sehr dankbar – man müsste einmal nachlesen, ob so etwas überhaupt schon einmal vorgekommen ist –, dass eine Kollegin, die bisher keinem Parlament angehört, auf Ihren Antrag hin bereits im Parlament debattiert wird. Das können wir einmal nachlesen. Darum geht es aber, wie wir festgestellt haben, auch gar nicht, sondern es geht darum, dass Sie mehr oder weniger aufgeregt davon abzulenken versuchen, wer für die Zustände in diesem Land verantwortlich ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Schuld an der Armut in unserem Land sind die Parteien, die mit der Agenda 2010, dem Abschied aus der paritätischen Sozialversicherung, einer verfehlten Gesundheitsreform, den Rentenkürzungen unter anderem durch die Rente erst ab 67 und den Hartz-Gesetzen unser Sozialsystem zerstört haben. Schuld an der Unruhe in den Betrieben sind die Parteien, die den gesetzlichen Mindestlohn verweigern, die Leiharbeit ausgeweitet haben und durch den Mindestlohnsektor enormen Druck auf Gewerkschaften und Betriebsräte ausüben.

(Zuruf von der CDU: Was ein Quatsch!)

Schuld am Krieg – nicht nur in Afghanistan – sind die Parteien, die diese Einsätze beschlossen haben. Diejenigen, die diese Politik zu Recht und im Sinne der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung kritisieren, nun dafür verantwortlich zu machen, ist schäbig und höhnisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Auf den Stil Ihrer Mitteilungen und Anträge ist schon eingegangen worden.

(Peter Beuth (CDU): In Stilfragen brauchen wir uns von Ihnen nicht beraten zu lassen!)

Es ist vor allem der Stil, wie Sie in Pressemitteilungen und Reden mit dem tiefen Griff in die Mottenkiste des heißen und Kalten Krieges von Fratzen reden. Das beleidigt alle engagierten Menschen in diesem Land.

(Beifall bei der LINKEN – Lachen bei der CDU)

Sie beleidigen die Aktiven in kirchlichen Sozialinitiativen. Sie beleidigen die Pfarrer, die sich vor Ort gegen Armut, für Flüchtlinge und gegen Abschiebungen engagieren. Sie beleidigen die Gewerkschafter und Betriebsräte, die sich

für die Verbesserung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen engagieren und dafür streiken.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der CDU: So ein Unsinn!)

An anderer Stelle halten Sie immer die Tarifautonomie hoch. Die Gewerkschaften sagen selber: Tarif gibt es nur aktiv. – Diesmal war es die NGG.

Sie beleidigen die Friedensaktivisten, die sich an den Grundsatz halten: „Von Deutschland darf nie wieder Krieg ausgehen“. Sie nennen es nicht Krieg, weil Sie ansonsten unter die Strafandrohung des Grundgesetzes fallen würden, das die Vorbereitung eines Angriffskriegs unter schwere Strafe stellt.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der CDU: Das ist doch nicht zu fassen, was Sie da erzählen!)

– Fassen Sie sich einmal, und hören Sie weiter zu.

Im Namen all dieser engagierten Menschen in diesem Land erwarte ich von Ihnen eine Entschuldigung.

(Beifall bei der LINKEN – Lachen bei der CDU – Zuruf von der CDU: Das ist ja abenteuerlich!)

Nun kommen wir zur Antwort der FDP auf diese Probleme. Die Antwort der FDP ist die Forderung nach einer verstärkten staatlichen Überwachung der LINKEN.

(Zuruf von der FDP: Ja! – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Es gibt Anlass dazu!)

Das ist schon ein eigenartiges Demokratieverständnis, wenn Regierungsfractionen eine verstärkte geheimdienstliche Überwachung der Opposition fordern.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Damit haben Sie ja in der DDR Erfahrungen gemacht!)

Wenn gerade die FDP den politischen Dialog zwischen Regierung und Opposition durch Repression und Überwachung der LINKEN-Opposition ersetzen will, dann frage ich mich, was diese hessische FDP eigentlich noch mit den großen liberalen Männern und Frauen zu tun hat, die sich für Freiheits- und Bürgerrechte eingesetzt haben – Thomas Dehler, Karl-Hermann Flach, Hildegard Hamm-Brücher, Gerhard Baum. Sagen Ihnen diese Namen noch etwas?

(Leif Blum (FDP): Klären Sie doch erst einmal Ihre Tradition! – Zuruf von der CDU: Machen Sie sich einmal Gedanken, warum Sie überwacht werden sollen!)

Sie müssen sich schon entscheiden, ob Sie in dieser Tradition stehen oder ob Sie den deutschen Haider spielen wollen.

Die marktradikale Ideologie und die sich daraus ergebende menschenverachtende Ausbeutungspraxis haben in ihren Auswirkungen die Welt in die noch nicht übersehbare Finanz- und Wirtschaftskrise geführt.

(Zuruf von der CDU: Eieiei!)

Die FDP hält an dieser Ideologie fest. Dagegen erheben sich immer mehr Menschen – bei uns und in der ganzen Welt. Sehr geehrte Herren von der FDP, Sie nehmen dazu Ihr Recht in Anspruch, nämlich Ihr Recht auf Versammlungsfreiheit, Ihr Recht auf Demonstrationsfreiheit – das ist selbstverständlich auch das Recht des Ministerpräsidenten, in Biblis auf der Straße zu demonstrieren – und Ihr Recht auf Meinungsfreiheit. Diese Freiheitsrechte sind Kernelemente einer freiheitlich-demokratischen

Grundordnung. Sie waren bereits in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948 enthalten und sind ein Bestandteil der Europäischen Menschenrechtskonvention.

(Leif Blum (FDP): Sie geben doch auch sonst nichts auf diese Beschlüsse!)

DIE LINKE wird allen Versuchen, diese Freiheitsrechte durch Überwachung und Repression einzuschränken, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

(Beifall bei der LINKEN)

Die diesbezüglichen verfassungsfeindlichen Äußerungen aus den Regierungsfractionen weisen wir zurück.

(Lachen bei der FDP)

Ich zitiere Herrn Greilich: „Wehret den Anfängen!“

(Beifall bei der LINKEN – Widerspruch bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Innenminister.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man muss einmal überlegen, ob man das, was der Sprecher der LINKEN, Herr Dr. Wilken, eben hier vorgetragen hat, als besonders mutig, kühn, vielleicht auch frech, jedenfalls aber als beeindruckend bewerten muss. Herr Dr. Wilken, ich will Ihnen vorneweg einmal sagen: Sie machen hier den Eindruck, als wären Sie so eine Art politische Robin-Hood-Truppe für alle Menschen, die in unserem Land glauben, dass es ihnen nicht angemessen geht. Das ist eine ernsthafte Debatte. Aber eines will ich zur Trennung einmal deutlich sagen, damit klar ist, worüber wir hier reden. Nirgends waren Menschen ärmer, nirgends haben Menschen in Deutschland mehr gelitten, und nirgends waren sie rechtloser als dort, wo Ihre Partei regiert hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Man kann sich die Geschichte nicht zurechtschreiben. Wenn Sie, Herr van Ooyen, als Fraktionsvorsitzender der LINKEN – –

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Innenminister, da war noch etwas davor! – Anhaltende Zurufe von der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will das in aller Ruhe vortragen, damit es jeder noch einmal hört. Die Fraktion der LINKEN ist identisch mit der viermal umgetauften SED.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie ist die Rechtsnachfolgerin, und das hat bisher noch niemand bestritten. Wenn das falsch ist, kommen Sie her, sagen Sie, dass es falsch ist, und begründen es auch.

(Zurufe von der LINKEN)

Aus der SED ist die PDS geworden. Aus der PDS ist die DIE LINKE.PDS geworden. Dann ist es DIE LINKE geworden. Es war immer die gleiche Partei.

(Günter Rudolph (SPD): Können Sie mal von den Blockflöten reden? – Lebhaftige Zurufe von der LINKEN)

– Ich weiß nicht, warum Sie sich aufregen. Sie sind doch sonst auch so stolz auf diese Tradition.

Ein Großteil der politischen Verantwortungsträger z. B. im Deutschen Bundestag hat genau diese Tradition mitgemacht. Herr Kollege Dr. Wagner hat darauf hingewiesen, herausragende Persönlichkeiten wie Herr Gysi oder Prof. Bisky haben genau diese Metamorphose mitgemacht. Das werfe ich den Beteiligten nicht vor, das ist ihre persönliche Entscheidung.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Worüber reden wir hier?)

Aber wer sich hierhin stellt – wenn Sie richtig zugehört hätten, hätten Sie gemerkt, dass es rot-grüne Gesetze waren, die er kritisiert hat – und versucht, eine Unruhe in der Bevölkerung herbeizureden und die Trennung zwischen dem, was in parlamentarischen Demokratien geht und was nach meiner Überzeugung nicht geht, dadurch aufzuheben, indem er den etablierten Parteien vorwirft, sie seien sozusagen schuld an den Verhältnissen, und dann noch einen draufsetzt und sich selbst als die einzigen Lordsiegelbewahrer sozialer Gerechtigkeit darstellt,

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Dieses Image haben Sie verloren!)

der muss ertragen, dass er im Hessischen Landtag gesagt bekommt, und ich wiederhole das: Dort, wo diejenigen in der DDR Verantwortung getragen haben, waren die Menschen arm, sie haben gelitten und waren weitgehend rechtlos. – Das bleibt auch so.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Hermann Schaus (DIE LINKE): Was ist das jetzt für eine Aussage, Herr Minister?)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herr Innenminister, gestatten Sie Zwischenfragen?

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Nein. – Meine Damen, meine Herren, die parlamentarische Demokratie zeichnet sich dadurch aus, dass sie auch Extreme ausdrücklich ertragen muss. Es zeichnet die parlamentarische Demokratie aus, dass es ausschließlich in diesem System möglich ist, zu sagen, man wolle das System abschaffen. Das zeichnet uns aus gegenüber 90 % aller anderen Länder auf der Welt. Aber dies bedeutet nicht, dass wir im Parlament, wo die politische Aussprache, die Meinungsbildung stattfindet, nicht darüber reden sollten, wie wir aus dem jeweiligen Blickwinkel das politische Verhalten von Repräsentanten dieser oder jener Partei beurteilen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist legitim!)

Wenn das so ist, dann hat Herr Dr. Wagner doch eigentlich recht: Demokraten müsste im Kern immer mehr verbinden, als sie trennt,

(Beifall bei der CDU und der FDP)

jedenfalls dort, wo es um die Grundlagen dieses Staates geht. Eine Demokratie kann Extreme ertragen. Gefährlich wird es immer dann, wenn Demokraten sich mit Ex-



tremen zusammentun, um vermeintliche Mehrheiten zu erzielen. Genau das ist der Grund, warum diese Debatte geführt wird.

Frau Kollegin Schulz-Asche, ich habe Ihre Rede sehr aufmerksam verfolgt. Sie haben aus meiner Sicht eine Chance vertan, auch als Landesvorsitzende der GRÜNEN. Sie haben gesagt – ich hoffe, ich habe es richtig mitgeschrieben –: Wir müssen danach suchen, was diese Gesellschaft zusammenhält. – Ja, aber eines muss doch auch klar sein: Straßenkampf kann es nicht sein. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie das deutlich sagen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist das für ein Gegensatz? Wer hat das behauptet?)

Wenn es um so etwas geht, was Frau Leidig, die immerhin Spitzenkandidatin der LINKEN in Hessen ist, geäußert hat, dann ist es nicht nur legitim, sondern aus meiner Sicht auch notwendig, dass wir im politischen Meinungskampf unter Demokraten und in der Abgrenzung zu denen, von denen wir glauben, dass sie die Grenzen dessen, was geht, überschritten haben, darüber sprechen, wo diese Gemeinsamkeit der Demokraten ist und wo nicht. Ich hätte erwartet, dass neben all den Ausführungen, die man zur Frage machen kann, wie wir den Sozialstaat entwickeln können, irgendein Satz von Ihnen gekommen wäre, mit dem Sie sagen: Passt auf, das geht mit uns nicht. – Das habe ich vermisst.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Nun liegt es in der Tradition Ihres Verhaltens auch des vergangenen Jahres – ich habe Herrn Al-Wazir mehrfach gehört und gelesen, und ich hoffe, ich zitiere Sie richtig. Sie haben gesagt: Wir haben in der Zusammenarbeit mit den LINKEN kein Problem. – Das ist mehrfach nachzulesen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt nicht! Aber wenn es Sie glücklich macht!)

– Okay, dann können Sie es vielleicht darlegen. Es macht mich aber überhaupt nicht glücklich.

Wenn ich ins Saarland schaue, wenn ich nach Thüringen schaue, wenn ich in andere Bereiche unseres Landes schaue, dann höre ich nichts von den Repräsentanten von Bündnis 90.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Genau!)

Bündnis 90 waren diejenigen, die neben den anderen Bürgerbewegungen am meisten dafür gekämpft haben, dass genau diese Partei nicht mehr die alleinige Verantwortung trägt.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Genau so ist es! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese Partei und die Blockparteien!)

– Herr Al-Wazir, wir können gerne darüber sprechen. Ich bin auch weit davon entfernt, zu sagen, die einen sind nur gut, und die anderen sind nur schlecht. Das ist nicht mein Thema.

Frau Schulz-Asche, ich insistiere aber darauf: Warum haben Sie nicht einen Satz gesagt, wo die Grenze verläuft zwischen dem, wofür Sie stehen, und dem, wofür ganz offensichtlich diese Fraktion steht?

(Beifall bei der CDU und der FDP – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das können Sie nachlesen!

Dafür gibt es Parteiprogramme! – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Ich möchte gerne im Zusammenhang vortragen. Ich bitte um Nachsicht; Sie können sich ja melden. – Solange Sie dies nicht tun, müssen Sie zumindest hinnehmen, dass im politischen Diskurs die Frage erörtert wird, ob Sie vielleicht doch um des politischen Mehrheitserringens und damit des Machterringens bereit sind, sich mit Menschen und politischen Gruppierungen zusammenzutun, die nach Überzeugung der Landesregierung in erheblichen Maße Zweifel an ihrer Verfassungstreue auslösen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Was ist mit den Koalitionen der CDU in Ostdeutschland? – Günter Rudolph (SPD): Sie koalieren in ostdeutschen Kommunen doch auch!)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herr Innenminister, ich weise Sie darauf hin, dass Sie die Redezeit der Fraktionen erreicht haben.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, ich will das zum Ende bringen. – Herr Kollege Rudolph,

(Günter Rudolph (SPD): Der Wahrheit die Ehre!)

Ihr Kollege Roth hat in das Zentrum seiner Ausführungen die Frage nach dem Warum gestellt.

(Günter Rudolph (SPD): Es war eine gute Rede! – Gegenruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU): Aber sehr scheinheilig!)

– Die Rede will ich nicht bewerten. Es steht mir nicht zu, zu bewerten, ob sie gut oder schlecht war.

(Günter Rudolph (SPD): Sie sind doch sonst auch nicht so zimperlich!)

Ich will meinen Eindruck wiedergeben. Herr Kollege Roth, das Warum ist relativ deutlich geworden. Ja, wir befinden uns vor den Bundestagswahlen. Ich halte es nicht nur für legitim. Wir haben in diesen drei Tagen vieles gehört, was einen Bezug zur Bundestagswahl hat. Das halte ich für in Ordnung. Aber ich sage auch Ihnen: Ich hätte mich gefreut, wenn Sie neben Ihren allgemeinen Ausführungen auch klar einen Strich gezogen hätten, was mit Ihnen geht und was mit Ihnen nicht geht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich habe es mitgeschrieben. Das Zitat von Frau Leidig soll heißen: „Man muss sich soziale Unruhen nicht als Straßenkampf vorstellen“. Das ist die klassische Dialektik, die wir insbesondere bei den Kommunisten kennen, nach dem Motto: Man muss nicht, aber man kann. – Genau da ist das Problem.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Ich hätte von Ihnen erwartet, dass Sie diesen Strich deutlich gezogen hätten. Lieber Herr Roth, das müssen Sie jetzt einfach hinnehmen.

Sie haben auch gefragt: Wo gab es Rot-Rot-Grün in Hessen? – Wissen Sie, warum es das nicht gibt? Weil vier Kollegen dieser Fraktion der Sozialdemokraten in offener Front gesagt haben: Wir machen nicht mit, wir halten uns

an das, was wir vorher gesagt haben, und machen es auch nachher so. – Ansonsten säße jetzt Rot-Rot-Grün hier.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Der Präsident hat zur Zeit gemahnt, deshalb will ich das zusammenfassen, auch als Verantwortlicher für den Verfassungsschutz. Ich sage sehr deutlich: Nach meiner Überzeugung sind Teile der Partei DIE LINKE, jedenfalls bislang, nicht in unserer Demokratie angekommen. Sie besorgen mich und auch die zuständigen Dienststellen hinsichtlich ihrer uneingeschränkten Verfassungstreue. Solange das so ist, ist es richtig, dass wir den politischen Diskurs führen. In einer wehrhaften Demokratie ist es auch richtig, dass die dazu berufenen und vom Parlament kontrollierten Behörden im Sinne einer wehrhaften Demokratie schauen, was sich dort entwickelt. Das ist keine Bespitzelung, sondern das ist die Erfahrung und die Frucht aus der schlimmsten Diktatur, aus dem tiefsten Elend, das Deutschland je erlebt hat.

Die Verfassungsväter und -mütter haben uns folgenden Auftrag gegeben: Achtet auf die Anfänge, redet darüber, stellt sie auf die Rostra des Parlaments, und lasst sie nicht im Dunkeln wirken, um – sozusagen im Gewande der Demokraten – die Demokratie zu beschädigen und, wie Sie immer sagen, dieses System zu überwinden. – Wer das tun will, der darf das in unserem System sagen, aber wir sind nicht berechtigt, die Augen zuzumachen und wegen eines vermeintlichen Mehrheitswillens oder einer Entwicklung zu einer Mehrheit hin die Gemeinschaft der Demokraten zu spalten. Herr Dr. Wagner hat recht: Wir können über vieles streiten, aber am Kern dürfen wir uns nicht auseinanderdividieren lassen. Wir müssen eindeutig zu dieser Verfassung stehen und Einigkeit demonstrieren. Wer dies nicht tut, der erlaubt Zweifel an seiner Haltung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Herr Innenminister. – Damit sind die beiden Aktuellen Stunden abgehandelt.

Wir kommen damit zu **Tagesordnungspunkt 65:**

#### **Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend eine Aktuelle Stunde (Hessen setzt sich für friedliche Konfliktlösung ein – keine Kriegsübungen auf dem Truppenübungsplatz Wildflecken – Drucks. 18/1099 –**

Das Wort hat Herr van Ooyen.

#### **Willi van Ooyen (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Ich muss angesichts der aktuellen Situation auf den Luftangriff der NATO-Truppen auf die von Taliban entführten Tanklastwagen eingehen. Dabei sind am 4. September in Nordafghanistan Dutzende Menschen getötet worden. Der deutsche Kommandeur, der den Angriffsbefehl gab, bedauert das Massaker. Verteidigungsminister Franz Josef Strauß

(Heiterkeit bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Volker Hoff (CDU): Wie lange haben Sie an dem Versprecher gearbeitet? Steht der auch in Ihrem Manuskript?

– nein, er heißt ja Franz Josef Jung – sagt nach wie vor, es seien nur Terroristen getötet worden, Zivilpersonen seien wahrscheinlich nicht zu Schaden gekommen. Es handle sich möglicherweise um ein Versehen. Das glaubt außer ihm aber keiner. Selbst der oberste NATO-Kommandeur in Afghanistan, US-General Stanley McChrystal, der sich vor Ort erkundigte und noch immer vor Ort ist, sprach davon, dass es zivile Opfer gegeben habe. Der afghanische Präsident Karsai sprach von über 90 Toten und Verletzten.

Dieser neuerliche Zwischenfall belegt aufs Neue, dass es sich in Afghanistan nicht etwa um einen Stabilisierungseinsatz, sondern um einen veritablen Krieg handelt, einen Krieg, der immer härter und grausamer geführt wird und in dem zivile Opfer an der Tagesordnung sind. Jahrelang haben uns die Politiker der Regierungskoalition einzureden versucht, im Norden Afghanistans, wo die Bundeswehr Aufbauarbeit leiste, sei die Lage ruhig, gekämpft werde nur im Süden und im Osten des Landes. Auch diese Lüge ist längst an der rauen Wirklichkeit zerplatzt.

(Beifall bei der LINKEN)

Es wird Zeit, dass der zuständige Minister seinen Hut nimmt.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Zweite Weltkrieg, an dessen Beginn vor 70 Jahren am 1. September von vielen Friedensinitiativen und Gewerkschaften erinnert wurde, dauerte weniger als sechs Jahre. Der Krieg des Westens in Afghanistan geht im Oktober ins neunte Jahr. An diesem ungleichen Krieg sind insgesamt 40 Staaten mit Soldaten und modernstem militärischem Gerät beteiligt. Weder konnten sie den Gegner in die Knie zwingen, noch konnten sie sichtbare Erfolge im Kampf gegen die Kriegsökonomie, beispielsweise den Drogenanbau, erzielen, von wirtschaftlichem Aufbau in scheinbar ruhigen Zonen ganz zu schweigen.

Bedenkt man, dass dem jetzigen Krieg ein 20-jähriger Krieg gegen die Sowjetunion mit anschließendem Bürgerkrieg voranging – man muss dazu sagen, dass in dieser Phase die Taliban durch die USA aufgerüstet wurden –, dann kann man ermessen, wie sehr die Bevölkerung des Landes zu leiden hatte und zu leiden hat.

Verteidigungsminister Jung und die Bundesregierung sollten sich nicht weiter in die Tasche lügen. Es wird keinen zivilen Aufbau geben, solange das Militär in Afghanistan bleibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Humanitäre Hilfsorganisationen wie Caritas, Welthungerhilfe, medico, Kinderhilfe Afghanistan und andere klagen seit Jahren darüber, dass die Verquickung von ziviler Hilfe und militärischem Schutz die zivile Hilfe verunmöglicht. Der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen, VENRO, kritisiert schon länger, dass sich die humanitäre Hilfe in den Windschatten militärischer Intervention einzuordnen hat. Der Verband fordert eine strikte Trennung von militärischen Aktionen und humanitärer Hilfe. Auch der Vorsitzende der Welthungerhilfe nannte vor einigen Tagen die zivil-militärische Zusammenarbeit einen Sündenfall und forderte deren strikte Trennung. Wenn es aber richtig ist, dass zivile Hilfe nur dort ankommt und wirklich hilft, wo kein Militär ist, dann ist es nur konsequent, wenn sich das Militär ganz aus Afghanistan verabschiedet.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit der Ernstfall bewältigt werden kann, trainiert die Bundeswehr ihre Soldaten für den Einsatz im Rahmen der KFOR- und ISAF-Schutztruppen in Afghanistan und im Kosovo auch bei uns in der Rhön. Zu diesem Zweck sind auf dem Truppenübungsplatz Wildflecken in der Rhön Kulissendörfer aufgebaut worden. 40 zivile Rollenspieler mimen die einheimische Bevölkerung. Es handelt sich um sogenannte Deuschrussen – damit auch kulturell eine Nähe zu Afghanistan hergestellt wird. Nebelmaschinen und Theaterblut sorgen für das passende Ambiente. Jährlich durchlaufen 12.500 Soldaten diese sogenannte einsatzvorbereitende Ausbildung.

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herr van Ooyen, denken Sie an die Redezeit.

**Willi van Ooyen (DIE LINKE):**

Bereits in den Fünfziger- und Sechzigerjahren haben Aktivisten der Friedensbewegung gegen die zum Teil atomare Verminung der Straßen in der Rhön demonstriert und die Minenschächte zuzementiert. Ich will an die Auseinandersetzungen in den Achtzigerjahren erinnern, wo es um das Biosphärenreservat Rhön mit einem geschlossenen Kerngebiet ging, das auch den Truppenübungsplatz umfasst. Das wäre ein touristischer Anziehungspunkt, nicht nur im Sommer, sondern auch im Winter. Wäre es nicht sinnvoller, wenn sich das Land Hessen für die Ausbildung von zivilen Helfern, z. B. bei medico international, verstärkt einsetzen würde, damit friedliche Projekte, die die Entwicklung in Afghanistan auch dauerhaft befördern könnten, Wirklichkeit werden?

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Vielen Dank, Herr van Ooyen. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Schork das Wort. Wir haben fünf Minuten Redezeit vereinbart.

**Günter Schork (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema der Aktuellen Stunde der Fraktion DIE LINKE heißt: „Hessen setzt sich für friedliche Konfliktlösung ein – keine Kriegsübungen auf dem Truppenübungsplatz Wildflecken“. In Wahrheit hat DIE LINKE das Thema gesetzt, um über die Auslandseinsätze der Bundeswehr in Afghanistan, insbesondere aber über die Einsätze im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina zu diskutieren und ihre Position vorzutragen. Das tun Sie in einer Art und Weise, die der Sache nicht angemessen ist.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Wieso?)

Auch hier stellt sich die Frage: Warum? Natürlich hat das etwas mit dem 27. September zu tun. Ich zitiere aus einem Zeitungsbericht, in dem die Stimmung unserer Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan in Bezug auf die politische Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland wiedergegeben wird:

Um Vorteile im Wahlkampf zu bekommen, werden die Entscheidungen und die Soldaten in den Dreck gezogen.

Das ist das, was Sie vorhaben, und das werden wir nicht hinnehmen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der LINKEN)

Wenn Sie und Ihr Kollege von einem Angriffskrieg und von einem Krieg des Westens in Afghanistan sprechen, dann darf ich Sie daran erinnern, dass der Ausgangspunkt des Einsatzes der NATO – unter UN-Mandat – in Afghanistan die Anschläge vom 11. September 2001 waren, ausgeführt von Taliban, die in Afghanistan ausgebildet worden waren.

(Zurufe von der LINKEN)

Der Auftrag unserer Soldatinnen und Soldaten lautet: Terrorbekämpfung, Wiederaufbau sowie wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Region.

Sie haben gesagt, es gebe keine Fortschritte. Die Bundeswehr hat gemeinsam mit den Zivilorganisationen allein im Norden Afghanistans 850 Projekte in die Wege geleitet, um Energie- und Wasserversorgung sicherzustellen, um Kindergärten und Schulen wiederaufzubauen bzw. neu zu bauen und um die medizinische Versorgung zu gewährleisten. 2.000 Schulen wurden neu gebaut bzw. wiederaufgebaut. Heute gehen 6,2 Millionen Schülerinnen und Schüler, davon 40 % Mädchen, in die Schule.

(Horst Klee (CDU): Die vorher nicht in die Schule durften bei diesen Kameraden!)

Im Jahr 2001 waren es 1 Million Schüler, ausschließlich männliche. Wollen Sie, dass die internationalen Truppen aus Afghanistan abziehen

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Ja!)

und dass die Mädchen in Afghanistan nicht mehr in die Schule gehen können?

(Janine Wissler (DIE LINKE): Was ist denn mit den Mädchen in Saudi-Arabien?)

Das ist die Konsequenz Ihrer Forderung.

(Beifall bei der LINKEN – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Wollen Sie in Saudi-Arabien einmarschieren?)

Heute haben 83 % der afghanischen Bevölkerung Zugang zur medizinischen Grundversorgung. Im Jahr 2002 waren dies 8 %. Aber Sie stellen sich hierhin und sagen, dass sich nichts bewegt hat und dass nichts erreicht wurde. Die Zahlen zeigen etwas anderes.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Das ist bereits erfolgt: 60.000 Polizisten und 90.000 Soldaten sind ausgebildet worden. Die Zielzahlen sind jeweils 134.000. Dadurch sollen die afghanische Regierung und die afghanische Bevölkerung in die Lage versetzt werden, ihr Land eigenständig zu regieren. Das ist Hilfe zur Selbsthilfe. Das ist ein Einsatz, der unser aller Respekt und unser aller Anerkennung verdient hat.

Auch daran will ich erinnern: Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Die Aufträge, die sie in Afghanistan ausführt, hat sie vom Deutschen Bundestag erhalten. Es gab eine große Zustimmung.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der SPD)

Angesichts der bedrohlichen Situation für die Soldatinnen und Soldaten will ich hier sehr deutlich sagen:



(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Zieht sie zurück!)

Ich bin froh, und ich bin stolz darauf, dass der Kandidat meines Wahlkreises für die CDU, der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung, sich in aller Öffentlichkeit vor die Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan gestellt und damit deutlich gemacht hat, dass sie Anerkennung und Respekt verdienen.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben den Kosovo und Bosnien-Herzegowina angesprochen. Stellen Sie sich einmal die Frage, wie es heute dort aussähe, wenn die NATO nicht im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina eingesetzt worden wäre und die Situation stabilisiert hätte. Ich habe von Ihnen nichts gehört, als die Serben im Kosovo einmarschiert sind. Ich habe von Ihnen nichts zu den Massakern in Srebrenica gehört und auch nichts zu all dem, was dort sonst noch vorgekommen ist, was es aber jetzt nicht mehr gibt, weil die Bundeswehr ihren Auftrag wahrgenommen hat.

(Beifall bei der CDU – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Da waren wir noch nicht im Landtag!)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herr Kollege, ich erinnere Sie an die Redezeit.

#### **Günter Schork (CDU):**

Zum Schluss will ich den SPD-Fraktionsvorsitzenden und ehemaligen Verteidigungsminister Peter Struck zitieren:

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Es war keine Fehlentscheidung, nach Afghanistan zu gehen. Es ist keine Fehlentscheidung, dort zu bleiben.

Dies ist auch unsere Auffassung. Abschließend: Unsere Soldatinnen und Soldaten, die in Afghanistan und in anderen Auslandseinsätzen sind, haben unseren Respekt und unsere Anerkennung verdient, nicht aber den Klamak und die Polemik der LINKEN. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Für die SPD-Fraktion hat Herr Görig das Wort.

#### **Manfred Görig (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Willi van Ooyen, dass Sie den Truppenübungsplatz Wildflecken als Vehikel nehmen, um heute über das Thema Afghanistan zu diskutieren, ist nicht verwunderlich und lag eigentlich auf der Hand.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Danke schön!)

Ich will aber klar sagen, dass der Truppenübungsplatz Wildflecken mit dem angegliederten Platz Hammelburg für die Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten für einen Auslandseinsatz benötigt wird und dass es auch dort darum geht, den Einsatz so zu gestalten, dass sowohl die eigene Sicherheit als auch die Sicherheit der Bevölkerung vor Ort bestmöglich geschützt werden. Deshalb ist dieser Truppenübungsplatz aus unserer Sicht notwendig.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will an das erinnern, was ich bereits in der Plenarsitzung im April im Zusammenhang mit Ihrem Antrag zur NATO gesagt habe. Afghanistan war Brutstätte, Vorbereitungsraum und Rückzugsgebiet für Terroristen und der Ausgangsort für die verheerenden Terroranschläge des 11. September 2001.

Der Einsatz der NATO umfasst die ISAF und hat durch die Resolution der UNO ein eindeutiges Mandat. Der Bundestag hat dem Einsatz mit großer Mehrheit zugestimmt und das Mandat mehrfach verlängert. Die Soldatinnen und Soldaten erfüllen dort unter einem sehr hohen persönlichen Risiko eine ganz schwierige Mission.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das muss nicht sein!)

Wir haben uns zuerst vor die Soldatinnen und Soldaten zu stellen, weil sie aufgrund einer politischen Entscheidung dorthin entsandt worden sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU)

Die Lage in Afghanistan hat sich grundlegend geändert. Wir befinden uns im Norden, wo die Bundeswehr in Kunduz stationiert ist, und auch im Süden quasi im Kriegszustand. Es ist kein Kriegszustand im völkerrechtlichen Sinne, aber einer im täglichen Erleben der Einsatzkräfte vor Ort, die einen Kampf mit Waffen führen. Es ist auch ein Kampf um das eigene Überleben. Wie viele Hinterhalte und wie viele Anschläge auf Bundeswehrpatrouillen, die Tote und Verletzte zur Folge hatten, hat es nicht schon gegeben.

Die Situation vor Ort ist mit nichts vergleichbar. Vor Ort stehen alle unter einem erhöhten emotionalen Druck und müssen in aller kürzester Zeit Entscheidungen treffen, die – so ist es eben bei solchen Einsätzen – auch Menschenleben fordern können: die der Gegner, die von Unbeteiligten, die von Zivilisten – wie es in diesem Fall geschehen ist –, aber auch das eigene und das Leben der Kameraden.

Herr van Ooyen, in diesem Hause – in einem friedlichen Land – lässt sich leicht und auch überheblich über diesen Einsatz diskutieren.

(Beifall bei der SPD – Janine Wissler (DIE LINKE): So ist es!)

Die Bundeswehr ist seit acht Jahren in Afghanistan stationiert, und es ist längst überfällig – der Vorfall in Kunduz hat es deutlich gemacht –, über Ergebnisse und Ziele des Einsatzes eine öffentliche Diskussion anzuregen. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, und es ist aus meiner Sicht auch notwendig, die Meinungsführerschaft in diesen Punkten wieder zu erlangen.

Wie Herr Kollege Schork erwähnt hat, sind wir in vielen Punkten vorangekommen: bei der Infrastruktur, dem Aufbau der Schulen und der Bildung sowie bei der Gleichberechtigung der Frauen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es wäre ein Grundfehler, zu diesem Zeitpunkt aus Afghanistan hinauszugehen. Die Strategie muss wieder klarer definiert werden, und die Ziele müssen in einem vernünftigen zeitlichen Rahmen erreichbar sein.

Ich sage ganz deutlich: Aus meiner Sicht benötigen wir mehr Mittel und auch mehr Kräfte im Kampf gegen die

Taliban, um ein Mindestmaß an Sicherheit für den Wiederaufbau zu gewährleisten. Sonst besteht keine Möglichkeit – daran gibt es aus meiner Sicht keine Zweifel –, die Unterstützung für den Aufbau und eine ausreichende Verstärkung der eigenen Sicherheitskräfte als eigentliches Ziel zu erreichen.

Das eigentliche Ziel ist es auch, dass der Staat Afghanistan sein Schicksal wieder selbst in die Hand nimmt und dass ihm das in absehbarer Zeit gelingt. Wir können nicht auf Dauer in Afghanistan bleiben. Ich glaube auch, dass niemand in diesem Haus das will.

Die Strategie muss darauf ausgerichtet sein, die Stabilisierung des Landes zu erreichen. Herr Kollege van Ooyen, es kann nicht „Raus jetzt und nach uns die Sintflut“ heißen, so, wie Sie es fordern.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Nicht die Sintflut! Die regeln das selbst!)

Vielmehr muss es heißen – ich sage das noch einmal deutlich –: Abzug ja, aber am Ergebnis und an dem Ziel, das wir mit diesem Einsatz verfolgen, orientiert, und sicherlich auch zeitlich definiert. Wir werden dabei mithelfen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Vielen Dank, Herr Kollege Görig. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Kollege May das Wort.

#### **Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten! Wir sind der LINKEN sehr dankbar dafür, dass sie diese Aktuelle Stunde beantragt hat. Wir sind nämlich der Meinung, dass die Situation am Truppenübungsplatz Wildflecken zu einigem Beratungsbedarf geführt hat. Die Menschen in Wildflecken haben in den letzten Jahren ziemlich unter diesem Truppenübungsplatz gelitten.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die hohen Werte Hexogen im Trinkwasser. Ich rede von der Lärmbelastung durch die Übungen für die Kriegseinsätze.

Für uns ist ganz klar: Wo ein Truppenübungsplatz betrieben wird, müssen die Beeinträchtigungen für die Menschen und die Natur, soweit das möglich ist, in Grenzen gehalten werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Auch müsste kritisch hinterfragt werden, ob ein Truppenübungsplatz an dieser Stelle unbedingt notwendig ist oder ob es erwägenswert wäre, das Gebiet des Truppenübungsplatzes in das Biosphärenreservat Rhön zu integrieren.

(Beifall des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Aber diesen Fragen haben Sie sich mit Ihrem Redebeitrag nicht gestellt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Marius Weiß (SPD))

Ein wenig hat mich auch der Titel Ihres Antrags verwundert. Sie haben geschrieben, auf einem Truppenübungsplatz dürften keine Kriegssübungen stattfinden.

Man kann unterschiedliche Meinungen zum Krieg haben. Man kann der Meinung sein, dass ein Staat eine Armee braucht. Dieser Meinung ist DIE LINKE. Davon habe ich mich gestern Abend noch überzeugt. DIE LINKE will, dass Deutschland eine Verteidigungsarmee hat. Diese Armee muss dann doch auch in der Lage sein, ihrem Auftrag, zu verteidigen, zu genügen. Deshalb muss sie auch üben können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP)

Genau deswegen ist es vollkommen unerheblich, ob sich die Bundeswehr in Afghanistan befindet oder nicht. Truppenübungsplätze müsste man trotzdem haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP)

Sie haben damit bewiesen, dass es Ihnen nicht darum ging, über den Truppenübungsplatz zu sprechen. Vielmehr ging es Ihnen darum, das Thema Afghanistan noch einmal hochzuziehen. Ich habe Zweifel daran, ob dieser Landtag, ein Landesparlament, dafür der richtige Ort ist.

(Beifall der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Meiner Kenntnis nach ist es schon etwas länger her, dass Hessen eine eigene Armee unterhalten hat.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Nun hat das Thema aber seinen Weg in den Landtag gefunden. Da ich es in meiner früheren Tätigkeit als Lehrer gewohnt bin, fachfremd zu unterrichten,

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

möchte ich nicht darauf verzichten, Ihren Argumenten zu entgegnen.

Es ist durchaus berechtigt, sich kritisch zu der aktuellen Politik hinsichtlich Afghanistans zu äußern. Auch wir GRÜNEN haben in der letzten Legislaturperiode des Bundestages geäußert, dass wir einen Strategiewechsel hin zu mehr Investitionen in den Wiederaufbau wollen und dass die Situation in Afghanistan nicht zufriedenstellend ist.

Ihre Forderung, die ISAF, die auf der Grundlage eines Mandats der Vereinten Nationen in Afghanistan ist, um den afghanischen Staat aufzubauen, abzuziehen, ist populistisch. Denn Sie vergessen dabei, eines zu sagen. Es ist eben gerade nicht so, dass, falls die ISAF abziehen würde, Frieden wäre und sich keine Truppen mehr in Afghanistan befinden würden. Das Gegenteil wäre der Fall. Wenn die ISAF abziehen würde, würden andere Truppen sie ersetzen. Damit würde der Bürgerkrieg in Afghanistan in ungeahnter Weise aufflammen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Deshalb greift diese Argumentation zu kurz.

Ich betone es noch einmal: Dieses Parlament ist für die Verteidigungspolitik nicht zuständig.

(Beifall der Abg. Nancy Faeser und Marius Weiß (SPD))

Es dokumentiert nur Ihr Desinteresse an der Sachpolitik auf Landesebene, dass Sie hier einfach Module aus dem Bundestagswahlkampf in den Landtag einbringen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP)

Gleichwohl will ich sagen, dass Hessen einen Beitrag zum Frieden in der Welt und insbesondere in Afghanistan leisten kann. Das kann z. B. durch Entwicklungskooperationen oder den Aufbau staatlicher Strukturen, insbesondere bei der Polizei, geschehen. Dieser Aufbau ist nämlich notwendig, wenn wir über den Abzug der ISAF ernsthaft reden wollen. Da helfen uns diese populistischen Plattitüden nicht weiter. Ich denke, so ehrlich sollten wir in dieser Angelegenheit mit den Leuten umgehen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herr Kollege May, vielen Dank. – Das war die erste Rede des Herrn Kollegen May in diesem Parlament. Herzlichen Glückwunsch dazu.

(Allgemeiner Beifall – Horst Klee (CDU): Es ist richtig schön, dass der Kollege Häusling jetzt im Europäischen Parlament ist! – Heiterkeit – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): 1 : 0 für Herrn Klee!)

Jetzt haben wir alle unseren Spaß gehabt. Aber jetzt hat Herr Kollege Blum für die FDP-Fraktion das Wort.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Herr Reif musste leider hierbleiben!)

#### **Leif Blum (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit einem hat Herr Kollege May mit Sicherheit vollkommen recht. Es bedarf schon eines sehr starken Winkelzugs, um von einem Truppenübungsplatz in der Rhön den Bogen zum Afghanistaneinsatz der Bundeswehr schlagen zu können. Aber offensichtlich ist das gelungen. Deswegen reden wir heute Morgen über den Bundeswehreinsatz in Afghanistan.

(Zurufe: Heute Morgen! – Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

– Herr Kollege Schäfer-Gümbel, Aktuelle Stunden finden normalerweise morgens statt. Sehen Sie mir das nach. Ich bin so ein bisschen sklavisches an die Ablaufpläne gebunden. Das ist das Schicksal eines parlamentarischen Geschäftsführers. Fragen Sie Herrn Kollegen Rudolph. Er kann das bestätigen.

Natürlich handelt es sich hier um ein durchaus ernsthaftes Thema. Die Fraktion DIE LINKE hat deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sie den Bundeswehreinsatz in Afghanistan – sie nennen das immer den Kriegseinsatz in Afghanistan – ablehnen. Ich glaube, es ist in den Beiträgen all meiner Vorredner deutlich geworden, dass sie damit in diesem Hause alleine stehen. Das ist auch gut so.

(Beifall bei der FDP – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Wir haben die Mehrheit der Bevölkerung hinter uns!)

Lassen Sie mich zwei Dinge klarstellen.

Erstens. Es ist mitnichten so, dass die Bundeswehr in Afghanistan einmarschiert wäre. Die Bundeswehr befindet sich in Afghanistan, weil wir einen entsprechenden Beschluss der Vollversammlung der UNO haben. Die Bundeswehr befindet sich in Afghanistan, weil das afghanische Parlament und die afghanische Regierung sie darum gebeten haben. Die Bundeswehr befindet sich in Afghanistan, weil es einen entsprechenden Beschluss des Deutschen Bundestages dazu gibt. Das ist also kein Kriegseinsatz, sondern ein humanitärer Hilfe- und Aufbaueinsatz, um diesem Land Stabilität, Sicherheit und Demokratie zu verleihen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir können diesen Einsatz jetzt auch nicht ohne Weiteres abbrechen. Wir würden den Menschen in Afghanistan einen Bärendienst erweisen, wenn wir sie zu diesem Zeitpunkt mit ihren Problemen alleine lassen würden, wenn die Bundeswehr, aber auch alle anderen Verbündeten, die dort mit uns diesen humanitären Dienst leisten, aus dem Land abziehen würden.

Wir können uns aus Afghanistan erst zurückziehen, wenn in diesem Land eine sich selbst tragende Sicherheitsstruktur geschaffen wurde. Die müssen wir dort gemeinsam mit unseren Partnern aufbauen.

Das klingt hier bereits an. Da geht es um die Frage der Ausbildung der Polizeikräfte. Da geht es um die Frage der Etablierung einer eigenen afghanischen Armee, die in der Lage ist, die Probleme, insbesondere die mit den gewaltbereiten Taliban-Milizen, selbst im Sinne eines wehrhaften Staates zu lösen, der sich auch nach innen verteidigen kann. Diese Probleme müssen erst gelöst werden. Danach können wir, geordnet, aus Afghanistan abziehen. Das ist das, was die FDP haben möchte.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Mit Sicherheit fällt es keinem in einem Parlament leicht – Herr Kollege May hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir in diesem Landtag überhaupt nicht darüber entscheiden, ob und wo die Bundeswehr in Einsatz gebracht wird, in diesem Fall entscheidet das der Deutsche Bundestag –, deutsche Soldaten in eine Situation zu entsenden, in der sie Gefahr laufen, Leib und Leben zu riskieren. Das ist überhaupt keine Frage. Dieser Verantwortung sind sich, glaube ich, alle, die in Berlin darüber befinden oder befunden haben, sehr bewusst.

Trotzdem haben wir auch den Menschen in Afghanistan gegenüber eine Verantwortung. Wir haben eine Verantwortung gegenüber dieser sich entwickelnden Gesellschaft. In Zukunft wird es vielleicht auch dort möglich sein, dass die Mädchen in die Schule gehen können, ohne dass sie Angst haben müssen, dafür gesteinigt zu werden, und dass Frauen eine universitäre Ausbildung anstreben können, ohne dass sie Angst davor haben müssten, dafür gesteinigt zu werden. Dort soll für alle Menschen in der Gesellschaft ein Leben möglich sein, wie wir das hier praktizieren.

Ich gebe mich gar nicht der Illusion hin, dass Afghanistan eine Demokratie nach westlichem Vorbild werden würde.



Ich glaube auch nicht, dass es unsere Aufgabe ist, das anderen Völkern aufzupropfen. Aber wir müssen dort gemeinsam mit unseren Verbündeten und den afghanischen Partnern eine Situation schaffen, aufgrund derer dieser Staat und diese Gesellschaft in der Lage sind, sich aus sich selbst heraus vor terroristischen Übergriffen und vor dem zu schützen, was die Taliban dort über Jahre und Jahrzehnte angerichtet haben. Ich glaube, dieser Verantwortung können und sollen wir uns nicht einfach entziehen. Deswegen ist dieser Einsatz nach wie vor auch in dieser Zeit richtig.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass Sie mit Ihrer Meinung an dieser Stelle allein stehen. Es ist vernünftig, dass sich alle anderen Fraktionen hier im Hause, aber auch im Deutschen Bundestag, dieser besonderen Verantwortung für die Menschen in Afghanistan bewusst sind und bewusst bleiben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herzlichen Dank, Herr Kollege Blum. – Das Wort hat Innenminister Bouffier.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Aus Sicht der Landesregierung kann ich das auf wenige Bemerkungen beschränken. Ich schließe mich ausdrücklich den Ausführungen der Kollegen von CDU, SPD, FDP und GRÜNEN an.

Der Antrag der LINKEN ist hier hinreichend skizziert worden. Wenn man dies täte, würde dies dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in der Welt nachhaltig schaden.

(Axel Wintermeyer (CDU): So ist es!)

Dort sind viele Länder – es ist erwähnt – aufgrund eines Mandats der UNO engagiert. Man möge sich einmal vorstellen, dass ganz viele Länder dort ihre Verpflichtungen erbringen, und ausgerechnet Deutschland macht sich aus Sicht dieser Länder vom Acker.

Zweitens. Wir würden den Menschen in Afghanistan schaden.

Drittens. Dieser Gedanke ist mir wichtig, weil er bisher nicht erwähnt wurde. Wir würden die Terrorgefahr nicht nur dort, sondern auch in unserem Land nachhaltig befördern. Es ist bisher offenkundig vergessen, dass es nicht nur – so lobenswert das ist – um den Schulbesuch in Afghanistan geht. Es geht auch darum, dass nicht wieder eine Situation entsteht, wie sie bestand, dass es sieben große Ausbildungslager in Afghanistan gab – ausschließlich bestückt mit Kämpfern. Die wurden ausgebildet, um in der ganzen Welt Anschläge zu vollbringen.

Die deutschen Sicherheitsbehörden haben in den letzten Jahren ein halbes Dutzend Anschläge in Deutschland verhindert. Wenn es gelingt, zu verhindern, dass dort wieder ein Staat errichtet wird, der als staatliches Programm den Terror in die ganze Welt tragen will, dann verteidigen wir auch die Freiheit der Menschen in diesem Land. Das darf nicht vergessen werden.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Krieg ist kein Terror?)

Zu den Einzelheiten, über die man sehr gut diskutieren und auch mit Grund unterschiedlicher Meinung sein kann, wie man das alles machen muss, will ich mich aus Zeitgründen nicht äußern. Ich will auf Herrn Kollegen May Bezug nehmen. Es ist eine Parlamentsarmee. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben in Erfüllung des UNO-Beschlusses die Bundeswehr dorthin geschickt. Ich finde, es ist das Mindeste, was wir dann diesen Soldatinnen und Soldaten schulden, dass wir sie ordentlich ausbilden, damit sie ihrem Auftrag auch gerecht werden können.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Deshalb braucht es auch Truppenübungsplätze, die übrigens Teil von besonderen Naturschutzgebieten sind – ein Thema, das ich jetzt nicht vertiefen will. Aber Sie kennen das, Herr May.

Ich will eine abschließende Bemerkung machen. Diejenigen, die in unserem Auftrag dort – auch in lebensbedrohlicher Situation – kämpfen, verdienen unsere Anerkennung und unseren Respekt.

Es ist mehrfach darauf hingewiesen worden, dass in diesem Haus nicht über den Einsatz der Bundeswehr zu entscheiden ist. Sie haben aber unter anderem über andere mit zu entscheiden, die auch in Afghanistan tätig sind und die ich heute hier nicht auslassen will.

In Afghanistan wird zu Recht darauf hingewiesen, dass es notwendig ist, Sicherheit in diesem Land für die Menschen aufzubauen. Das ist nicht nur militärische, das ist auch polizeiliche Sicherheit.

Mir ist es ein Anliegen, in dieser Stunde auch denen zu danken, die als hessische Polizeibeamte, als Bundespolizeibeamte und Polizeibeamte aus anderen Bundesländern in Afghanistan Dienst tun. Das tun die freiwillig. Die Soldaten müssen ihrem Befehl gehorchen. Die Polizeibeamtinnen und -beamten tun dies freiwillig; die können wir nicht auf Befehl dorthin entsenden.

Seit Jahren sind hessische Beamte dort unter großen persönlichen Opfern tätig. Ich finde, diese Debatte ist eine gute Gelegenheit, dass wir nicht nur unsere Solidarität und unseren Respekt gegenüber den Soldaten, sondern ausdrücklich auch gegenüber den dort tätigen Polizeibeamten aussprechen.

Ich bedanke mich namens der Landesregierung auch ausdrücklich für diese Bereitschaft und für diesen wichtigen Beitrag im Interesse des Friedens in Afghanistan, aber auch in unserem Land.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP sowie des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Herr Innenminister. – Damit ist auch diese Aktuelle Stunde abgehalten.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 37** auf:

**Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Lissabon-Vertrag – Drucks. 18/1065 –**

Zur Einbringung, Herr Kollege Blum. Zehn Minuten Redezeit ist vereinbart, die kann, muss aber nicht ausgeschöpft werden.

**Leif Blum (FDP):**

Herr Präsident! Ich danke für den Hinweis. Aber nachdem ich eben schon festgestellt habe, dass es noch früh am Morgen ist, müsste noch genügend Luft auch für zehn Minuten sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fraktionen von FDP und CDU haben aus gegebenem Anlass

(Günter Rudolph (SPD): Der Blum redet auch zu allem!)

diesem Haus einen Antrag zur Beratung vorgelegt, der sich noch einmal mit dem Vertrag von Lissabon und dem entsprechenden Begleitgesetz II, das am morgigen Freitag im Bundesrat abzustimmen ist, beschäftigt. Wir haben das getan, weil wir davon überzeugt sind, dass beides von besonderer Bedeutung ist, von besonderer Bedeutung für den weiteren europäischen Einigungsprozess, von besonderer Bedeutung für unser Land Hessen als Bundesland im Herzen von Europa, aber eben auch von besonderer Bedeutung für die Frage, wie wir uns im europäischen Einigungsprozess in einer föderalen Struktur, wie wir sie in der Bundesrepublik Deutschland haben, künftig verhalten und wie die Länder ihre Interessen an dieser Stelle wahren.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Judith Lannert (CDU))

Der Vertrag von Lissabon ist uneingeschränkt zu begrüßen. Er ist ein wichtiger Baustein für das gemeinsame Haus Europa, weil er helfen soll, Europa den Menschen ein Stück näherzubringen. Wir alle wissen, dass es immer noch nottut, Europa als Ganzes den Menschen ein Stück weit begreiflicher zu machen. Der Weg über gemeinsam vereinbarte Grundwerte, über mehr Transparenz im parlamentarischen Entscheidungsprozess, über die Stärkung des Europaparlaments ist sicherlich ein richtiger Schritt, um den Menschen besser zu verdeutlichen, welche Bedeutung Europa für uns alle und für unser tägliches Leben hat.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Aber Akzeptanz für Europa wird uns eben nur dann gelingen, wenn Europa auch weiterhin ein Europa der Regionen bleibt, wenn die Menschen das Gefühl haben, dass eben nicht ausschließlich bürokratischer Zentralismus aus Brüssel Europa bestimmt, sondern dass die Regionen dieses vereinigten Europas mit all ihren Unterschiedlichkeiten und mit ihren jeweiligen Besonderheiten eine Chance haben, sich in dieses Europa mit entsprechender Stimme einzubringen und sich selbst entsprechendes Gehör zu verschaffen. Darum geht es bei der Frage des Begleitgesetzes II.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Wir sind der Hessischen Landesregierung, wir sind Frau Staatssekretärin Beer und dem Europaminister Hahn sehr dankbar dafür, dass in diesem Prozess hessische Interessen und damit die Interessen aller Bundesländer ausdrücklich und vehement bei der Frage vertreten worden sind, wie künftig die Bundesländer vom Bund in den

Fragen beteiligt werden, die Europa und europäische Prozesse betreffen.

Wir dürfen feststellen, dass das Land Hessen, die Hessische Landesregierung, hier gut gearbeitet hat, dass der Hessischen Landesregierung mit zu verdanken ist, dass in Zukunft die Bundesländer rechtlich sicher verankert Anhörungs- und Mitsprachemöglichkeiten haben. Wir müssen uns nicht länger auf eine Bund-Länder-Vereinbarung zurückziehen, bei der keiner so recht und so genau wusste, welche Rechte und welche Pflichten denn vereinbart sind. Deswegen ist das Begleitgesetz II bei allen Schwächen, die es an der einen oder anderen Stelle hat, ein gutes Gesetz; denn es stärkt die Regionen, es stärkt die Länder, und es stärkt die Position des Landes Hessen im europäischen Prozess.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Jetzt sagen Sie noch dem Volk, wem es das zu verdanken hat!)

Es ist vernünftig, dass es in Zukunft eine bessere Einbeziehung der Bundesländer gibt. Es ist vernünftig, dass in Zukunft der Bundesrat und damit die Bundesländer stärkere Entscheidungsrechte in den EU-politischen Fragen haben. Das sind Europathemen, die einen Bezug zur Landespolitik haben.

Das sind nun einmal vielfältige Themen. Das betrifft die Frage, wie wir in Europa insgesamt die Folgen der Wirtschaftskrise bewältigen – das betrifft ein Stück weit auch das Thema Opel, das wir diskutiert haben. Das betrifft die Frage, wie wir europaweit den Bildungs- und Wirtschaftsraum organisieren. Das betrifft die Frage, wie wir europaweit mit dem Thema Energieversorgung sowohl im Bereich der konventionellen als auch der regenerativen Energien umgehen. Denn all diese Probleme und Fragestellungen, die auch uns in Hessen beschäftigen, machen nicht an der Grenze unseres Bundeslandes oder an der Grenze der Bundesrepublik Deutschland halt.

Deswegen ist es nur konsequent, dass bei der Frage, mit welchen Lösungskonzepten und Ansätzen wir die Herausforderungen angehen, die diese Probleme aufwerfen, auf der europäischen Ebene auch das Land Hessen mit seiner Stimme gehört wird.

Die Konsequenzen, die daraus resultieren, sind einfach zu verdeutlichen. Wir müssen und – dank der Regelungen im Begleitgesetz II – wir können, gemeinsam mit der Hessischen Landesregierung, als Landtag Verantwortung dafür übernehmen, wie sich Hessen in Europa weiter positioniert und wie künftig hessische Interessen in Europa wahrgenommen werden.

Wir wissen – das kann man gut oder schlecht finden; die Linksfraktion ist bei dem Thema Europa schon flüchten gegangen –, dass wir nicht umhinkommen werden, uns weiterhin aktiv und konstruktiv in den europäischen Einigungsprozess einzubringen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch euer Setzpunkt!)

– Ich meine die Linksfraktion. Herr Kollege Al-Wazir, das kann sein, aber ich glaube, es liegt eher am Thema Europa und der Frage, wie die Linksfraktion insgesamt zu dem europäischen Einigungsprozess steht.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Die Hälfte der Fraktion ist da!)

Wir gehen davon aus, dass wir in Zukunft gemeinsam, Hand in Hand mit der Hessischen Landesregierung und

denen, die in Brüssel unsere Interessen wahrnehmen und vertreten, hessische Positionen in den europäischen Prozess einbringen. Dafür noch einmal unser Dank an die Verantwortlichen in der Landesregierung und an die Landesregierung insgesamt.

Wir als FDP-Fraktion, gemeinsam mit den Kollegen von der Union, sind auf jeden Fall bereit, diesen Weg auch weiterhin gemeinsam mit Staatsminister Jörg-Uwe Hahn und seinem Ministerium zu gehen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit des Ministers Jörg-Uwe Hahn)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herzlichen Dank, Herr Blum. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Frau Osterburg das Wort.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die halbe Linksfraktion ist da, und die halbe FDP-Fraktion ist da! – Gegenruf des Ministers Jörg-Uwe Hahn: Von den GRÜNEN ist ein Drittel da, das kann man von hier aus gut sehen!)

So, jetzt hat Frau Osterburg das Wort. Wir hören ihr zu.

#### **Gudrun Osterburg (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, wir behandeln in der heutigen Plenarsitzung den gemeinsamen Antrag von CDU und FDP zur Umsetzung des Verfassungsgerichtsurteils zum Lissabon-Vertrag.

Wenn wir nur auf die letzten Plenarsitzungen zurückblicken, so stellen wir fest: Immer standen europapolitische Anträge oder Regierungserklärungen auf der Tagesordnung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir uns heute schon wieder mit Europa befassen, zeigt vor allem, dass Europa für uns von großer Wichtigkeit ist.

Europa ist ein zentraler Bestandteil der Politik, in der Wirtschaft und auch im ganz normalen Alltag geworden. Ich sage immer wieder: Darüber bin ich besonders froh.

Die CDU hat den europäischen Einigungsprozess in ihrer Regierungszeit immer positiv begleitet und massiv vorangetrieben.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Europa sichert den Frieden, die Freiheit und den wirtschaftlichen Wohlstand sowie ein hohes Maß an sozialer Absicherung.

Die Erfolge Europas müssen immer wieder angesprochen und hervorgehoben werden. Die Geschichte Europas ist für die Politik eine sagenhafte Erfolgsgeschichte. Man muss das immer wieder sagen, denn wir hoffen natürlich, dass durch das Präsentmachen dieser Vorteile die Wahlbeteiligung bei den europäischen Wahlen in den nächsten Jahren ganz massiv ansteigt.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das wäre schön!)

Lassen Sie mich daher – bevor ich auf den gemeinsamen Antrag der Regierungsfractionen zu sprechen komme – noch einmal etwas konkreter auf die Errungenschaften der Europäischen Union eingehen, um zu verdeutlichen, wieso wir uns verstärkt mit europäischen Themen beschäftigen müssen.

Europa schafft mehr Arbeitsplätze. Durch unseren gemeinsamen Binnenmarkt profitiert vor allem die deutsche Wirtschaft. Die EU bietet den deutschen Unternehmen den größten einheitlichen Markt der industrialisierten Welt. Deutsche Unternehmen exportieren Waren im Wert von über 600 Milliarden € jährlich. Damit gehen fast zwei Drittel der deutschen Ausfuhren in andere EU-Staaten.

Der gemeinsame Binnenmarkt sichert den deutschen Unternehmen Absatzmärkte und trägt somit zur Sicherung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei.

Durch den Euro haben die Firmen eine wesentlich bessere Kalkulationsgrundlage. Sie müssen mögliche Währungsschwankungen nicht mehr in ihre Planungen einbeziehen. Das Risiko wird vermindert.

Gerade die jetzige Wirtschaftskrise wurde durch die gemeinsame Währung entschärft. Währungsschwankungen zwischen den alten EU-Staaten hätten die Lage zusätzlich verschlimmert.

Europa sichert den Frieden. Es ist unser Modell für das friedliche Zusammenleben der Völker. Seit über 60 Jahren haben die Staaten der Europäischen Union keine Kriege mehr gegeneinander geführt. Das ist die längste Friedensphase der Geschichte des europäischen Kontinents.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Willi van Ooyen (DIE LINKE): War da nicht Jugoslawien?)

– Das sehen wir etwas anders.

Der einheitliche Binnenmarkt sorgt für mehr Wettbewerb. Wir erhalten eine größere Produktvielfalt und günstigere Preise. Ob beim Telefonieren oder den Flugreisen – das Ende der nationalen Monopole hat viele Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger deutlich günstiger gemacht.

Die Erfolge Europas beim Umweltschutz sind vielfältig. Wir hoffen natürlich alle, dass der Klimagipfel im Dezember in Kopenhagen zu weiteren Erfolgen führt.

Sehr geehrte Damen und Herren, warum mache ich eine solche Auflistung der Erfolge Europas? Die Antwort ist: Wir alle sind stolz auf diese Erfolgsgeschichte, und ich möchte, dass wir diese Erfolgsgeschichte in Zukunft weiter fortführen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Unser alter und neuer EU-Kommissionspräsident hat mit seinem politischen Programm der Agenda für den Wandel deutlich gemacht: Business as usual bringt Europa nicht voran. Wir müssen auf die Herausforderungen der Zukunft reagieren. Wir brauchen ein Europa, das neue Wachstumsquellen fördert und eine intelligente, den Menschen zugutekommende Regulierung gesunder Märkte vorantreibt.

Es geht darum, dass Europa in eine neue Phase eintritt. Meine Damen und Herren, dafür muss Europa aber handlungsfähig bleiben. Die Europäische Union der 27 Staaten muss sich konsolidieren, und dafür braucht es den Vertrag von Lissabon.

Das Urteil des Verfassungsgerichts hat gezeigt, dass der Vertrag von Lissabon mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Die deutsche Politik hat mit ihrem Engagement, diesen Vertrag voranzutreiben, den richtigen Weg eingeschlagen.



Aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts hatten wir nun die Aufgabe, das Begleitgesetz zu überarbeiten, um den Weg für die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon freizumachen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war sicher kein leichter Weg. Viele Verhandlungen waren notwendig, aber insbesondere aus hessischer Sicht kann sich das Ergebnis durchaus sehen lassen.

Die Gesetzesbeschlüsse verwirklichen einen Großteil der hessischen Forderungen. So haben wir beispielsweise die Überführung der bisherigen Zusammenarbeitsvereinbarung der Bundesregierung mit dem Bundestag und den Ländern in das Begleitgesetz II aufgenommen. Das Lissabon-Urteil zur Stärkung des Bundesrates wurde vollumfänglich ausgeschöpft, ohne zusätzliches Draufsatteln.

Weiterhin konnte die weitestgehende Gleichstellung des Bundesrates mit dem Bundestag erreicht werden – eine vollkommene Gleichstellung war wegen des Wortlauts von Art. 23 des Grundgesetzes natürlich ausgeschlossen.

Des Weiteren haben wir unter anderem noch die verstärkte Zusammenarbeit von Bundestag und Bundesrat, also eine Beschleunigung im Vorfeld von Entscheidungen.

Meine Damen und Herren, das neue Begleitgesetz II ist die Grundlage, um den Vertrag von Lissabon zu ratifizieren. Der Gesetzesbeschluss muss nun noch am 18. September im Bundesrat beraten und beschlossen werden. Mit dem heutigen Antrag wollen wir auch dort ein sichtbares Zeichen setzen.

Daher bitte ich Sie: Stimmen Sie dem Antrag von CDU und FDP zu. Das neue Begleitgesetz stärkt Europa, weil es die Grundlagen für ein in der Zukunft handlungsfähiges Europa ist.

Darüber hinaus verstärken die nun vorliegenden Gesetze die Mitwirkungsrechte der Länder in den Angelegenheiten der Europäischen Union. Wir bekommen als Hessen mehr Möglichkeiten, an dem Europa der Zukunft mitzuwirken und die Erfolgsgeschichte des vereinten Europas zum Wohle der Menschen fortzuschreiben. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Vielen Dank, Frau Osterburg. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Frau Erfurth das Wort.

#### **Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Bekenntnis zu Europa, zum europäischen Einigungsprozess hat jetzt zwei Wochen vor der Bundestagswahl dazu geführt, dass sich Regierungs- und Oppositionsparteien – mit Ausnahme der Linkspartei – in großer Einigkeit ein ungewöhnliches Arbeitspensum vorgenommen und die erforderlichen Gesetzentwürfe eingebracht und auch verabschiedet haben. Die letzte Runde – Frau Osterburg, Sie haben es gesagt – ist morgen, am Freitag, im Bundesrat. Dann wird Deutschland seiner Verantwortung als wichtiger strategischer Partner innerhalb der Europäischen Union gerecht geworden sein.

Es gab – mit Ausnahme der Linkspartei – den parteiübergreifenden Konsens, noch vor der Bundestagswahl und

vor dem Referendum in Irland die gesetzlichen Grundlagen für den Vertrag von Lissabon zu legen. Das ist trotz der ablehnenden Haltung der Linkspartei und einiger kritischer Stimmen aus der CSU – auch das gehört dazu – gelungen. Ich kann für meine Fraktion sagen, dass wir das außerordentlich begrüßen.

Es gab auch gar keinen Dissens in Kernfragen, die der Bundestag in den verabschiedeten Gesetzen zu klären hatte. Diese Stichpunkte sind in dem Antrag von CDU und FDP enthalten. Ich brauche sie hier nicht erneut aufzuführen. Das sind alles Dinge, die in dem Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht eine Rolle gespielt haben und die sich Gott sei Dank als juristisch lösbar erwiesen haben. Ich möchte daher darauf verzichten, hier die Debatte aus dem Bundestag nachzuzeichnen und auf die verschiedenen Befindlichkeiten einzugehen.

Es zeichnet sich Gott sei Dank auch für die morgige Abstimmung eine große Einigkeit ab. Wenn wir denn morgen die Abstimmung hinter uns gebracht haben, dann haben wir viel geschafft. Wir haben ein gutes Fundament für die künftige Arbeit in Europa geschaffen. Und dann? – Dann wird es spannend, denn dann wird es darum gehen, was wir mit diesen gewonnenen Freiheiten aus dem Haus Europa und aus dem hessischen Zimmer in diesem Haus Europa machen, das wir uns dann erarbeitet haben.

(Aloys Lenz (CDU): Wohnzimmer!)

– Wohnzimmer, das ist ein schönes Stichwort, Herr Lenz. Wir haben uns seit Beginn der Legislaturperiode vor gut sieben Monaten schon das dritte Mal mit dem Thema Europa beschäftigt. Das ist zunächst einmal schön, weil wir dadurch das Thema Europa mehr in den Fokus nehmen. Herr Lenz, der Blick in das hessische Wohnzimmer war mir bisher verwehrt. Bisher waren wir, glaube ich, immer nur im Treppenhaus, auf dem Flur oder vielleicht auch einmal an der Rezeption, aber so richtig im Kern der Dinge waren wir noch nicht. Dahin sind wir bisher noch nicht vorgedrungen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Hessen betont das Subsidiaritätsprinzip. Wir setzen im Haus auf deutsche Sprache, und wir wollen ein Antragskompetenzzentrum eingerichtet wissen, damit keine Fördermittel verloren gehen; so habe ich das den bisherigen Reden des Europaministers entnommen. Das ist sicher richtig und wichtig. Es sind Dinge, die gemacht werden müssen, die aber keinesfalls ausreichen, um aus einem Zimmer ein bisschen mehr als nur einen Wirtschaftsraum zu machen, nämlich einen richtigen Lebensraum.

Herr Blum, als Sie vorhin geredet haben, da hatte ich einen Moment lang die Hoffnung, Sie würden die Zimmertür ein bisschen aufmachen und uns einen Blick auf die Inhalte werfen lassen, die Sie sich für die Europapolitik vorgenommen haben, und darauf, wo Sie denn die neu gewonnenen Kompetenzen einsetzen wollen und sollen.

Mir fehlt die Vision, wie Sie künftig mit dem Begleitgesetz umgehen, die Grundlagen nutzen und mit welcher Zielrichtung Sie künftig in Europa arbeiten wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage mich, ob Sie ein dunkles, verrußtes und überheiztes Zimmer haben wollen, in dem die Folgen des Klimawandels ignoriert werden. Wollen Sie ein Zimmer, in dem Flüchtlinge und Migranten keinesfalls geordnet über den Flur eintreten können, ein Zimmer, das Menschen

nur unter Lebensgefahr über das Dach erreichen können? – Bisher habe ich den Eindruck, dass Sie genau an einem solchen Zimmer arbeiten.

Es ist zu einem sehr großen Teil der restriktiven deutschen Einwanderungspolitik zu verdanken, dass die Einwanderung und Migration in der EU so schwer händelbar ist. Wir tragen einen Teil an Verantwortung dafür, dass illegale Einwanderung so ist, wie sie ist. Es wird höchste Zeit, dass wir es den Menschen in einem geordneten Verfahren ermöglichen, in die EU und damit auch nach Deutschland zu kommen, dass wir es den Menschen ermöglichen – um im Bild zu bleiben –, nach entsprechender Anmeldung über den Flur in das hessische Zimmer zu kommen, so wie man es unter zivilisierten Menschen macht, und dass wir es mit einem solch geordneten Verfahren schaffen, den Sumpf der Schlepperbanden endlich trockenlegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Herren von der FDP, ich bin sehr gespannt, wie sich die hessische FDP für ein vernünftiges Einwanderungsrecht einsetzt. Bisher konnte ich davon noch nichts hören und sehen, aber wir sind noch am Anfang, und vielleicht erlauben Sie uns einen Blick hinter die Zimmertür.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Was hat das mit Lissabon zu tun?)

– „Was hat das mit Lissabon zu tun?“, höre ich den Europaminister fragen. – Genau darum geht es, wie sich Hessen dafür einsetzt, dass wir die neuen Freiheiten auch nutzen. Sie haben schon jetzt den dritten Antrag in den Landtag eingebracht, der sich mit Europa beschäftigt. Ich habe aber noch nicht einmal gehört, welche Zielrichtung Ihre Europapolitik nehmen will.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wäre doch ein hervorragendes Anliegen, wenn sich die hessische FDP darum bemühen würde, hier an verantwortlicher Stelle mitzuarbeiten.

Ein Punkt, an dem Sie mitgearbeitet haben, hat heute Morgen, vor zwei Stunden, bei der Diskussion um Opel schon einmal eine Rolle gespielt. Da ging es um eine Pressemitteilung, die Sie, Herr Europaminister Jörg-Uwe Hahn, gemeinsam mit dem Wirtschaftsminister Dieter Posch herausgegeben haben. In dieser Pressemitteilung haben Sie sich gegen die Absicht der EU-Kommission gewandt, ab dem Jahr 2012 die Grenzwerte für leichte Nutzfahrzeuge herabzusetzen. Das sind im allgemeinen Sprachgebrauch die Sprinter, diese kleinen Dinger, die auf der Autobahn immer mit überhöhter Geschwindigkeit an einem vorbeipreschen und die zunehmend genutzt werden, um Lkw-Fahrverbote auszuhebeln.

Die EU-Kommission möchte, dass diese Sprinter künftig weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen verbreiten. Ab 2012 soll die Emission auf 175 g pro Kilometer gesenkt werden, ab 2015 auf 160 g pro Kilometer. Das ist wahrhaft kein ehrgeiziges Projekt, aber aus meiner Sicht bitter nötig, um den Klimawandel zu bekämpfen und der Autoindustrie eine Richtung zu geben, ihr vorzugeben, wo wir denn künftig hinwollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hätte mir gewünscht, dass die beiden Herren Minister der FDP aus der Debatte von heute Morgen ein bisschen gelernt hätten. Wir brauchen eine vernünftige Richtung, wohin sich Autoindustrie entwickeln muss. Wir brauchen eine vernünftige Richtung, wohin sich der Wachstumsmarkt der Zukunft entwickeln soll. Wenn Sie jetzt erklä-

ren, der CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Autos solle auf gar keinen Fall gesenkt werden, denn angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage sei dies jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, der Automobilbranche weitere Belastungen aufzubürden – so lautet Ihre Begründung –, ist festzustellen: Meine Herren von der FDP, wenn Sie so weitermachen, dann wird das hessische Zimmer in dem Haus Europa nicht nur vermietet und verqualmt sein, sondern es wird auch nicht die einfachsten Stellschrauben für den Klimawandel haben. – Nein, Sie machen es noch schlimmer: Sie nageln das Fenster zu für technologische Entwicklungen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie nehmen nicht zur Kenntnis, dass der Wachstumsmarkt der Zukunft in der Umwelttechnologie liegt und dass wir in der Automobilindustrie technische Innovationen brauchen, um die Herausforderungen des Klimawandels zu regeln. Sie nehmen nicht zur Kenntnis, dass die erneuerbaren Energien und die Einsparttechnologien die Märkte der Zukunft sind.

All diese Chancen blenden Sie aus, wenn Sie dieses Fenster zunageln. Ich finde, das haben wir in Hessen nicht verdient. Wir sollten doch versuchen, diese Märkte zu nutzen. Das sind die Wachstumsmärkte der Zukunft, wo auch in Zukunft Arbeitsplätze geschaffen werden. Sie sollten die Chancen, die uns Europa bietet, nicht ausblenden. Wenn die Europäische Kommission schon einmal den Mut hat, zu sagen: „In diese Richtung wollen wir die technologische Entwicklung vorantreiben“, sich dann der Wirtschaftsminister und der Europaminister zusammen ins Bremserhäuschen setzen und sagen: „Da wollen wir auf keinen Fall hin“, dann sollten Sie noch einmal überlegen, wohin Sie mit der Europapolitik für Hessen wollen.

Aus unserer Sicht brauchen wir ein helles, ein frisches, ein für die Zukunft offenes Zimmer, ein für die Zukunfts- und Wachstumstechnologien offenes Zimmer. Wir brauchen nicht nur Rechtsklarheit und Subsidiarität im neuen Haus in Europa und im neuen hessischen Zimmer. Herr Minister Hahn, wenn Sie Ihre Vision darauf lenken könnten, dass wir uns für die Arbeitsplätze in Hessen und für eine gerechte und gute Umweltpolitik einsetzen, dann hätten wir etwas gewonnen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Frau Kollegin Erfurth. – Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt Herr van Ooyen das Wort.

#### **Willi van Ooyen (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Blum, es wäre sicherlich hilfreich gewesen, wenn Sie gesagt hätten, dass Sie diese Begleitgesetze eigentlich den LINKEN verdanken. Denn ohne dass wir das Bundesverfassungsgericht angerufen hätten, wäre es auch nicht zu Begleitgesetzen gekommen, Frau Erfurth, von denen Sie sagen, dass sie Europa für uns transparenter und mitgestaltbarer machen würden. Wir würden es uns gerne zugute schreiben, dass wir aufgrund der Intervention beim Bundesverfassungsgericht dafür verantwortlich sind.

(Aloys Lenz (CDU): Das haben Sie mit Herrn Gauweiler gemeinsam!)

– Auch mit Herrn Gauweiler. Das passiert manchmal. Das kann man nicht immer verhindern. Wir haben dafür gesorgt, dass Sie jetzt sagen können: Jetzt ist Europa transparenter. Wir können mehr mitbestimmen und mehr mitwirken.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Das heißt, Sie klagen nicht mehr?)

Das war am Anfang für Sie überhaupt kein Problem. Denn Sie haben den Vertrag von Lissabon zu viert einfach so durchgewunken, ohne auf die Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten einzugehen. Es ist also der Klage der LINKEN zu verdanken, dass die Selbstentmachtung der Legislative in Bezug auf den europäischen Gesetzgebungs- und Entscheidungsprozess gestoppt wurde. Damit ist unter anderem sichergestellt, dass die Bundeswehr weiterhin nur auf ausdrücklichen Beschluss des Bundestages eingesetzt werden darf. Die bisher im Vertrag von Lissabon und mit dem deutschen Begleitgesetz vorgesehene Aushebelung der Beteiligung des Bundestages bei Militäreinsätzen der EU ist somit für verfassungswidrig erklärt worden.

(Beifall bei der LINKEN)

DIE LINKE sieht mit diesem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die parlamentarischen und außerparlamentarischen Möglichkeiten gestärkt, die marktradikale, unsoziale, militaristische Ausrichtung des EU-Vertrages zu korrigieren.

(Aloys Lenz (CDU): Aber bitte!)

Das Gericht macht deutlich, dass den Mitgliedstaaten ausreichend Raum zur politischen Gestaltung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebensverhältnisse bleiben muss. Im Urteil wird auch klargestellt, dass europäische Entscheidungen unantastbare Grundrechte, wie den Schutz der Menschenwürde, zu beachten haben, und der Vertrag von Lissabon demzufolge sozialer und demokratischer angewandt werden muss.

Jetzt sage ich Ihnen, was das eigentliche Problem ist. Alle vier Fraktionen – Union, SPD, FDP und GRÜNE – haben den Vertrag von Lissabon so angenommen, wie er war. Es gab keine Bedenken. Es hat Sie überhaupt nicht bewegt, dass die Rechte des Bundestages und des Bundesrates eingeschränkt worden wären. Nur DIE LINKE ist deshalb vor das Bundesverfassungsgericht gezogen. Jetzt haben der Bundestag und der Bundesrat mehr Rechte. Dafür könnten Sie uns eigentlich sehr dankbar sein.

(Zurufe der Abg. Günter Rudolph (SPD) und Leif Blum (FDP))

Joschka Fischer von den GRÜNEN hat gesagt, er käme sich, wenn er das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes liest, vor wie bei einer Sitzung der konservativen Fraktion in Großbritannien.

(Leif Blum (FDP), an den Redner gewandt: Sonst will er mit Europa nichts zu tun haben! Jetzt sollen wir dankbar sein!)

Das ist sehr interessant, denn der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes Andreas Voßkuhle hat in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ dazu Stellung genommen. Diplomatisch meinte er zu dem Satz von Joschka Fischer, dass man das nicht so ohne Weiteres sagen könnte. Aber – ich zitiere – „ein Europa der Eliten wird kaum die Basis für die Zukunft sein.“

Im Kern ist das der Unterschied zwischen uns. Die anderen vier Fraktionen wollen ein Europa der Eliten, und wir wollen ein Europa der Bevölkerung, der Bürgerinnen und Bürger.

(Aloys Lenz (CDU): Das ist doch Unsinn!)

Die Niederlande und Frankreich haben damals den Verfassungsentwurf abgelehnt. Die politische Schlussfolgerung hätte doch sein müssen: Sie schreiben eine neue Verfassung, die von allen Völkern mehrheitlich akzeptiert wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Ihre Schlussfolgerung war: Dann schreiben wir doch etwas auf, was so ähnlich ist wie eine Verfassung, und fragen die Völker nicht mehr. – Die Ausnahme ist Irland, wo das nicht ging.

Am vergangenen Wochenende habe ich mich in Paris – nicht auf der Champs-Élysées und nicht in der Rue de Rivoli, sondern in den Banlieues – mit Parlamentskollegen, mit Vertretern der sozialen Bewegung der Parteien aus Frankreich, aus Griechenland und Spanien, aber natürlich auch aus Irland getroffen. Wir haben über neue Initiativen für ein Nein der irischen LINKEN zum Vertrag von Lissabon diskutiert und auch einiges auf den Weg gebracht. Wir gehen davon aus, dass das Votum der Irländer Anfang Oktober beim Nein bleibt und wir auf diesem Wege zu einer sozialen, demokratischen und friedlichen Verfassung für ein solidarisches Europa kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

ein Europa, das an den Forderungen der französischen Revolution – Egalité, Liberté und Fraternité – anknüpft.

Glauben Sie mir – ich mache es noch einmal deutlich –: Ich will die europäische Integration wirklich, nicht weniger als Sie, aber ein Europa, das diesen Bedingungen verpflichtet ist.

(Beifall bei der LINKEN)

In dem neuen Begleitgesetz haben Sie nach unserer Auffassung drei Dinge nicht beachtet. Sie haben ausdrücklich festgelegt, dass die Bundesregierung an Stellungnahmen des Bundestages nicht gebunden ist, wenn sie aus außen- oder integrationspolitischen Gründen meint, sich darüber hinwegsetzen zu müssen. Meines Erachtens ist das ein falscher Weg.

Zweitens. Das betrifft Art. 23 des Grundgesetzes. Ich halte das auch bei einer Art von EU-Rechtsetzung für ganz wichtig, um die Integration zu befördern, ihr nicht zu schaden und die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen. Zu Recht hat das Bundesverfassungsgericht den Kerngehalt des Art. 23 als Norm herangezogen, wonach die Bundesrepublik Souveränitätsrechte auf einen übergeordneten Staatenverbund übertragen kann, ohne selbst auf ihre staatliche Souveränität verzichten zu müssen.

Der dritte Punkt ist das verfassungsrechtliche Verfahren zur Prüfung der Übereinstimmung von EU-Recht mit dem Grundgesetz. Das Bundesverfassungsgericht hat sogar empfohlen, eventuell das Grundgesetz dazu zu ändern. Den einzigen Vorschlag dazu hat DIE LINKE gemacht. Sie haben das bisher abgelehnt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben in all den Prozessen immer wieder deutlich gemacht, dass wir für Volksentscheide eintreten. Dies soll bei allen wichtigen Vertragsänderungen geschehen. Wir



wollen endlich lernen, bei wichtigen Vertragsänderungen und Entscheidungen unsere Bevölkerung zu befragen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Friedensbewegung und DIE LINKE haben sich in ihrer Kritik am EU-Verfassungsvertrag bzw. Vertrag von Lissabon aber nie von juristischen Gesichtspunkten leiten lassen. Vielmehr lehnen wir den sogenannten Reformvertrag aus politischen Gründen ab. Dabei bleibt es auch.

(Aloys Lenz (CDU): Das haben Sie mit der NPD gemeinsam!)

– Herr Lenz, ich glaube, dass Sie diesen Vergleich nicht anstellen können. Denn nationalistische Kriterien können Sie mir nicht unterstellen.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Wir lehnen den Reformvertrag aus politischen Gründen ab. Dabei bleibt es auch. Wenn Unions- und SPD-Politiker das Urteil bejubeln und meinen, damit sei jede weitere Kritik am Vertrag von Lissabon hinfällig, lügen sie sich selbst in die Tasche. Man kann sehr wohl den Vertrag ablehnen, und zwar aus friedens- und demokratiepolitischen Gründen.

Ich hatte schon in den letzten Diskussionen, die wir in diesem Hause hatten, darauf hingewiesen, aus welchen Gründen wir im Einzelnen den Vertrag von Lissabon ablehnen.

Es geht jetzt darum, dass wir natürlich auch eine ganz klare Vorstellung davon haben, welches friedliche Europa, zu dem die Friedensbewegung und auch DIE LINKE eindeutig ja sagen, wir wollen. Das heißt für uns: Wir fordern eine Europäische Union, in der gut entlohnte und sozial abgesicherte Arbeit und ein Leben in Würde für alle gesichert sind. Wir wollen eine friedliche Europäische Union, die Krieg ächtet und sich für Abrüstung, zivile Kooperation und Entwicklung einsetzt. Wir wollen eine Europäische Union, die den sozialen Fortschritt und den ökologischen Strukturwandel befördert. Wir wollen eine Europäische Union, die die Finanzmärkte einer strikten Kontrolle unterwirft. Wir wollen eine Europäische Union mit einem starken Europäischen Parlament, transparenten Entscheidungsprozessen und mehr unmittelbarer Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen eine Europäische Union, in der die Diskriminierung von Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihres Alters, ihrer Behinderung oder sexuellen Identität ausgeschlossen ist.

Wir wollen eine solidarische Erweiterung der Europäischen Union – eine Europäische Union, die eine solidarische Weltwirtschaft anstrebt und ihrer Verantwortung zur Lösung der globalen Probleme gerecht wird. Wir wollen eine Verfassung für Europa, die von den Bürgerinnen und Bürgern mitgestaltet und in einer europäischen Volksabstimmung angenommen wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir bleiben dabei – und sehen uns durch das Urteil auch bestärkt –, dass der Lissabon-Vertrag keine ausreichende Grundlage für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa gelegt hat und daher dringend verbesserungswürdig ist.

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Wir setzen auf die Iren, Herr Wintermeyer. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Quanz für die SPD-Fraktion.

### **Lothar Quanz (SPD):**

Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Besucherinnen und Besucher, meine Damen und Herren! Herr van Ooyen, ich greife zwei Dinge auf, die klargestellt werden müssen.

Erstens. Ich weise entschieden zurück, dass die EU eine militaristische Ausrichtung hat.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU)

Die EU ist im Rahmen von UNO und NATO an Einsätzen beteiligt, die friedenserhaltende Maßnahmen und friedenssichernde Maßnahmen betreffen. Ich sage Ihnen eines: Hätten die EU und die NATO in Jugoslawien früher eingegriffen, wäre tausendfaches Leid erspart geblieben.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Zweitens. Wer sagt, den Vertrag von Lissabon könne man auch ablehnen – Sie fordern quasi dazu auf, dass die Bevölkerung in Irland das in einem zweiten Referendum ablehnt –, der stoppt den Integrationsprozess insgesamt. Dann sind all Ihre Ziele, die Sie eben noch formuliert haben, obsolet. Man muss Hindernisse aus dem Weg räumen. Wir müssen klare Kriterien für die Weiterentwicklung finden. Aber die Chance, dass Europa sich weiterentwickelt, kaputt zu machen, ist Ihr Ansatz. Ihn gehen die anderen Parteien zu Recht nicht mit.

(Beifall bei der SPD, der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kollegin Erfurth, Sie sprechen vom Haus Europa und dem Zimmer Hessens. Ich fasse in einem Satz zusammen: Um dieses Haus, in dem 400 Millionen Menschen leben dürfen, beneiden uns andere Regionen in der ganzen Welt. Dieses Haus ist wohltemperiert, bietet viel Sicherheit, viel Schutz, Wohlstand und Frieden. Das ist nicht vom Himmel gefallen, sondern es ist die Politik, die gesagt hat: Frieden immer, aber Krieg nicht mehr, Wohlstand für viele, nationale Grenzen behindern das. Wir wollen die Einigung und die Integration, neue Chancen eröffnen – auch für Jugend, für Technologie und Entwicklung.

Deshalb sollten wir nicht das Kleinkarierte in den Mittelpunkt der Reden stellen, sondern – wenn ich mir Ihre Seite ansehe, Frau Osterburg – diese Erfolgsgeschichte um ein neues Kapitel erweitern. Darum geht es jetzt.

Der Lissabon-Vertrag bietet eine neue Chance für eine Weiterentwicklung. Wir sind da ein ganzes Stück vorangekommen. Was macht denn die Attraktivität der EU aus? – Aus 6, aus 15, aus 27 Staaten werden mehr. Kroatien klopft an. Andere Staaten werden folgen. Was macht diese EU aus? – Natürlich das, was ich eben erwähnt habe, nämlich Frieden und Wohlstand. Aber da ist noch mehr. Umweltstandards, Arbeitsschutzstandards, und dass wir besser aus der Krise gekommen sind als andere. Ich weiß nicht, wer sein Vermögen zum Teil in Schweizer Franken angelegt hatte. Der hat sich dann gewundert. Ähnlich ist es auch beim Verhältnis zum Dollar. Es gab immer skeptische Stimmen. Der Euro hat deutlich an Wert gegenüber dem Dollar zugenommen. Da gibt es vieles mehr.

Gerade aus hessischer Sicht ist die EU-Geschichte eine besondere Erfolgsgeschichte. Nicht nur, dass der geografische Mittelpunkt der EU jetzt in Hessen liegt – das ist ein Symbol –, sondern es gibt außer Symbolen auch harte Fakten, was Hessen in Europa ausmacht: die Zentralbank, europäische Finanzaufsichten, natürlich auch, was Frankfurt insgesamt als ein Zentrum Europas ausmacht: die Verkehrsgeografie, der Flughafen und vieles mehr.

Europa hat die Chance zur Weiterentwicklung – auch in Richtung mehr Demokratie. Da bietet natürlich der Vertrag von Lissabon gute Ansätze. Das betrifft die Stärkung des Parlaments und die kommunale Selbstverwaltung, die Stärkung der Rechte des AdR, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und vieles mehr. Diese neuen Chancen gilt es zu nutzen. Deshalb ist es wichtig, dass wir nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts jetzt über eine neue Gesetzgebung die Chance haben, auch die Demokratisierung des Prozesses innerhalb unseres Landes ein gutes Stück voranzubringen. Die Begleitgesetze sind dazu angetan, sowohl die Rechte des Bundestages als auch – das ist für uns besonders wichtig – die Rechte des Bundesrates zu stärken. Wir sind damit direkt beteiligt, durch Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte. Diese neuen Chancen wollen wir nutzen.

Ich fand es schon bemerkenswert, dass sich bei der Diskussion um diese Begleitgesetze plötzlich eine recht merkwürdige, aber doch nicht neue Koalition der Skeptiker gebildet hat. Wenn die CSU auch im Europaausschuss gegen Anträge der Koalition stimmt und immer noch von einem völkerrechtlichen Vorbehalt spricht oder das imperative Mandat für das Festlegen der Regierung in Brüssel vorsieht, dann ist das wenig angetan, tatsächlich konsensorientiert die weitere Entwicklung zu begleiten. Dass DIE LINKE dabei mitgestimmt hat, wissen wir.

Ganz entscheidend ist aber, dass das Bundesverfassungsgericht im Kern noch einmal bejaht hat, dass der Lissabon-Vertrag mit dem Grundgesetz selbstverständlich vereinbar ist. Der Nachbesserungsbedarf tut gut in Richtung Demokratisierung – auch in Richtung Mitwirkung im föderalen System der Bundesrepublik für die Länder. Wenn wir von der Weiterentwicklung Europas reden, dann gebe ich Ihnen Recht, Frau Erfurth, dass man Ziele formulieren muss. Da muss man einiges mitteilen, in welcher Richtung wir das gern sehen würde. Deshalb verweise ich noch einmal auf unseren Antrag und gehe auf wenige Aspekte unseres Antrags ein, der im Europaausschuss liegt und über den wir in der nächsten Woche verhandeln werden.

Dieser Antrag weist zu Recht auf die Lissabonner Ziele hin. Er weist auf eine wettbewerbsfähige, wissenschaftsbasierte wirtschaftliche Weiterentwicklung hin: mehr Gelder für Wissenschaft, für Forschung und Entwicklung. Da sind wir nicht gut. Da steht Deutschland im Konzert der Mitbewerber und auch unserer Partner eben nicht gut da. Ich verweise darauf, dass Europa ein Hort der Stabilität erneuert werden und sich weiterentwickeln muss. Da stellen sich schon Fragen nach der Finanzaufsicht. Da stellen sich auch Fragen nach den Finanzprodukten. Da stellen sich schon Fragen, was die Boni angeht und was Beteiligung und auch Vermögenserwerb bei der breiten Bevölkerung angeht.

Da bin ich sehr sicher: Ein Europa, das bei den Bürgerinnen und Bürgern mehr Akzeptanz und mehr Interesse finden muss, kann nur ein soziales Europa sein.

(Beifall bei der SPD)

Im Rahmen einer Weiterentwicklung der Finanzsysteme hat sich eines gezeigt, nämlich dass das deutsche Bankensystem mit der festen Säule der öffentlich-rechtlichen Banken und Sparkassen das solideste war. Ich habe die Diskussion hier im Hause nicht vergessen, in der eine Partei besonders forsch war und infrage stellte, ob nicht die Sparkassen doch durch private Anlagemöglichkeiten oder Ähnliches auf den Weg in Richtung einer Privatisierung gebracht werden sollten.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Daran erinnere ich mich gerade auch noch!)

Herr Staatsminister Posch, ich bin froh, dass Sie mittlerweile, so glaube ich, einen Schwenk in der Denkhaltung eingenommen haben und dass wir heute sagen können: Es ist gut, dass es die Sparkassen gibt.

Ein Letztes. Wenn von 27 Staaten in 20 Staaten Mindestlöhne eingeführt sind, dann kann das nicht ganz falsch sein. Ich bedauere es sehr, dass wir das immer noch diskutieren. Zu einer sozialen Absicherung, zu einer sozialen Gesellschaft gehört auch, dass faire Löhne für gute Arbeit bezahlt werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb bleibt es eine Forderung, die natürlich auch auf dieser Ebene artikuliert werden muss.

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit und der Tatsache, dass ich gleich zum Ende kommen muss, gehe ich ganz kurz auf den Antrag von CDU und FDP ein. Er ist im Prinzip richtig.

(Leif Blum (FDP): Das ist aber nett!)

– Selbstverständlich, Herr Blum. – Er ist im Prinzip richtig, und wir werden ihn im Ausschuss sehr wohlwollend weiter beraten.

Ich weise auf eine weitere Forderung von uns hin, die auch schon artikuliert ist. Ich möchte geprüft sehen, wie das analog zu sehen ist, was die Beteiligungsrechte des Landesparlaments gegenüber der Landesregierung angeht. Wir wissen, dass das Land nach Art. 103 nach außen durch den Ministerpräsidenten und die Landesregierung vertreten wird. Aber ich finde es spannend, wie man unterhalb dieser Ebene einen Dialog organisiert, der Mitbestimmung, Mitwirkung, Beteiligung des Parlaments in wesentlichen Fragen der Europäischen Union begreift. Ich lade Sie herzlich ein, daran gemeinsam mitzuwirken. Auch das ist ein Beitrag für mehr Demokratisierung, aber ein wesentlicher Beitrag für die Stärkung des Landesparlaments. Da bitte ich herzlich um weitere Unterstützung.

Ein abschließendes Zitat. Frau Osterburg hat auch Herrn Barroso zitiert. Ich fand auch, dass das bedenkenswert ist, was er bei seiner Vorstellung im Europaparlament in einzelnen Ausschüssen gesagt hat. Ein Zitat zum Abschluss:

Europäische Politik muss darauf ausgerichtet sein, Ergebnisse für den Bürger zu erzielen. Nur auf diese Weise kann die Kluft zwischen der Realität der europäischen Integration und ihrer Wahrnehmung durch die Menschen geschlossen werden.

Ich glaube, es ist eine gemeinsame, aber lohnende Aufgabe für uns alle. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Staatsminister Hahn.

**Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass wir heute in dieser Debatte zur Kenntnis nehmen können, dass die große Mehrheit des Hessischen Landtags sich positiv mit dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat ausspricht. Es wird morgen ein historischer Tag sein, wenn durch die Zustimmung des Bundesrats das zweite Begleitgesetz zum Vertrag von Lissabon verabschiedet werden kann und der Bundespräsident in die Lage versetzt ist, das Gesetz auszufertigen und zum Gesetz zu erheben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was soll mit dem Begleitgesetz erreicht werden? Das Bundesverfassungsgericht hat – wir haben hierüber schon debattiert – insbesondere dem Bundestag in die Pflichtenmappe hineingeschrieben, dass man sich im Parlament künftig etwas intensiver mit Europafragen auseinandersetzen muss.

Hier möchte ich übrigens, dass die Geschichtsklitterung nicht stattfindet, Herr van Ooyen. Es waren andere, die mit diesem Kritikpunkt nach Karlsruhe gegangen sind. – Herr Kollege van Ooyen, ich will Sie nicht stören. Ich wollte nur gerade auf das reagieren, was Sie gesagt haben. Ich kann auch so lange noch warten. – Vielen Dank.

Sie hatten eben dargestellt, dass wir es der Partei der LINKEN verdanken, dass wir diese Debatte führen. Das ist schlicht falsch. Die Partei der LINKEN hat sich nicht mit den formalen Themen auseinandergesetzt, als sie nach Karlsruhe gegangen ist, sondern die Partei der LINKEN wollte, dass der Lissabon-Vertrag vom Grunde her, radikal aufgehoben werden soll. Herr van Ooyen, die LINKEN haben vor dem Bundesverfassungsgericht verloren, und zwar haben die LINKEN Gott sei Dank vor dem Bundesverfassungsgericht verloren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Der Lissabon-Vertrag ist mit dem Grundgesetz vereinbar. Das ist der erste Satz, den der Präsident bei der Verkündung des Urteils gesagt hat. Ich halte es schon für eine beachtliche Chuzpe, wenn Sie, Herr van Ooyen, sich hierher stellen und meinen, dass die LINKEN auch nur ansatzweise etwas mit der nunmehr demokratisierenden Diskussion in Deutschland zu tun hätten. Sie sind die Europafeinde. Sie sind die Feinde eines gemeinsamen Europas. Sie möchten Ihre eigene Suppe löffeln, und das können Sie auch alleine tun, aber nicht zusammen mit Deutschland.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich halte es für nicht mehr durchgehbar in einem deutschen Parlament, dass ein Abgeordneter hier der Europäischen Union die Friedensfreundlichkeit abspricht.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Aufrüstung!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es mag vielleicht manche ärgern – jetzt werde ich polemisch –, aber gerade weil es die Europäische Union gibt, ist vor 20 Jahren die Mauer gefallen, Herr van Ooyen. Das ist ein Frie-

denswert an sich, und den haben wir auf vielen Ebenen, auch gemeinsam mit dem Vizepräsidenten vor vier Wochen im Museum Schiffersgrund, begangen und gemeinsam gefeiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weil Europa eine Friedensvereinigung ist, weil es eine Wertegemeinschaft ist, haben die Menschen, die nicht die Freiheit hatten, die in der DDR gelebt haben, gemerkt, dass sie die Mauern herunterstoßen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damals waren die Liberalen, die Sozialdemokraten, die GRÜNEN und die Konservativen dabei gewesen, und zwar auf der richtigen Seite, Herr Kollege van Ooyen. Ich will das noch einmal zu Protokoll geben; denn ich kann es nicht mehr akzeptieren, dass Sie immer so tun, als ob Sie die Friedens-tauglichkeit hätten. Ihre Partei und die Geschichte Ihrer Partei zeigen, dass Sie leider vollkommen falsch liegen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Ich hatte vor der Sommerpause vor diesem Parlament berichtet. Wir haben als Hessische Landesregierung den Prozess der Erarbeitung des Begleitgesetzes sehr ernst genommen. Wir hatten damals, und haben es heute noch, eine Reihe von Axiomen aufgestellt, die für uns unumstößlich in dem Prozess sind.

Lassen Sie sie mich sehr kurz wiederholen: Erstens. Schaffung eines einheitlichen Mitwirkungsgesetzes, d. h.: alles in einem Europagesetz. Zweitens. Gesetzliche Einheitslösung der Fallgruppen, alles per Gesetz. Drittens. Vollumfängliche Ausschöpfung des Lissabon-Urteils zur Stärkung des Bundesrates, aber ohne dass auf das Urteil draufgesattelt wird. Viertens. Weitgehende Gleichstellung des Bundesrates mit dem Bundestag. Fünftens. Weisungsrecht von Bundestag und Bundesrat im Notbremseverfahren. Sechstens. Umfassende Regelung der Fallgruppe der sogenannten blankettartigen Kompetenzerweiterungsklausel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin sehr froh darüber, dass es in den Verhandlungen in der Sommerpause geglückt ist, dass alle Länder diese Vorstellungen, die wir als Hessische Landesregierung entwickelt haben – hier sage ich insbesondere Dank an unsere Staatssekretärin Nicola Beer –, übernommen haben und dass wir am Ende des Prozesses sagen können, dass die Länderseite in der Diskussion mit dem Bundestag mit einer Stimme gesprochen hat und zu einem guten Ergebnis gekommen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich möchte es jetzt nicht wiederholen, weil es sowohl Kollege Blum wie auch die anderen Vorredner bereits getan haben. Ich will deshalb darauf hinweisen, dass es nunmehr an uns liegt, nachdem morgen der Bundesrat – ich bin mir sicher, mit einer großen Mehrheit; ich sage Ihnen zu, auf alle Fälle mit den Stimmen des Landes Hessen – das zweite Begleitgesetz verabschiedet, auf den verschiedenen Ebenen neue Arbeitsstrukturen zu suchen. Ich schaue sehr bewusst den Vorsitzenden unseres Europaausschusses an, Herrn Kollegen Lenz.

Natürlich wird es jetzt eine neue Debatte auch in diesem Hause darüber geben müssen, wie das Parlament, wie Sie in den Diskussions- und insbesondere in den Entscheidungsprozess einbezogen werden. Das klappt bei manchen Dingen, wo wir eine Entscheidung auf Bundesrats-ebene an die Länder herangezogen haben, nicht mehr so,



dass wir das nachrichtlich machen. Es wird sicherlich Situationen geben müssen, wo es trotzdem nur nachrichtlich sein kann. Aber ich sage ausdrücklich für die Hessische Landesregierung: Wir werden jetzt gemeinsam einen Weg suchen müssen, und wir werden ihn auch finden, indem wir einen Austausch der Informationen nicht nur organisieren, sondern indem wir auch Sie, das Parlament, in den Entscheidungsprozess einbeziehen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich halte das auch für möglich. Ich weiß, es gibt verfassungsrechtliche Bedenken innerhalb der Landesregierung. Der Chef der Staatskanzlei muss immer darauf hinweisen – das ist schon seit Jahrzehnten so gewesen. Auf der anderen Seite haben z. B. die Baden-Württemberger bewiesen, dass sie diese staatsrechtlichen Probleme in irgendeiner Weise praktisch lösen können.

Auf der nächsten Ebene wird es nach meiner Auffassung noch schwieriger werden. Wir werden einen neuen Abstimmungsprozess zwischen den Ländern organisieren müssen. In den Themenbereichen, die wir jetzt in die Verantwortung der Länder übertragen haben, können wir nicht mit 16 verschiedenen Meinungen nach Brüssel fahren. Es ist natürlich notwendig, einen Abstimmungsprozess durchzuführen, damit der, der die Länder vertritt, mit einer Meinung, und zwar mit einer abgestimmten Meinung, nach Brüssel fahren kann. Das wird eine spannende Diskussion werden. Ich bin mir aber sicher, dass die Vorbereitungen in den letzten Tagen dazu führen, dass wir ein gemeinsames Konzept erarbeiten und dann auch umsetzen können.

Das Schwierigste wird der Abstimmungsprozess zwischen den Ländern und dem Bundestag bzw. zwischen den Ländern und der Bundesregierung werden. Natürlicherweise gibt es da verschiedene Interessenlager, und selbstverständlich meint die Bundesregierung, dass sie einen Alleinvertretungsanspruch hat. Den hat sie nach unserem Grundgesetz ja auch. Sie muss dieses Recht jetzt an einigen Punkten abgeben. Ich bin mir aber sehr sicher, dass wir es schaffen werden, eine neue Europapolitik in Deutschland zu organisieren, da wir bei vielen europäischen Themen endlich etwas zu sagen haben. Wir haben in den letzten Monaten verstärkt – in Wahlkampfzeiten ist das manchmal so –, aber auch in den Jahren davor als Deutsche zu vielen Punkten mehr als eine Meinung in den europäischen Prozess eingebracht.

Ich möchte mit dem Thema schließen, mit dem auch Herr Vizepräsident Lothar Quanz seine Rede geschlossen hat: der Finanzmarkt. Sie haben mit Recht auf das Drei-Säulen-Modell hingewiesen, das wir in Deutschland haben. Ich habe den Europaausschuss darüber in Kenntnis gesetzt, dass die hessische Landesvertretung kurz vor der Sommerpause eine entsprechende Informationsveranstaltung hierzu in unseren heiligen und warmen Räumen durchführt, bei der auf meine Einladung der Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen, Herr Grandke, und auch der Vorstandsvorsitzende der Hessischen Landesbank gesprochen haben. Viele in Brüssel waren überrascht darüber, dass es eine entsprechende Organisationsstruktur im Finanzwesen in Deutschland gibt, und viele kamen nach der Veranstaltung zu uns und haben gesagt: Jetzt verstehen wir ein bisschen besser, warum ihr in Deutschland die Finanzkrise mit ein bisschen weniger Schaden durchstehen konntet, als das in anderen Ländern der Fall war. – Das heißt also auch: Export von Strukturen, die sich bei uns bewährt haben.

Ich bedanke mich für die überwältigende Unterstützung der Arbeits- und Handlungsweise der Landesregierung an diesem Punkt. Ich sage noch einmal ausdrücklich Dank an Frau Beer und an die Männer und Frauen in den Abteilungen in Wiesbaden und in Brüssel, die diese Arbeit in der Sommerpause leisten mussten. Das war eine besondere Herausforderung, die uns das Bundesverfassungsgericht vorgegeben hat.

Verehrter Herr Kollege van Ooyen, eines wollten wir als verantwortungsbewusste Politiker in Deutschland nicht: Wir wollten nicht, dass Deutschland vor der Entscheidung in Irland durch einen Parteienkrieg europaanwürdig werden würde. Ich glaube, wir haben gezeigt, dass wir in Deutschland europafähig sind. Das wird eine gute Vorlage für eine hoffentlich auch in Irland positive Abstimmung sein. – Vielen herzlichen Dank für die Unterstützung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Vereinbarungsgemäß überweisen wir den Antrag Drucks. 18/1065 zur weiteren Behandlung an den Europaausschuss.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Tagesordnungspunkt 17** auf:

#### **Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Viertes Hessisches Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetz zur Änderung des Hessischen Landesplanungsgesetzes – Drucks. 18/1056 –**

Vereinbarte Redezeit: siebeneinhalb Minuten. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Hammann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben bereits im ersten Halbjahr drei Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetze eingebracht. Wir wollen mit diesen Gesetzen erreichen, dass die Kohlendioxidemissionen in Hessen deutlich zurückgehen. Wir wollen eine Reduktion um 40 % bis zum Jahre 2020 erreichen.

Wir legen Ihnen heute ein Viertes Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetz vor, mit dem wir die Gesetzentwürfe, die wir eingebracht haben, massiv unterstützen wollen, um dieses Ziel zu erreichen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Vierte Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetz wird die hessische Landesplanung beeinflussen. Wir wollen den erneuerbaren Energien Vorrang einräumen, und wir wollen gleichzeitig ineffiziente Großkraftwerke, wozu auch das Kraftwerk Staudinger zählt, verhindern. Das ist für uns ganz wichtig. Ein weiterer Bereich, den wir planerisch verändern wollen, ist der Siedlungs- und Verkehrsbereich. Meine Damen und Herren, dieser Gesetzentwurf unterstützt aber nicht nur den dringend notwendigen Klimaschutz, sondern auch unser grünes Ziel, die hessische Stromversorgung bis Jahr 2030 zu 100 % auf erneuerbare Energien umzustellen. Wir verbinden das mit der Schaffung von 40.000 neuen Arbeitsplätzen im Umweltbereich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in unserem Gesetzentwurf auch berücksichtigt, dass es seit der Erstellung unseres Energiekonzeptes in Hessen leider weder Fortschritte beim Ausbau der erneuerbaren Energien noch Verbesserungen im Bereich der Energieeffizienz und der Energieeinsparung gegeben hat. Das möchte ich an einem Beispiel darstellen. Im ersten Halbjahr 2009 wurden in Hessen fünf Windkraftanlagen mit einer Leistung von 8,8 MW ans Netz genommen. Bundesweit waren es 401 Anlagen mit insgesamt 802 MW. Hessen liegt damit bei einem Anteil von knapp über 1 %. Wenn wir in unser Nachbarland Rheinland-Pfalz schauen, dann können wir feststellen, dass im gleichen Zeitraum die doppelte Menge Anlagen ans Netz gegangen ist.

Meine Damen und Herren, hier ist eine Veränderung dringend notwendig, und es ist auch bedauerlich – das habe ich eingangs schon erwähnt –, dass es nicht gelungen ist, in Hessen in der Zeit seit der Erstellung unseres Konzeptes den Stromverbrauch deutlich zu senken. Als wir unser Konzept erstellt haben, mussten wir einen Verbrauch von 35 Terawattstunden zugrunde legen. Leider müssen wir feststellen, dass der Verbrauch im Jahr 2007 auf 41 Terawattstunden gestiegen ist. Dadurch ist der Ausbau erneuerbarer Energien umso dringender geworden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, unser Gesetzentwurf dient der Modernisierung der hessischen Energieversorgung, dem Klimaschutz und einer modernen und damit nachhaltigen Wirtschaftsweise. Wir wollen erreichen, dass in Hessen bis zum Jahr 2020 eine Stromleistung von 4.500 MWh aus Windkraft installiert wird. Das entspricht der Leistung des Kohlekraftwerks Staudinger und des Atomkraftwerks in Biblis – zusammengenommen.

Unser Gesetzentwurf schlägt dazu erstmals vor, auch Grundsätze der Raumordnung in das Landesplanungsgesetz aufzunehmen. Der erste und ganz wichtige Grundsatz lautet, dass die erneuerbaren Energien endlich Vorrang erhalten. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Selbst Ministerpräsident Koch redet davon, dass Hessen zu einem Musterland für erneuerbare Energien werden soll. Leider haben wir von ihm bisher aber nur Ankündigungen gehört, und wir müssen feststellen, dass sich in diesem Bereich kaum etwas getan hat. Der Anteil erneuerbarer Energien ist nur ganz marginal gestiegen. Wir sind noch weit von dem entfernt, was Hessen erbringen könnte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie können uns daher wirklich dankbar sein, denn einzig und allein die Oppositionsparteien haben sich hier Mühe gemacht, Ideen vorgetragen und Gesetzentwürfe eingebracht. Wir hoffen, dass Sie das ernst nehmen, was wir hier tun; denn unser Ziel ist tatsächlich, in diesem Bereich etwas zu verändern, eine sichere Energieversorgung in Hessen aus erneuerbaren Energien zu erreichen und massiv Klimaschutz zu betreiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir wollen den Bau ineffizienter Kraftwerke verhindern. Dazu gehört das Kraftwerk Staudinger. Wenn unser Gesetzentwurf eine Mehrheit finden sollte, und es gäbe noch keine Genehmigung für dieses Kraftwerk, würde das auch bedeuten, dass diese Neuplanung niemals realisiert würde.

Aber zu unseren Grundsätzen gehört auch, dass die Stromleitungen dort, wo es möglich und vorteilhaft ist, unterirdisch verlegt werden. Das müsste gerade denen entgegenkommen, die sich immer an den Masten in der Natur stören. Wir hoffen also auch hier auf Ihr Entgegenkommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiterer in unserem Gesetzentwurf formulierter Grundsatz betrifft den Verkehrssektor. Gerade in diesem Sektor müssen in Hessen CO<sub>2</sub>-Einsparungen erbracht werden; denn es gibt kaum ein Bundesland, in dem der Verkehrsanteil am Ausstoß von Kohlendioxid höher ist als bei uns.

(Zuruf von der FDP: Hessen ist ein Transitland!)

Leider müssen wir feststellen, dass die Landesregierung diesen Faktor einfach ausblendet. Zaghafte Klimaschutzbemühungen sind für uns erkennbar. Aber auch Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich beim Energieverbrauch alles nur auf Strom und Wärme konzentriert. Der Anteil des Verkehrs wird völlig ausgeblendet. Dem wollen wir über die Änderung des Landesplanungsgesetzes entgegensteuern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns ist ganz klar, dass effiziente Motoren und Elektromobilität sehr wichtig sind. Man erkennt es auch auf der IAA in Frankfurt: Die Autoindustrie zeigt sich in einem grünen Mäntelchen. Auch hier hat man die Zeichen der Zeit erkannt. Wir sagen, es ist ganz wichtig, dass sich in diesem Bereich etwas tut.

Aber um wirklich zu einer Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes im Verkehrssektor zu kommen, ist es mindestens genauso wichtig, die Siedlungsstruktur künftig dahin gehend zu beeinflussen, dass kurze Wege und eine wohnortnahe Versorgung ermöglicht werden. Auf diese Weise kann Verkehr vermieden werden.

An zweiter Stelle kommt die Verlagerung des Verkehrs auf den Umweltverbund. Dazu gehören Bahn-, Bus-, Fahrrad- und Fußverkehr. Deshalb sorgen wir in unserem Gesetzentwurf dafür, dass im Landesplanungsgesetz diese Verkehre Vorrang vor immer neuen Straßenbauvorhaben erhalten.

Es ist klar: Ein hohes Mobilitätsniveau lässt sich auch klimafreundlich gestalten, und die Vorschläge dazu liegen schon lange auf dem Tisch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In unserem Gesetzentwurf ist ein weiterer Grundsatz zu finden: Wir wollen auch die Breitbandversorgung in der Landesplanung verankert wissen. Sie soll hier ebenfalls einen Vorrang erhalten.

Mit weiteren Grundsätzen sorgen wir dafür, dass bei der Entwicklung von Hessens Städten und Dörfern auf den Bau immer neuer Wohn- und Gewerbegebiete auf der grünen Wiese verzichtet und stattdessen die Innenentwicklung vorangetrieben wird. Wir wollen ein Netto-Null-Prinzip einführen. Das ist gar nichts Neues. Wenn man nach Baden-Württemberg schaut, stellt man fest, dass Ministerpräsident Oettinger dies für sein Land bereits formuliert hat. Ich denke, es ist angebracht, dass wir genau dies im Hessischen Landesplanungsgesetz verankern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kommen wir zu einem weiteren, für uns ganz wichtigen Grundsatz.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin, viel weiter können Sie nicht kommen. Ihre Redezeit ist erschöpft.

**Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich werde es kurz machen. – Wir haben die Windenergie. Die Potenziale in Hessen müssen genutzt werden. Sie können in unserem Gesetzentwurf lesen, dass wir statt einer festgelegten Fläche für Vorranggebiete im Landesplanungsgesetz Stromleistungen für die drei Regierungsbezirke verankern wollen.

Damit wird es uns gelingen, auf dem Weg zu unserem Ziel, in Hessen eine 100-prozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien zu etablieren, ein ganzes Stück weiterzukommen. Wir hoffen auf Ihre Unterstützung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das war wie immer entwaffnend, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Herr Kollege Görig für die Fraktion der SPD das Wort.

**Manfred Görig (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie Frau Kollegin Hammann richtig gesagt hat, ist der Klimaschutz eine Aufgabe, der wir uns widmen müssen. Ich hatte schon genug Gelegenheit, um Folgendes zum Ausdruck zu bringen: Wir wissen, dass uns nur eine gewisse Zeitspanne zur Verfügung steht, um wirklich zu handeln und bei dem, was uns im Zusammenhang mit der Änderung des Klimas erwartet, noch eingreifen zu können.

Der vorliegende Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung des Hessischen Landesplanungsgesetzes als ein wichtiger Punkt zur Sicherung der Ressourcen für erneuerbare Energien und des Vorrangs von erneuerbaren Energien vor anderen Energieträgern wird von uns begrüßt und – wenn auch nur in diesen Teilen – unterstützt.

(Zuruf des Ministers Dieter Posch)

– Herr Minister Posch, Sie werden noch hören, wohin ich will. – Wir sind uns im Ziel einig; unser Weg ist etwas anders.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ein Umweg!)

Meine Damen und Herren, Sie wissen, unser Gesetzentwurf enthielt alle vier Punkte, die die GRÜNEN uns sozusagen scheinbar präsentieren. Im Gesetzentwurf der GRÜNEN ist noch nicht alles geregelt, was bei uns drinsteht. Der Vorrang für die erneuerbaren Energien entspricht genau dem, was wir in dem Gesetzentwurf, den wir vorgelegt haben, als Ziel für die Raumordnung vorgesehen haben.

Der Unterschied beim Thema Windenergie besteht darin: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN will, dass man im Regionalplan Mittelhessen bestimmte Leistungen, z. B. 1.500 MW, vorschreibt. Wir halten unsere Variante, 1,5 % der

Landesfläche als Vorranggebiete für alle erneuerbaren Energien auszuweisen, für wesentlich flexibler sowie aufgrund der Regionalplanung für besser und regional angepasster ausführbar.

(Beifall bei der SPD)

Alle anderen Gebiete sind – wie bei Ihnen – auch in unserem Gesetzentwurf Vorranggebiete.

Frau Hammann, ich will im Einzelnen auf die anderen Punkte eingehen, die Sie sehr schnell abgehandelt haben.

Zu Punkt 4 – Grundsätze der Raumordnung –: In Verbindung mit § 16 Landesplanungsgesetz ist das Ihr Versuch, den Bau von Block 6 des Kraftwerks Staudinger in Großkrotzenburg in der jetzigen Form – ohne KWK – zu verhindern. Das gilt auch für alle anderen fossilen Kraftwerke, die gebaut werden sollen.

Es bleibt aber für mich die Frage, ob in der jetzigen rechtlichen Situation – die landesplanerische Beurteilung ist abgeschlossen – im laufenden Bundes-Immissionsschutzverfahren noch die Möglichkeit besteht, über den Weg einer Änderung am Landesplanungsgesetz den Bau von Block 6 des Kraftwerks Staudinger aufzuhalten.

An der Stelle scheiden sich die Geister. Ich denke, das müssten wir – angesichts der Phase, in der wir uns befinden – im Zusammenhang mit dem Thema Bestandsschutz diskutieren. Ich möchte gern erfahren, was die Juristen in der Anhörung dazu sagen und ob sie noch etwas für möglich halten.

Wir halten diese Ergänzung zu Staudinger und zur Effektivität von Kraftwerken dennoch auch für alle zukünftigen Kraftwerke für beachtenswert und stehen diesem Punkt positiv gegenüber. Aber wir haben an der Stelle rechtliche Bedenken.

Zu Punkt 5 – Hochspannungsübertragungsleitungen –: Sie wollen im Grundsatz festschreiben, dass diese Leitungen unterirdisch verlegt werden. Frau Hammann, das halten wir für entbehrlich; denn es gibt seit dem 07.05.2009 auf Bundesebene ein Energieleitungsausbaugesetz, in dem genau das ausgesagt wird und das z. B. – was wir begrüßen – die Speicher für elektrische Energie für zehn Jahre vom Netzentgelt befreit. Das, was Sie wollen, ist also auf Bundesebene schon geschehen.

Zu den Punkten 6 und 7 – Verkehr –: Es ist sinnvoll, den Verkehr einzubeziehen. An der Stelle sind wir bei Ihnen. Das trifft auch für die Reduzierung des Ausstoßes von CO<sub>2</sub> um 30 % zu.

Aber eines möchte ich ganz deutlich sagen – darüber habe ich mich mit dem Kollegen Frankenberger abgestimmt –: Für nicht sinnvoll halten wir es, die Bedeutung der Straßenverkehre in der Landesplanung einzuschränken. Wir wollen ein Sowohl-als-auch. Wir brauchen die Träger, deren Ausbau Sie befürworten: Schiene und Wasserstraßen. Wir brauchen aber auch die Straße. Wir wollen nicht, dass man nur auf die eine Seite setzt und die andere vernachlässigt. Das ist auch nicht sinnvoll. Wir brauchen alle Verkehrsträger, um die wirtschaftliche Entwicklung des Landes nach vorne zu bringen. Das ist aus meiner Sicht eindeutig.

Vorrang sollte die Reduzierung der Schadstoffe – von CO<sub>2</sub> – haben. Dort sind wir ein Stück vorangekommen. Der Hinweis auf Elektromobilität, Hybridfahrzeuge und Brennstoffzellenfahrzeuge ist an der Stelle richtig angebracht.



Zu den Punkten 8 und 9 – gemeindliche Bauleitplanung –: Der Grundsatz „Innenentwicklung vor Inanspruchnahme neuer Flächen“ ist im Prinzip richtig und wird von uns auch begrüßt. Aber alle anderen Grundsätze und alle anderen Festlegungen, die Sie getroffen haben, halte ich, gerade was die Entwicklungschancen im ländlichen Raum betrifft, für fehl am Platze und für nicht erforderlich. Das ist eindeutig: Es kann nicht sein, dass man sagt, es gebe nur entlang der Schienenwege Entwicklungsachsen. Was ist mit den anderen?

Sie schreiben, es gebe einen Zwang zur Sanierung. Auch dahinter würde ich ein Fragezeichen setzen. Auch bei der Flächenbegrenzung mit einem Ausgleich an anderer Stelle sind wir nicht dabei. Das wird dem Bedarf nicht gerecht. Gerade im ländlichen Raum geht das an der Wirklichkeit vorbei.

Die Innenentwicklung setzt die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger voraus. Das sollten Sie fördern, statt über die Landesplanung Druck auszuüben.

Das, was Sie zu Punkt 10 sagen, ist aus meiner Sicht überhaupt nicht verständlich. Ich bitte um eine Erklärung – der Herr Kollege hat gesagt, er will es mir erklären – der landesplanerischen Voraussetzungen für die Datenkommunikation. Welche gibt es, die man als Grundsatz festschreiben muss? Aus meiner Sicht gibt es wirtschaftliche Schwierigkeiten, nämlich dass die Netzbetreiber sagen: Lohnt es sich wirklich, das Geld für das flache Land einzusetzen? Können wir damit etwas verdienen?

Ich verweise da auf unsere Große Anfrage. Eine Förderung des ländlichen Raums, mit der die Breitbandanschlüsse auch dorthin gebracht werden, halte ich für sinnvoll. Aber ich halte die Regelung nicht für sinnvoll, weil es keine Verhinderung durch die Landesplanung gibt. Da es keine Behinderung gibt, muss man das auch nicht festschreiben. Ich denke, deshalb ist der Punkt 10 mit dem Breitbandkabel obsolet. Vielmehr ist es wichtig, mit einer Förderung die Schaffung der Breitbandkabelanschlüsse anzustoßen, damit es für die Unternehmen wirtschaftlich möglich wird, das für die Region überhaupt zu machen.

Ich komme zum letzten Punkt. Die Anpassung des Landesentwicklungsplans innerhalb von zwei Jahren ist in Ordnung. Auch das ist natürlich aufgrund dessen richtig, dass wir eine Änderung der Grundsätze der Energieerzeugung haben wollen.

Trotz aller Kritik und Ablehnung hinsichtlich des Verkehrs, der Bauleitplanung und der Punkte, die ich sagte, bei denen wir keine Notwendigkeit der Festschreibung im Landesplanungsgesetz sehen, halten wir den Gesetzentwurf, den Sie gemacht haben, hinsichtlich des Vorrangs der Nutzung erneuerbarer Energien für zielgerichtet. Frau Kollegin Hammann ist gerade nicht da. Er findet in diesem Teil, auch was die Themen Kraftwerk und Effizienz angeht, unsere Zustimmung, aber auch nur in diesem Teil. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort erhält nun Herr Abg. Schork für die Fraktion der CDU.

#### **Günter Schork (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist unstrittig, dass die Nutzung erneuerbarer Energien ausgebaut werden muss. Ich glaube, über dieses Thema brauchen wir hier nicht zu streiten. Die Frage, die sich auch im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf der GRÜNEN stellt, ist die, welchen Weg wir dabei beschreiten.

Ich verbinde damit die Frage: Ist es notwendig und sinnvoll, alles mit dem Landesplanungsgesetz regeln zu wollen, oder wäre es nicht sinnvoller, die regionalen Besonderheiten zu berücksichtigen und die kommunale Selbstverwaltung mit einzubinden? Ich glaube, der Weg, den die GRÜNEN vorgeschlagen haben, ist der falsche, da damit am Ende die kommunale Selbstverwaltung ausgehöhlt würde. Den Kommunen würden spezifische regionalpolitische Dinge weggenommen. Da würde ihnen kein Spielraum mehr belassen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir im Ausschuss über die Einzelheiten reden, können wir das noch festlegen.

Ich habe mir den Gesetzentwurf angeschaut. Ich will einige kritische Anmerkungen dazu anfügen.

In das Vorblatt zu Ihrem Gesetzentwurf haben Sie hineingeschrieben, dass die hessische Stromversorgung bis zum Jahr 2030 vollständig auf die Nutzung erneuerbarer Energien umzustellen ist. Auch in § 1a Ihres Gesetzentwurfs haben Sie hineingeschrieben, die hessische Stromerzeugung solle bis zum Jahr 2030 vollständig auf die Nutzung erneuerbarer Energien umgestellt werden. Daraus ergibt sich ein Widerspruch in sich. Wenn ich die Stromerzeugung vollständig auf die Nutzung erneuerbarer Energien umstellen will, dann genügt es – das würde zu Ihrer Terminologie passen –, alle Kraftwerke, die mit fossilen Brennstoffen den Strom erzeugen, und alle Atomkraftwerke abzustellen. Dann haben Sie nicht nur einen Anteil von 30 %, sondern Sie haben einen Anteil von 100 % der erneuerbaren Energien. Aber Sie können dann die Stromversorgung nicht mehr sicherstellen.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was für ein Niveau!)

Den Widerspruch müssen Sie aufklären.

(Beifall bei der CDU)

In § 1a Ihres Gesetzentwurfs steht:

Als Ausschlussgebiete gelten ausgewiesene Naturschutzgebiete, der Nationalpark Kellerwald-Edersee und die besonders geschützte Kernzone des Biosphärenreservats Rhön.

(Heinrich Heidel (FDP): Der Kellerwald ist schön! – Gegenruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE): Die Rhön auch!)

Als die CDU und die FDP in der Regionalversammlung Südhessen einen exakt so lautenden Beschluss gefasst haben, nämlich den, dass Naturschutzgebiete und der Geopark nicht nur nicht als Vorranggebiete für die Windenergienutzung auszuweisen, sondern sie auszunehmen sind, waren es die GRÜNEN, die dagegen vehement protestiert haben. Ich stelle fest, dass Sie sich in diesem Punkt – aber nur in diesem Punkt – dem angeschlossen haben, was wir in der Regionalversammlung bereits beschlossen haben.

Dann wollen Sie mit Ihrem Paragraphen einen neuen Begriff einführen. Da steht:

Alle anderen Bereiche gelten als Vorbehaltsgebiete.

Das steht im Zusammenhang mit der Nutzung der Windenergie. Wenn Sie das in das Landesplanungsgesetz einfügen würden, dann müssten Sie zwingend klären, was Sie mit den Vorranggebieten machen wollen, die auch im Landesplanungsgesetz stehen und die, dem folgend, in den Regionalplänen ausgewiesen werden. Wie ist das Verhältnis zwischen Vorbehaltsgebieten für die Windenergie und z. B. Vorranggebieten für den Abbau oberflächennaher Lagerstätten? Wie verhält es sich mit den Vorranggebieten für die Landwirtschaft, mit den Vorranggebieten für den Hochwasserschutz und all dem anderen, was da drinnen steht? Das müssen Sie erklären. Dafür haben wir die Ausschusssitzungen. Da können wir das machen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Hammann macht dann Fort- und Weiterbildung!)

Ich will einen weiteren Punkt anfügen. Ich zitiere jetzt:

Die besonderen funktionalen Zusammenhänge und siedlungsstrukturellen Gegebenheiten erfordern insbesondere im Ordnungsraum ein leistungsfähiges Verkehrssystem. Eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs soll durch Verkehrsvermeidung und -verlagerung auf umweltfreundlichere Verkehrssysteme erreicht werden; Ausbau und verstärkte Inanspruchnahme des öffentlichen Personennahverkehrs sollen besonders beachtet werden.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ein guter Satz!)

Jetzt kommt das zweite Zitat:

Der Inanspruchnahme regionalplanerisch bereits ausgewiesener Siedlungsbereiche ist Vorrang vor der Ausweisung zusätzlicher Siedlungsflächen einzuräumen. Eine Zersiedlung der Landschaft hat zu unterbleiben, neue Flächen für Siedlungszwecke sollen in Anbindung an vorhandene Siedlungseinheiten ausgewiesen werden.

In den Regionalplänen ist gemeindeweise der voraussichtliche Bedarf an Wohnsiedlungsflächen zu ermitteln und darzustellen.

Jetzt dürfen Sie zweimal raten, woher diese beiden Zitate stammen. Sie stehen beide in dem gültigen Landesentwicklungsplan für Hessen. Das ist also bereits Beschlusslage dieses Hauses. Deswegen bedarf es zu diesem Punkt keiner zusätzlichen Beschlussfassung und keines Vierten Hessischen Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetzes zur Änderung des Hessischen Landesplanungsgesetzes. Das ist bereits Beschlusslage dieses Hauses und bindet die Regionalversammlungen aller drei Planungsregionen. Dort wird ordnungsgemäß mit diesen Dingen umgegangen.

Ich glaube, diese wenigen Bemerkungen zu dem vorgelegten Gesetzentwurf machen deutlich, dass ein sehr hoher und intensiver Diskussionsbedarf in beiden Ausschüssen besteht. Ich freue mich auf die Diskussion und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Die nächste Wortmeldung stammt von Herrn Kollegen Rock von der Fraktion der FDP.

**René Rock (FDP):**

Die Uhr läuft ja schon. – Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Uhr fängt relativ früh an zu zählen. Ich glaube aber, die Redezeit nicht voll brauchen zu müssen, weil wir die grundsätzlichen Debatten zu den drei vorhergehenden Gesetzentwürfen schon mehr als ausführlich geführt haben.

Nun wurde der Entwurf eines Vierten Hessischen Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetzes vorgelegt, das sich speziell mit dem Hessischen Landesplanungsgesetz befasst. Worum geht es? Es geht um Vorrangflächen, Speicherorte, Großkraftwerke, Erdkabel, die Verkehrsinfrastruktur, die Zersiedlung, die Ausweisung von Siedlungsflächen, das Netto-Null-Prinzip und den Anschluss an das Breitbandkabel.

Vom Grundsatz her sind das alles keine neuen Ideen. Die Frage ist: Wie geht man das an? – Sie haben den Weg gewählt, im Landesplanungsgesetz entsprechende Vorgaben machen zu wollen.

Vom Grundsatz her glaube ich, dass es erhebliche juristische Probleme geben würde, wenn man das so machen würde. Der gesamte Ansatz ist dirigistisch. Da soll von oben reguliert werden. Sie möchte den Regionalversammlungen und damit den kommunalen Gebietskörperschaften mehr oder minder direkte Vorgaben machen, wie sie sich vor allem hinsichtlich der Vorrangflächen bzw. bei der Umsetzung des Vorhabens, 4.500 MW Strom durch Windenergie zu erzeugen, zu verhalten haben.

Wir alle wissen, dass, wenn wir die regenerativen Energien in Hessen wirklich voranbringen wollen, die Windkraft unverzichtbarer Bestandteil ist. Wenn man die statistischen Zahlen mit vielen anderen Bundesländern vergleicht, stellt man fest, dass die Solarenergie fast nichts dazu beitragen kann, um die regenerativen Energien voranzubringen, sondern fast das gesamte Rückgrat Bioenergie – wobei hier die Müllheizkraftwerke eine große Rolle spielen – und Windkraft sind. Darum haben Sie an der Stelle einen entsprechenden Schwerpunkt gesetzt.

Nur frage ich mich manchmal bei Ihren theoretischen Berechnungen, ob Sie ein bisschen die hessische Realität aus den Augen verloren haben. Ich bin Mitglied einer regionalen Planungsversammlung. Ich bin Kommunalpolitiker. Ich nehme an, auch bei den GRÜNEN wird der eine oder andere dabei sein, der die Situation in Hessen kennt. Wenn Sie solche Vorgaben machen und das für Ihre Konzepte zugrunde legen, müssen Sie doch wenigstens im Hinterkopf über die Realisierung dieser Vorhaben nachdenken.

Ich möchte ein paar Zahlen nennen. Von 1995 bis 2007 sind wir in Hessen von 100 auf 560 Windräder gekommen. Das ist eine riesige Zahl, wenn man in andere Bundesländer schaut. Das bedeutet, dass jede Windkraftanlage im Durchschnitt 850 MW Leistung hat.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Viel zu wenig!)

Das ist viel zu wenig, um überhaupt annähernd an die Ziele, die sich auch diese Landesregierung gesetzt hat, zu

kommen. Aber es ist viel, viel zu wenig, um überhaupt in Sichtweite Ihrer Zahl zu kommen.

(Widerspruch der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das letzte Jahr war für die Windkraft nicht schlecht. Es wurden 120 neue Anlagen in Hessen errichtet. Wenn man sich anschaut, wie viele dieses Jahr bereits errichtet worden sind, kann man allerdings nicht glauben, dass diese Zahl erneut zu erreichen ist. Wenn man sich das überlegt, im Jahr 120 Windkraftanlagen in Hessen, und glaubt, diese Entwicklung würde weitergehen, obwohl mancher Volkswirt sagen wird, es gibt einen abnehmenden Grenznutzen, es wird mit neuen Anlagen immer schwieriger, die Anlagen optimal zu platzieren, wir aber trotzdem annehmen, es würde mit 120 Windkraftanlagen im Jahr weitergehen, und wenn man jetzt Ihre 4.500 MW zugrunde legt, heißt das, wir müssten in Hessen 5.175 Windkraftanlagen errichten, um an diese Zahl heranzukommen.

Wenn ich mir überlege, dass das 120 Anlagen pro Jahr sind, würden wir rund 45 Jahre brauchen, um das erreichen zu können – immer unter der Prämisse, dass tatsächlich jedes Jahr 120 Anlagen errichtet werden können. Das ist ein Zeitraum, wo mit Ihren Überlegungen – Sie haben in Ihrer Presseerklärung gesagt, 2020 soll das erreicht sein – die Realität und Ihr Wunschdenken relativ weit auseinanderlaufen. Sie wissen, dass diese Landesregierung und wir Liberale sehr wohl den Klimaschutz voranbringen wollen. Aber man muss doch wenigstens versuchen, die Realität in irgendeiner Form abzubilden.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Sie erzählen draußen den Leuten immer wieder, Sie könnten dieses und jenes Kraftwerk abschalten, das wäre alles eigentlich sofort zu regeln.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben wir doch nie gesagt!)

– In Ihrer Pressemitteilung haben Sie „rein zufällig“ darauf hingewiesen, dass 4.500 MW Leistung ungefähr die Leistung ist, die Biblis und Staudinger auf die Waagschale bringen. Sie haben das in der Presseerklärung immer noch richtig dargestellt. Aber der unbedarfte Leser, der im Thema nicht richtig drin ist, würde sich wahrscheinlich überlegen: 4.500 MW Großkraftwerke, 4.500 MW Windkraft – na ja, wenn wir das hinbekommen haben, könnten wir die großen Kraftwerke abschalten.

Ich hoffe, dass Sie das wissen. Aber ich sage es für alle, die in dem Thema vielleicht nicht so drin sind, weil sie in anderen Ausschüssen tätig sind und andere Schwerpunktthemen haben. Wenn man bei diesen Windkraftanlagen eine durchschnittliche optimale Auslastung von 1.500 Stunden zugrunde legt – was nicht schlecht ist –, dann haben diese 4.500 MW am Ende des Jahres weniger Leistung erbracht als Block 6 Staudinger. Das ist auch die Wahrheit.

Das muss man den Leuten einmal sagen. Es geht nicht nur um die Peakleistung einer Anlage, sondern es geht vor allem darum, wie viel Sonne bei Solaranlagen eingestrahlt wird, wie viel Wind bei den Windrädern weht, um diese Zahlen nebeneinanderzustellen und zumindest den Eindruck zu erwecken, man stellt für 4.500 MW Windkraftanlagen hin und hat dann zwei Großkraftwerke ersetzt. Das ist in keiner Weise in der Realität so. Sie haben das in der Pressemitteilung nicht so dargestellt. Aber ich sage das, nicht dass einer auf die Idee kommt, das wäre so,

(Zurufe der Abg. Jürgen Frömmrich und Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

denn die Kilowattstunden sind am Ende das, was aus der Steckdose kommt oder als Strom gemessen wird, der aus der Steckdose kommt. Wir brauchen 45 Jahre bei jetziger Ausbaugeschwindigkeit, um diese Leistung erreichen zu können.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Kaufmann, Sie können doch hervorragend rechnen. Wenn ich Ihr Konzept zugrunde lege, dann ist immer wieder eine ganz zentrale Größe das Potenzial der Einsparung. Das ist einer der wichtigsten Bestandteile, damit Sie mit Ihren Berechnungen hinkommen. Sie haben selbst festgestellt, dass dies nicht erreicht worden ist, sondern dass die Situation gerade in die andere Richtung geht. Das heißt, Sie müssten Ihr Konzept zumindest um 20 Jahre prolongieren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU – Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Quatsch!)

Sie können uns Versäumnisse vorwerfen. Aber Sie können nicht behaupten, dass Sie Ihr Konzept bei dieser Datenlage so aufrechterhalten können. Sie müssen es anpassen. Das mag die Schuld der Industrie, der Verbraucher, der Politik sein. Aber so, wie Sie bisher argumentiert haben, können Sie es nicht, weil sich die Größen verändert haben.

Damit komme ich schon ans Ende. Wir haben mehrere Ansätze, wo wir bestimmt in einigen Punkten zueinander finden können. Aber in diesem Punkt und in der Art und Weise, wie Sie versucht haben, das im Landesplanungsgesetz unterzubringen, wird das sehr, sehr schwierig. An der Stelle sind Sie absolut auf dem Holzweg. Sie müssten einfach einmal grundsätzlich Ihre Konzepte überdenken.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf dem Weg der erneuerbaren Energien und nicht dem Holzweg!)

Der Kollege von der CDU hat das hier gesagt, und das ist mir auch in den Sinn gekommen: Wie wollen Sie die 100 % erreichen, wenn ich mir das Landesplanungsgesetz anschau, das Sie entworfen haben? Am besten alle Großkraftwerke ausschalten. Dann haben Sie 100 % regenerative Energie, aber wahrscheinlich die meisten Leute keinen Strom mehr. – Danke.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ah!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Posch, Sie haben das Wort.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf lautet „Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Viertes Hessisches Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetz zur Änderung des Hessischen Landesplanungsgesetzes“. Das ist der Grund, warum ich hier stehe. Sie versuchen, über ein untaugliches Instrument durchaus diskussionswürdige Ziele zu verwirklichen. Sie missbrauchen das Landespla-



nungsrecht damit in einer Art und Weise, die nicht der Zielsetzung des Landesplanungsrechts entspricht.

(Widerspruch des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deswegen will ich mich gar nicht kritisch mit der einen oder anderen umweltpolitischen und klimapolitischen Zielsetzung auseinandersetzen, sondern zu dieser Frage etwas sagen, ob das der richtige Weg ist, diese Ziele zu erreichen. Um das Ergebnis vorweg zu sagen: Nein.

Sie sagen unter „Lösung“:

Durch Grundsätze der Raumordnung werden Vorgaben gemacht, wie der Verbrauch von Strom, Wärme und Antriebsenergie wirksam zu reduzieren und der Ausbau und die Nutzung der erneuerbaren Energien auch in Hessen voranzutreiben ist.

Meine Damen und Herren, durch die Formulierung von Grundsätzen ist so etwas nicht möglich. Wir haben uns in anderem Zusammenhang darüber unterhalten. Ein Grundsatz ist etwas anderes. Was im einzelnen jeweiligen Genehmigungsverfahren ansteht, ob das ein Windpark oder der Bereich der Solarenergie oder was auch immer ist, unterliegt dem Abwägungsprozess. Das heißt, Sie erwecken den Eindruck, über eine Änderung des Landesplanungsgesetzes Energiepolitik betreiben zu können, was der Realität, über das Landesplanungsgesetz so etwas zu verwirklichen, nicht entspricht. Deswegen kann ich nur sagen: Das ist ein relativ unseriöses Täuschungsmanöver, was hier gemacht wird.

Das will ich an einigen Beispielen deutlich machen. Sie sprechen beispielsweise von der Frage, dass die Verkehrsinfrastruktur so aufgebaut werden soll, dass wir bezüglich des Kohlendioxidausstoßes schon bis zum Jahre 2020 gegenüber 1990 eine Reduktion von mindestens 30 % erreichen können.

Meine Damen und Herren, Sie lassen völlig außer Acht, dass das, was hier Grundlage ist, ein Bundesgesetz ist. Die Verkehrsinfrastruktur wird uns nämlich im Wesentlichen durch den Bundesverkehrswegeplan und die entsprechenden gesetzlichen Vorschriften im Wege der Auftragsverwaltung zur Abwicklung übergeben. Das heißt, Sie können ein solches Ziel – ich streite jetzt nicht über die Werthaltigkeit – überhaupt nicht erreichen.

Um ein weiteres Beispiel zu nennen, für das das Gleiche gilt: Höchst- und Hochspannungsleitungen werden unterirdisch verlegt. – Darüber können wir diskutieren und diskutieren wir auch in einem anderen Zusammenhang. Aber der Bundesgesetzgeber hat abschließend Vorgaben festgelegt. Der Bund hat das Energieleitungsausbaugesetz verabschiedet. Danach regelt sich die Frage, in welchem Umfang unterirdische Verlegung stattfinden kann. Danach regelt sich auch die Frage, inwieweit beispielsweise die Mehrkosten von der Bundesnetzagentur anerkannt werden können.

Meine Damen und Herren, auch da zeigt sich: Sie versuchen, über das Landesplanungsgesetz ein energiepolitisches Ziel zu erreichen. Dieses Ziel können Sie auf diese Art und Weise nicht erreichen.

Um es kurz zusammenfassend zu sagen: Diesen Gesetzentwurf kann man nur so erklären, dass man sich für bestimmte Anliegen verwendet – ohne damit einzugestehen, dass dieser Weg, den Sie gehen, überhaupt nicht der richtige ist. Meine Damen und Herren, das ist ein klassisches Täuschungsmanöver.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Ich sage nicht, dass der Hessische Landesentwicklungsplan nicht in Teilbereichen eine Möglichkeit bietet. Aber in diesem Zusammenhang – wenn es um die Frage der Energiepolitik geht –, wird Frau Kollegin Lautenschläger bis zum Ende dieses Jahres Vorschläge erarbeiten, wie das politische Ziel, 20 % des Endenergiebedarfs durch erneuerbare Energien in Hessen zu decken, erreicht werden kann.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da sind wir auch gespannt!)

Darüber hinaus werden wir im Zuge der Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans auch Überlegungen anstellen, wie die Nachhaltigkeitsstrategie der Landesregierung sowie die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme – die auch bundesweit ein Thema ist – weiter vorangebracht werden können.

Wir werden also über den Landesentwicklungsplan das Instrument nutzen, um diese Ziele weitgehend zu erreichen – aber nur dort, wo auch der Landesentwicklungsplan eindeutig das rechtlich richtige Instrumentarium ist.

Das, was Sie hier versuchen, ist auf diesem Wege nicht zu erreichen. Deswegen kann ich für die Landesregierung nur erklären, dass wir einem solchen Vorhaben in dieser Art und Weise nicht zustimmen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, damit ist die erste Lesung vollzogen.

Wir überwiesen diesen Gesetzentwurf zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Wirtschaftsausschuss, federführend, und an den Umweltausschuss, beteiligt. – Dem widerspricht niemand, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 18** auf:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU und der FDP für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Feiertagsgesetzes und des Hessischen Ladenöffnungsgesetzes – Drucks. 18/1063 –**

Zur Einbringung hat Herr Abg. Greilich das Wort. Bitte schön.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Diese Liberalen!)

**Wolfgang Greilich (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in diesem Hause ausführlich über die Wirtschaftskrise gesprochen. Wir haben viele Projekte auf den Weg gebracht, um aus staatlicher Sicht dazu beizutragen, die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen.

(Günter Rudolph (SPD): Deswegen brauchen wir dieses Gesetz, jawohl!)

Herr Kollege Rudolph, zuletzt haben wir uns heute Vormittag sehr lange mit den Versuchen zur Rettung von Opel beschäftigt. Vor wenigen Stunden erst haben die Vertreter Ihrer Fraktion recht vehement die Position vertreten, dass der Staat sogar mit eigenem Geld eingreifen muss.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Jetzt werden die Videotheken gerettet!)

Heute stellen wir mit unserem Gesetzentwurf zur Änderung des Hessischen Feiertagesetzes ein weiteres kleines, sehr kleines Konjunkturpaket vor.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist aber ganz kleines Karo!)

– Herr Kollege Rudolph, Sie sind auf Krakeel. Das merke ich. Aber Sie sollten zuhören, damit Sie wissen, worüber Sie sich nachher aufregen können.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Was wir machen, das ist, dass wir uns mit dem liberalen Kompass eben nicht nur um die Großen kümmern, sondern wir haben auch die kleinen Betriebe im Blick und räumen unnötige Hürden ab.

(Beifall bei der FDP)

Bereits heute sieht das Hessische Feiertagesgesetz einige Ausnahmen von der Sonn- und Feiertagsruhe vor. Mit unserem Gesetzentwurf erweitern wir diese Ausnahmen und passen die rechtlichen Rahmenbedingungen den technischen Entwicklungen an.

Zum einen – das ist ein wichtiger Teil dieses Gesetzentwurfs – sollen Videotheken am Sonntag ab 13 Uhr öffnen dürfen. Damit tragen wir einem Bedürfnis der Verbraucher, der Kunden Rechnung, die nicht begreifen können, wollen und müssen, dass sie ausgerechnet sonntags in ihrer meist sehr begrenzten Freizeit allen möglichen Interessen nachgehen können, sich aber keine Bücher oder Filme ausleihen dürfen. Das halten wir für kundenunfreundlich. Deshalb machen wir es kundenfreundlich. Damit verschaffen wir den Bürgern mehr Möglichkeiten, und gleichzeitig bieten wir denjenigen Unternehmen und Bibliotheksbetreibern, die gerne auch an Sonntagen öffnen möchten, die notwendige Gestaltungsfreiheit.

Gleichzeitig gewährleisten wir den Schutz der Sonn- und Feiertagsruhe. Generell keine Ausnahmen gibt es an den besonders hohen christlichen Feiertagen wie etwa Karfreitag oder auch Totensonntag.

Mit diesem Gesetzentwurf zeigen wir auch, dass wir wachsam sind, wenn es darum geht, Fehlentwicklungen abzustellen. So erweitern wir den generellen Ladenschluss vor Karfreitag, indem wir den Gründonnerstagabend ab 20 Uhr einbeziehen und damit Mitternachtsshopping und ähnliche Events, die von einzelnen – höchst unsensiblen – Veranstaltern gerade auf den Gründonnerstag gelegt wurden, korrigieren. Aus unserer Sicht ist das mit dem besonderen Schutz der Feiertagsruhe am Osterwochenende nicht vereinbar. Deshalb mussten wir hier reagieren.

(Günter Rudolph (SPD): Sie mussten reagieren!)

Herr Kollege Rudolph, mit diesem Gesetzentwurf nehmen wir eine weitere Änderung vor. Das bezieht sich auf den Bereich der Autowaschanlagen.

(Günter Rudolph (SPD): Das muss man sonntags machen, da haben Sie recht!)

Herr Kollege Rudolph, da sollten Sie sich besonders freuen. Denn das, was wir hier machen, ist eine Anpassung an die technische Entwicklung.

Herr Kollege Rudolph, hören Sie gut zu. Bislang gab es nur eine Genehmigungsoption für die Öffnung von vollautomatischen Portalwaschanlagen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Lenders (FDP))

Wissen Sie, seit wann das im Gesetz steht? Seit Ende 1997 – damals wurde diese Regelung von der rot-grünen Mehrheit in diesem Parlament beschlossen, mit Zustimmung der FDP.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Haben Sie einmal ausgerechnet, wie viele neue Arbeitsplätze das gibt?)

Wir haben unsere Auffassungen da auch nicht geändert. Sie offenbar schon, darauf bin ich gespannt.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Heute nehmen wir eine Anpassung vor. Während damals nur – das ist nur etwas für technische Feinschmecker – Portalwaschanlagen, bei denen das Auto steht und das Reinigungssystem bewegt wird, vollautomatisch betrieben werden konnten, geht das heute auch bei konventionellen Waschstraßen, durch die das Auto befördert wird.

Herr Kollege Rudolph, einen Grund für eine rechtliche Ungleichbehandlung beider Systeme gibt es nicht mehr. Wir passen die Gesetzeslage dem an, was Sie 1997 wollten.

Meine Damen und Herren, mit diesem Gesetzentwurf gehen wir einen weiteren – wenn auch kleinen – Schritt zur Befreiung von restriktiven Regelungen, geben den Verbrauchern ein Stück mehr Freiheit und bringen gleichzeitig konkret für zwei wichtige Branchen mit vor allem kleinen und mittelständischen Unternehmen Entbürokratisierung und größere Flexibilität.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, gerade an einem Tag, an dem wir uns sehr intensiv mit dem Thema Opel und der Frage beschäftigt haben, ob es richtig und zutreffend ist, dass der Staat mit 4,5 Milliarden € Steuergeld in die Haftung geht, gerade an einem solchen Tag ist es besonders wichtig, dass dieses Parlament ein Zeichen setzt: Wir denken auch an die kleinen Unternehmen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Rudolph für die Fraktion der SPD.

#### **Günter Rudolph (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir behandeln hier Deutschlands überflüssigsten Gesetzentwurf.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zuruf des Ministers Volker Bouffier)

– Herr Bouffier, Sie müssen ganz vorsichtig sein. Sie wissen: Die Rache der Journalisten ist das Archiv. Ich habe mir das Archiv angesehen – Sie haben im Januar 2005 im Plenum eine gute Rede gehalten. Deswegen ganz vorsichtig, Herr Innenminister, sonst zitiere ich Sie wörtlich, und dann wird es für Sie unangenehm.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Meine Damen und Herren, für den vorgelegten Gesetzentwurf gibt es weder eine sachliche Notwendigkeit noch

eine Rechtfertigung. Herr Greilich, Sie haben es auch nicht ernsthaft versucht.

Mit diesem Gesetzentwurf erreichen Sie ein Untergraben der Sonntagsruhe und höhnen aus, dass wir am Sonntag auch einmal zur Ruhe kommen können und sollen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Im Jahre 2005 haben Sie einen ähnlichen Gesetzentwurf eingebracht. Damals haben GRÜNE, CDU und SPD diesen Gesetzentwurf abgelehnt.

Unsere Position hat sich in den letzten vier Jahren nicht geändert. Warum auch? Herr Greilich, Sie schreiben in Ihrer Begründung so schön, es sei notwendig, dass man sich am Sonntag Filme ausleihen könne, weil das „eine erwünschte Voraussetzung der Freizeitgestaltung“ sei. Das ist richtig niedlich. Meine Damen und Herren, Sie können sich am Samstagabend bis 24 Uhr Filme ausleihen. Sie können das an Automateneinrichtungen rund um die Uhr tun.

Wenn also die FDP keine anderen Sorgen hat. Aber vielleicht sind Sie ein besonderer Lobbyist der Videobranche; das ist zulässig, dann sollten Sie das an dieser Stelle aber auch klar sagen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Lenders (FDP))

Deswegen gibt es dafür gar keine Rechtfertigung.

(Wortmeldung des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

– Ich habe ja gewusst, dass ich Sie noch einmal an dieses Pult bekomme.

Die Kirchen und die Arbeitnehmervertretungen haben damals gesagt: Das ist überflüssig und bringt nichts.

In Sachsen haben Sie eine Koalition mit der CDU. Das hat die CDU davon, wenn sie sich auf so etwas einlässt; dann müssen Sie solche unsinnigen Gesetze miteinander verabreden, und der Innenminister muss es vertreten, obwohl er bisher immer das genaue Gegenteil vertreten hat. Es ist bemerkenswert, wie Sie diese Rolle rückwärts schaffen, aber Sie sind ja sportlich, Sie werden das schon schaffen, Herr Innenminister Bouffier.

(Zuruf des Ministers Volker Bouffier)

In Sachsen wurde das jetzt abgeschlossen. Auch dort haben die Kirchen gesagt, das ist völlig überflüssig.

Nun zum ernsteren Teil der Veranstaltung. Herr Greilich, da Sie verfassungstreu sind wie wir, darf ich Ihnen Art. 53 der Hessischen Verfassung anempfehlen. Dort heißt es:

Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt.

(Beifall bei der SPD)

Nun können Sie sagen: Die Hessische Verfassung stammt aus dem Jahre 1946; nun hat sich der Zeitgeist geändert. – Das mag alles sein, aber so beliebig sind selbst Sie nicht, dass man jedem Zeitgeist hinterherlaufen muss. Deswegen empfehle ich Ihnen, den Wortlaut, den Geist der Hessischen Verfassung auch noch nach 63 Jahren ernst zu nehmen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es kann schon gar kein Grund sein, sich an irgendwelchen Konsuminteressen oder an materiellen Interessen einer Branche zu orientieren, die offensichtlich an wirtschaftlichen Einbußen leidet, wie dies bei der Videobranche ist.

Herr Greilich, Sie sollten konsequenterweise das amerikanische Modell übernehmen. Dann machen Sie rund um die Uhr, an sieben Tagen, alle Geschäfte auf. Wie wollen Sie erklären, dass Buchhandlungen sonntags nicht geöffnet sein dürfen? – Da könnte man noch sagen: Das Lesen von Büchern ist eine kulturelle Leistung, die gut ist, und das wollen wir dann auch ermöglichen. Stattdessen müssen Sie auf das Anschauen von vielleicht dämlichen Videofilmen rekurrieren und den Hessischen Landtag damit belästigen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zurufe von der FDP: Oh! – Zuruf des Ministers Volker Bouffier)

Ich bin an diesem Punkt in der Tat mehr als ärgerlich, weil ich glaube – heute Morgen hatten wir die Debatte zu Opel –, dass dieses Land weiß Gott andere Probleme hat, als dass die FDP bei einem so überflüssigen Punkt eine Klientelpolitik betreiben könnte, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Herr Innenminister Bouffier, es war in der Tat in der Plenarsitzung am 25. Januar 2005, als Sie in einer bemerkenswerten Klarheit gesagt haben, warum der Gesetzentwurf für Sie nicht zustimmungsfähig gewesen ist. Sie haben unter anderem auf die Hessische Verfassung verwiesen – als Verfassungsminister ist das gut. Sie haben klar gesagt, es gebe keine Begründung. Sie sind auch einer derjenigen, der sagt, man müsse dem Zeitgeist nicht hinterherrennen. Das belegen Sie, wenn Sie politisch argumentieren, täglich.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Minister Volker Bouffier: Ausgezeichnet! So viel Lob macht mich verlegen!)

– Sie wissen, süßes Lob ist immer gefährlich.

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Innenminister, deswegen bin ich weniger auf die inhaltliche Begründung von Herrn Greilich gespannt gewesen. Diese kann ich dem Gesetzentwurf entnehmen. Ich habe das Plenarprotokoll vorliegen, und ich kann alles unterschreiben, was Sie damals gesagt haben, das gilt auch noch vier Jahre später; daher bin ich jetzt ernsthaft gespannt.

Ich will Sie mit dem ernsten Teil der Angelegenheit schützen: Herr Greilich, wenn wir es uns so einfach machen, dass wir jeder Interessensgruppe so beliebig nachgeben, dann stimmt etwas nicht, auch mit Wert- und Moralvorstellungen.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Deshalb glaube ich, dass dieser Gesetzentwurf überhaupt keine Berechtigung hat. Sie geben vordergründig zeitlichen Argumenten nach. Auch die absurde Begründung, dass man sein Auto jetzt sonntags in irgendwelchen Waschanlagen waschen können müsste, ist genauso neben der Realität.

(Wolfgang Greilich (FDP): Das hat Rot-Grün beschlossen!)

Herr Greilich, es zeigt einmal mehr, dass Sie relativ beliebig sind. – Ich freue mich auf die Anhörung. Ich freue mich auf die Vertreter. Ich weiß nicht, welcher arme Kol-



lege das jetzt auch noch begründen muss, weil es in der Koalitionsvereinbarung steht.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allein an diesem Punkt sehen Sie: Wer sich mit der FDP einlässt, der hat es schwer.

(Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, deswegen wird mich Ihre rhetorische Brücke erfreuen, wie Sie dies dann darlegen werden. Unsere Position ist klar: keine sachliche Notwendigkeit. Wir rennen dem Zeitgeist nicht hinterher. Unser Wort gilt. Wir lehnen den Gesetzentwurf ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Kaufmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Das geht nicht, Herr Kollege Rudolph. Bei fünf Minuten gibt es leider keine Kurzintervention.

(Günter Rudolph (SPD): Ich weiß!)

– Das wissen Sie nicht. Sie haben mir gesagt, dass er kommen soll. Er kommt jetzt nicht, Pech gehabt.

(Günter Rudolph (SPD): Das war nur rhetorisch!)

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! All das, was Herr Kollege Rudolph schon ausgeführt hat, würde reizen, weiter blumig zu ergänzen. Ich werde das auch ein bisschen tun.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will zunächst einmal ganz ernsthaft sagen: In der Diskussion um die Ladenöffnungszeiten – die feiertagsgesetzliche Regelung gehört inhaltlich in den gleichen Kontext – haben wir alle bei diversen Debatten, die wir schon hatten, die eine oder andere Befürchtung geäußert, die sich nicht bewahrheitet hat, in allen Richtungen. Insoweit gibt es einen guten Grund, wo immer man in der Vergangenheit gestanden haben mag, zu sagen: Die Regelung, die zurzeit besteht, sollte unverändert so bleiben. – Alle haben sich, wenn Sie so wollen, zu Recht geschüttelt. Es gab am Anfang auch im Handel Versuche, an verschiedenen Stellen dies und jenes zu machen. Da hat sich jetzt eine relativ stabile Situation eingespielt. Alle sind zufrieden – nur einer nicht. Ich glaube, das ist sogar eine Person: Das ist Herr Staatsminister Hahn, früher FDP-Fraktionsvorsitzender, der nicht nur einmal, sondern wiederholt sonntagnachmittags dringend seine Videos braucht.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was sind das für Videos? – Heiterkeit)

– Ich weiß nicht, welche Videos es sind, aber der Druck scheint groß zu sein.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Bei den Videoverleihern selbst ist überhaupt kein Interesse vorhanden, weil die Relation von Aufwand zu vermutetem Ertrag am Sonntag so schlecht ist, dass niemand unter den Druck kommen will, aufmachen zu müssen, und alle froh sind, dass die Regelung so ist, wie sie ist. Nur, das können Sie in Ihren ideologischen Festlegungen nicht akzeptieren.

Meine Damen und Herren, nun kam das Unglück, wie es kommen musste. Die CDU hat ein neues Problem entdeckt – da lese ich Ihnen noch vor, was Herr Bouffier nicht nur im Jahr 2005, sondern letztmals im Jahr 2008 dem Landtag vorgetragen hat –: und das ist der Gründonnerstag.

(Günter Rudolph (SPD): Jetzt ist er weggelaufen!)

– Ich wette, er kommt wieder. – Es geht bei dem, was der Minister vorgetragen hat, also nicht nur um die Videotheken.

Was mich jetzt wundert, ist: Der Herr Innenminister ist normalerweise relativ fix darin, Probleme zu lösen. Was hindert ihn daran, den Kommunen per Erlass vorzuschlagen, jede Art von Sondernutzungen und alle genehmigungspflichtigen öffentlichen Ereignisse Gründonnerstags nach 20 Uhr nicht mehr zuzulassen? Solche Feuerwerksgeschichten usw. sind dann ade. Stattdessen kommt jetzt die CDU auf die Idee: Da müssen wir das Gesetz ändern.

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

Die FDP, die immer für mehr Freiheit und nie für weniger Freiheit ist, sagt: Na prima, aber dann kommen jetzt die hahnischen Videotheken aber wirklich und endlich rein.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Verbindung ist doch offenkundig. Man kann an dieser Stelle nur sagen: Lassen Sie es sein. Regeln Sie das Problem für den Gründonnerstag auf dem Verwaltungswege, was geht. Lassen Sie ansonsten die Finger von dem Gesetz, das sich gerade gut eingespielt hat. Für die Portalwaschanlagen gilt Ähnliches.

Herr Kollege Greilich, die Videotheken werden zunehmend sowieso noch in Probleme kommen, weil die Technik nämlich längst darüber hinweg ist und man mittlerweile seine Videos aus dem Netz herunterladen kann. Auf diese Weise kann auch der Druck des Kollegen Hahn erleichtert werden. Das brauchen wir nicht.

(Zurufe von der CDU: Na, na!)

Meine Damen und Herren, es kommt nicht so oft vor, deswegen darf ich zum Abschluss vortragen, was uns der Herr Innenminister am 28. August 2008 – das ist ein gutes Jahr her, an Goethes Geburtstag – zum Besten gegeben hat. Ich zitiere:

Herr Kollege Hahn, Sie haben recht, es gibt natürlich veränderte gesellschaftliche Umstände. Aber diese verfassungsrechtliche Grundentscheidung, von der ich ausgehe, dass niemand sie in Zweifel zieht, hat eine Grundbedeutung. Das heißt, dass an Sonn- und Feiertagen gerade nicht geöffnet wird und dass eine Ausnahme ganz besondere Bedingungen braucht.

Diese besonderen Bedingungen kann die Landesregierung beim Thema Videotheken wirklich nicht erkennen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Sie haben die Beispiele schon gehört. Sie können sich

– immer noch Originalton Volker Bouffier –

natürlich sonntags Videofilme anschauen. Das ist kein Problem. Das werden wir niemandem verbieten wollen und können.

Zwischenruf von Florian Rentsch, FDP: „Sehr nett, Herr Bouffier!“ Das steht alles im Protokoll. Dann setzt der Innenminister weiter fort:

Die Frage ist nur: Warum müssen wir am Sonntag eine Videothek öffnen?

Meine Damen und Herren, auf die Antwort des Innenministers auf diese Frage, warum er es jetzt anders sieht als vor einem Jahr, bin ich auch gespannt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Bellino für die CDU-Fraktion.

(Günter Rudolph (SPD): Jetzt tun Sie mir aber wirklich leid! – Unruhe)

– Meine Damen und Herren, wir lesen ein Feiertagsgesetz. Ich bitte, Ruhe zu wahren.

#### **Holger Bellino (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der eine oder andere Vorredner hat darauf hingewiesen, dass wir in Hessen und nicht nur in Hessen große Probleme haben, dass wir große Aufgaben zu bewältigen haben. Ich bin davon überzeugt, dass wir das ganz gut und teilweise auch parteiübergreifend ganz vernünftig gemacht haben. Gerade weil das so ist und die Zeit vorangeschritten ist, muss man bei diesem Tagesordnungspunkt, unabhängig davon, wie man dazu steht, doch nicht dem einen oder anderen Kollegen mangelnde Moral unterstellen bzw. von einem großen Druck sprechen. Ich finde, das gehört da eigentlich nicht dazu.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das wird diesem Gesetzentwurf, unabhängig davon, wie man dazu steht, nicht gerecht.

(Zurufe der Abg. Günter Rudolph (SPD) und Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Kollege Frömmrich, wir werden uns im Innenausschuss darüber noch auseinandersetzen. Das wird wohl auch turbulent werden.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir bringen den Gesetzentwurf zum Hessischen Feiertagsgesetz und zum Ladenöffnungsgesetz heute ein, weil wir einerseits dem veränderten Freizeitverhalten – so ist es beschrieben – gerecht werden wollen und andererseits – das sage ich mit einem Ausrufezeichen – bei allem Wohlwollen aber auch darauf achten müssen, die Sonn- und

Feiertagsruhe weitestgehend zu erhalten und den Schutz hoher kirchlicher Feiertage zu gewährleisten. Das ist durch diesen Gesetzentwurf auch gewährleistet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Günter Rudolph (SPD): Schmalere Beifall!)

Es wurde darauf hingewiesen: Videotheken und Waschanlagen – weil oft auch die Mitarbeiter angesprochen werden – kommen in der Regel ohne zusätzliches Personal aus, da sie entweder automatisiert laufen oder aber inhandgeführt sind.

(Günter Rudolph (SPD): Das gilt sonntags auch schon!)

Zweitens. Das ist für uns und auch für mich von ganz großer Bedeutung. Es ist klar, dass diese Öffnung an Sonntagen erst ab 13 Uhr stattfinden darf. Dann sind die Gottesdienste beendet. Damit ist auch diesem Anliegen Rechnung getragen worden. Darauf haben wir geachtet. Darauf werden wir auch in Zukunft immer achten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wichtiger als diese zeitlich begrenzte Öffnung ist, dass der Gründonnerstag besser als bisher geschützt wird. Ab 20 Uhr sollen an allen Gründonnerstagen keine Geschäfte mehr geöffnet werden können. Dadurch wird der Karfreitag, aber auch das Osterfest in Gänze entsprechend gewürdigt. Wir haben reflektiert, dass das bisherige Regelwerk eben nicht ausgereicht hat. Teilweise gab es Mitternachtsshopping und Ähnliches. Das können wir durch diese Regelung verhindern. Das werden wir verhindern. Das geht aus unserer Sicht in die richtige Richtung.

Ich hatte darauf hingewiesen, dass es uns auch wichtig war und ist, dass besonders geschützte Feiertage – ich nenne den Ostersonntag, den 1. Weihnachtsfeiertag, den Pfingstsonntag und andere – geschützt bleiben.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Was hat sich geändert?)

Hier waren und bleiben wir kompromisslos, da eine Aufweichung, wie sie vielleicht von dem einen oder anderen befürchtet wurde, unserer christlichen Tradition entgegensteht.

(Günter Rudolph (SPD): Sie haben Ihre Meinung geändert! Das ist relativ einfach! Das ist zulässig! Aber das soll man dann auch sagen!)

Dadurch würden wir viele Gläubige verletzen. Das wird es mit uns nicht geben. Das gab es mit uns nicht, und das wird es auch in Zukunft mit uns nicht geben. Da können Sie, wenn Sie wirklich besorgt sein sollten, beruhigt sein. Ich freue mich auf die Diskussion im Innenausschuss.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Welches Wort gilt? – Günter Rudolph (SPD): Es war auch nicht einfach! Jetzt hat der Innenminister noch die Chance, das zu erklären!)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Schaus für die Fraktion DIE LINKE.

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Rudolph, auf die Rede des Innenministers bin ich auch gespannt. – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Kaufmann hat mir mit seinem Beitrag unabsichtlich mein Redemanuskript durch-eingebracht, weil auch ich sehr gerne die Ausführungen des Herrn Ministers aus dem letzten Jahr zitiert hätte. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, dass auch diese Debatte schon sehr munter war, also ähnlich wie heute. Insofern ist es schon verwunderlich, dass nach dem Gesetzentwurf der FDP-Fraktion, der im letzten Jahr hier vorgelegen hat und der in ähnlicher Form – damals ging es nur um die Videotheken – schon auf einhellige Ablehnung gestoßen ist, nun ein gemeinsamer Gesetzentwurf von CDU und FDP neu und erweitert eingebracht wurde.

Jetzt, nachdem sich die FDP gegenüber ihrem Koalitionspartner CDU in einem zentralen Kernpunkt durchsetzen konnte, liegt uns also der gemeinsame Gesetzentwurf vor. Ursprünglich wollte ich an dieser Stelle der FDP viel Glück bei der weiteren Durchsetzung von Forderungen gegenüber dem Koalitionspartner wünschen, insbesondere was die Freiheits- und Bürgerrechte angeht.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

Herr Greilich, doch nach den heutigen Aktuellen Stunden nehme ich diese Wünsche gegenüber einer sogenannten liberalen Partei zurück und behaupte das Gegenteil.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Jürgen Lenders (FDP))

Wie gesagt, als kleine Fraktion mit nur sechs Abgeordneten wollte ich es mir etwas einfacher machen und, da wir immer viel reden müssen, zitieren.

(Zuruf des Abg. Frank Sürmann (FDP))

Ich wollte ausführlich aus der sehr guten Rede des Herrn Innenministers im letzten Jahr in dieser Angelegenheit zitieren. Das hat der Kollege Kaufmann schon gemacht. Deshalb darf ich nur die Schlussbemerkungen aus der Rede des Herrn Innenministers noch einmal zur Kenntnis geben. Er sagte damals – Zitat –:

Deshalb kann ich im Ergebnis aus Sicht der Landesregierung hier wie im Jahr 2005 nur vortragen: Wir halten die verfassungsrechtliche Grundentscheidung nicht nur für uns für verpflichtend, sondern auch bei veränderten gesetzlichen Umständen für entscheidend. Der gesellschaftliche Wandel zwingt jedenfalls dann nicht zu einer Ausnahmeregelung, wenn die persönliche Freizeitgestaltung mit oder ohne Videofilme, ohne Probleme so gestaltet werden kann, dass am Sonntag die Videotheken zu bleiben. Die Landesregierung wird sich deshalb nicht einer entsprechenden Initiative anschließen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Dann wollen wir nachher einmal hören, ob das Wort des Ministers in dieser Frage noch gilt.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch zwei Bemerkungen machen. Ich bin nicht ganz sicher – Herr Greilich, Sie haben vorhin von Jobmaschine gesprochen und den Zusammenhang mit Opel hergestellt –, ob es nicht doch darum geht, dass Sie hier ein kleines Konjunkturprogramm im Kopfe hatten. Ich weiß z. B. von unserer Tochter: Wenn

die samstags in eine Videothek geht, die am Sonntag geschlossen hat, dann muss sie nur den Preis für Samstag und Montag zahlen, wenn der Film zurückgebracht wird, also für zwei Tage. Wenn die Videothek jetzt aber am Sonntag aufhat, liegt der Gedanke nahe, dass sie das dann entweder am Sonntag zurückbringen muss oder für drei Tage bezahlen muss.

(Zurufe der Abg. Dr. Frank Blechschmidt (FDP) und Rafael Reißer (CDU))

Wenn es Ihnen da um die Ankurbelung der Konjunktur geht, dann kann ich das nachvollziehen, aber nicht gutheißen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Taschengeld erhöhen!)

Auf die Worte des Herrn Kollegen Bellino noch einmal am Schluss eingehend, kann ich nur sagen: Wenn Sie von großen Problemen reden, Herr Kollege Bellino, dann sollten wir die schnellstens angehen und zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen. Meine Fraktion verspürt in der Tat keinen großen Druck bei diesem Thema.

(Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

Wir lehnen den Gesetzentwurf deshalb auch ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat noch einmal der Kollege Greilich.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

**Wolfgang Greilich (FDP):**

Herr Präsident, die Zeit wird reichen, da ich mich mit den geschmacklosen Kabarettversuchen des Kollegen Kaufmann hier nicht befassen muss.

Herr Kollege Rudolph, zur Sache. Zwei ganz kleine Punkte. Erstens. Sie haben 1997 das Feiertagsgesetz in dem Punkt Portalwaschanlagen geändert. Sie sollten wissen, dass daraufhin der Staatsgerichtshof tätig wurde und genaue Rahmen bezeichnet hat, was geht und was nicht geht. Genau in diesem Rahmen behalten wir uns die Tätigkeit vor.

Herr Kollege Rudolph, ein allerletzter Hinweis. Wenn Sie meinen, uns vorwerfen zu müssen, dass wir uns an Videothekenunternehmern orientieren, kann ich nur sagen: In der Tat, auch Videothekenunternehmer sind Unternehmer. Auch um die kümmern wir uns.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Innenminister Bouffier.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich kann verstehen, dass die Opposition richtig glücklich ist.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))



Bisher ist das Plenum für Sie auch nicht gut gelaufen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich bin auch eitel genug.

(Günter Rudolph (SPD): Ja, stimmt! – Demonstrativer Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ja, Kollege Rudolph, jetzt schauen Sie doch einmal. Was hätten Sie in Ihrem Redebeitrag eigentlich ohne mich gemacht?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP – Demonstrativer Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich habe aufgehört zu zählen. Als ich über ein Dutzend Mal, und zwar lobend – bei Herrn Kaufmann, bei Herrn Schaus und bei Ihnen –, von der Opposition erwähnt wurde, habe ich gedacht: Das ist ein Fortschritt am Ende einer dreitägigen Plenardebatte.

Ich kann Ihnen nur eines empfehlen: Lesen Sie meine Reden immer sehr sorgfältig, und bringen Sie sie immer wieder mit. Lesen Sie sie mehrfach. Dann wird der Erkenntnisgewinn weit über das Thema hinaus bei der Opposition wachsen. Das ist das eine.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Zweitens. Das ist ein Fraktionsentwurf und kein Regierungsentwurf.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ah!)

– Langsam. – Ich habe seinerzeit Folgendes gesagt – ich zitiere das jetzt aus dem Kopf, damit Sie sich weiter begeistern können –: Deshalb wird die Landesregierung den Initiativen der vergangenen Zeit nicht beitreten. – Heute sage ich Ihnen: Die Landesregierung wird der jetzigen Initiative nicht entgegnetreten. Das ist eine andere Position.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit Sie das richtig einordnen können – –

(Zuruf von der SPD)

– Nein, nein, nein, das können wir ganz einfach behandeln. Wir können das doch einfacher machen.

Die Frage, ob eine Videothek oder eine Bibliothek am Sonntag um 13 Uhr geöffnet werden kann oder nicht, entscheidet mitnichten über den freiheitlich-demokratischen und liberalen Charakter unseres Landes. Mitnichten.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Letztes Jahr war das noch so!)

Umgekehrt ist der Schutz des Feiertages und des Sonntages durch diese Frage im Kern nicht berührt. Das ist meine persönliche Meinung. Das sehen alle so. Wenn ich mir einmal ansehe, wo Rot-Grün und sonst wer regiert, dann sehe ich, dass in der Masse aller Bundesländer die Regelungen längst umgesetzt sind, und zwar teilweise noch viel weiter gehend.

Ihre ganze Debatte war ja auf dem Redebeitrag von mir aufgebaut. Zur Sache haben Sie vergleichsweise wenig geboten. Aber das ist jetzt auch nicht mein Punkt.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zuruf von der SPD)

Diese Landesregierung ist das Ergebnis einer Koalitionsbildung. Die Parteien haben dort einen Kompromiss geschlossen. Diese Koalitionsregierung vertritt das, was diese Koalition vereinbart hat.

Wenn Sie mich persönlich fragen, habe ich gar kein Problem mit dem Thema. Ich käme nicht auf die Idee, dass man das aus meiner Sicht nicht so machen dürfte. Da differenziere ich jetzt. Es gibt drei Dinge, die da drinstehen. Beschäftigen wir uns jetzt noch ein kleines bisschen mit der Sache. Wir haben eine Abfrage in allen Bundesländern gemacht. Wir haben gefragt, wie die Reaktionen sind. Alle Länder, die das eingeführt haben, haben quer durch die bunte politische Landschaft gesagt, dass sich das alles bewährt hat. Das ist nicht überraschend, so etwas kommt bei Abfragen meist heraus.

Dann haben wir die Kirchen gefragt, wie das in den Ländern ist. Das waren unsere Repräsentanten, die hier ein besonderes Interesse haben und das mit großer Aufmerksamkeit verfolgen. Das war überschaubar. Ein wesentlicher Punkt, der auch mit geregelt ist, ist das Thema Karfreitag als einer der besonders hohen Feiertage. Ich finde es gut, dass wir jetzt geregelt haben, dass in der Nacht von Gründonnerstag auf Karfreitag nicht bis morgens um 5 Uhr irgendwelche Discos nudeln oder was auch immer, sondern dass wir sagen: Um 20 Uhr ist Schluss. – Das ist neu. Das finde ich gut.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Gut finde ich auch, dass wir eine aus meiner Sicht unlogische Lösung beenden. Es war Ihre Gesetzgebung, die seinerzeit gesagt hat: Vollautomatische Waschanlagen darf es geben, wenn sie mit einer Tankstelle verbunden sind. Wenn sie aber allein in der Gegend herumstehen – auch wenn sie immer noch vollautomatisch sind, ohne dass ein Mensch an diesem Tag arbeiten muss –, dann ging das nicht. – Ich muss sagen, dass ich das für unlogisch halte. Warum machen wir das? Wenn wir vorher schon die Wascherei erlauben, ohne dass ein Mensch dort als Arbeitnehmer gebraucht wird, dann ist die Entscheidung rein darauf beschränkt, was die Bürgerinnen und Bürger an diesem Sonntag machen. Ich halte es für richtig, dass wir das jetzt bereinigen.

Übrig bleibt der dritte Punkt: 13 Uhr – Ja oder Nein? Soll das für bestimmte Dinge geöffnet werden oder nicht? – Dazu gibt es unterschiedliche Wertvorstellungen. Das ist so. Dazu gibt es unterschiedliche Prioritäten. Auch das ist so. Deshalb ist das auch kein Regierungsentwurf. Deshalb kann man eine persönliche Überzeugung haben und gleichzeitig für eine Regierung dazu Stellung nehmen. Wenn eine Regierung auf der Grundlage einer gemeinsamen Position – Kollege Greilich kennt meine Position seit vielen Jahren dazu, da muss ich mich nicht verändern – Stellung nehmen muss, dann bleibt für mich am Schluss ein Punkt übrig: Ist das, was ich zitiert habe, nämlich der verfassungsrechtliche Auftrag, in einer Weise tangiert, dass ich sagen muss, dass das nicht geht?

Das ist es aus meiner Sicht nicht. Wenn Sie mich fragen, ob ich das für zwingend geboten halte, dann sage ich als Person Ihnen: Nein. Ich glaube, damit können wir jetzt einmal

die Abarbeitung aller früheren Reden beerdigen bzw. – das war jetzt der falsche Begriff – beenden.

Ich will hinzufügen, dass mir Folgendes wichtig ist. Das wissen auch die Kollegen von der FDP. Ein großes Problem bei diesen Fragestellungen ist immer: Wo beginnt und wo endet man?

(Günter Rudolph (SPD): Genau der entscheidende Punkt!)

Das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Ich habe als Repräsentant der Landesregierung hier nicht über Koalitionsverhandlungen zu berichten. Aber ich glaube, ohne Vertraulichkeit von irgendeiner Seite zu brechen, sagen zu können: Dies war intensiver Gegenstand auch meiner Befassung mit diesen Themen. Ich weiß, dass es dort auch gesellschaftlichen Wandel gibt. Aber ich bleibe bei meiner Position: Dies ist nicht entscheidend für den freiheitlichen Charakter unseres Landes. Umgekehrt meine ich: Wenn man nach dem Gottesdienst die Öffnung erlaubt, ist der Sonn- und Feiertag nicht im Kern betroffen. Das ist die Position der Landesregierung. Ich denke, das sollten Sie so zur Kenntnis nehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Rudolph für die SPD-Fraktion.

#### **Günter Rudolph (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Bouffier, dann sollten wir wenigstens intellektuell redlich miteinander umgehen. Wir haben Sie gelobt, weil Sie etwas Richtiges gesagt haben – nicht mehr und nicht weniger. Sie haben dann wenigstens im zweiten Teil Ihrer Rede versucht, darzustellen, dass Sie eigentlich dagegen sind, aber die Koalitionsarithmetik anders aussieht. So etwas kennen wir übrigens, dass man manchmal Sachen tut, die man nicht tun will. Da bin ich ja bei Ihnen. Das ist unangenehm. Das ist kein Thema. Das können wir abhaken. Das ist das machtpolitische Ergebnis einer bestimmten Wahl. Damit kann ich übrigens umgehen.

Nun zum ernsteren Teil. Kollege Klee weiß ja, warum er der Debatte vielleicht nicht folgt. Im „Wiesbadener Kurier“ vom 11.09.2009, also vor einigen Tagen, sagt Herr Klee, er findet die gesamte Diskussion über diese Öffnung auch an Sonntagen völlig überflüssig. Die Wiesbadener CDU halte jede Initiative für eine Erweiterung der Öffnungszeiten an Sonntagen auch für eine überflüssige Provokation der Kirchen und der Arbeitnehmervertretung. Kollege Klee hat recht. Das galt vor vier Jahren, und das gilt für uns auch heute, Herr Innenminister Bouffier. Das ist der entscheidende Unterschied.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Sie haben zu Recht die Frage aufgeworfen, wo man anfängt und aufhört. Wir könnten damit anfangen, zu sagen, man kann ein paar Videofilme ausleihen. Das ist jetzt nicht das große Problem. Aber ich frage noch einmal: Mit welcher Begründung schließen Sie weitere Branchen aus? Darüber können wir reden. Das Ausleihen von Büchern oder das Kaufen von Büchern würde ich mehr begrüßen als das Ausleihen von Videofilmen – nach dem Motto: Mehr lesen hilft, vielleicht auch gerade bei jungen Men-

schen. Deswegen ist das die zentrale Frage. Herr Greilich, Sie machen es sich sehr einfach, weil das offensichtlich das Lieblingsfeld Ihres Parteivorsitzenden ist. Er will nur einem schnöden Bedürfnis nachgehen, dass man sich Filme mithilfe von Personal rund um die Uhr ausleihen kann. Nur deshalb wird der Hessische Landtag damit behelligt.

Damit geht es auch um die Diskussion von Werten am Sonntag. Es geht darum, den Sonntag zu schützen. Es geht um Arbeitnehmerrechte. Arbeitnehmer müssen in den Videotheken arbeiten. Sie können vorschlagen, dass das 400-€-Jobs sein sollen. Aber das ist an dieser Stelle auch keine Lösung. Deswegen sage ich: Herr Innenminister, Sie haben vor einer ernsthaften Diskussion gekniffen. Sie sind eingeknickt, weil die FDP das wollte. Das bedauern wir. Aber wir werden trotzdem eine Anhörung durchführen. Ich bin sehr sicher, dass Sie aus der Videobranche keine Unterstützer für Deutschlands überflüssigsten Gesetzentwurf finden werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir haben damit die erste Lesung durchgeführt und überweisen den Gesetzentwurf zur weiteren Vorbereitung der zweiten Lesung an den Innenausschuss, federführend, und an den Ausschuss für Arbeit, Familie und Gesundheit, beteiligt. – Dem widerspricht keiner. Das ist somit beschlossen.

Bevor wir die Tagesordnung fortführen, darf ich Ihre geschätzte Aufmerksamkeit auf einen Mann richten, der heute hier bei uns zum letzten Mal sitzt und der heute zum letzten Mal seinen Beruf ausübt, bevor er offiziell verabschiedet wird, was wir noch erleben werden. Er war 23 Jahre, zwei Monate und zwei Tage hier im Hessischen Landtag.

Er hat es in dieser Zeit mit vorherigen Zeiten im Justizministerium – er war vorher kurz bei uns und dann in verschiedenen Bereichen der Justiz tätig – immerhin zum Ministerialdirigenten und zum stellvertretenden Landtagsdirektor geschafft.

Bernd Friedrich – dort sitzt er – wird jetzt bis zum Ende hier sitzen. Wenn wir noch lange reden, hat er noch eine lange Dienstzeit.

Ich möchte vor diesem Landtag einem so verdienten Mann herzlich danken für die Art und Weise, wie er gearbeitet hat. Er ist die Zuverlässigkeit in Person, die Genauigkeit in Person, die Korrektheit in Person. Das mag manchem nicht mehr zeitgemäß erscheinen, aber es war nützlich für die Verwaltung und am Ende für uns alle.

Lieber Bernd Friedrich, der Hessische Landtag dankt Ihnen herzlich für Ihre Dienste und wünscht Ihnen eine gute Zeit nach der Arbeit in den nächsten Jahren. Kommen Sie oft wieder.

Ich habe Herrn Friedrich übrigens gebeten, weiterhin für die Geschichtskommission, die wir hier haben, tätig zu sein. Wir können nicht einfach das, was er lexikonartig gespeichert hat, wegwerfen. Wir werden ihn also ab und zu noch sehen, aber nicht mehr hier. Deswegen: Danke, lieber Bernd Friedrich, alles Gute.

(Anhaltender lebhafter allgemeiner Beifall)

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 19** auf:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion DIE LINKE für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Hessisches Vergabegesetz – HVgG) vom 17. Dezember 2007 (GVBl. I S. 922) – Drucks. 18/1075 –**

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs hat Frau Kollegin Wissler das Wort.

(Leif Blum (FDP): Siebeneinhalb Minuten Redezeit!)

**Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die öffentliche Hand ist der wichtigste Auftraggeber der Privatwirtschaft. Bundesweit vergeben öffentliche Stellen Aufträge mit einem Gesamtwert von über 300 Milliarden € jährlich. Das macht 16 % des Bruttoinlandsproduktes aus. Die Krise und die Konjunkturprogramme verstärken die wirtschaftspolitische Bedeutung des Staates. Deshalb ist es gerade jetzt nötig, die Vergabe öffentlicher Aufträge an klare Anreize zu koppeln und die Vergabepaxis an sozialen und an ökologischen Standards auszurichten.

(Beifall bei der LINKEN)

Das haben wir als LINKE schon anlässlich des hessischen Konjunkturpaketes gefordert; denn wir dürfen nicht zulassen, dass mit öffentlichen Geldern Lohndumping, Kinderarbeit oder vermeidbare Umweltzerstörung finanziert werden.

Das bestehende Hessische Vergabegesetz ist unverbindlich. Es ist bestimmt von Kann- und Sollbestimmungen, die weder den Auftragnehmer noch die öffentlichen Auftraggeber verpflichten. Das fängt schon damit an, dass ein Schwellenwert von 50.000 € festgesetzt ist, der sicherstellt, dass ein Großteil der öffentlichen Aufträge überhaupt nicht erst durch das Gesetz erfasst wird.

Wir schlagen deshalb einen Schwellenwert von 10.000 € vor, damit nicht jede Bleistiftanschaffung überprüft werden muss, aber auf jeden Fall alle bedeutenden Aufträge, insbesondere die Bauaufträge, in den Anwendungsbereich des Gesetzes fallen.

(Beifall bei der LINKEN)

Unser Gesetzentwurf orientiert sich an den Kriterien für eine faire Vergabe – fair gegenüber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die Löhne erhalten sollen, die zum Leben reichen, fair gegenüber den Sozialversicherungen, die vom Anwachsen des Niedriglohnsektors überfordert werden, fair gegenüber den Produzenten von importierten Waren. Der Import und die Verwendung von Waren, die unter Missachtung der ILO-Kernarbeitsnormen hergestellt werden, sollen ausgeschlossen werden. Diese Normen der Internationalen Arbeitsorganisation beziehen sich auf ein Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit und auf grundlegende gewerkschaftliche Rechte. Die Bundesrepublik hat sich im Übrigen dazu verpflichtet, diese Rechte durchzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen eine Vergabepaxis, die fair ist gegenüber den kommenden Generationen und die unsere natürliche Umwelt schützt, indem sie ökologische Mindeststandards

festsetzt. Das sind zentrale Punkte, und es wird Zeit, dass wir dies in Hessen in die Praxis umsetzen.

Nun hat voriges Jahr der Europäische Gerichtshof das sogenannte Ruffert-Urteil ausgesprochen und damit das Vergabegesetz des Landes Niedersachsen oder zumindest dessen Tariftreueklausel gekippt, weil diese Tariftreueklausel nicht mit dem Wettbewerbsrecht der Europäischen Union vereinbar sei. Der EuGH hat damit ein skandalöses Urteil gefällt und die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, aber auch der öffentlichen Hand an existenzsichernden Löhnen der europäischen Dienstleistungsfreiheit untergeordnet.

(Leif Blum (FDP): Gerichtsschelte!)

Letztlich ist Ruffert aber eine Aufforderung an die Bundesregierung, endlich den gesetzlichen Mindestlohn durchzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber auch nach Ruffert gibt es Spielräume, um der schleichenden Unterhöhnung der Flächentarifverträge entgegenzuwirken und das Abrutschen der Löhne zu verhindern. Nach bestehender Rechtslage können Tariftreueerklärungen nur noch in Betrieben gelten, die durch das Arbeitnehmerentsendegesetz erfasst sind, oder für allgemeingültig erklärte Tarifverträge. Unsere Formulierung lässt aber ausdrücklich den Raum für einen kommenden gesetzlichen Mindestlohn, der dann als Untergrenze gelten und Bestandteil des Gesetzes werden würde.

Der Verkehrsbereich wird von den europäischen Regeln für einen liberalisierten Wettbewerb ausdrücklich ausgenommen, um ihn nicht den Risiken einer deregulierten Konkurrenz auszusetzen. Daher sind auch die Deregulierungen bei den Lohnstandards im Verkehrsbereich begrenzt, und es ist auch nach Ruffert möglich, die Einhaltung ortsüblicher Tarife zu fordern. Auf diese Weise würde sichergestellt, dass der immer härter werdende Wettbewerb auch im öffentlichen Nahverkehr nicht über das Absenken der Löhne und damit auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen würde.

Wir wollen Regelungen zur Mittelstandsförderung einführen; denn kleine und mittelständische Unternehmen sind für die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze verantwortlich. Sie sind ein wichtiger Faktor in der Volkswirtschaft. Bei öffentlichen Ausschreibungen ziehen sie oft den Kürzeren, weil die Verfahren oft zu kompliziert sind oder weil die Aufträge zu groß sind.

(Zuruf des Abg. Leif Blum (FDP))

Deshalb sollen öffentliche Aufträge grundsätzlich aufgestückelt werden, statt nur noch Großaufträge en bloc zu vergeben, sodass sich auch Unternehmen beteiligen können, die keine entsprechende Größe haben.

Wir wollen die Verfahren transparenter machen, unter anderem durch einen jährlichen Vergabebericht, den wir in den Gesetzentwurf hineingeschrieben haben.

Die Stellungnahme des Zentralverbands des Deutschen Handwerks zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Modernisierung des Vergaberechts zeigt, welche Bedeutung das Handwerk einer solchen Novellierung beimisst. Es gibt wohl niemanden hier im Raum, der nicht schon erklärt hätte, wie sehr ihm der Mittelstand am Herzen liege. Im Hessischen Vergabegesetz von 2007 hat sich diese Zuneigung leider nicht niedergeschlagen, in unserem Gesetzentwurf schon.



(Beifall bei der LINKEN)

Die hessischen Unternehmen kommen ihrer gesellschaftlicher Verantwortung nicht nach, genügend Ausbildungsplätze anzubieten, um allen Bewerberinnen und Bewerbern gerecht zu werden. Deshalb wollen wir die Unternehmen durch einen positiven Anreiz an ihre Verantwortung für die nächste Generation erinnern. Betriebe, die sich an der wirtschaftlich notwendigen Ausbildungsquote von 7 % orientieren, müssen bei der Vergabe bevorzugt werden. Die bisherige Regelung im Gesetz formuliert lediglich eine freundliche Aufforderung – so will ich es einmal nennen – und bleibt daher natürlich völlig unverbindlich.

Meine Damen und Herren, es ist natürlich auch ein Widerspruch, sich einerseits als Law-and-Order-Partei zu präsentieren und andererseits die Einhaltung von Gesetzen nur halbherzig zu überwachen, wenn sie denn Unternehmen betreffen. Sicherlich ist klar, dass eine durchgängige und flächendeckende Überwachung der Einhaltung des Vergabegesetzes nicht möglich ist. Aber Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen sehr wohl, dass durchgeführte Stichproben Wirkung zeigen. Ich denke, diese Erfahrungen sollten wir berücksichtigen.

Die Regeln, nach denen öffentliche Aufträge vergeben werden, haben Auswirkungen auf das gesamte Wirtschaftsleben. Wenn wir hier ansetzen, können wir Unternehmen, die sich um öffentliche Aufträge bemühen, dazu bringen, soziale und ökologische Mindeststandards einzuhalten. Wir können gezielt Betriebe bevorzugen, die Ausbildungsplätze anbieten und die die Gleichstellung von Frauen und Männern voranbringen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die öffentliche Hand soll außerdem nur Produkte einkaufen, die nach ökologischen Standards hergestellt und entsorgt werden. So könnte das Land einen greifbaren Beitrag zum Umweltschutz leisten – ein Anliegen zahlreicher Umwelt- und Entwicklungshilfeorganisationen.

Meine Damen und Herren, Sie sind in den Wahlkampf mit dem Versprechen gezogen, um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen. Hier ist eine Gelegenheit, den Plakaten Taten folgen zu lassen und Lohndumping und der Verdrängung mittelständischer Betriebe durch Billigkonkurrenz entgegenzuwirken. Deshalb unterstützen Sie faire Vergabe in Hessen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Frömmrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf, der uns hier von der Fraktion DIE LINKE vorgelegt wird, ist meiner Meinung nach gut gemeint. Aber gut gemeint ist nicht immer gut gemacht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wie sieht die aktuelle Rechtslage aus? Frau Kollegin Wissler, da muss man in der Tat den Blick auch auf die Landesregierung werfen, da Gesetze nicht umgesetzt werden, obwohl sie vom Hessischen Landtag beschlossen worden

sind. Das gegenwärtig geltende Vergabegesetz geht auf einen Entwurf der CDU-Fraktion zurück und ist seit dem 1. Januar 2008 in Kraft. Die Landesregierung hat es bis heute unterlassen, die anzuwendenden Tariftentgelte im Staatsanzeiger für das Land Hessen bekannt zu geben, obwohl dies in § 2 Abs. 2 des Gesetzes vorgesehen ist. Deshalb kann dieses Gesetz nicht angewendet werden.

Die Landesregierung zieht sich auf die Argumentation zurück, dass das Ruffert-Urteil des EuGH im April 2008 ergangen ist. Das bezieht sich aber auf das niedersächsische Vergaberecht. Nach diesem Urteil dürfen Unternehmer nur zur Zahlung eines national festgelegten Mindestlohns und eines für allgemein verbindlich erklärten Tariflohns verpflichtet werden. Wir sehen die Landesregierung aber nach wie vor in der Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass das bereits jetzt geltende Hessische Vergabegesetz nicht nur auf dem Papier besteht, sondern endlich europafest umgesetzt werden kann. Das ist eine Forderung, die wir an die Landesregierung stellen. Dann wären wir einen Schritt weiter. Da ist die Landesregierung am Zug.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Kollegin Wissler hat auf das Urteil des EuGH verwiesen und in diesem Zusammenhang davon gesprochen, dass das Urteil „skandalös“ sei. Frau Kollegin Wissler, diesen Ausdrucks halte ich für nicht angemessen. Man kann Urteile von Gerichten nicht gut finden, man kann sagen, man hätte es gerne anders gehabt, aber es gehört zum Rechtsstaat, dass man akzeptiert, dass oberste Gerichte, wie der EuGH, Urteile fällen. Ich denke aber, dass dieses Urteil für die Exekutive Anlass sein müsste, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der dem Urteil des EuGH Rechnung trägt.

Jetzt zum Gesetzentwurf der Kolleginnen und Kollegen der LINKEN. Der Entwurf ist sicherlich gut gemeint. Das sage ich ausdrücklich, und ich habe für viele Ihrer Vorschläge Sympathie. Wer sollte denn keine Sympathie dafür haben, dass man darauf achtet, dass die Betriebe, die von einer Vergabe letztendlich profitieren, ausbilden – und zwar in die Zukunft des eigenen Handwerks, ihrer eigenen Profession? Wer könnte dagegen sein, dass man eine umweltverträgliche Beschaffung im Gesetz fest schreibt? Wer könnte nicht dafür sein, bei der Vergabe darauf zu achten, dass eine Mittelstandsförderung stattfindet? Wer könnte dagegen sein, zu verlangen, dass die ILO-Kernarbeitsnormen erfüllt werden: Beseitigung der Zwangsarbeit, gleiche Entgelte für Männer und Frauen, Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf, Einhaltung eines Mindestalters, Abschaffung von Kinderarbeit. Die Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen wird im Gesetzentwurf der LINKEN gefordert. Das ist alles gut gemeint, aber es ist schlecht gemacht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der LINKEN)

Natürlich sind auch wir als Fraktion gegen Kinderarbeit. Natürlich sind wahrscheinlich alle in diesem Haus gegen Diskriminierung. Wir sind natürlich für eine umweltfreundliche Beschaffung in den kommunalen Betrieben oder auch beim Land. Wir sind natürlich auch dafür, dass wir den Mittelstand fördern. Aber glauben Sie wirklich, Frau Kollegin Wissler, dass alle diese Maßnahmen in ein Vergabegesetz gehören? Ich glaube das nicht.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Doch!)

Ich will Ihren Blick auch einmal auf die Leute lenken, die im Bereich der Vergabe tätig sind. Ich weiß nicht, ob Sie es machen – wir machen es oft –: Sprechen Sie einmal mit einem Handwerksmeister oder mit dem Inhaber eines kleinen Betriebes. Fragen Sie die, wie aufwendig bereits heute die Ausschreibungsverfahren sind, gerade für kleine und mittelständische Unternehmen. Der Handwerksmeister sitzt am Wochenende da und macht Angebote im Rahmen von Ausschreibungen. Bei vielen Angeboten, die er einreicht, kommt er nicht zum Zug. Jetzt verlangen Sie zusätzliche Standards im Vergaberecht. Ich meine, der Handwerksmeister wäre vollkommen überfordert, die Vorgaben zu erfüllen, die Sie da hineinschreiben wollen. Das würde dazu führen, dass sich kleine Betriebe nicht mehr an Vergabeverfahren der öffentlichen Hand beteiligen. Das wollen wir nicht, Frau Kollegin Wissler.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, mit dem, was sie hier machen wollen, würden Sie das Vergaberecht überfrachten, und Sie würden den kleinen und mittelständischen Unternehmen und insbesondere den Handwerksmeistern die Teilnahme am Wettbewerb unmöglich machen.

Ich will das Problem auch von einer anderen Seite her beleuchten, und zwar vonseiten derer, die als Vergabestelle dafür zuständig sind, die eingereichten Angebote zu werten. Das ist für eine Stadt wie Frankfurt kein Problem. Frankfurt hat eine Vergabestelle. Das ist auch für Darmstadt, Wiesbaden und Offenbach kein Problem. Diese Städte haben in der Regel Verwaltungen, die das leisten können. Bei den Standards, die Sie hier festschreiben wollen, wäre aber eine kleine Gemeinde – und davon haben wir viele – bei der Wertung der eingehenden Angebote, bei der Entscheidung, welche Parameter erfüllt oder nicht erfüllt sind, vollkommen überfordert. Das heißt, Sie würden die kleinen Kommunen überfordern. Auch deshalb denke ich, das ist nicht der richtige Weg.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin sehr dafür, dass wir im Ausschuss darüber diskutieren. Ich bin auch dafür, dass wir zu diesem Thema eine Anhörung machen. Ich finde das ein ganz spannendes Thema. Ich will aber an Sie appellieren, einmal darüber nachzudenken, was das bedeutet, wenn sich verschiedene Unternehmen um einen Auftrag bewerben. Das eine erfüllt das Gleichstellungsgebot, das Sie in Ihren Gesetzentwurf hineingeschrieben haben. Das andere erfüllt das Gebot, dass der Betrieb ausbildet. Sie haben also mehrere Angebote, die verschiedene Parameter erfüllen bzw. nicht erfüllen. Jetzt müssen Sie abwägen, welchem Unternehmen Sie den Zuschlag geben. An diesem Beispiel sehen Sie, dass das Verfahren, das Sie hier vorschlagen, so kompliziert wird, dass Sie kleine und mittlere Unternehmen, denen Sie eigentlich helfen wollen – das setze ich einmal voraus –, vom Wettbewerb ausschließen. Das würde dazu führen, dass sich diese Unternehmen nicht mehr um öffentliche Aufträge bewerben. Deswegen sehen wir das sehr kritisch.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ihre Redezeit geht zu Ende.

**Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich bin sofort fertig, Herr Präsident. – Ich habe eben schon etwas zu den Themen Ausbildung und Mindestlöhne ge-

sagt. Wir haben zurzeit einen Passus im Vergaberecht, den finde ich zu lasch. Darüber muss man reden, das muss man „fester schreiben“. Ich glaube, dass man in dem Bereich Mindestlöhne festsetzen kann. Deshalb haben wir eher ein Vollzugsdefizit als ein gesetzgeberisches Defizit. Ich bin sehr dafür, dass man nicht nur darüber redet, im Baugewerbe Mindestlöhne festzusetzen, sondern auch auf die Baustellen geht und kontrolliert, ob diese Mindestlöhne auch wirklich bezahlt werden.

Darüber sollten wir im Ausschuss reden. Ich glaube, das kann eine sehr spannende Anhörung werden. Wenn Sie ein bisschen darüber nachdenken und die Situation der kleinen Unternehmen, der Handwerksmeister und der kleinen Kommunen beleuchten, dann kommen Sie unter dem Strich zu einem anderen Ergebnis.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Schaus das Wort für eine Kurzintervention.

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Frömmrich, ich wollte es eigentlich auf informellen Weg tun, aber da Sie das hier so konkret angesprochen haben, will ich doch auf offiziellem Weg antworten, damit es alle mitbekommen.

Was ich hier in der Hand habe, ist das Hamburgische Vergabegesetz, das am 18. Dezember 2008 unter anderem in § 3a geändert wurde. Wenn Sie sich § 3a anschauen, dann werden Sie dort die ILO-Kernarbeitsnormen finden. Sie haben sie netterweise aufgezählt.

Ich gehe fest davon aus, dass diese sehr sinnvollen Änderungen in dem umfangreichen Vergabegesetz auf Initiative der GRÜNEN in der Koalition mit der CDU erfolgt sind. Von daher wundere ich mich sehr über Ihre Aussage, über Ihre Kritik und über den Beifall, der aus Ihrer Fraktion kommt. Wenn es eines Beweises dafür bedarf, dass so etwas machbar und umsetzbar ist, haben ihn Ihre Kolleginnen und Kollegen in Hamburg bereits erbracht. Auf der Grundlage können wir gern weiter diskutieren.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Frömmrich, bitte.

**Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich kann es sein, dass einzelne grüne Fraktionen in anderen Bundesländern das anders sehen. Das ist überhaupt kein Problem. Wir sind keine Einheitspartei.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hermann Schaus (DIE LINKE): Das Gleiche gilt dann auch für Berlin!)

Die GRÜNEN in Hessen können in dieser Frage für sich selbst sprechen. Wenn Sie sich vielleicht über das Vergaberecht informieren wollen, sage ich Ihnen: Der erste Gesetzentwurf, der zu diesem Bereich eingegangen ist und der sich sowohl mit der Erstausbildung als auch mit der

Tariftreue beschäftigt hat, stammte von den Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und wurde im Jahr 2007 eingebracht. Er enthielt Parameter, die wir für durchaus richtig halten.

Ich will Ihnen ein Beispiel geben, über das Sie einmal nachdenken sollten. Es geht darum, ob der Handwerksmeister, der sein Gebot abgibt, bei der Vergabe nachweisen muss, dass die Produkte, die er einbaut, der ILO-Norm entsprechen. Das kann ein Handwerksmeister gar nicht leisten. Er weiß nicht, wo die Lüsterklemme herkommt oder der Nagel, den er in die Wand klopft. Er weiß oft auch nicht, wo das produziert wurde und ob unter Umständen irgendwelche ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse mit im Spiel waren.

Von daher glaube ich, dass Sie das Vergaberecht wirklich überfrachten. Große Betriebe können das machen. Die können mit dem bürokratischen Aufwand, den das erfordert, fertig werden. Aber ein Handwerksmeister oder der Inhaber eines Kleinbetriebs, der am Wochenende seine Aufträge schreibt, ist dazu nicht in der Lage; denn dafür müsste er jemanden einstellen, der sich speziell mit diesen Dingen beschäftigt. Das kann aber ein kleiner Betrieb nicht leisten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Mick, Fraktion der FDP.

(Zuruf: Weißt du, was eine Lüsterklemme ist?)

#### **Hans-Christian Mick (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte gar nicht allzu sehr in die allgemeine politische Auseinandersetzung einsteigen und auch nicht ausführen, dass sich die FDP in der Vergangenheit durchaus anders zu diesem Themenkomplex positioniert hat. Aber wir machen hier keine Wahlkampfveranstaltung. Deswegen möchte ich gleich in medias res gehen.

Ich muss sagen: Vieles von dem, was ich sagen wollte, hat Herr Kollege Frömmrich überraschenderweise schon vorweggenommen.

(Demonstrativer Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sehen grundsätzliche Probleme darin, das Vergaberecht mit allzu vielen Anforderungen zu überfrachten. Ursprünglich hatte das Vergaberecht nämlich den Sinn, die Erfüllung öffentlicher Aufgaben bei größtmöglicher Sparsamkeit für die öffentlichen Haushalte zu gewährleisten. Das Thema „Armut der öffentlichen Hand“ wird schließlich von Ihnen immer gern angesprochen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das von Ihnen verursachte Problem!)

– Nein, von Ihnen, wenn der Gesetzentwurf durchkommt.  
– Insofern müssen wir darauf schauen, dass wir das Vergaberecht an dem Punkt nicht allzu sehr überfrachten.

Außerdem sehen wir in dem Gesetzentwurf generell die Gefahr der Überbürokratisierung der ganzen Angelegenheit. Herr Frömmrich hat darauf hingewiesen.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Ich möchte die einzelnen Punkte ansprechen. Sie haben geschrieben, dass Sie gerade die kleinen und mittleren Unternehmen mit einem solchen Gesetz fördern wollen. Ich möchte Ihr Augenmerk einmal auf die Nachweispflichten lenken. Gerade diese Nachweispflichten – die dauerhafte Bereithaltung der Unterlagen, die stets kontrolliert werden können – binden Arbeitskräfte und führen zu einer massiven Kostensteigerung. Sie sorgen auch dafür, dass die Produktivität der Unternehmen schwindet.

Daher ist auch die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen betroffen. Die haben eben keine besonderen Stellen, die sich um diese bürokratischen Angelegenheiten kümmern können. Der angesprochene Handwerksmeister muss all das allein machen. Die kleinen und mittleren Unternehmen sind also im Gegensatz zu dem, was Sie hier gesagt haben, benachteiligt. Sie haben eben keine Vorteile.

Ein weiterer Punkt ist, dass Sie eine Überwachung der Nachunternehmer einführen wollen. Auch das ist durch die kleinen und mittleren Unternehmen nicht zu leisten. Trotzdem haften sie mit dem Risiko der Kündigung. Das ist also auch schwierig.

Ein anderer Punkt ist der Nachweis der ökologischen Beschaffung. Auch dieser Nachweis ist nur äußerst schwer zu erbringen. Vor allen Dingen ist zu bedenken, auch hier besteht die Gefahr, dass der Ehrliche am Ende der Dumme ist. Wenn man etwas nicht beweisen kann, dann behauptet das eben jeder.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Dann muss man das kontrollieren!)

– Man kann das nicht ernsthaft kontrollieren. Das müssen Sie doch einsehen. Wenn selbst die GRÜNEN das sagen, müssen Sie einsehen, dass das nicht leicht möglich ist.

(Zuruf von der LINKEN)

– Die GRÜNEN sind auch oft dabei, wenn es um Kontrollen geht. Insofern kann man sagen, dass Sie in ihnen gute Anwälte haben.

Außerdem müssen Sie eine solch umfangreiche staatliche Kontrollbürokratie schaffen, dass auch damit wiederum Kosten verbunden sind. Insofern könnte man sich das ganze Vergabeverfahren sparen. Ich habe fast ein bisschen den Eindruck, dass das damit beabsichtigt ist.

Schauen wir uns einmal die anderen rechtlichen Rahmenbedingungen an, die in diesem Bereich gelten. In dem Zusammenhang muss man auf das Bundesrecht verweisen. Wir haben das Entsendegesetz und das Tarifvertragsgesetz. All das sind Regelungen, durch die bestimmte Mindeststandards und bestimmte Mindestlöhne in diesem Bereich verankert werden. Wir haben uns dagegen positioniert; das kann ich offen zugeben. Aber diese Gesetze gibt es nun einmal. Damit ist schon ein hohes Schutzniveau erreicht. Das Hessische Vergabegesetz nimmt darauf Bezug. Auch Ihr Gesetzentwurf nimmt in § 3 die bundesgesetzlichen Regelungen auf.

Insofern bilden die Schutznormen schon ein recht enges Korsett. Abgesehen davon, dass wir uns in der Sache nicht einig sind, können wir sagen, dass Ihr Gesetzentwurf an vielen Stellen überflüssig ist. Daher werden wir diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen. – Danke sehr.

(Beifall bei der FDP)



**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Nächste Wortmeldung, Patrick Burghardt, CDU-Fraktion.

**Patrick Burghardt (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon sehr viel gesagt worden. In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit werde ich nicht noch einmal das vortragen, was hier schon doppelt und dreifach gesagt worden ist. Wir werden auch im Ausschuss noch lang und breit darüber diskutieren.

(Axel Wintermeyer (CDU): Damit macht er sich beliebt!)

Aber eines finde ich interessant. Ich bezeichne mich immer noch als Neuling; schließlich bin ich noch nicht so lange dabei. Frau Wissler, dass Sie sich hierhin stellen, einen Gesetzentwurf einbringen und gleichzeitig ein Argument dafür liefern, ihn abzulehnen, nämlich das Urteil des Europäischen Gerichtshofs, finde ich sagenhaft.

Es ist völlig richtig, was hierzu gesagt wurde. Die Bezeichnung – der Kollege Frömmrich hat schon einiges dazu gesagt – ist aus meiner Sicht nicht unbedingt korrekt. In dem Gerichtsurteil vom 3. April 2008, dem sogenannten Ruffert-Urteil, heißt es ganz klar, dass das Niedersächsische Vergabegesetz so nicht in Ordnung ist. Dabei bezieht sich das Vergabegesetz in Niedersachsen nur auf das Baurecht. Ihr Gesetzentwurf geht noch viel weiter.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Stimmt!)

Wie gesagt, es ist schon sehr viel Richtiges gesagt worden. Deswegen fasse ich mich kurz. Die Anforderungen der Tariftreueerklärung und die Bundesbestimmungen umfassen schon sehr viel. Durch die Entsenderichtlinien – Arbeitnehmer-Entsendegesetz der Bundesrepublik Deutschland – sind mittlerweile acht Branchen erfasst, sodass die Schutzmöglichkeiten schon sehr weit reichen. Es gibt genug Möglichkeiten, sodass man sagen kann, dass das Gesetz, das es im Lande Hessen schon gibt, bereits trägt.

Einen Punkt möchte ich lobend erwähnen: Dabei handelt es sich um § 6 Ihres Gesetzentwurfs, der sich auf das Thema Ausbildung bezieht. Betriebe, die in die Erstausbildung investieren, sollen bevorzugt werden. Das ist so lobenswert, dass es in dem Gesetz aus dem Jahr 2007 bereits steht. Von daher ist auch diese Regelung in Ihrem Gesetzentwurf überflüssig.

Ich möchte jetzt auf einen Punkt eingehen, der überhaupt noch nicht zur Sprache kam. Das sind die Kosten, die auf den hessischen Haushalt zukommen; denn all das, was Ihrer Meinung nach kontrolliert werden soll, ist mit hohen Kosten und einem großen Aufwand verbunden. Das wird in Ihrem Gesetzentwurf nur sehr unzureichend erwähnt.

Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, dass dieser Punkt durch das bestehende Gesetz aus dem Jahr 2007 – in Verbindung mit dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz – ausreichend und gut geregelt ist. Wir sind der Meinung, dass wir hier keine Modifizierung brauchen – schon gar nicht eine solche, wie sie die LINKEN vorschlagen. Daher lehnen wir eine Novellierung des Gesetzes ab.

Trotzdem freuen wir uns auf eine rege Diskussion im Ausschuss für Arbeit, Familie und Gesundheit. Frau Wissler, leider gehören Sie diesem Ausschuss nicht an. Vielleicht können Sie in den betreffenden Ausschusssitzungen mit

Herrn van Ooyen tauschen, damit wir die Diskussion fortsetzen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Wissler hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet.

(Axel Wintermeyer (CDU): Macht es doch nicht so lange! Das ist ja grausam heute!)

**Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Burghardt, das Kurzfassen hat Ihnen wenig gebracht; denn ich möchte doch noch kurz etwas dazu sagen.

(Zurufe)

– Ja, es muss sein, tut mir leid. – Ich gehöre dem Ausschuss für Arbeit, Familie und Gesundheit nicht an, der Kollege Willi van Ooyen auch nicht. Aber ich freue mich darauf, dort einmal als Gast anwesend sein zu können, um diese Diskussion zu führen.

Ich möchte noch einmal etwas zu dem Gesetz aus dem Jahr 2007 sagen. Sie haben recht, dass dort etwas zu der beruflichen Erstausbildung steht. Man soll sie berücksichtigen, man kann sie berücksichtigen. Ich weiß nicht, ob Sie auch Jurist sind. Aber sicherlich wissen Sie, dass Soll- und Kannbestimmungen nicht verbindlich sind.

Ich habe schon einmal darauf hingewiesen: Das Gesetz setzt sich quasi selbst wieder außer Kraft, weil es erst für Aufträge ab einem Umfang von 50.000 € gilt. Dadurch werden die wenigsten Aufträge überhaupt erfasst.

Ich möchte noch einmal etwas zu dem sagen, was das Urteil des Europäischen Gerichtshofs angeht. Denn ich glaube, das haben Sie etwas falsch verstanden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt nämlich zwei Bundesländer, die ihre Vergabegesetze nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs novelliert haben. Sie haben ihre Gesetze europafest novelliert.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Was verstehen Sie eigentlich von der Praxis? Nichts, Sie haben keine Ahnung!)

Diese beiden Novellen sind unter Mitwirkung von Landesregierungen entstanden, an denen die CDU beteiligt ist. Das eine ist Niedersachsen. Dort wurde durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs die Tariftreueklausel außer Kraft gesetzt. Dieses Gesetz wurde konform zur Europäischen Union reformiert. Es ist nicht ganz so weitgehend wie das Hamburger Gesetz. Aber es ist ein Gesetz, das die Einhaltung der Tariftreue festschreibt. Das stammt also von einer schwarz-gelben Landesregierung.

Dann gibt es noch das Gesetz, das in Hamburg in Kraft ist und an dem wir uns auch in Teilen orientiert haben. Im Übrigen will ich noch sagen, weil das Argument mit der Bürokratie kam: Das Hamburger Vergabegesetz hat gar keinen Schwellenwert. Das heißt, da geht es wirklich auch um die Anschaffung jedes Bleistifts.

Ich will nur noch einmal Folgendes sagen: Die Bundesrepublik hat sich verpflichtet, die ILO-Kernarbeitsnormen umzusetzen. Sie haben nicht gesagt: Wir setzen das um. – Wenn es zu bürokratisch ist, zu schauen, ob das Kinderarbeit ist, dann machen Sie es nicht.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Die zwei Minuten sind um! Es reicht!)

Das zu tun ist eine Verpflichtung. Das steht fest. Deswegen kann das auch in das Gesetz hineingeschrieben werden.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Für die SPD-Fraktion erhält Herr Dr. Spies das Wort.

**Dr. Thomas Spies (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wer immer strebsam sich bemüht, wie es die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE uns heute zu demonstrieren versuchen, macht – Herr Frömmrich hat darauf hingewiesen – manches möglicherweise in bester Absicht, aber keineswegs in bester Machart.

(Beifall des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Wir stellen fest, dass durch eine Kurzintervention nach der anderen die Redezeit zu dieser Wahlkampfinitiative der Fraktion DIE LINKE verdoppelt wurde.

(Axel Wintermeyer (CDU): Und das, obwohl kein Mensch mehr zuhört! Das ist Autismus pur!)

Dazu stellen wir fest: Es bleibt bemüht, aber es ist noch lange nicht gut gemacht.

Ganz offenkundig geht es hier um ein bisschen Wahlkampf. Wenn der Linkspartei für die letzten zehn Tage sonst überhaupt nichts mehr einfällt, dann macht sie noch einmal einen Gesetzentwurf zum Vergabegesetz.

Natürlich ist es richtig, dass Hessen eine Verbesserung bei den Vergaberegulungen braucht. Ich brauche da nichts von dem zu wiederholen, was Herr Frömmrich völlig zu Recht gesagt hat.

Natürlich muss man dafür sorgen, dass private Arbeitgeber bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufträge soziale Standards einhalten. Natürlich muss man sicherstellen, dass die Wettbewerbsnachteile für mittelständische Unternehmen beseitigt werden, die nur darauf beruhen, dass sie ihren Sitz in Hessen haben und die hessischen Standards einhalten. Natürlich muss man dafür sorgen, dass das regionale Lohnniveau erhalten bleibt. Denn wenn etwas mit öffentlichen Mitteln des Landes Hessen bestritten wird, dann soll das auch hessischen Standards entsprechen.

Natürlich muss man verhindern, dass durch Dumpinglöhne und den Abbau der Sozialstandards kleine und mittlere Unternehmen am Ende aus dem Wettbewerb herausfallen. Denn dann müsste die soziale Versorgungsgemeinschaft auch noch eine doppelte Last tragen. Sie finanziert anderenorts Arbeit und muss hier die Arbeitslosigkeit finanzieren. Natürlich ist das angesichts des Umfangs des öffentlichen Vergabewesens keine Petitesse.

Dass man das ordentlich regeln muss, weiß man schon seit 100 Jahren. Es gibt seit vielen Jahren auch immer wieder Versuche. Das ist schon alles klar.

Ich darf einmal anmerken: Das ist auch im Hessischen Landtag schon ziemlich lange klar. Dazu hat es nicht die Partei DIE LINKE gebraucht, um uns heute, zehn Tage

vor der Bundestagswahl, auf das Thema Vergabegesetz hinzuweisen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Denn aus der vorvorletzten Legislaturperiode gibt es einen Gesetzentwurf der SPD-Fraktion dazu. Aus der vorletzten Legislaturperiode gibt es ein Gesetz der CDU-Fraktion dazu. Aus der letzten Legislaturperiode gibt es dazu eine Initiative der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN.

Es ist nicht damit getan, hier immer und immer wieder zum gleichen Thema eine Show abhalten zu wollen, während – das ist doch das Wesentliche – die Betroffenen und Beteiligten auf der Arbeitgeberseite, auf der Arbeitnehmerseite und andere sich darum bemühen, zu einer Lösung zu kommen, die tatsächlich umgesetzt werden kann. Manchmal ist es, ein Thema im Wahlkampf noch einmal hochzuziehen, der Sache keineswegs zu-, sondern vor allen Dingen abträglich. Das kann dann nicht mehr gerechtfertigt werden. Das kann noch nicht einmal entschuldigt werden.

Möglicherweise ist das gut gemeint, aber es ist schlecht gemacht. Wer meint, er müsse sich hier als Anwalt der Beschäftigten aufspielen und das ganze Schöne, Wahre und Gute in einen vollends überladenen Gesetzentwurf hineinschreiben, der schadet durch die Inszenierung am Ende möglicherweise der Sache der Beschäftigten, der Arbeitnehmer und der kleinen und mittleren Unternehmen in Hessen. Er hat ihnen dann einen Bärendienst erwiesen.

Wenn eine ganze Fraktion so neu im Parlament ist, dann ist es vielleicht sinnvoll, sich einmal darüber zu informieren, was alles schon gelaufen ist und was andere in der Frage schon getan haben. Dann kommt man vielleicht dahinter, dass manche Entwürfe einfach ein bisschen ruhiger angegangen werden sollten.

(Beifall der Abg. Günter Rudolph (SPD) und Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das wäre in diesem Fall für die Sache hilfreich gewesen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort erhält nun der Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit, Herr Banzer.

**Jürgen Banzer, Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, zu diesem Thema ist mehr diskutiert worden, als es durch die Qualität dieses Gesetzentwurfs gerechtfertigt ist. Ich will deswegen meinen Teil dazu beitragen, dass wir mit einer vernünftigen Beratungszeit fertig werden, und gebe meine Rede zu Protokoll.

(siehe Anlage – Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister, vielen Dank. – Damit ist die erste Lesung des Gesetzentwurfs durchgeführt.

Wir überweisen – –

(Zuruf)

– Ich muss fragen. Es könnte sein, dass jemand den Antrag auf Abstimmung stellt.

Wir überweisen diesen Gesetzentwurf zur Vorbereitung der zweiten Lesung dem Ausschuss für Arbeit, Frauen und Gesundheit, federführend, und dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, beteiligt. Niemand widerspricht? – Dann ist das so beschlossen.

(Zuruf der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Familie. Ich finde das andere aber viel schöner.

Wir kommen damit zu **Tagesordnungspunkt 20:**

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung der Hessischen Berufsordnung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure – Drucks. 18/1030 zu Drucks. 18/858 –**

Berichtersteller ist Herr Kollege Klose. Es handelt sich um einen Gesetzentwurf, da muss Bericht erstattet werden. – Ich bitte dann den Vorsitzenden des zuständigen Ausschusses, zu berichten.

(Günter Rudolph (SPD): Herr Kollege Frömmrich will das machen!)

– Herr Kollege Frömmrich, machen Sie es? – Wunderbar, danke schön.

**Jürgen Frömmrich, Berichterstatter:**

Herr Präsident, vielen Dank. – Das ist die Beschlussempfehlung und der Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung der Hessischen Berufsordnung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure, Drucks. 17/858.

Die Beschlussempfehlung lautet: Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der CDU, der SPD und der FDP bei Stimmenthaltung der GRÜNEN und der LINKEN, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr in der 16. Plenarsitzung am 7. Juli 2009 überwiesen worden.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr hat sich in seiner Sitzung am 3. September 2009 mit dem Gesetzentwurf befasst und ist zu dem zuvor genannten Votum gelangt.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Das war sehr schön! Das war kurz und bündig!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Frömmrich, herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist vereinbart, ohne Aussprache abzustimmen. Das bleibt auch Konsens.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich stelle dann fest, dass dem Gesetzentwurf die Fraktionen der CDU, der SPD, der

FDP und der GRÜNEN zugestimmt haben. Die Abgeordneten der Fraktion der LINKEN haben sich der Stimme enthalten. Der Gesetzentwurf ist damit beschlossen worden und wird hiermit zum Gesetz erhoben.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 21** auf:

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion DIE LINKE für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Glücksspielgesetzes – Drucks. 18/1036 zu Drucks. 18/752 – und Tagesordnungspunkt 22:**

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Glücksspielgesetzes – Drucks. 18/1037 zu Drucks. 18/772 –**

Wir rufen den **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE** mit auf.

Berichtersteller ist Herr Abg. Frömmrich. Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

**Jürgen Frömmrich, Berichterstatter:**

Herr Präsident! Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses. Der Innenausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der CDU, der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der LINKEN, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung abzulehnen.

Der Gesetzentwurf war dem Innenausschuss in der 14. Plenarsitzung am 17. Juni 2009 zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden.

Der Innenausschuss hat zu dem Gesetzentwurf eine schriftliche Anhörung durchgeführt.

Der Innenausschuss hat sich in seiner Sitzung am 3. September 2009 mit dem Gesetzentwurf befasst und mit den Stimmen der CDU, der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der LINKEN die Beschlussempfehlung an das Plenum ausgesprochen.

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Glücksspielgesetzes, Drucks. 18/772.

Der Innenausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der CDU, der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der LINKEN, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Innenausschuss in der 14. Plenarsitzung am 17. Juni 2009 überwiesen worden.

Der Innenausschuss hat zu dem Gesetzentwurf eine schriftliche Anhörung durchgeführt.

Der Innenausschuss hat sich in seiner Sitzung am 3. September 2009 mit dem Gesetzentwurf befasst und mit den Stimmen der CDU, der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der LINKEN die Beschlussempfehlung an das Plenum ausgesprochen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Frömmrich. – Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abg. Schaus für die Fraktion DIE LINKE.

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir zu Recht des Öfteren darauf hinweisen, Links wirkt auch in der Opposition, dann gilt dies in besonderer Weise für diesen Punkt.

(Beifall der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Unbestreitbar haben wir nämlich in der letzten Legislaturperiode den vorliegenden Gesetzentwurf eingebracht und damit erstens die langjährigen Forderungen der Destinatäre entsprechend aufgegriffen. Dies sind der Landessportbund, die Liga der Wohlfahrtspflege, der Hessische Jugendring, die Träger der außerschulischen Jugendbildung – also die Landkreise und die freien gemeinnützigen Träger – und der Ring politischer Jugend.

Zweitens. Wir haben einen seit acht Jahren bestehenden Stillstand bei der Partizipation von Zuwächsen aus dem Lotto-Toto-Geschäft bei diesen wichtigen gesellschaftlichen Trägern thematisiert.

Wir haben drittens die Regierungsparteien wie die SPD erst zum Handeln gezwungen, einen eigenen Gesetzentwurf einzubringen.

(Horst Klee (CDU): Ach du lieber Gott, wie kann man hier nur so großspurig sein!)

– Herr Klee, weil es vom Ablauf her einfach so ist. Nehmen Sie das einfach zur Kenntnis, auch wenn es Ihnen wehtut.

(Horst Klee (CDU): Wir haben es Ihnen schon dreimal erklärt, Sie verstehen es nie!)

Wir haben im Innenausschuss, wo Sie der Vorsitzende sind, zu den beiden Gesetzentwürfen eine schriftliche Anhörung der betroffenen Verbände durchgeführt. Die erhaltenen Stellungnahmen sind alle eindeutig. Stellvertretend möchte ich dazu aus zwei Stellungnahmen zitieren. Der Hessische Jugendring schreibt:

Als direkt beteiligte Gruppe an den Spieleinsätzen der vom Land Hessen veranstalteten Zahlenlotterie, Zusatzlotterie und Sportwetten bemühen wir uns seit Jahren, in vielfältigen Diskussionen mit Vertreterinnen und Vertretern aller Fraktionen im Hessischen Landtag darauf hinzuwirken, dass die 1998 eingeführte Beteiligungsobergrenze (Deckelung) aufgehoben wird.

Vor diesem Hintergrund befürworten wir uneingeschränkt die im vorliegenden Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE vorgesehene Aufhebung der Beteiligungsobergrenze innerhalb der gesetzlich festgelegten Beteiligungsquote.

(Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Der Hessische Landkreistag – Herr Klee – schreibt in seiner Stellungnahme dazu:

Die Absicherung der bestehenden Angebote sowie der erforderliche Ausbau zusätzlicher Angebote in der außerschulischen Jugendbildung ist jedoch nur durch die Zuerkennung der vollen 1,5 % an den Spieleinsätzen der vom Land Hessen veranstal-

ten Lotterien und Sportwetten an die Empfängergruppe der Destinatäre möglich. In der Aufhebung des Deckels sähen wir ein entscheidendes Signal zur Anerkennung der kommunalen Jugendbildungswerke mit ihrer einer stetigen Qualitätsentwicklung unterliegenden Infrastruktur sowie dem zunehmend fachlich und wissenschaftlich qualifizierten Personal.

Nach Einbringung unseres Gesetzentwurfs haben CDU, FDP und SPD eiligst einen gemeinsamen Gesetzentwurf eingereicht, der lediglich den Deckel leicht anhebt. Hier kritisieren die Destinatäre allerdings – Zitat Hessischer Jugendring –:

Im Hinblick auf den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, der SPD und der FDP zur Anhebung der Förderobergrenze können wir mit Verweis auf unsere nachbeschriebenen inhaltlichen Argumente nur feststellen, dass die im Gesetzentwurf vorgesehene Anhebung aus unserer Sicht lediglich einen kleinen Schritt in die richtige Richtung darstellt.

(Horst Klee (CDU): Jubel, wunderbar!)

Sie haben unterschiedliche Beträge bei der Anhebung des Deckels genommen. Es ist für die Destinatäre, wie aus allen Stellungnahmen hervorgeht, nicht nachvollziehbar, woraus diese Unterschiede resultieren. Der Landessportbund erhält nach Ihrem Gesetzentwurf 5,2 % mehr, der Hessische Jugendring 4,8 %, die Träger außerschulischer Jugendbildung 3,9 %, die Liga der freien Wohlfahrtsverbände 3,9 % und der Ring politischer Jugend 10,7 %. Hierzu schreibt der Hessische Landkreistag in seiner Stellungnahme:

Die Destinatäre weisen diesen Modus daher entschieden zurück und schlagen vor, auf der Grundlage der vorgesehenen Erhöhung des Landessportbundes von 5,2309 % eine gleichmäßige Erhöhung vorzunehmen.

Dem Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Glücksspielgesetzes ist auf der Grundlage unserer Ausführungen der Vorrang einzuräumen.

Wieso ausgerechnet die Träger der außerschulischen Bildung benachteiligt werden sollen, ist für uns nicht nachvollziehbar und sachlich völlig unbegründet.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich komme zum Schluss. Deshalb haben wir hierzu auch noch einen Änderungsantrag eingebracht, der die geforderte berechnete Anhebung des Deckels zu gleichen Prozentsätzen vorsieht. Wir werben aber vorrangig für unseren Antrag und fordern mit den Destinatären, den Deckel endlich wegzunehmen. Wir werden aber jeder auf unsere Initiative zurückzuführenden Verbesserung auch zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Bellino für die Fraktion der CDU.

(Horst Klee (CDU): Populismus pur! – Gegenruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE): Wahrheit pur!)

**Holger Bellino (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Schaus, dieses Thema wurde im Hessischen Landtag in der Regel konstruktiv und parteiübergreifend diskutiert. Da hat noch niemand an die LINKEN gedacht.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Es ist ja zwölf Jahre nichts passiert! – Gegenrufe von der CDU)

SPD und CDU waren damals auf Augenhöhe oder fast auf Augenhöhe – das war auch nicht schlecht. „Es hat sich vieles geändert!“, wird hier zu Recht dazwischengerufen. Aber zu diesem Thema brauchen wir wirklichen keinen Nachhilfeunterricht. Ich glaube, das nicht nur für die CDU, sondern auch für die anderen demokratischen Parteien sagen zu dürfen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wie bereits im Plenum und im Innenausschuss mehrfach dargestellt, halten wir die vorgesehenen Änderungen im Glücksspielgesetz für die richtige Lösung. Sie sind vielleicht sogar überfällig. Allerdings – das muss man fairerweise auch sagen – haben wir es nicht in der Hand, ob die Destinatäre in diesem Jahr schon in den Genuss kommen können. Wir wissen nicht, wie hoch die Erträge, die im Lottobereich eingespielt werden, sein werden.

Wir sind optimistisch, dass das in diesem Jahr klappt, aber spätestens im nächsten Jahr, und wir können und müssen ein Zeichen setzen, indem wir den Deckel vernünftig anheben, damit der Landessportbund, die Liga, der Hessische Jugendring, die außerschulische Jugendbildung und der RPJ entsprechend unterstützt werden können und zeitgemäß Erstattungen erhalten.

Warum ist es wichtig, dieses Zeichen zu setzen? Zum einen hat es Kostensteigerungen gegeben, und die müssen abgedeckt werden. Zum Zweiten sind mehrere dieser Verbände mit neuen qualitativen Herausforderungen konfrontiert – die auch mehr Geld kosten. Und zum Dritten – das trifft bedauerlicherweise für den RPJ und erfreulicherweise für den Hessischen Jugendring zu – gibt es mehr Verbände, die hier zu fördern sind. Auch das muss berücksichtigt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer aber darüber hinausgehend noch mehr fordert und den Deckel ganz wegschieben will, der handelt meines Erachtens nicht nur populistisch. Das sind Leute, die hier Gott sei Dank nichts oder nicht viel zu sagen und zu verantworten haben. Das ist auch in gewisser Weise gefährlich. Es ist deshalb gefährlich, weil die Mittel, die dann zusätzlich abfließen, eben nicht für eine höhere Bezuschussung verschiedener kultureller und sozialer Projekte zur Verfügung stehen, die expressis verbis durch den Haushalt gefördert werden – weil ihnen Mittel aus dem Lottopotf zugeführt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir hoffen, dass die Verbände von dieser Anhebung des Deckels im Jahr 2009 und in den Folgejahren profitieren. Wenn Sie alle dazu beitragen wollen, dass dies gut geht, dann stellen Sie keine populistischen Anträge, sondern spielen Lotto.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege von Zech für die Fraktion der FDP.

**Helmut von Zech (FDP):**

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir beraten heute in zweiter Lesung die Änderung des Hessischen Glücksspielgesetzes mit dem Ziel, die Deckelung der Zuwendungen für die durch dieses Gesetz privilegierten Verbände maßvoll anzuheben.

Unter der Voraussetzung gleicher Lottereeinnahmen wie im Jahr 2008 wird der Landessportbund Hessen zukünftig etwas mehr als 20 Millionen € an Förderung aus diesem Lottopotf erhalten. Der Erhöhungsbetrag entspricht glatt 1 Million €. Alle weiteren durch das Glücksspielgesetz privilegierten Verbände erhalten durch die Erhöhung des Deckels ebenfalls zukünftig mehr Geld.

Die uns durch das Anhörungsverfahren zugegangenen Stellungnahmen haben die Erhöhung des Deckels durchaus begrüßt. Die privilegierten Verbände hoben hervor, dass ihre Sympathie bei einer gänzlichen Aufhebung des Deckels liegt.

Nach unserer Auffassung hätte dies aber zu einer erheblichen Schieflage gegenüber den nicht privilegierten Verbänden geführt. Auf Basis der Zahlen des Jahres 2008 hätte eine Aufhebung des Deckels bei Beibehaltung des prozentualen Anteils laut Glücksspielgesetz einen Mehraufwand von über 7 Millionen € gegenüber unserem Entwurf bedeutet – Mittel, die den nicht privilegierten Verbänden zukünftig fehlen würden.

(Unruhe)

Die Stellungnahme des Hessischen Städte- und Gemeindebundes attestiert deshalb unserem Entwurf auch einen angemessenen Interessenausgleich.

(Beifall bei der FDP)

Ebenso schreibt der Hessische Städtetag – ich zitiere –:

Dadurch wird ihnen ein gewisses Privileg gegenüber anderen eingeräumt. Die hier aber vorgesehene Deckelung des prozentual definierten Geldzuflusses ist jedoch ebenfalls sinnvoll. Dadurch fließt der höhere Überschuss ... dem Land Hessen zu. Weil das Land nicht nur Sachwalter bestimmter Verbandsinteressen ist, sondern die Belange aller Institutionen, die kulturelle, soziale oder sportliche Zwecke verfolgen oder solchen dienen, zu berücksichtigen hat, muss hier eine angemessene Finanzausstattung zur Förderung des Gemeinwohls ebenfalls gewährleistet sein.

(Unruhe)

Sehr geehrte Damen und Herren, der jetzt nachgereichte Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE will der Erhöhung des Deckels eine mathematische Logik verleihen, indem allen privilegierten Verbänden der gleiche prozentuale Steigerungsbetrag wie dem Landessportbund Hessen zugesprochen werden soll.

Eine mathematische Logik könnte aber auch durch die Anpassung der prozentualen Zuweisungen erreicht werden. Nur – wer möchte da die Initiative ergreifen? Denn das würde bedeuten, dass bei rückläufigen Lottereeinnahmen die Empfänger unmittelbar sofort mit geringeren Einnahmen rechnen müssten.

(Unruhe)

Sehr geehrte Damen und Herren, es gibt bei diesen Zahlen keine mathematische Logik, sondern hier drückt sich ein politischer Wille aus. Zum Beispiel wollen wir sehr

wohl den Ring politischer Jugend mit 60.000 € mehr fördern, obwohl dies einer Steigerungsrate von 10,7 % entspricht.

Auch sind die privilegierten Verbände sehr unterschiedlich am Risiko sinkender Lottereeinnahmen beteiligt. Auf Basis der Zahlen des Jahres 2008 wird der neue Deckel beim Landessportbund schon bei einem Minus von 13,2 % der Lottereeinnahmen unterschritten. Bei den Trägern der außerschulischen Jugendbildung nach dem Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch beginnt z. B. das Risiko der Deckelunterschreitung jedoch erst ab minus 29 %. Auch hier ist eine mathematische Logik nicht erkennbar.

(Unruhe)

Wie wir hören, sind die Lottereeinnahmen per 37. Kalenderwoche bei 405 Millionen €, sodass eine lineare Hochrechnung zum Jahresende bei 580 Millionen € ausläuft. Erfahrungsgemäß sind die Einnahmen im letzten Quartal eines Jahres jedoch höher, sodass wir erfreulicherweise davon ausgehen können, dass die Deckelgrenzen im Jahr 2009 nicht unterschritten werden.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, es ist übliche Praxis, dass wir die Förderung des Sports in Hessen in breitem Konsens beraten und beschließen. Insofern handelt es sich um ein Versehen, dass dieser Gesetzentwurf nicht gemeinsam mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebracht worden ist. Wir werden darauf achten, dass dies zukünftig nicht mehr geschehen wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, ehrenamtliches Engagement im Allgemeinen und soziale Aktivitäten der Einzelverbände im Speziellen sind eine Investition in unsere Jugend und damit eine Investition in unsere Zukunft.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Gerade in Zeiten, in denen vermehrte Zwischenfälle durch jugendliche Straftäter oder Amokläufer unseren Alltag erschüttern, setzen wir mit dieser Aufstockung bei den Verbänden ein Signal zur Festigung der Gesellschaft. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Frömmrich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich wollte ich es kurz machen, aber nach diesen Einlassungen von Herrn Schaus muss man noch das eine oder andere dazu sagen.

(Widerspruch bei der CDU und der FDP)

– Ja, wir machen trotzdem ein ganz normales Gesetzgebungsverfahren. Da geht es auch um nicht wenig Geld.

Herr Kollege Schaus, uns lagen nun einmal zwei Gesetzentwürfe vor. Bei dem, was Sie vorgelegt haben, ist es klar, dass die Betroffenen sagen: Okay, dann bekommen wir noch mehr Geld. – Die sagen: Wir wollen lieber den Ge-

setzentwurf der LINKEN, denn dann erhalten wir noch mehr Mittel.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Aber das kann doch nicht Sinn und Zweck von Abgewogenheit im Gesetzgebungsverfahren sein. Das kann es nicht sein. Sie können nicht Gesetzentwürfe vorlegen, nach dem Motto: Im Himmel ist Jahrmarkt – wenn ihr unser Gesetz macht, dann wird alles besser.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

So funktioniert Gesetzgebung nicht. Meine Damen und Herren, Sie müssen einen Ausgleich schaffen zwischen verschiedenen Interessen.

Natürlich wären die Destinatäre froh, wenn wir den Deckel ganz abschafften. Natürlich sagen die das. Aus ihrer Sicht ist das auch nachzuvollziehen. Wir müssen aber in Abwägungsprozesse eintreten.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Hören Sie zu: Wenn Sie bei den Destinatären sagen: „Wir beseitigen den Deckel“, dann kommt weniger Geld aus Toto-Lotto-Mitteln im Landeshaushalt an. Dann können andere Initiativen aus diesem Topf nicht gefördert werden, oder sie müssen aus originären Haushaltsmitteln gefördert werden. Sie kennen aber die Haushaltslage des Landes und können sich vorstellen, dass diese Initiativen dann aus diesen Toto-Lotto-Mitteln kein Geld mehr erhalten.

Daher glaube ich, dass man ein Gesetz machen muss, das zwar die Geldbeträge für die einzelnen Destinatäre anhebt, aber nicht sagt, wir wollen den Deckel grundsätzlich abschaffen. Herr Kollege Schaus, das ist ein falscher Ansatz.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das geht nicht im Gesetzgebungsverfahren. Ich habe Ihnen das im Innenausschuss schon einmal gesagt: Es geht hier nicht zu wie an der Wursttheke mit dem Motto: „Darfs ein bisschen mehr sein?“ Man muss auch argumentieren können, woher man das Geld nimmt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe der Abg. Volker Hoff (CDU) und Hermann Schaus (DIE LINKE))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe das bereits in der ersten Lesung und auch im Innenausschuss gesagt: Ich finde die Ankündigung der anderen Kollegen gut, dass wir beim nächsten Mal wieder alle gemeinsam versuchen, in diesem Bereich tätig zu werden. Das war bisher gute Tradition. Sie haben angekündigt, das werde demnächst so sein.

Wir werden dem Gesetzentwurf von SPD, CDU und FDP zustimmen.

Ich sage gleichzeitig dazu – das ist auch eine Kritik derer gewesen, die angehört worden sind, und da finde ich die Kritik nachvollziehbar –, dass die Prozentsätze, um die Sie die Beträge für die einzelnen Destinatäre angehoben haben, rein willkürlich gegriffen worden sind. Da sind Beträge einfach aufgestockt worden. Es kann nicht sein, dass der eine Verband 5,23 %, die Liga der freien Wohlfahrtsverbände aber nur 3,92 % mehr bekommt; der Hessische Jugendring erhält dafür 4,85 %, und der Ring politischer Jugend bekommt dann 10,73 %.



Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man bei den Destinatären wirklich etwas machen will, dann sollte man sie auch gleich behandeln. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Hugo Klein (Freigericht) und Holger Bellino (CDU))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Rudolph, SPD-Fraktion.

**Günter Rudolph (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ein guter Gesetzentwurf, erstens weil wir beteiligt waren.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Minister Karlheinz Weimar: Das ist heute auch eine gute Debatte! – Unruhe)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Rudolph, Sie haben das Wort, bitte.

**Günter Rudolph (SPD):**

Zweitens. Die Anhörung hat ergeben, dass sich die Destinatäre freuen. Das, was wir mit dem Gesetzentwurf gemacht haben, ist eine maßvolle Anhebung, die nach acht Jahren auch notwendig war. Wir würden natürlich alle gern mehr geben, weil dies alles Einrichtungen sind, die eine Menge für die Gesellschaft und die Allgemeinheit tun.

Herr Kollege Schaus, das unterscheidet uns aber von Ihnen. Sie gehen sehr einfach mit öffentlichen Geldern oder Einnahmen um, nach dem Motto: Kann es ein bisschen mehr sein? – Das ist nicht unsere Position. Sie wissen auch, dass wir im Moment noch nicht einmal den Deckel erreichen. Das zu dem redlichen Teil. Wir wissen nicht, wie es sich entwickelt. Wir könnten erstmals in die Situation kommen, dass die Destinatäre noch nicht einmal den Anteil des Deckels erreichen. Deswegen, Herr Schaus, gehört zur Redlichkeit auch, dass man realistische Forderungen erhebt. Das machen Sie nicht.

Es ist ein guter Gesetzentwurf. Es ist ein guter Tag für die Destinatäre. Diese leisten eine Menge für die Gesellschaft, und deswegen stimmen wir ihm auch zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Bouffier, Sie haben das Wort.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich habe in erster Lesung diesen Gesetzentwurf ausdrücklich begrüßt. Im Interesse des Betriebsfriedens will ich mich auf diesen Satz beschränken und im Übrigen als Sportminister darauf hinweisen, dass ich mich natürlich über diese

Grundsatzentscheidung freue. Ob es gelingt, daraus mehr liquide Mittel zu machen, hängt auch an den Erträgen. Das werden wir im Laufe des Jahres sehen. Aus Sicht der Landesregierung ist das ein klug abgewogener Kompromiss. Deshalb freuen wir uns darüber, dass dieses Gesetz offensichtlich eine breite Mehrheit im Hause findet. Das ist ein gutes Signal, und es ist ein gutes Gesetz. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns abstimmen. Zunächst einmal stimme ich über Tagesordnungspunkt 21, den Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE zum Thema Glücksspielgesetz, Drucks. 18/1036 zu Drucks. 18/752, ab. Wer diesem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Ich stelle fest, dass dieses Gesetz bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Ablehnung der übrigen Fraktionen dieses Hauses keine Mehrheit gefunden hat und damit abgelehnt worden ist.

Bevor wir über den Gesetzentwurf von CDU, SPD und FDP abstimmen, lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zu diesem Gesetzentwurf, Drucks. 18/1078, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich stelle fest, dass der Änderungsantrag bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Ablehnung aller anderen Fraktionen abgelehnt worden ist.

Wir kommen schließlich zur Abstimmung in zweiter Lesung über den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Glücksspielgesetzes.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Wer diesem Gesetzentwurf in der vom Ausschuss empfohlenen Form zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich stelle fest, dass dieser Gesetzentwurf in zweiter Lesung mit den Stimmen aller Fraktionen beschlossen und damit zum Gesetz erhoben worden ist.

Meine Damen und Herren, zum weiteren Verfahren. Ich darf zunächst **Tagesordnungspunkt 28** aufrufen. Diesen wollen wir zur abschließenden Behandlung an den Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überweisen. – Dem widerspricht niemand, dann ist das somit beschlossen.

Tagesordnungspunkt 33 ist schon überwiesen worden, das wurde ich zweimal gefragt.

Dann habe ich die Mitteilung, dass alle anderen Tagesordnungspunkte, die **Tagesordnungspunkte 23, 24, 25, 32, 34, 35, 36, 40, 41, 42, 44, 45, 46, 47, 48, 67 und 68**, ins nächste Plenum überwiesen werden. – Es widerspricht keiner, damit ist das so beschlossen. Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, es tagt noch ein Ausschuss, der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst. Wir sehen uns im Oktober wieder. Tschüs.

(Schluss: 18:55 Uhr)

**Anlage (zu Tagesordnungspunkt 19)****Nach § 109 Abs. 2 GOHLT zu Punkt 19 der Tagesordnung, Drucks. 18/1075, zu Protokoll gegebene Stellungnahme des Ministers für Arbeit, Familie und Gesundheit Jürgen Banzer:**

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wollen Sie das derzeit geltende Hessische Vergabegesetz vom 17. Dezember 2007 (GVBl. I S. 922) ersetzen. Das Hessische Vergabegesetz komme dem Ziel einer effektiven Verankerung sozialer und ökologischer Kriterien in der hessischen Vergabepaxis nur unzureichend nach. Mit dem Gesetzentwurf wollen Sie verbindlichere Regelungen in den Bereichen Tariftreue, Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau, umweltverträgliche Beschaffung sowie im Bereich der Kontrollen und Sanktionen einführen.

Der Landesregierung ist nicht verborgen geblieben, dass Ihr Gesetzentwurf inhaltlich weitgehend mit dem Hamburgischen Vergabegesetz übereinstimmt, das seinen heutigen Inhalt durch das dortige Änderungsgesetz vom 16. Dezember 2008 erhalten hat. Dabei will ich nicht kommentieren, inwieweit der Inhalt des hamburgischen Gesetzes nicht auch Ergebnis der politischen Konstellationen in der dortigen Koalition ist.

Ihrem Gesetzentwurf kann die Landesregierung jedenfalls aus folgenden Erwägungen nicht folgen:

Nach dem derzeitigen Hessischen Vergabegesetz können in der Baubranche, im Gebäudereinigungshandwerk und im Sicherheits- und Bewachungsgewerbe öffentliche Aufträge nur an solche Unternehmen vergeben werden, die sich schriftlich verpflichten, ihren Arbeitnehmern mindestens die am Leistungsort geltenden Tarifentgelte zu zahlen.

In dem „Rüffert“-Urteil des EuGH vom 3. April 2008, das sich mit einer entsprechenden Tariftreueverpflichtung im Niedersächsischen Vergabegesetz (gilt nur für den Baubereich) auseinandergesetzt hat, wird diese Vergabepaxis als unvereinbar mit der Entsenderichtlinie (Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen) angesehen.

Mit der Entsenderichtlinie aus dem Jahr 1996 wurden die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen für in andere Mitgliedstaaten entsandte Arbeitnehmer EU-weit einheitlich geregelt. Damit sollte der freie Personen- und Dienstleistungsverkehr gewährleistet und Sozialdumping verhindert werden. Mitgliedstaatliche Regelungen, die dem Schutz der Arbeitnehmer dienen, unter anderem Mindestlohnsätze, sollen nur dann auf entsandte Arbeitnehmer anwendbar sein, wenn diese in Rechts- oder Verwaltungsvorschriften oder in für allgemein verbindlich erklärten Tarifverträgen enthalten sind.

Zur Umsetzung der Entsenderichtlinie in Deutschland ist das Arbeitnehmer-Entsendegesetz ergangen, das tarifvertragliche Mindestlöhne für alle Arbeitnehmer einer Branche (mittlerweile acht Branchen im Anwendungsbereich des Gesetzes) verbindlich macht, unabhängig davon, ob der Arbeitgeber seinen Sitz im In- oder Ausland hat.

Der vorliegende Gesetzentwurf enthält daher insbesondere im Hinblick auf die „Tariftreueerklärung“ völlig überflüssige Regelungen, da sich insoweit alle Anforderungen bereits aufgrund bundesgesetzlicher Bestimmungen ergeben. Die in § 3 des Entwurfs enthaltene Bezugnahme auf die entsprechenden Bundesvorschriften belegen dies. Würde der Entwurf Gesetz, käme diesem daher kaum praktische Relevanz zu. Zu bedenken ist auch, dass der in der Zeit von

September 1993 bis September 2003 geltende sogenannte Tariftreueerlass nicht dazu geführt hat, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in dieser Zeit mehr Lohn erhalten haben, weil der Vollzug im Ergebnis nicht kontrollierbar ist.

Im Übrigen hat der Bund abschließend von seiner Gesetzgebungskompetenz im Bereich des Lohntarifrechts durch das Tarifvertragsgesetz und das Arbeitnehmer-Entsendegesetz Gebrauch gemacht. Im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung hat das Land Hessen keine eigene Rechtsetzungsbefugnis für diesen Bereich. Die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes ist somit in Bezug auf ein Vergabegesetz unerheblich. Das Entsenderecht ist als voreingeführtes Bundesrecht bei der Ausführung der dort reglementierten Leistungen sowohl bei allen öffentlichen als auch privaten Aufträgen von den Unternehmen zwingend anzuwenden. Der Entwurf ist daher wegen der angesprochenen unnötigen Regulierungen verzichtbar.

Die in § 3 Abs. 2 für den Bereich des öffentlichen Nahverkehrs vorgesehene Regelung ist als rechtlich fragwürdig anzusehen; es ist nämlich nicht auszuschließen, dass die tragenden Gründe des Rüffert-Urteils auf den Bereich des öffentlichen Nahverkehrs zu übertragen sind, sodass die vorgesehene Erweiterung des Vergabegesetzes mit einer Sonderregelung für den öffentlichen Nahverkehr mit erheblichen rechtlichen Risiken verbunden ist. Vergaben der hier angesprochenen Leistungen im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs erfolgen dabei zwar nicht nach dem EG-Vergaberegime, sondern in einem eigenständigen konzessionierten Verfahren, das allerdings dem Vergaberegime nachgebildet ist. Selbst das Hamburgische Vergabegesetz enthält keine vergleichbare Regelung. Unklar ist die gemeinschafts-, verfassungs- und wettbewerbsrechtskonforme Anwendung des Tarifrechts bei überregionalen Diensten mit unterschiedlichen Regelungen. Zudem legen die Träger des öffentlichen Personennahverkehrs bereits heute bestimmte Mindesttarifstandards fest, sodass auch insoweit keine Erforderlichkeit für das Gesetz besteht.

Zudem ist in keiner Weise ersichtlich, ob und inwieweit die mit dem Entwurf angestrebten Regelungen aus arbeitsmarktordnungsrechtlichen und arbeitsmarktordnungspolitischen Gründen erforderlich und geeignet sind. Aus dem Gesetzentwurf und dessen Begründung ergeben sich hierzu keine nachvollziehbaren Gesichtspunkte.

Dem Gesetzentwurf ist auch nicht zu entnehmen, ob und inwieweit entsprechend den tragenden Gründen des maßgeblichen Rüffert-Urteils des Europäischen Gerichtshofes nachgewiesen ist, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Gegensatz zu Auftragsausführungen privater Auftraggeber bei öffentlichen Aufträgen eines besonderen Schutzes bedürfen. Dies muss angezweifelt werden.

Die im Entwurf vorgesehene Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen (§ 4) sowie die Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen (§ 5) stellen echte vergabefremde und damit gemeinschaftsrechts- und verfassungswidrige Aspekte dar, die nichts mit der unmittelbaren Ausführung eines öffentlichen Auftrags zu tun haben. Die bundesgesetzlichen Regelungen des AGG bleiben unberücksichtigt.

Hinsichtlich der Regelung zur beruflichen Erstausbildung (§ 6) ist zu bemerken, dass grundsätzlich der Ansatz, bei gleichwertigen Angeboten diejenigen Unternehmen zu bevorzugen, die Ausbildungsplätze bereitstellen oder sich an tarifvertraglich geregelten Berufsausbildungsumlagesystemen beteiligen, positiv zu sehen ist. Es erscheint als ein möglicher Weg, die Ausbildungsbereitschaft von Betrieben

*gezielt zu stimulieren bzw. die bestehenden Anstrengungen in diesem Segment zu honorieren. Die vorgesehene Regelung ist jedoch nicht notwendig, da das geltende hessische Recht bereits in § 3 des Hessischen Vergabegesetzes im Übrigen bereits eine entsprechende Regelung beinhaltet. Damit wird bei gleichwertigen Angeboten die Möglichkeit eröffnet, in der beruflichen Erstausbildung engagierte Unternehmen bevorzugt zu berücksichtigen. Diese Regelung ist ausreichend, um die damit verbundene Zielsetzung zu verfolgen.*

*Schließlich ist durch den Entwurf mit erheblichen Mehraufwendungen für den Landeshaushalt zu rechnen. Aus der Erfahrung mit dem früheren Tarifreueererlass dürften die Kosten der Verwaltung zur Kontrolle der Einhaltung des Gesetzes stark ins Gewicht fallen. Der Gesetzentwurf enthält hierzu keine nachvollziehbaren Angaben.*

*Der Gesetzentwurf ist daher abzulehnen.*